



Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

- Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen
- Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen
- Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten der Behandlung von steuerlichen Organschaften im statistischen Unternehmensregister
- Abgrenzung von Ländergruppen in den Außenhandelsstatistiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union
- Haushalte von Arbeitslosen
- Bauinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

11

November

2001

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Verantwortlich für den Inhalt:

Brigitte Reimann
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH

Postfach 43 43,
72774 Reutlingen

Telefon: 0 70 71/93 53 50

Telefax: 0 70 71/93 53 35

Internet: www.s-f-g.com

E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck:

Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Dezember 2001

Einzelpreis: DM 21,70; EUR 11,10

Jahresbezugspreis: DM 222,-; EUR 113,51

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-01111

ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 24 05

- Telefax: 06 11/75 33 30

- E-Mail: info@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
...	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	867
Textteil	
Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2001	877
Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvoraus- berechnungen	906
Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten der Behandlung von steuerlichen Organschaften im statistischen Unternehmensregister	922
Abgrenzung von Ländergruppen in den Außen- handelsstatistiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union	930
Haushalte von Arbeitslosen – ihre wirtschaftliche Lage im Spiegel der Statistik	936
Bauinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	945
Preise im Oktober 2001	948
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	953
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents	Page
News in brief	867
Texts	
Report on the environmental-economic accounts, 2001	877
Accuracy of population projections	906
Difficulties in and solutions of treating, in the context of the statistical register of businesses, integrated groups of companies formed for tax purposes	922
Delimitation of groups of countries in the foreign trade statistics of the Member States of the European Union ..	930
Households of unemployed persons – their economic situation as reflected in statistics	936
Gross fixed capital formation in construction in the context of national accounts	945
Prices in October 2001	948
List of the contributions published in the current year	953
Tables	
Summary	1*
Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the “former territory of the Federal Republic“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the “new Länder and Berlin-East“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

In eigener Sache

■ Online-Einkauf im Statistik-Shop jetzt auch mit Kreditkarten möglich

Im Statistik-Shop kann jetzt auch mit Kreditkarte bezahlt werden. Damit führt das Statistische Bundesamt, Destatis, als erste Bundesbehörde die elektronische Zahlung für Behördendienstleistungen und -produkte ein. Der Statistik-Shop von Destatis im Internet zählt zu den Pilotprojekten für die Verwaltungsmodernisierung im Rahmen der Initiative der Bundesregierung „Moderner Staat – moderne Verwaltung“.

Seit der Eröffnung des Statistik-Shops vor einem Jahr haben mittlerweile 15 000 Kunden den bequemen Einkaufsservice im Internet für statistische Fachveröffentlichungen genutzt. Unter der Adresse www.destatis.de/shop bietet Destatis seine aktuellen Veröffentlichungen in digitaler Form zum unmittelbaren Herunterladen auf den eigenen PC an. Gegenüber herkömmlichen Printprodukten ergibt sich für die Statistikkunden ein Aktualitätsgewinn von bis zu zwei Wochen durch Wegfall der Herstellungs- und Versandzeiten.

Daneben können im Statistik-Shop auch ausgewählte Printprodukte und CD-ROMs online bestellt – und jetzt auch bezahlt – werden, die unmittelbar in den Versand gehen.

Weitere Auskünfte erteilt
Silvia Müller, Telefon (06 11) 75 34 51,
E-Mail: silvia.mueller@destatis.de.

■ Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung jetzt auch in Englisch

Für Interessierte außerhalb des deutschen Sprachraums stehen große Teile des Informationssystems der Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes unter www.gbe-bund.de jetzt auch in englischer Sprache zur Verfügung.

Das Online-Angebot der Gesundheitsberichterstattung umfasst Daten und Hintergrundinformationen aus 80 statistischen Quellen. Sie decken alle Bereiche des vielschichtigen deutschen Gesundheitswesens, von den Krankheitsrisikofaktoren über ausgewählte Krankheiten bis hin zu den Einrichtungen und zur Finanzierung ab.

Die gesundheitsbezogenen Daten und Informationen werden – zugeschnitten auf die verschiedenen Bedürfnisse der Nutzer – in Tabellen, Abbildungen und analysierenden Texten präsentiert. Darüber hinaus bietet das Informationssystem detaillierte Dokumentationen, u.a. über die Methodik gesundheitsstatistischer Erhebungen sowie Adressen von Ansprechpartnern für 200 gesundheitsrelevante Datenquellen. Die Daten im Informationssystem stammen jeweils etwa zur Hälfte aus Quellen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie von In-

stitutionen außerhalb der amtlichen Statistik. Dazu gehören Einrichtungen von A wie dem AOK-Bundesverband bis Z wie dem Zentralinstitut für die Kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland.

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Winfried Eberhardt, Telefon (0 18 88) 6 44 81 19,
E-Mail: gbe-bund@destatis.de.

■ Preisdynamik beim Übergang auf Euro-Preise

In der Öffentlichkeit wird darüber diskutiert, ob es im Zusammenhang mit der Ablösung der DM durch den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel zu Preiserhöhungen kommt.

Destatis beobachtet gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank in Deutschland deshalb etwa 18 000 Preisreihen ausgewählter Produkte des täglichen Bedarfs, die üblicherweise am Markt zu „attraktiven“ Preisen angeboten werden. Als „attraktiv“ verstehen wir glatte Preise, die auf 0 oder 5 enden, sowie so genannte Schwellenpreise, die auf 8 oder 9 enden (siehe auch WiSta 9/2001, S. 695, sowie Exkurs „Preisbeobachtung in der Phase des Übergangs von der D-Mark zum Euro“ im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, November 2001, S. 42 f.).

Diese Preisbeobachtungen zeigen, dass in letzter Zeit etwa 10% der Preisänderungen „Euro-induziert“ waren, also von einem attraktiven DM-Preis auf einen attraktiven Euro-Preis umgestellt wurde. Der – geschätzte – Einfluss dieser Preisanhebungen machte beim jeweiligen Produkt zwischen 0,2 und 0,4 Prozentpunkten aus.

Zu beobachten ist auch, dass der Handel in diesen Wochen verstärkt auf DM-Schwellenpreise umstellt, die in der Nähe von – künftigen – attraktiven Euro-Preisen liegen. So wurden etwa Preise für Eiernudeln von 1,99 DM – das entspricht 1,02 Euro – auf 2,19 DM, also 1,12 Euro, erhöht. Es bleibt zu verfolgen, ob zu Beginn des nächsten Jahres diese Nudeln auf einen attraktiven Euro-Preis von 1,09 Euro umgestellt werden, hinter der Preiserminderung also eine Preisanhebung im Laufe des Jahres stand.

Eine ausführliche Darstellung der Euro-bezogenen Preisbeobachtungen des Statistischen Bundesamtes, die in regelmäßigen Abständen aktualisiert wird, finden Sie auf unserer Homepage unter www.destatis.de/basis/d/preis/vpiueb1.htm.

Weitere Auskünfte erteilt
Nadin Engelhardt, Telefon (06 11) 75 26 21,
E-Mail: verbraucherpreisindex@destatis.de.

Aus aller Welt

■ Methodenfragen der Umweltstatistik

Auf der Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Methodenfragen der Umweltstatistik“ der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die vom 1. bis 4. Oktober 2001 in Ottawa (Kanada) stattfand, tauschten Vertreter internationaler Organisationen und nationaler statistischer Ämter ihre Erfahrungen zu Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung, zu Ökoeffizienz-Indikatoren, Wasserindikatoren, Abfallindikatoren sowie zu Indikatoren für Umwelt und Gesundheit aus.

Aus Europa

■ 39. Sitzung des Ausschusses für das Bruttosozialprodukt

Ein wichtiger Punkt auf der 39. Sitzung des Ausschusses für das Bruttosozialprodukt (BSP) am 7. November 2001 beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Luxemburg war die Frage, in welcher Form die Beschreibungen der Mitgliedstaaten über die für ihre BSP-Berechnung verwendeten Verfahren und statistischen Quellen veröffentlicht und aktualisiert werden können. Außerdem wurde über die Erfassung quantitativ bedeutsamer illegaler wirtschaftlicher Aktivitäten im BSP beraten sowie der Arbeits- und Zeitplan für die nächste Runde der BSP-Harmonisierung ab 2002 in der Europäischen Union (EU) vorgestellt. Eine Task-Force soll beispielsweise Vorschläge für eine harmonisierte Erfassung von Software erarbeiten, und zwar zusammen mit einer entsprechenden Arbeitsgruppe bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Weiterhin stand der Entwurf für eine neue Verordnung zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens auf der Tagesordnung, die die bisherige BSP-Richtlinie ablösen wird, sobald auch für EU-Eigenmittelzwecke Daten nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 heranzuziehen sind.

■ Eurozone – wichtigster Wirtschaftsraum für Deutschlands Außenhandel

In die elf Länder des Euro-Währungsgebietes wurden im Jahr 2000 aus Deutschland Waren im Wert von 518,1 Mrd. DM (264,9 Mrd. Euro) exportiert, während im gleichen Zeitraum für 440,1 Mrd. DM (225,0 Mrd. Euro) Waren aus dieser Ländergruppe importiert wurden. Dies entspricht einem Zuwachs von 15,3% bei der Ausfuhr und von 16,5% bei der Einfuhr. Der Anteil des Außenhandels mit den Ländern der Eurozone am gesamten deutschen Außenhandel betrug ausfuhrseitig 44,7% und einfuhrseitig 41,4%. Im Handel mit den Euro-Ländern wurde

im Jahr 2000 ein Ausfuhrüberschuss in Höhe von 78,0 Mrd. DM (39,9 Mrd. Euro) erzielt. Dies entspricht einem Anteil von 76% am Ausfuhrüberschuss Deutschlands im Handel mit der EU (108,6 Mrd. DM/55,5 Mrd. Euro).

Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands innerhalb der Euro-Länder waren im Jahr 2000: Frankreich [Ausfuhr: 133,3 Mrd. DM (+16,4%); Einfuhr: 101,7 Mrd. DM (+14,2%)], die Niederlande [Ausfuhr: 75,2 Mrd. DM (+12,0%); Einfuhr: 93,7 Mrd. DM (+32,8%)] und Italien [Ausfuhr: 88,4 Mrd. DM (+17,9%); Einfuhr: 70,9 Mrd. DM (+9,5)].

So ergab sich im Außenhandel mit Frankreich im Jahr 2000 ein Ausfuhrüberschuss in Höhe von 31,6 Mrd. DM (16,2 Mrd. Euro). Nach Frankreich wurden im Jahr 2000 vornehmlich Kraftfahrzeuge, Kfz-Teile, sonstige Fahrzeuge (26%) sowie chemische Erzeugnisse (12%) und Maschinen (12%) exportiert. Haupteinfuhrgüter aus Frankreich stellten mit einem Anteil von 25% am Einfuhrvolumen Kraftfahrzeuge, Kfz-Teile und sonstige Fahrzeuge sowie mit einem Anteil von 11% chemische Erzeugnisse dar.

Die Niederlande waren von allen Ländern der Eurozone im Jahr 2000 einfuhrseitig der bedeutendste Handelspartner Deutschlands. So ergab sich im deutsch-niederländischen Außenhandel wie in den Vorjahren auch im Jahr 2000 wieder ein negativer Saldo in Höhe von 18,5 Mrd. DM (9,5 Mrd. Euro). Aus dem benachbarten Königreich kamen dabei überwiegend Kokereierzeugnisse, Mineralölzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe (13,1%) sowie chemische Erzeugnisse (12,3%) und Lebensmittel (8,8%) nach Deutschland. Aus Deutschland wurden vor allem chemische Erzeugnisse (11,6%), Kraftwagen und Kfz-Teile (10,4%) sowie Maschinen (10,4%) in die Niederlande exportiert.

Im Außenhandel mit Italien wurde im Jahr 2000 ein Außenhandelsüberschuss von 17,5 Mrd. DM (9,0 Mrd. Euro) erwirtschaftet. Die drei wichtigsten Güterarten beim Handel mit Italien waren sowohl einfuhr- als auch ausfuhrseitig Kraftwagen und Kfz-Teile (Einfuhranteil: 10,1%; Ausfuhranteil: 20,5%), chemische Erzeugnisse (7,2%; 14,5%) sowie Maschinen (11,7%; 11,9%).

Weitere Auskünfte erteilt

Hans Seibel, Telefon (06 11) 75 24 75,

E-Mail: florian.eberth@destatis.de

Aus dem Inland

■ Herbstkonferenz der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Amtsleiterkonferenz informierte sich am 13./14. November 2001 über verschiedene Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der amtlichen Statistik, u. a. wurden Leitlinien zum Projektmanagement im Verbund verabschiedet. Ein wei-

Kurznachrichten

teres Thema war das Konzept zur Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich (Alternativkonzept). Dafür soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die die Finanzverwaltungen der Länder und die Bundesanstalt für Arbeit (BA) verpflichtet, die notwendigen Angaben – soweit verfügbar – monatlich an die amtliche Statistik zu liefern. Die von der Amtsleiterkonferenz eingesetzte Projektgruppe soll ein Konzept für Tests erarbeiten.

Um dem auf den EU-Gipfeln von Lissabon (März 2000) und Nizza (Dezember 2000) formulierten Handlungsbedarf im Bereich der Beschreibung von Armut und sozialer Ausgrenzung Rechnung zu tragen, bereitet das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in der Nachfolge des Europäischen Haushaltspanels die EU-Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) vor. Ein von Eurostat vorgelegter Entwurf einer Rechtsverordnung sieht die Bereitstellung – in der Regel beginnend mit dem Jahr 2003, in Ausnahmefällen mit dem Jahr 2004 – von Querschnitts- und Längsschnittsdaten vor. EU-weit sollen für den Querschnitt Informationen über 80 000 Haushalte, darunter 8 250 deutsche Haushalte, und für den Längsschnitt Informationen über 60 000 Haushalte, darunter 6 000 Haushalte in Deutschland, bereitgestellt werden. Die von den Leitern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eingesetzte Ad-hoc-Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Statistik und sozio-ökonomische Fragestellungen“ diskutiert derzeit verschiedene Modelle, wie eine Integration in das System der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte erfolgen könnte. Die Amtsleiter nahmen den Bericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Kenntnis und beauftragten sie, die Arbeiten planmäßig weiterzuführen.

Ferner nahmen die Amtsleiter den Stand der Arbeiten am umfassenden statistikinternen Unternehmensregister (URS 95) zur Kenntnis und bekräftigten, dass die Arbeiten am URS 95 mit hoher Priorität und dem entsprechenden Einsatz an qualifiziertem Personal fortgeführt werden müssen. Dies sei im Hinblick auf die weiter zunehmenden Anforderungen an das Unternehmensregister, insbesondere im Zusammenhang mit der erstmaligen Durchführung einer Dienstleistungsstatistik, dem Konzept zur Umsetzung der Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich und den Überlegungen zum Ersatz von Großzählungen (Handelszensus, Handwerkszählung) durch Registerauswertungen dringend erforderlich. Die Amtsleiterkonferenz befürwortete die Fortführung der Arbeiten am URS 99 mit dem Schwerpunkt der Weiterentwicklung des Fachkonzepts und nahm den Bericht des Statistischen Bundesamtes zur Einführung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer ab 2005 zur Kenntnis.

Zum Zensusgesetz vom 3. August 2001 waren sich die Amtsleiter einig, dass dessen Vollzug bei Bund und Ländern weiterhin besonderer Anstrengungen bedarf. Der Zensus wird Thema eines Pressegesprächs am 28. November 2001 in Berlin sein. Bei den Entwicklungen im Bereich Marketing sahen die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die dringende Notwendigkeit eines gemeinsamen Internet-Portals und be-

fürworteten die Einsetzung einer Bund-Länder-Projektgruppe „Internet-Portal“, die ein umfassendes Konzept erarbeiten soll.

Das Statistische Bundesamt berichtete über die seit dem Frühjahr 2000 erfolgten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Übergang auf ein Konzept der unterjährigen Erhebung des Mikrozensus. Die Amtsleiter nahmen den Erfahrungsbericht zu den Organisationsuntersuchungen zur Kenntnis. Sie stimmten dem vorgeschlagenen Konzept zur Einführung eines unterjährigen Mikrozensus ab dem 1. Januar 2005 zu und beauftragten die Arbeitsgruppe „Organisatorisch-technische Weiterentwicklung des Mikrozensus“ sowie die neu zu bildenden Ad-hoc-Unterarbeitsgruppen, die Umsetzung des unterjährigen Konzeptes und die weiteren vorbereitenden Arbeiten zum Mikrozensus ab 2005 entsprechend dem vorgelegten Arbeits- und Zeitplan fortzuführen.

Im Rahmen des Netzwerks „Stadt- und Regionalstatistik“, einer Kooperation zwischen amtlicher Statistik, Kommunalstatistik und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, erteilte die Amtsleiterkonferenz den Auftrag, innerhalb des Netzwerks Verhandlungen zum Kommunalstatistik-Projekt „Icostat“ mit dem Ziel eines Joint Venture mit der Kommunalstatistik aufzunehmen.

Im November 2000 hatte das Statistische Bundesamt die Amtsleiterkonferenz über die Forderung von Politik und Wirtschaft an die amtliche Statistik, den befragten Unternehmen entsprechende Ergebnisse zurückzumelden, informiert. Die Amtsleiter betonten die Bedeutung der Rückmeldung von Ergebnissen an die Auskunftgebenden für eine kooperative Zusammenarbeit.

Das Statistische Bundesamt hat zum 1. Oktober 2001 ein Forschungsdatenzentrum eingerichtet. Dadurch soll die Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung weiter verbessert werden. In diesem Zusammenhang wurde von den Amtsleitern die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe beschlossen. Sie soll ein Konzept für ein Netzwerk von Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik erarbeiten, mit dem die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gegenüber der Wissenschaft einheitlich und gemeinsam auftreten können, und das weitere gemeinsame Vorgehen zur Verbesserung des Datenzugangs für die Wissenschaft beraten.

Ausgehend von der Benchmarkingstudie EU und USA im Bereich der Konjunkturstatistiken unterstützten die Amtsleiter grundsätzlich die vom Ausschuss für das Statistische Programm (ASP) formulierte Zielsetzung, die Aktualität der europäischen kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken so zu verbessern, dass sie dem europäischen Nutzerbedarf entsprechen und sich mit den besten der Welt messen können. Gleichzeitig soll das bewährte bisherige System der Konjunkturstatistiken in Deutschland, das Ergebnisse für Bund und Länder liefert, nicht in Frage gestellt werden. Die Amtsleiterkonferenz beauftragte die zuständigen Referentenbesprechungen, Methoden zu entwickeln, mit denen die ergänzende Bereitstel-

Kurznachrichten

lung kurzfristiger Wirtschaftsstatistiken für europäische Zwecke, die in Bezug auf die Aktualität US-amerikanischen Standards entsprechen, ermöglicht werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Übergang auf den Euro, insbesondere die Umrechnung von in DM-Größen erhobenen Werten in Euro, informierte das Statistische Bundesamt über seine Veröffentlichungspraxis ab dem 1. Januar 2002:

1. Veröffentlichungen von Ergebnissen jährlicher und mehrjähriger Erhebungen, die nach dem 1. Januar 2002 erscheinen, erfolgen ausschließlich in Euro.
2. Veröffentlichungen, die sich auf unterjährige Berichtszeiträume bis einschließlich Dezember 2001 beziehen, können ausnahmsweise im Einzelfall noch in DM erfolgen, sofern sie vor Ende Juni 2002 erscheinen.
3. Veröffentlichungen dürfen grundsätzlich nur DM- oder Euro-Werte enthalten (keine gemischte Darstellung), zulässig ist nur eine – dann durchgängige – Hinzufügung des jeweils anderen Währungswertes in Klammern.
4. Rückrechnungen von Zeitreihen bis 1950 werden mit dem festen Umrechnungsfaktor 1,95583 durchgeführt, wobei Rundungsdifferenzen in Kauf genommen werden. Dies gilt für alle Zeitreihen, die neu veröffentlicht oder aktualisiert werden.
5. DM-Größenklassen werden für Berichtszeiträume vor 2002 ungerundet in Euro umgerechnet. Ab Berichtszeitraum 2002 werden die Größenklassen in glatten Eurobeträgen erhoben und veröffentlicht.

Weitere Diskussionspunkte waren der Stand der Neukonzeption der laufenden Bevölkerungsstatistiken und die bisherige Umsetzung, der Stand und die Weiterentwicklung der Arbeiten an GENESIS sowie der Sachstand und das weitere Vorgehen zur Umsetzung der 38 Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik.

■ Revidierte Fassung der Gliederung nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW 2002) in der Außenhandelsstatistik

Die Gliederung der Waren nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW) in den Veröffentlichungen der deutschen Außenhandelsstatistik hat eine lange Tradition. Die Waren werden dabei nach acht Warengruppen und rund 200 Warenuntergruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft gruppiert. Da diese Gliederung über einen Zeitraum von mehr als sechzig Jahren nahezu unverändert blieb, wurde sie insbesondere für die Verfolgung langer Reihen geschätzt. Deshalb wurde auch die Zuordnung der Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (WA) zu den Warenun-

tergruppen der EGW in der Vergangenheit nicht revidiert, sondern lediglich die jeweils zu Beginn eines Jahres geänderten Warennummern angepasst. Das wirkt sich über einen langen Zeitraum ungünstig auf die Aussagekraft der Daten aus. Außerdem entsprach die Gliederung der Warenuntergruppen immer weniger den aktuellen Anforderungen.

Nach einer Übereinkunft im Fachausschuss Handel vom Dezember 1999 wird die Warengliederung zum 1. Januar 2002 an die gegenwärtigen wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten angepasst. Die Gliederung der Warengruppen, der in der Ernährungswirtschaft eine Einteilung nach dem Ursprung der Erzeugnisse und in der Gewerblichen Wirtschaft nach dem Grad der Bearbeitung zu Grunde liegt, blieb dabei vereinbarungsgemäß unverändert.

Die neue EGW umfasst acht Warengruppen und 205 Warenuntergruppen. Untergruppen mit geringem Handelsvolumen und Untergruppen, die in der Vergangenheit nicht mehr besetzt waren, weil die Gliederung dies zulässt, wurden gestrichen, Warenuntergruppen mit großem Handelsvolumen tiefer gegliedert. Außerdem wurden Korrekturen in der Zuordnung von Warennummern aus dem WA zu den Warenuntergruppen der EGW vorgenommen.

Sowohl bei der Schaffung neuer Warenuntergruppen als auch bei der Zuordnung der Warennummern aus dem WA zu den Warenuntergruppen der EGW wurde weitgehend auf Übereinstimmung mit ähnlichen Gruppierungen im Güterverzeichnis für die Produktionsstatistik geachtet. Damit wird der Grad der Vergleichbarkeit von Daten aus beiden Statistikbereichen erhöht und in Teilbereichen auch eine bessere Vergleichbarkeit der EGW-Daten mit Daten auf EU-Ebene erreicht.

Ab Berichtsmonat Januar 2002 werden alle Ergebnistabellen mit Daten in der EGW-Gliederung auf die EGW 2002 umgestellt.

■ Durchführung der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 auch in den modernen Dienstleistungsbereichen

Für den Oktober und das Kalenderjahr 2001 ist in Deutschland nach dem Lohnstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 1996 (BGBl. I S. 598) eine Erhebung über die Gehalts- und Lohnstruktur (GLS) durchzuführen. Auf Vorschlag der Kommission hat der Rat der Europäischen Union (EU) im März 1999 für diese wichtige Statistik eine eigene Rechtsgrundlage verabschiedet, die Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (Amtsbl. der EG Nr. L 63, S. 6). In den übrigen Mitgliedstaaten der EU ist die Statistik über die Struktur der Verdienste für das Jahr 2002 zu erstellen.

Kurznachrichten

Die genannte Verordnung wurde ergänzt durch die Durchführungsverordnung (EG) Nr. 1916/2000 vom 8. September 2000 zur Definition und Übermittlung der Informationen über die Verdienststruktur (Amtsbl. der EG Nr. L 229, S. 3). Die GLS erfasst nunmehr über die nationale Rechtsgrundlage hinaus erstmals die Wirtschaftsbereiche Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und unternehmensnahe Dienstleistungszweige, wie Datenverarbeitung, Unternehmens-, Rechts- und Steuerberatung, die bisher noch nicht zum Erhebungsbereich der Lohnstatistik gehörten.

Bis zum Jahresende 2001 werden die Erhebungsbogen zur GLS 2001 den Betrieben von den Statistischen Landesämtern übersandt. Die Erhebung erfolgt als Stichprobe bei etwa 22000 Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten. Sie erstreckt sich auf Individualdaten von bis zu 940000 Arbeitern und Angestellten. Bei der Auswahl der Unternehmen und Betriebe wurde eine Rotation gegenüber der Arbeitskostenerhebung 2000 vorgenommen, um sicherzustellen, dass möglichst wenige Unternehmen von beiden großen Strukturhebungen betroffen werden.

Veröffentlicht werden die Verdienste und Arbeitszeiten vor allem in der Gliederung nach den Merkmalen Geschlecht, Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigte sowie erstmals Altersteilzeitbeschäftigte. Die Verdienste der Arbeiter sowie der Angestellten im Oktober 2001 werden auch nach Berufen nachgewiesen.

Über frühere EG-Verordnungen zur europäischen GLS hinaus trägt Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 den einzelstaatlichen Stellen nicht nur auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Ergebnisse der GLS 2001 die Situation der Gesamtheit der Unternehmen bzw. Betriebe in den erfassten Wirtschaftsbereichen realitätsgetreu und mit ausreichender Repräsentativität widerspiegeln. An Eurostat ist erstmals auch ein umfangreicher Bericht zu übermitteln, der alle „sachdienlichen“ Informationen über die Durchführung der Verordnung im jeweiligen Mitgliedstaat enthalten und eine Bewertung der Qualität der GLS ermöglichen muss. Kriterien zur Bewertung der Qualität und Vorgaben zum Inhalt des Qualitätsberichtes enthält eine zweite Durchführungsverordnung der EU-Kommission, die in Kürze verabschiedet wird.

■ Veranstaltung „Mikroanalysen und amtliche Statistik“

Am 23. und 24. Januar 2002 findet in der Universität Lüneburg eine gemeinsame Veranstaltung des Forschungsinstituts Freie Berufe der Universität Lüneburg und des Statistischen Bundesamtes zum Thema „Mikroanalysen und amtliche Statistik (MIKAS)“ statt. Ziel der Konferenz ist es, die bestehenden Möglichkeiten zur Durchführung von Mikroanalysen auf der Basis der amtlichen Statistik für die Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit darzustellen, ihre Stärken und Schwächen zu diskutieren und neue Wege und Erfordernisse für die künftige Ent-

wicklung aufzuzeigen. Aus der gemeinsamen Diskussion der Einzelstatistiken und ihrer Anwendungen erhofft man sich zugleich neue Impulse für integrierte Mikrodatenfiles, um das Auswertungspotenzial bereits vorhandener Mikrodaten noch zu erhöhen. Vorgesehen ist, die bisher verfügbaren Mikrodatenfiles jeweils einzeln vorzustellen und anschließend anhand einer zentralen Analysethematik die Auswertungsmöglichkeiten und -grenzen für die Wissenschaft zu diskutieren. Die verbindenden wirtschafts- und sozialpolitischen Themen sind Einkommen, soziale Sicherung und Beschäftigung. Den Rahmen der Konferenz bilden der für alle Mikroansätze grundlegende Bereich Datenschutz und die neuen Konzepte zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft.

Kompakt

■ Wirtschaftswachstum im dritten Quartal 2001

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt, der Wert der erwirtschafteten Leistung, nahm im dritten Quartal 2001 im Vergleich zum dritten Quartal 2000 real um 0,3% zu. Das war die geringste Zunahme seit dem ersten Quartal 1997 (+0,1%). Im ersten Quartal 2001 war die deutsche Wirtschaft um 1,4% und im zweiten Quartal um 0,6% gewachsen.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
(Ursprungswerte)
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %

2000				2001		
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj
+ 4,1	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,3

Nach rechnerischer Ausschaltung von saison- und kalenderbedingten Schwankungen blieb das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2001 knapp unter dem Niveau des Vorquartals.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
(saison- und kalenderbereinigte Werte)
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

2000				2001		
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj
+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1

Zu dem schwachen Wirtschaftswachstum im dritten Quartal 2001 trugen privater und staatlicher Konsum mit einer Wachstumsrate von zusammen 1,1% sowie ein höherer realer Außenbeitrag bei; dagegen gingen die Bruttoinvestitionen auf Grund rückläufiger Bau- und Ausrüstungsinvestitionen sowie einer deutlich geringeren Vorratsbildung gegenüber dem Vorjahresquartal zurück (-8,2%).

Weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet (www.destatis.de) abgerufen werden. Außerdem werden in der Fachserie

Kurznachrichten

18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“ (Bestellnummer: 2180300-01323; Bezugsquellen siehe Impressum) tiefer gegliederte Ergebnisse veröffentlicht. Diese Veröffentlichungen sind auch online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/shop erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt das Infoteam der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Telefon (06 11) 75 26 26, E-Mail: vgr-bip-auskunft@destatis.de.

■ Mehr Sicherheit im Alltag

Im Mai 2000 gab es nach Ergebnissen des Mikrozensus in Deutschland 47 000 Erwerbstätige, die als Wach- und Sicherheitsbedienstete, Werk- und Personenschutzfachkräfte sowie Detektive einen so genannten Sicherheitsberuf ausübten (14 000 Personen oder 42% mehr als im April 1995); davon waren knapp 88% Männer.

Die Befragten, die Angaben zu einem allgemeinen Schulabschluss bzw. zu einem Ausbildungs- oder Hochschulabschluss machten, besaßen je zur Hälfte einen Hauptschulabschluss bzw. eine höhere allgemeine Schulbildung; etwa 55% hatten eine Lehre abgeschlossen. Fast zwei Drittel dieser Sicherheitsfachkräfte arbeiteten als einfache und mittlere Angestellte und Arbeiter/-innen in ihren Betrieben.

Gut 59% der Erwerbstätigen in einem Sicherheitsberuf waren im Mai 2000 im Wirtschaftsbereich „Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen“ tätig. Für fast drei Viertel des Sicherheitspersonals betrug die normalerweise je Woche geleistete Arbeitszeit 40 Stunden und mehr.

Weitere Auskünfte erteilt Margrit Thiele, Telefon (06 11) 75 26 73, E-Mail: erwerbstaetigkeit@destatis.de.

■ Düngemittelabsatz zurückgegangen

Im Wirtschaftsjahr 2000/2001 wurden aus inländischer Produktion oder Einfuhr 1,85 Mill. Tonnen (t) Stickstoffdünger (N), 0,35 Mill. t Phosphatdünger (P_2O_5), 0,54 Mill. t Kalidünger (K_2O) und 2,17 Mill. t Kalkdünger (CaO) an landwirtschaftliche Absatzorganisationen oder Endverbraucher in Deutschland abgesetzt.

Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1999/2000 war dies eine Abnahme um 8% bei Stickstoffdüngern, um 16% bei Phosphatdüngern, um 9% bei Kalidüngern und um 13% bei Kalkdüngern.

Der rückläufige Absatz dürfte im Wesentlichen auf die extremen Witterungsverhältnisse im Frühjahr 2001 sowie auf die Kaufzurückhaltung der Landwirte auf Grund der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuche im ersten Halbjahr 2001 zurückzuführen sein.

In den vergangenen 50 Jahren, das heißt seit dem Wirtschaftsjahr 1950/51, hat sich der Absatz von Stickstoffdüngern um 233% und von Kalkdüngern um 80% erhöht, während er bei Phosphatdüngern um 29% und bei Kalidüngern um 47% zurückging.

Der Aufwand je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche stieg in den vergangenen 50 Jahren bei Stickstoffdüngern von 27 auf 108 kg N im aktuellen Wirtschaftsjahr und bei Kalkdüngern von 58 auf 117 kg CaO. Demgegenüber nahm der Aufwand an Phosphatdüngern von 24 auf 21 kg P_2O_5 und an Kalidüngern von 50 auf 32 kg K_2O ab.

Nach zunächst kontinuierlichem Anstieg seit 1950/51 wurden die höchsten Aufwandsmengen je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche 1987/88 mit 134 kg N bei Stickstoffdüngern, 1979/80 mit 71 kg P_2O_5 bei Phosphatdüngern, 1974/75 mit 96 kg K_2O bei Kalidüngern und 1988/89 mit 189 kg CaO bei Kalkdüngern erreicht. Nach diesen Zeiträumen fielen die Aufwandsmengen wieder relativ stetig auf das heutige Niveau.

Weitere Auskünfte erteilt Sigrid Hickl, Telefon (06 11) 75 22 90, E-Mail: duengemittel@destatis.de.

■ Erstmals weniger als 800 000 Einschulungen in Deutschland

Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2001/2002 wurden in Deutschland rund 796 700 Kinder eingeschult. Erstmals seit der deutschen Vereinigung begannen damit im Schuljahr 2001/02 weniger als 800 000 Kinder ihre Schullaufbahn. Im Schuljahr 1996/97, dem Jahr mit den höchsten Schulanfängerzahlen, lag diese Zahl bei rund 953 600. Bis zum Jahr 2015 wird – ausgehend von der demographischen Entwicklung – eine weitere Abnahme bis auf unter 700 000 Schulanfänger erwartet.

Gegenüber dem Vorjahr gingen die Einschulungen um 1,9% oder 15 100 Kinder zurück. Anders als in den vorangegangenen Jahren fielen die Veränderungsraten in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit –2,0% (–2 000) und im früheren Bundesgebiet (–1,9% bzw. –13 100) annähernd gleich aus.

Der überwiegende Teil der Schulanfänger im Schuljahr 2001/2002 (95,8%) wurde in Grundschulen, 3,0% in Sonderschulen, 0,7% in Freie Waldorfschulen und 0,5% in integrierte Gesamtschulen eingeschult.

Von den Schulanfängern insgesamt waren 48,5% Mädchen. In Sonderschulen lag der Mädchenanteil nur bei 34,7%.

Weitere Auskünfte erteilt Otto Neumann, Telefon (06 11) 75 24 43, E-Mail: otto.neumann@destatis.de.

■ Fremdsprachenunterricht in Grundschulen nimmt zu

Der Anteil der Grundschüler, die Fremdsprachenunterricht erhalten, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Im Schuljahr 2000/2001 lag er bei 21% (689 500 Schüler) und damit rund fünf Mal so hoch wie im Schuljahr 1992/93 (155 600), dem ersten Jahr mit gesamtdeutschen Ergebnissen.

Der Anteil der Grundschüler, die eine Fremdsprache lernen, war in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Die Spanne reichte im Schuljahr 2000/2001 von mehr als 50% in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und im Saarland bis zu weniger als 3% in Berlin und Brandenburg.

Als häufigste Sprache wird Englisch in Grundschulen unterrichtet. 74% bzw. 511 000 Grundschüler mit Fremdsprachenunterricht erlernten diese Sprache. An zweiter Stelle folgte Französisch (15% oder 101 800 Schüler), das vor allem in den Bundesländern auf dem Stundenplan stand, die Nachbarn von Frankreich sind.

Weitere Auskünfte erteilt
Marianne Renz, Telefon (06 11) 75 41 41,
E-Mail: schulstatistik@destatis.de.

■ Mehr Patienten im Vorsorge- und Rehabilitationsbereich

Im Jahr 2000 wurden in den deutschen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2,0 Mill. Patientinnen und Patienten vollstationär versorgt. Das waren 6,8% mehr als im Vorjahr. Nach dem starken, durch Sparmaßnahmen bedingten Rückgang um 17,8% im Jahr 1997 (1998: +10,8%; 1999: +9,7%) haben die Behandlungsfälle erstmals wieder den Höchststand von 1996 (1,9 Mill.) überschritten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten verringerte sich im Jahr 2000 um 0,2 Tage auf 25,8 Tage.

In den 1 393 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen (1999: 1 398) in Deutschland gab es knapp 190 000 Betten (+0,1%), die im Durchschnitt zu 76,1% (1999: 72,1%) belegt waren.

In den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen waren Ende 2000 rund 115 300 Personen beschäftigt, 4,1% mehr als Ende 1999; in Vollzeitkräften gerechnet waren es 97 800 Beschäftigte (+3,4%). Davon waren 9 100 Personen (+4,2%) als ärztliches Personal (8 300 Vollzeitkräfte; +4,5%) und 106 200 Personen (+4,1%) als nichtärztliches Personal (89 500 Vollzeitkräfte; +3,3%) tätig.

■ 104 000 Ausbildungsplätze in deutschen Krankenhäusern

Fast 50% der 2 242 Krankenhäuser in Deutschland standen im Jahr 2000 als Ausbildungsstätten für krankenhaustypische Ausbildungsberufe zur Verfügung. In diesen 1 103 Einrichtungen gab es insgesamt knapp 104 300 Ausbildungsplätze. Gegenüber 1991 hat es nur geringfügige Veränderungen dieser Eckzahlen gegeben; von 2 411 Krankenhäusern bildeten im Jahr 1991 1 143 (47,4%) mit 106 100 Plätzen aus.

Die Pflegebereiche erreichten im Jahr 2000 mit gut 84% bzw. 87 800 Ausbildungsplätzen den größten Anteil an den nachgewiesenen Ausbildungsberufen. Für die Ausbildung zu Krankenschwestern und -pflegern gab es über 74 000 Plätze (1991: 74 400). Obwohl in den 1990er Jahren Krankenhäuser geschlossen wurden, ist die Anzahl der Einrichtungen, die in diesem Berufsfeld Ausbildungsplätze anbieten, ebenso wie die Zahl der Ausbildungsplätze in den vergangenen Jahren relativ konstant geblieben. Der Trend zu einer verbesserten beruflichen Qualifikation des Einzelnen und der allgemeinen Qualitätssicherung in der Pflege zeigt sich besonders in der Abnahme der Ausbildungsstätten und -plätze bei dem Berufsbild der Krankenpflegehelfer/-innen: Im Jahr 2000 standen in 168 Krankenhäusern nur noch gut 3 300 Plätze für diese Ausbildung zur Verfügung, während 1991 die einjährige Ausbildung noch in 276 Einrichtungen mit 5 740 Plätzen angeboten wurde.

Bei den Logopäden hat sich die Zahl der Ausbildungsplätze in 10 Jahren um 49,7% erhöht. 1991 haben 15 Krankenhäuser insgesamt 571 Ausbildungsplätze angeboten, im Jahr 2000 waren es in 23 Krankenhäusern 855 Plätze.

Mehr Ausbildungsplätze in immer weniger Ausbildungsstätten kennzeichnen die Ausbildung der Krankengymnasten/-innen bzw. Physiotherapeuten/-innen: So standen im Jahr 2000 mit 4 800 Ausbildungsplätzen über 1 100 Plätze (+29,9%) mehr als 1991 zur Verfügung, die Ausbildungsstätten hingegen haben sich um 20 auf 72 Einrichtungen (-21,7%) verringert.

Weitere Auskünfte zur Ausbildung in Krankenhäusern sowie zu Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen erteilt

Rita Berning, Telefon (0 18 88) 6 44 81 69 oder -89 51,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

■ Todesursachenstatistik 2000

Im Jahr 2000 starben in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen der Todesursachenstatistik insgesamt 838 796 Personen (388 981 Männer und 449 815 Frauen); dies waren 7 534 Sterbefälle oder 0,9% weniger als im Vorjahr.

Bei nahezu jedem zweiten Verstorbenen (161 300 Männern und 233 600 Frauen) wurde der Tod durch eine Erkrankung des Herz-Kreislaufsystems ausgelöst. Infolge

von Kreislauferkrankungen starben insbesondere ältere Menschen, etwa 90% der Verstorbenen waren über 65 Jahre alt. Frauen starben häufiger an Kreislauferkrankungen, weil sie im Durchschnitt älter werden als Männer. Allerdings waren von den 73300 Personen, die infolge eines Herzinfarkts verstarben, 55% Männer und 45% Frauen.

Ein Viertel der im Jahr 2000 Verstorbenen erlag einem Krebsleiden (109700 Männer und 101300 Frauen). Bei den Männern hatten bösartige Erkrankungen der Verdauungsorgane (35000 Verstorbenen) und der Atmungsorgane (30900 Verstorbenen) die größte Bedeutung. Bei den verstorbenen Frauen dominierten bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane und der Brustdrüse mit 34800 bzw. 17900 Sterbefällen.

An nichtnatürlichen Todesursachen (Verletzungen und Vergiftungen) starben 34500 Personen (21700 Männer und 12800 Frauen). Von den 11100 Personen, die im Jahr 2000 freiwillig aus dem Leben schieden, waren 74% Männer und 26% Frauen.

Weitere Auskünfte erteilt
Stefan Rübenach, Telefon (01888)6448112,
E-Mail: stefan.ruebenach@destatis.de.

■ 23% der Bevölkerung ab 75 Jahren pflegebedürftig

Rund 2,02 Mill. Personen waren im Dezember 1999 in Deutschland pflegebedürftig. Von diesen waren 1,31 Mill. Personen, also rund zwei Drittel, 75 Jahre und älter. Von den ab 75-jährigen Einwohnern Deutschlands waren rund 23% pflegebedürftig.

Die Pflegebedürftigkeit ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich: In Baden-Württemberg ist die Pflegewahrscheinlichkeit bei den 75-jährigen und älteren Menschen mit knapp 20% am niedrigsten. Geringe Pflegewahrscheinlichkeiten weisen auch Rheinland-Pfalz (21%) sowie die Stadtstaaten Bremen und Hamburg auf (20 bzw. 21%). Die höchsten Werte gibt es in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (jeweils 27%).

Diese und weitere Ergebnisse der im Dezember 1999 erstmals durchgeführten Pflegestatistik enthält der „Kurzbericht Pflegestatistik 1999 – Ländervergleich: Pflegebedürftige“. Dieser Bericht sowie der erste „Kurzbericht Pflegestatistik 1999 – Deutschlandergebnisse“ sind kostenlos im Internet-Angebot von Destatis unter www.destatis.de in der Rubrik „Produkte & Service“/„Online Publikationen“ abrufbar.

Weitere Auskünfte erteilt
Heiko Pfaff, Telefon (01888)6448106,
E-Mail: pflege@destatis.de.

■ Reform des Kindschaftsrechts entlastet Jugendämter

Die Reform des Kindschaftsrechts im Juli 1998 hat die für Vaterschaftsfeststellungen zuständigen Jugendämter in Deutschland erheblich entlastet. Die Zahl der dort vorgenommenen Vaterschaftsfeststellungen verringerte sich von knapp 149000 im Jahr 1997 auf 105100 im Jahr 2000; das ist ein Rückgang um 29%.

Eine Vaterschaft wird festgestellt, wenn die Eltern eines Neugeborenen nicht miteinander verheiratet sind. Seit der Reform des Kindschaftsrechts zum 1. Juli 1998 kann die Vaterschaft auch durch andere beurkundungsfähige Institutionen wie zum Beispiel Standesämter oder Notare festgestellt werden. Für die 179500 Neugeborenen mit nicht miteinander verheirateten Eltern des Jahres 2000 wurde in 105100 Fällen oder 59% die Vaterschaft durch ein Jugendamt festgestellt.

In 4300 der Verfahren bei Jugendämtern (4%) konnte die Vaterschaft nicht amtlich festgestellt werden, weil beispielsweise der Vater unbekannt war oder seiner Feststellung unüberwindbare Schwierigkeiten entgegenstanden, etwa wenn er sich ins Ausland abgesetzt hatte oder von der Mutter nicht benannt wurde. Dagegen bekannten sich 93100 oder 89% der Väter freiwillig zu ihrer Vaterschaft. Dieser Wert liegt im Trend der vergangenen Jahre, in denen 9 von 10 nicht verheirateten Vätern sich freiwillig zu ihrem Kind bekannten. In lediglich 7700 Fällen (7%) der Verfahren bei Jugendämtern erfolgte die Vaterschaftsfeststellung durch ein Gericht.

Weitere Auskünfte erteilt
Heike Tüllmann, Telefon (01888)6448151,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

■ Adoptionen im Jahr 2000 geringfügig zurückgegangen

Insgesamt 6373 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wurden im Jahr 2000 in Deutschland adoptiert, 0,4% weniger als im Vorjahr. Von 1998 auf 1999 hatte sich die Zahl der Adoptionen um 10% verringert. Der Anteil der weiblichen und männlichen Adoptierten war im Jahr 2000 nahezu gleich.

Rund 70% der im Jahr 2000 adoptierten Kinder und Jugendlichen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Von den 1891 adoptierten ausländischen Minderjährigen kam fast jede(r) Dritte aus dem asiatischen Raum. Bei den ausländischen Minderjährigen aus dem europäischen Ausland stammte ein Viertel aus der Russischen Föderation.

In knapp zwei Dritteln aller Fälle wurden die Kinder und Jugendlichen von einem Stiefelternteil oder von Verwandten adoptiert, sodass die Adoption keine wesentliche Veränderung der bisherigen Lebensumstände zur Folge hatte. Der Anteil dieser Adoptionen lag deutlich höher als im Vorjahr (1999: 50%).

Kurznachrichten

Jede(r) Fünfte der adoptierten Minderjährigen lebte vor der Adoption in einem Heim oder in einer Pflegefamilie. Der Anteil der Vollwaisen, die adoptiert wurden, war gegenüber dem Vorjahr mit 2% nahezu unverändert.

Gut ein Drittel der Kinder und Jugendlichen war zum Zeitpunkt ihrer Adoption – wie im Vorjahr – zwischen 6 und 12 Jahren alt; in 23% aller Fälle konnten Kleinkinder bis zu einem Alter von 3 Jahren erfolgreich zur Adoption vermittelt werden.

Am Jahresende 2000 waren 942 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt, 13% weniger als 1999. Dagegen lagen den Adoptionsvermittlungsstellen insgesamt 13 138 Adoptionsbewerbungen vor (–10% gegenüber 1999). Rein rechnerisch standen damit einem zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen 14 mögliche Adoptiveltern gegenüber.

Weitere Auskünfte erteilt
Heike Tüllmann, Telefon (0 1888) 644 81 51,
E-Mail: heike.tuellmann@destatis.de.

■ Verdienste von Handwerksgesellen im Mai 2001

Die Gesellen in zehn ausgewählten Gewerben des deutschen Handwerks verdienten im Mai 2001 brutto durchschnittlich 23,10 DM je Stunde; das waren 2% mehr als im Mai 2000.

Den Maler- und Lackierergesellen wurden 24,04 DM, den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern 23,52 DM und den Kraftfahrzeugmechanikern 22,92 DM je Stunde bezahlt; Bäcker- und Metzgergesellen erzielten einen Stundenverdienst von 20,81 DM. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Handwerksgesellen lag bei 39,2 bezahlten Stunden (Mai 2000: 39,4 Stunden).

Im früheren Bundesgebiet verdienten die Handwerksgesellen 24,81 DM je Stunde bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38,9 Stunden. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden den Gesellen 16,86 DM bei durchschnittlich 40,3 Wochenarbeitsstunden bezahlt.

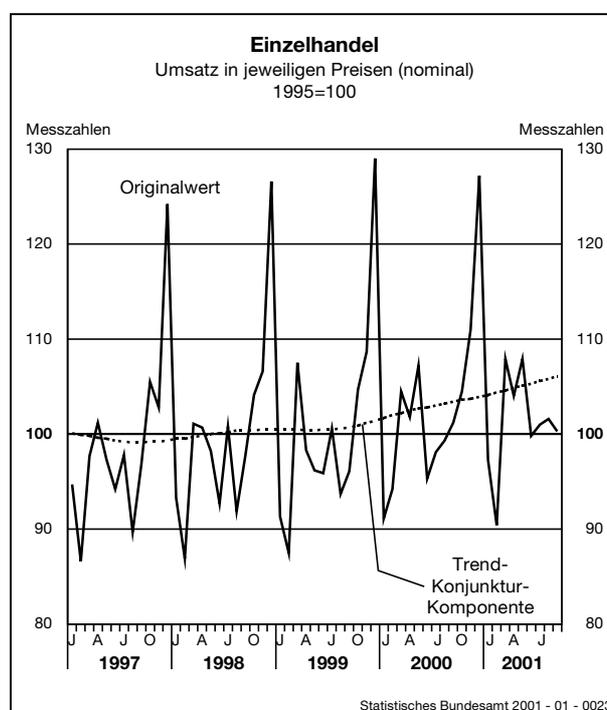
Weitere Auskünfte erteilt
Mathias Gross, Telefon (06 11) 75 33 36,
E-Mail: mathias.gross@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

■ Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im *September 2001* nominal 0,9% und real 2,1% weniger als im September 2000 um, der einen Verkaufstag mehr hatte. In den ersten neun Monaten 2001 wurde nominal 2,1% und real 0,3% mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Nominale und reale Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchten im September 2001 nur der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Erzeugnissen sowie die Apotheken (nominal +2,4%, real +0,9%). Lediglich nominal höhere Umsätze als im September 2000 erzielte der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal +2,2%, real –1,2%). Nominal und real unter den Umsätzen des Vorjahresmonats blieben der sonstige Facheinzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (nominal –2,8%, real –3,4%), der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (nominal –7,1%, real –10,5%) und der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem sowohl der Versandhandel als auch der Brennstoffhandel zählen (nominal –7,9%, real –1,5%).



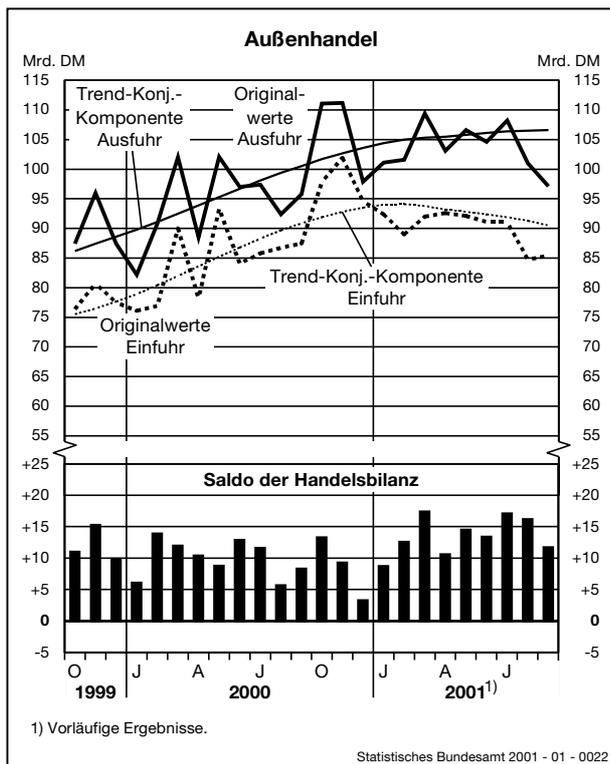
Im September 2001 wurde im Vergleich zum August 2001 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 0,9% und real 1,0% weniger abgesetzt.

■ Außenhandel

Im *September 2001* exportierten deutsche Unternehmen Waren im Wert von 97,1 Mrd. DM und importierten Güter für 85,4 Mrd. DM. Gegenüber September 2000 stiegen die nominalen Exporte damit um lediglich 1,3%. Das war die geringste Zuwachsrates der Exporte im bisherigen Jahresverlauf. Allerdings gingen die Importe im gleichen Zeitraum sogar um 2,4% zurück. Die verhaltene Entwicklung des deutschen Außenhandels im September 2001 beruht teilweise auf dem Rückgang der Ausfuhr- und Einfuhrpreise gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat (Ausfuhrpreisindex –0,3% gegenüber September 2000, Einfuhrpreisindex –3,6%).

Kurznachrichten

Durch die unterschiedliche Handelsentwicklung in beiden Verkehrsrichtungen konnte der Ausfuhrüberschuss im September 2001 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat beträchtlich gesteigert werden (Ausfuhrüberschuss im September 2001: 11,7 Mrd. DM, im September 2000: 8,3 Mrd. DM). Dennoch schloss die Leistungsbilanz im Berichtsmonat mit einem Defizit in Höhe von 1,3 Mrd. DM ab, da andere Teilbilanzen hohe Defizite auswiesen, vor allem die Dienstleistungsbilanz (-8,5 Mrd. DM) und die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen (-4,3 Mrd. DM).



Gegenüber dem Vormonat August sanken die nominalen Ausfuhr im September 2001 um 3,8%, während die nominalen Einfuhren um 0,7% stiegen. Nach Kalender- und Saisonbereinigung (Berliner Verfahren, Version 4) ergab sich hingegen bei der Ausfuhr eine Abnahme um 1,8% und bei der Einfuhr eine Zunahme um 1,5% gegenüber dem Vormonat. Die kalender- und saisonbereinigten Werte weisen also eine etwas lebhaftere Entwicklung des deutschen Außenhandels nach als die Betrachtung der Originalwerte, was darauf beruht, dass für Handelsgeschäfte im September 2001 drei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen als im Vormonat. ■

Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2001

Der vorliegende Beitrag basiert auf dem Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2001, der vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, am 30. Oktober 2001 auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main vorgestellt wurde. Ausgewählte Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) werden in einzelnen Kapiteln dargestellt und in ihren Zusammenhängen im Schnittbereich zwischen Ökonomie und Umwelt erläutert. Themenschwerpunkte sind die Produktivität der Naturnutzung, Wasser und Abwasser sowie die Emissionen von Kohlendioxid.

Als kostenfreies Download-Angebot (www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2001/ugr_2001b.htm) steht der Bericht mit einem umfangreichen Tabellenteil sowie weiteren Informationen zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen auch im Internet zur Verfügung.

Dr. Karl Schoer/Dipl.-Geographin Christine Flachmann/
Dipl.-Ökonomin Angela Heinze/
Dipl.-Volkswirt Dieter Schäfer/Dr. Bernd Waldmüller

1 Zur Produktivität der Naturnutzung

Jede wirtschaftliche Aktivität, sei es die Produktion von Waren und Dienstleistungen, sei es der Konsum, ist mit der Nutzung unserer natürlichen Umwelt verbunden. Die Natur wird dabei in vielfältiger Weise in Anspruch genommen. Es werden Materialien als Rohstoffe der Natur entnommen, die Fläche dient als Standort für wirtschaftliche Aktivitäten, und bei der Abgabe von Rest- und Schadstoffen wird die Natur als Senke genutzt, das heißt sie nimmt Stoffe auf.¹⁾

Ein dem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtetes Wirtschaften verlangt einen möglichst schonenden Umgang mit der Natur, damit auch den nachfolgenden Generationen noch eine intakte Umwelt zur Verfügung steht. Messen lässt sich die Inanspruchnahme der Umwelt als Ressourcenquelle über die Menge der natürlichen *Einsatzfaktoren*, wie Rohstoff- oder Energieverbrauch, sowie die Art und Intensität der Bodennutzung. Die Nutzung der Natur als Senke für Rest- und Schadstoffe kann nur mittelbar gemessen werden, und zwar durch die Menge der abgegebenen Rest- und Schadstoffe. Setzt man die einzelnen, in physischen Einheiten gemessenen Mengen in Beziehung zu der wirtschaftlichen Leistung, dann lassen sich – ähnlich wie bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital – Produktivitäten als Indikatoren für die Effizienz der Nutzung natürlicher Einsatzfaktoren errechnen. Die Entwicklung von Menge und Produktivität der einzelnen Umwelteinsatzfaktoren zeigt allerdings nur, ob und inwieweit ein schonenderer Umgang mit dem jeweiligen Faktor stattfindet. Diese Indikatoren ermöglichen nur über einen Rückgriff auf explizite Nachhaltigkeitsziele eine Aussage darüber, in welchem Umfang Nachhaltigkeit erreicht wird.

In Deutschland hat sich in den 1990er Jahren der mengenmäßige Einsatz der meisten Naturfaktoren vermindert, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die

Natur als Ressourcenquelle wurde im Jahr 2000 in ihrer Funktion als Rohstoff- und Energielieferant etwas weniger in Anspruch genommen als 1991 (siehe die Schaubilder 1 und 2 auf S. 879). Der Rohstoffverbrauch ging um 1,9%, der Energieverbrauch um 2,0% zurück. Bei Berücksichtigung der Auswirkung witterungsbedingter Schwankungen kann für den betrachteten Zeitraum aller-

Einsatzfaktoren	
Für die Nutzung folgender Einsatzfaktoren im Produktionsprozess können Mengenentwicklung und Produktivitäten dargestellt werden (siehe Tabelle 1):	
Nutzung ökonomischer Faktoren	
Arbeit	– Arbeitsvolumen als geleistete Arbeitsstunden (Mrd. Std.)
Kapital	– Kapitalnutzung als Abschreibungen (Mrd. DM in Preisen von 1995)
Natur als Ressourcenquelle	
Fläche	– Flächeninanspruchnahme als Siedlungs- und Verkehrsfläche (km ²)
Energie	– Energieverbrauch als Verbrauch von Primärenergie (Petajoule)
Rohstoffe	– Rohstoffverbrauch hier gemessen als Entnahme von verwerteten abiotischen Rohstoffen aus der inländischen Natur zuzüglich importierter abiotischer Güter (Mill. t)
Wasserentnahme	– Wasserverbrauch als Entnahme von Wasser aus der Natur (Mill. m ³)
Natur als Senke für Rest- und Schadstoffe	
Treibhausgase	– Belastung der Umwelt durch die Emission von Treibhausgasen, hier: Kohlendioxid, Methan, Distickstoffoxid (Lachgas)
Versauerungsgase	– Belastung der Umwelt durch die Emission von Versauerungsgasen, hier: Schwefeldioxid, Stickoxide
Wasserabgabe	– Belastung der Umwelt durch die Abgabe von genutztem Wasser an die Natur
Das Ziel der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) ist es, die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt zu beschreiben. Den Ausgangspunkt bilden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die durch die UGR um die Darstellung von umweltrelevanten Tatbeständen ergänzt werden. Neben den ökonomischen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital wird daher in den UGR auch dem Produktionsfaktor Natur und damit den Leistungen der Natur, die sich das ökonomische System zu Nutzen macht, Rechnung getragen. Dazu gehören dann nicht nur die natürlichen Inputs mit materiellem Charakter (z.B. Rohstoffe), bei denen die Natur als Ressourcenquelle in Anspruch genommen wird, sondern auch Dienstleistungen der Natur, wie zum Beispiel die Absorption von Rest- und Schadstoffen. Eine direkte Messung des Inputs von natürlichen Dienstleistungen ist zurzeit weder in monetären noch in physischen Einheiten möglich. Deshalb wird dieser Input indirekt anhand der von der Natur aufgenommenen Rest- und Schadstoffmenge gemessen. Die verwendete Relation Bruttoinlandsprodukt zu Rest- und Schadstoffmenge stellt somit den Beitrag zur Produktion dar, den die Natur durch diese Absorption (Senkenfunktion) liefert. Damit werden wichtige Aspekte der Naturnutzung, die Auswirkungen auf Qualitätsänderungen der Ökosysteme oder Klimaänderungen haben, in die Produktivitätsbetrachtungen einbezogen.	

1) Neben der Senkenfunktion sind weitere Leistungen der Natur, wie z. B. Pufferfunktion, Erholungsfunktion und Produktionsfunktion zu nennen.

Tabelle 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Produktionsfaktoren												
Primärenergieverbrauch	Petajoule	14 914	14 467	14 150	14 179	14 078	14 269	14 746	14 599	14 549	14 220	14 173
Rohstoffentnahme und Import ²⁾	Mill. t	.	1 460	1 479	1 413	1 533	1 485	1 458	1 440	1 421	1 439	1 432
Wasserentnahme aus der Natur ³⁾	Mill. m ³	.	51 344	49 852	48 150	48 972	48 909	47 786	47 334	45 502
Treibhausgase ⁴⁾	Mill. t	1 197	1 146	1 092	1 071	988	1 051	1 066	1 029	1 008	971	...
dar.: Kohlendioxid	Mill. t	1 014	976	928	918	904	904	925	894	888	859	861
Versauerungsgase ⁵⁾	Mill. t	7,2	5,7	4,9	4,5	3,9	3,4	2,7	2,4	2,1	2,0	...
Wasserabgabe an die Natur ⁶⁾	Mill. m ³	.	51 148	49 665	47 966	48 787	48 724	47 601	47 159	45 331
dar.: Abwasser	Mill. m ³	.	43 971	42 375	40 758	41 270	40 740	40 267	40 194	38 557
Siedlungs- und Verkehrsfläche ⁷⁾	km ²	.	.	.	40 305	.	.	.	42 052	42 503	42 976	43 447
Arbeitsstunden	Mrd. Std.	.	60,0	59,7	58,1	58,0	57,4	56,6	56,3	56,7	57,0	57,4
Abschreibungen (Preise von 1995) ..	Mrd. DM	.	447	472	492	507	521	535	548	562	579	597
nachrichtlich: Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	Mrd. DM	.	3 346	3 421	3 384	3 463	3 523	3 550	3 600	3 670	3 738	3 850
Produktionsfaktoren (Deutschland 1991 bzw. 1993 = 100)												
Primärenergieverbrauch	-	103,1	100	97,8	98,0	97,3	98,6	101,9	100,9	100,6	98,3	98,0
Rohstoffentnahme und Import ²⁾	-	.	100	101,3	96,8	105,0	101,7	99,8	98,6	97,3	98,6	98,1
Wasserentnahme aus der Natur ³⁾	-	.	100	97,1	93,8	95,4	95,3	93,1	92,2	88,6
Treibhausgase ⁴⁾	-	104,4	100	95,2	93,4	86,2	91,7	93,0	89,7	87,9	84,7	...
dar.: Kohlendioxid	-	103,9	100	95,0	94,0	92,6	92,6	94,7	91,5	91,0	87,9	88,2
Versauerungsgase ⁵⁾	-	125,7	100	85,7	78,0	67,9	58,7	47,3	41,3	36,4	34,4	...
Wasserabgabe an die Natur ⁶⁾	-	.	100	97,1	93,8	95,4	95,3	93,1	92,2	88,6
dar.: Abwasser	-	.	100	96,4	92,7	93,9	92,7	91,6	91,4	87,7
Siedlungs- und Verkehrsfläche ⁷⁾	-	.	.	.	100	.	.	.	104,3	105,5	106,6	107,8
Arbeitsstunden	-	.	100	99,5	96,9	96,7	95,6	94,4	93,8	94,5	95,0	95,6
Abschreibungen (Preise von 1995) ..	-	.	100	105,5	110,0	113,5	116,6	119,7	122,5	125,7	129,5	133,6
Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zu Produktionsfaktoren (Deutschland 1991 bzw. 1993 = 100)												
Primärenergieverbrauch	-	.	100	104,5	103,2	106,4	106,7	104,1	106,6	109,1	113,6	117,5
Rohstoffentnahme und Import ²⁾	-	.	100	100,9	104,5	98,5	103,5	106,3	109,1	112,7	113,3	117,3
Wasserentnahme aus der Natur ³⁾	-	.	100	105,3	107,8	108,5	110,5	114,0	116,7	123,8
Treibhausgase ⁴⁾	-	.	100	107,3	108,2	120,0	114,9	114,1	119,9	124,7	131,9	...
dar.: Kohlendioxid	-	.	100	107,6	107,6	111,8	113,7	112,0	117,5	120,6	127,0	130,5
Versauerungsgase ⁵⁾	-	.	100	119,3	129,7	152,4	179,5	224,3	260,5	301,0	325,0	...
Wasserabgabe an die Natur ⁶⁾	-	.	100	105,3	107,8	108,5	110,5	114,0	116,7	123,8
dar.: Abwasser	-	.	100	106,1	109,1	110,3	113,6	115,9	117,7	125,1
Siedlungs- und Verkehrsfläche ⁷⁾	-	.	.	.	100	.	.	.	102,0	102,8	103,6	105,6
Arbeitsstunden	-	.	100	102,7	104,4	107,1	110,1	112,4	114,7	116,1	117,6	120,4
Abschreibungen (Preise von 1995) ..	-	.	100	96,9	91,9	91,2	90,3	88,7	87,8	87,2	86,3	86,1

1) Zum Teil geschätzt. – 2) Verwertete Entnahme abiotischer Rohstoffe und importierte abiotische Güter. – 3) Einschl. Fremd- und Regenwasser. – 4) Als Treibhausgase sind Kohlendioxid, Distickstoffoxid und Methan einbezogen. Sie sind mit Hilfe von Umrechnungsfaktoren (CO₂-Emission x 1; N₂O-Emission x 310; CH₄-Emission x 21) zu CO₂-Äquivalenten zusammengefasst. – 5) Schwefeldioxid und Stickoxide wurden mittels Umrechnungsfaktoren zu Versauerungsgasen zusammengefasst (SO₂-Emission x 1; NO_x-Emission x 0,7). – 6) Einschl. Fremd- und Regenwasser, Verlusten bei der Wasserverteilung und Verdunstung. – 7) Gemäß Flächenerhebung (Stichtag ist der 31. Dezember des Vorjahres, also Berichtsjahre 1992 und 1996) sowie vorläufiger Schätzung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (Stichtag ist der 31. Dezember des Vorjahres).

dings eher von einer Stagnation des Energieverbrauchs ausgegangen werden, denn im Jahr 2000 waren die Durchschnittstemperaturen höher als im Basisjahr 1991. Damit ist zumindest ein Teil des für den Zeitraum nachgewiesenen Rückgangs des Energieverbrauchs auf die günstigere Witterung im Endjahr zurückzuführen. Die Entwicklung des Energieverbrauchs wurde auch durch den deutlichen Rückgang des Energieeinsatzes in den neuen Ländern zu Beginn der 1990er Jahre beeinflusst. Beim Rohstoffverbrauch schlugen vor allem Schwankungen bei der Nachfrage nach Baurohstoffen durch.

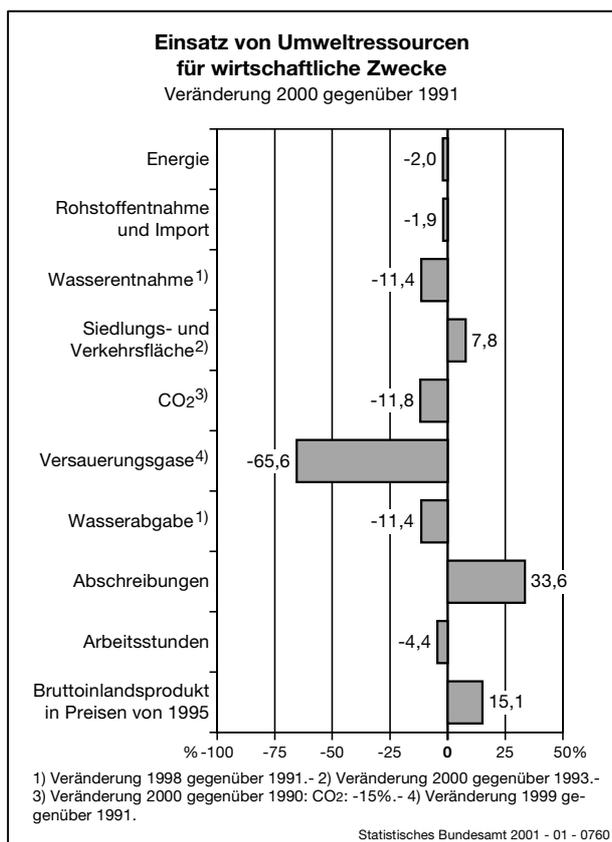
Die Entnahme von Wasser aus der Natur verminderte sich mit 11,4% zwischen 1991 und 1998 deutlich stärker als der Energie- und Rohstoffverbrauch. Die gleiche Entwicklung wie bei der Wasserentnahme zeigt sich auch bei der Abwasserabgabe. Hinter dem Rückgang des Wasserverbrauchs stehen insbesondere Änderungen wasserrechtlicher Vorschriften sowie stark gestiegene Wasser- und Abwasserpreise.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche stieg nach ersten vorläufigen Schätzungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung für das Jahr 2000 zwischen 1993 und 2000 von 40305 km² auf 43447 km² (+7,8%). Dies entspricht in diesem Zeitraum einem Zuwachs von 123 ha pro Tag. Im Jahr 2000 lag der durchschnittliche Zuwachs mit 129 ha pro Tag etwas höher als im Gesamtzeitraum.²⁾ Für die Entwicklung des Flächenverbrauchs wurden vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Zielvorgaben für das so genannte Umwelt-Barometer formuliert. Danach soll der Flächenverbrauch von 120 ha pro Tag im Zeitraum 1993 bis 1997 bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag reduziert werden. Zur Erreichung dieses Ziels ist angesichts der dargestellten Zunahme in den letzten Jahren eine deutliche Trendumkehr notwendig, aber noch nicht erkennbar.

Die Inanspruchnahme der *Natur als Senke* für Rest- und Schadstoffe ist seit Anfang der 1990er Jahre, was die Luftemissionen betrifft, deutlich zurückgegangen. Die Abgabe an Versauerungsgasen ging zwischen 1991 und 1999 auf ein Drittel des ursprünglichen Niveaus

2) Die durch die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen verursachten Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft werden teilweise durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen kompensiert (§§ 8, 8a Bundesnaturschutzgesetz); quantitative Aussagen hierzu sind derzeit noch nicht möglich.

Schaubild 1



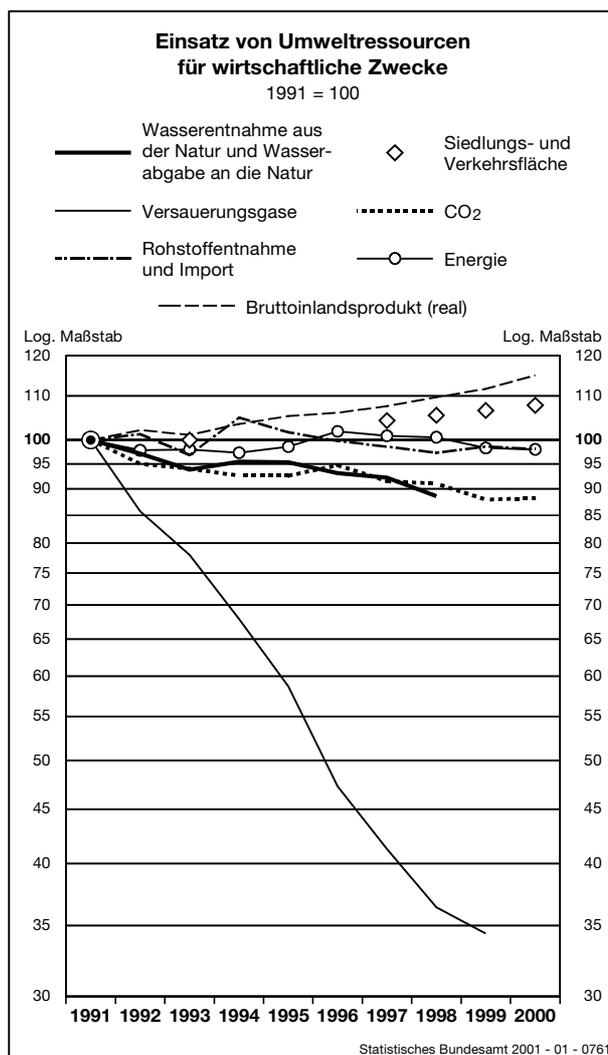
zurück (-65,6%). Der starke Rückgang bei der Abgabe von Versauerungsgasen ist vor allem ein Ergebnis der Rauchgasentschwefelung.

Auch beim CO₂-Ausstoß zeigt sich eine positive Entwicklung. Bezogen auf das Jahr 1991, das in diesem Bericht aus Gründen der Datenverfügbarkeit durchgängig als Basisjahr verwendet wird, ergibt sich bis zum Jahr 2000 ein Rückgang des CO₂-Ausstoßes um 11,8%. Wie beim Energieverbrauch wird der Rückgang der CO₂-Emissionen durch den in den Ursprungszahlen enthaltenen Temperatureffekt überzeichnet. Die im Vergleich zum Energieverbrauch günstigere Entwicklung beim Ausstoß von Kohlendioxid ist vor allem auf den verstärkten Einsatz weniger kohlenstoffhaltiger Energieträger zurückzuführen. So verminderte sich der Einsatz der Energieträger mit einem hohen Kohlenstoffgehalt, wie Steinkohle und Braunkohle, von 1991 auf 1999 um 30 bzw. 41%. Demgegenüber erhöhte sich die Einsatzmenge von weniger kohlenstoffhaltigem Erdgas um 26%. Der Einsatz von Kernenergie, der nicht zu CO₂-Emissionen führt, hat um 34% zugenommen.

Gegenüber dem Jahr 1990, dem Bezugsjahr für das Ziel der Bundesregierung, den Ausstoß an Kohlendioxid zu reduzieren, hat sich die Abgabe von Kohlendioxid (CO₂) bis zum Jahr 2000 um 15% vermindert. Von der Bundesregierung wird im Zeitraum von 1990 bis 2005 ein Rückgang um 25% angestrebt. Der tatsächliche CO₂-Ausstoß hat sich zwischen 1990 und 2000 um 153 Mill. t auf 861 Mill. t verringert.³⁾ Dies entspricht einem durchschnittli-

3) Datenquelle: Umweltbundesamt.

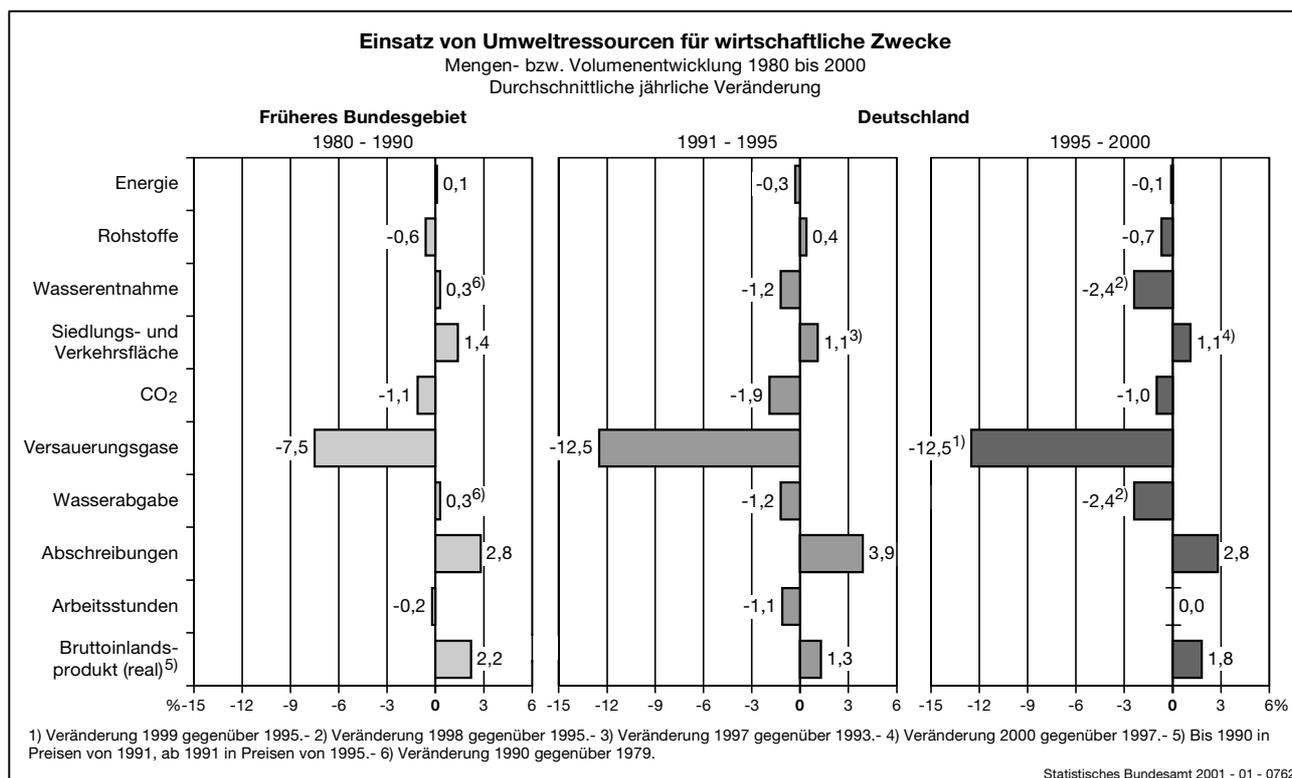
Schaubild 2



chen jährlichen Rückgang um 15 Mill. t bzw. 1,6%. Vom gesamten Rückgang des CO₂-Ausstoßes zwischen 1990 und 2000 entfiel mehr als die Hälfte, nämlich 86 Mill. t, auf den Zeitraum 1990 bis 1992. Für den Zeitraum ab 1992 ergibt sich deshalb mit 8,3 Mill. t bzw. 0,9% pro Jahr ein deutlich schwächerer durchschnittlicher Rückgang als für den gesamten Zeitraum. Damit das Ziel der Bundesregierung (Verringerung auf 760 Mill. t bis zum Jahr 2005) erreicht wird, muss die Abgabe von CO₂ an die Umwelt in Deutschland in den noch verbleibenden Jahren bis 2005 jährlich um durchschnittlich 20,2 Mill. t bzw. 2,4% zurückgehen. Mit dem nationalen Klimaschutzprogramm hat die Bundesregierung im Herbst 2000 weitere Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen eingeleitet.

Im betrachteten Zeitraum von 1991 bis 2000 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt, als Maß für die wirtschaftliche Leistung, preisbereinigt um 15,1%. Die mit dem Wirtschaftswachstum verbundene Inanspruchnahme der Natur entwickelte sich damit vergleichsweise moderat. Der Kapitaleinsatz – gemessen anhand der Abschreibungen – erhöhte sich um knapp 34%. Dieser starke Anstieg der Kapitalnutzung führte durch den damit verbundenen technischen Fortschritt nicht nur zur Verringerung der

Schaubild 3



Naturnutzung, sondern auch zu einer Verringerung des Einsatzfaktors Arbeit trotz steigenden Inlandsprodukts. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat sich zwischen 1991 und 2000 um 4,4% verringert. Verglichen mit der Nutzung des Faktors Arbeit hat sich die Inanspruchnahme der Umwelt durch Entnahme von Wasser und die Emissionen von Kohlendioxid und Versauerungsgasen zwar stärker verringert, aber die Entwicklungen bei den Faktoren Energie, Rohstoffe und Siedlungs- und Verkehrsfläche fielen deutlich schwächer aus, als die Einsparungen bei den geleisteten Arbeitsstunden.

Eine längerfristige Betrachtung der Entwicklung der Einsatzmenge natürlicher Faktoren zeigt, dass deren Nutzung im Zeitraum von 1960 bis 1980 gestiegen, in den 1980er und 1990er Jahren aber – mit Ausnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche – wieder zurückgegangen ist.⁴⁾ Allerdings sind bei *differenzierterer Betrachtung* in den 1980er und 1990er Jahren keine völlig einheitlichen Trends erkennbar (siehe Schaubild 3).

Einheitliche Trends lassen sich für das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie für den Rückgang von CO₂- und Versauerungsgasemissionen in den 1980er Jahren für das frühere Bundesgebiet sowie in der ersten und der zweiten Hälfte der 1990er Jahre für Deutschland beobachten. Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke stieg in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet durchschnittlich um 1,4% pro Jahr. Im Zeitraum von 1993 bis 1997 wie auch von 1997 bis 2000 war in Deutschland mit jeweils 1,1% ein etwas geringerer durchschnittlicher jährlicher Zuwachs zu verzeichnen. Sowohl bei den CO₂- als auch bei den Versauerungsgasemissionen fiel der durchschnittliche jährliche Rückgang in den 1990er Jahren insgesamt in Deutschland höher als in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet aus.

Der Einsatz der übrigen Naturfaktoren hat sich in den drei betrachteten Zeiträumen (1980er Jahre sowie erste und zweite Hälfte der 1990er Jahre) unterschiedlich entwickelt. Beim Energieverbrauch sind nur relativ geringe Unterschiede zwischen den 1980er und den 1990er Jahren festzustellen. So war in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet eine geringe Zunahme um durchschnittlich 0,1% pro Jahr zu verzeichnen. Der Rückgang in Deutschland fiel in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit durchschnittlich 0,3% etwas höher als in der zweiten Hälfte (durchschnittlich -0,1%) aus. Der Rohstoffeinsatz ist in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – nicht zuletzt durch den Bauboom in den neuen Ländern – um durchschnittlich 0,4% pro Jahr gewachsen. Der Rückgang in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre liegt dagegen mit 0,7% pro Jahr mittlerweile höher als in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet (-0,6%). Sowohl bei der Wasserentnahme aus der Natur als auch bei der mengenmäßigen Wasserabgabe ist in Deutschland in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mit 2,4% jährlich ein deutlich höherer Rückgang als in der ersten Hälfte (-1,2%) zu verzeichnen. In den 1980er Jahren wiesen Wasserentnahme und -abgabe im früheren Bundesgebiet noch einen leichten Zuwachs (0,3%) auf. Insgesamt ging somit bei den meisten der betrachteten Produktionsfaktoren der mengenmäßige Einsatz, der das Ausmaß der Belastungen der Umwelt aufzeigt, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zurück, und zwar in teilweise

Der Einsatz der übrigen Naturfaktoren hat sich in den drei betrachteten Zeiträumen (1980er Jahre sowie erste und zweite Hälfte der 1990er Jahre) unterschiedlich entwickelt. Beim Energieverbrauch sind nur relativ geringe Unterschiede zwischen den 1980er und den 1990er Jahren festzustellen. So war in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet eine geringe Zunahme um durchschnittlich 0,1% pro Jahr zu verzeichnen. Der Rückgang in Deutschland fiel in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mit durchschnittlich 0,3% etwas höher als in der zweiten Hälfte (durchschnittlich -0,1%) aus. Der Rohstoffeinsatz ist in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – nicht zuletzt durch den Bauboom in den neuen Ländern – um durchschnittlich 0,4% pro Jahr gewachsen. Der Rückgang in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre liegt dagegen mit 0,7% pro Jahr mittlerweile höher als in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet (-0,6%). Sowohl bei der Wasserentnahme aus der Natur als auch bei der mengenmäßigen Wasserabgabe ist in Deutschland in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mit 2,4% jährlich ein deutlich höherer Rückgang als in der ersten Hälfte (-1,2%) zu verzeichnen. In den 1980er Jahren wiesen Wasserentnahme und -abgabe im früheren Bundesgebiet noch einen leichten Zuwachs (0,3%) auf. Insgesamt ging somit bei den meisten der betrachteten Produktionsfaktoren der mengenmäßige Einsatz, der das Ausmaß der Belastungen der Umwelt aufzeigt, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zurück, und zwar in teilweise

4) Siehe „Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2000“ in WiSta 11/2000, S. 813, Schaubild 3.

deutlich stärkerem Ausmaß als in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet. Lediglich der Flächenverbrauch weist nach wie vor relativ stabile Zuwachsraten auf hohem Niveau aus.

Produktivität – Indikator für die Effizienz der Faktornutzung

Die Produktivität eines Einsatzfaktors gibt an, wie viel wirtschaftliche Leistung mit der Nutzung einer Einheit dieses Faktors produziert wird.

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{Bruttoinlandsprodukt (real)}}{\text{Einsatzfaktor}}$$

Die Produktivität drückt aus, wie effizient eine Volkswirtschaft mit dem Einsatz von Arbeit, Kapital und Natur umgeht. Direkt untereinander vergleichbar sind diese Faktoren wegen ihrer unterschiedlichen Beschaffenheit und Funktionen nicht. Die Beobachtung ihrer Entwicklung über längere Zeiträume kann aber darüber Auskunft geben, wie sich das Verhältnis dieser Faktoren verändert.

Weiterhin ist zu beachten, dass bei der Berechnung von Produktivitäten der gesamte reale Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den jeweiligen Produktionsfaktor bezogen wird, obwohl das Produkt aus dem Zusammenwirken sämtlicher Produktionsfaktoren entsteht. Die ermittelten Produktivitäten können deshalb nur als grobe Orientierungshilfen dienen.

Allerdings war die von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehende Inanspruchnahme der natürlichen Einsatzfaktoren in den drei Vergleichszeiträumen durchaus unterschiedlich. Im Zeitraum von 1980 bis 1990 war die jahresdurchschnittliche Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im früheren Bundesgebiet mit 2,2% erheblich höher als in den 1990er Jahren in Deutschland mit 1,3% im Zeitraum 1991 bis 1995 und 1,8% im Zeitraum von 1995 bis 2000.

Dies führt unter dem Gesichtspunkt der Effizienz der Inanspruchnahme natürlicher Einsatzfaktoren zu einer anderen Bewertung als bei der Betrachtung der absoluten Mengen. Die *Effizienz* bei der Nutzung der natürli-

chen Einsatzfaktoren – gemessen als Produktivität, das heißt als wirtschaftliche Leistung (reales Bruttoinlandsprodukt) je Einheit eines Einsatzfaktors – erhöhte sich für alle betrachteten Faktoren in den 1980er und 1990er Jahren, allerdings in jeweils unterschiedlichem Ausmaß (siehe Schaubild 4). Insbesondere bei einem Vergleich der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mit den 1980er Jahren führt die Effizienzbetrachtung zu anderen Ergebnissen als die Betrachtung der absoluten Einsatzmengen. Während bei den absoluten Einsatzmengen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in Deutschland höhere Rückgänge bzw. geringere Zuwächse als in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet zu verzeichnen waren (siehe Schaubild 3), ergibt die Produktivitätsbetrachtung ein differenziertes Bild: Bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche und bei den Versauerungsgasen waren in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die durchschnittlichen jährlichen Produktivitätssteigerungen in Deutschland höher als in den 1980er Jahren im früheren Bundesgebiet (Siedlungs- und Verkehrsfläche 1,2% gegenüber 0,7%, Versauerungsgase 16% gegenüber 10,5%). Dagegen wiesen die Faktoren Energie, Rohstoffe und Kohlendioxid geringere Produktivitätsfortschritte als in den 1980er Jahren auf. Für alle natürlichen Einsatzfaktoren mit Ausnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche lag der Produktivitätsfortschritt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aber zumindest auf gleichem Niveau wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität (1,8%) bzw. noch darüber.

Zur Entwicklung der Energie- und der Rohstoffproduktivität hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Rahmen des Umwelt-Barometers *Zielvorgaben* formuliert. Die Energieproduktivität soll sich danach zwischen 1990 und 2020 verdoppeln. Zwischen 1990 und 2000 hat sie sich um rund 24% erhöht. Das entspricht einer durchschnittlichen Zunahme

Schaubild 4

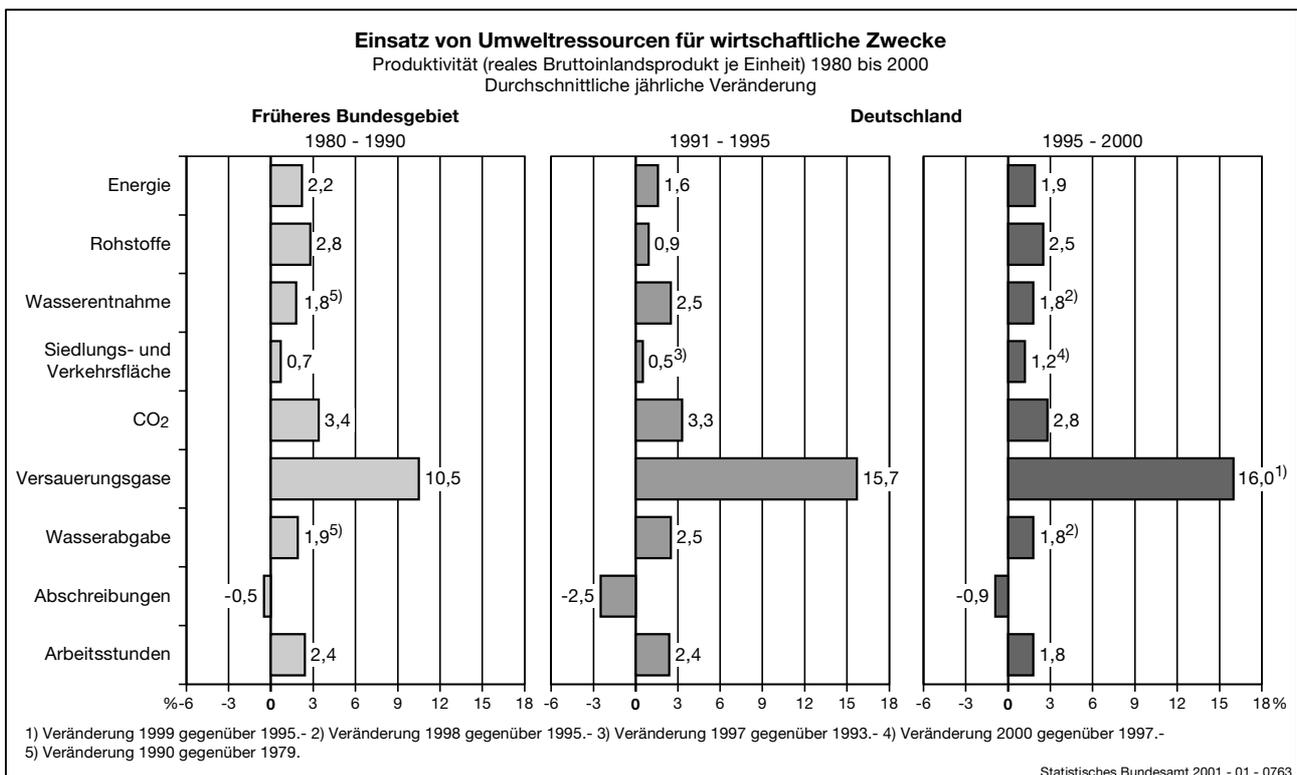
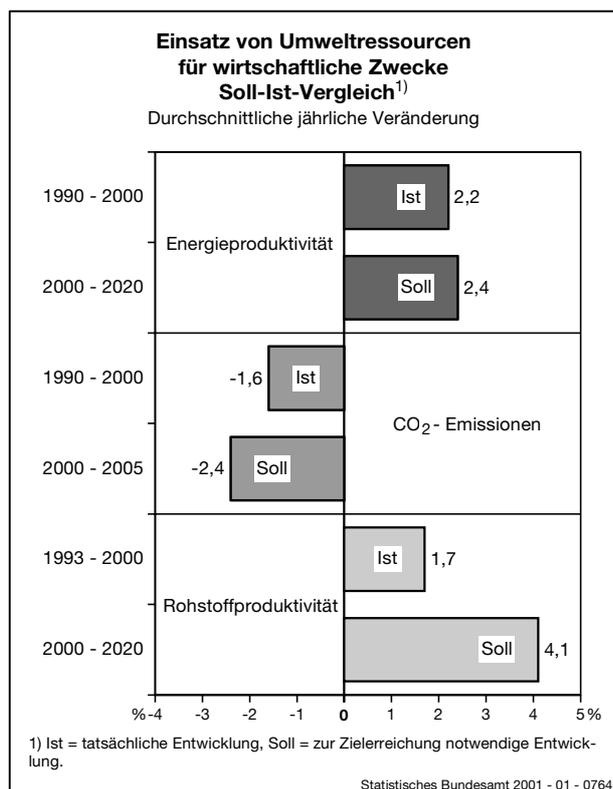


Schaubild 5



von 2,2% pro Jahr (siehe Schaubild 5). Zur Erreichung des angestrebten Ziels ist in den verbleibenden Jahren bis 2020 ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg der Energieproduktivität von 2,4% erforderlich. Für die Rohstoffproduktivität wird zwischen 1993 und 2020 eine Erhöhung auf das 2,5fache angestrebt. Sie ist von 1993 bis 2000 um 12,3% gestiegen. Das bedeutet eine durchschnittliche Zunahme um 1,7% pro Jahr. Wenn die Zielvorgabe des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für die Zunahme der Rohstoffproduktivität bis zum Jahr 2020 erreicht werden soll, ist in den Jahren nach 2000 eine durchschnittliche jährliche Steigerung der Rohstoffproduktivität um 4,1% erforderlich. Bei beiden Produktivitätskennziffern ist somit eine deutliche Beschleunigung der Entwicklungen zur Zielerreichung notwendig. Ein Vergleich zwischen der ersten Hälfte und der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zeigt zwar Beschleunigungstendenzen, allerdings wurde das zur Erfüllung der politischen Ziele notwendige Niveau der Produktivitätsentwicklung noch nicht erreicht.

2 Wasser und Abwasser

Das Prinzip der *nachhaltigen Wasserwirtschaft* ist Bestandteil der Agenda 21, die im Juni 1992 auf der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro verabschiedet worden ist. Danach wird es als notwendig angesehen, Wasser als natürliche Ressource zu schützen und naturverträglich, wirtschaftlich effizient und sozial gerecht damit umzugehen. Auch die neue Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union (EU) (Richtlinie 2000/60/EG) schafft einen einheitlichen Rahmen zum Schutz des Wassers, zeigt Kriterien zur Beurteilung und Erhaltung der Wasser-

ressourcen auf und trägt damit zur nachhaltigen Wassernutzung bei.

Unter Umweltgesichtspunkten ist die Entnahme von Wasser aus der Natur und die Einleitung von Abwasser in die Natur in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung.

Die Entnahme von Wasser aus der Natur kann schon weit unterhalb der Schwelle der Erneuerungsrate des natürlichen Wasserangebots problematisch sein, weil sie stets auch einen Eingriff in die natürlichen Abläufe bedeutet, und somit die natürlichen Systeme, wie die Ökosysteme oder die Grundwassersysteme, beeinflusst. Sehr starke Beeinträchtigungen der Umweltqualität können vom Abwasser ausgehen. Das entnommene Wasser wird größtenteils als Abwasser, das heißt in verändertem Zustand und in der Regel auch an einem anderen Ort, an die Natur zurückgegeben. Bei dem an die Natur abgegebenen Wasser ist nicht allein die Menge, sondern vor allem dessen Qualität von Bedeutung.

Wasserflussrechnungen

Für die Wasserflussrechnungen in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) werden unterschiedliche Datenquellen herangezogen. Die Ausgangsdaten werden überwiegend aus der amtlichen Statistik entnommen (Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung sowie Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung). Um Datenlücken zu schließen, werden weitere Daten (wie z.B. die Angaben zur Landwirtschaft) aus Veröffentlichungen der amtlichen Statistik sowie den Publikationen wissenschaftlicher Institute und Organisationen genutzt.

Zielsetzung der UGR ist es, den Wasserfluss in wirtschaftsfachlicher Untergliederung sowohl nach Produktions- als auch nach Wirtschaftsbereichen von der Entnahme aus der Natur, über den Übergang in das wirtschaftliche System bis zur Abgabe von Wasser an das natürliche System zu zeigen und alle für den Wirtschaftsprozess relevanten Wasser- und Abwasserströme vollständig zu bilanzieren. Im vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 – WZ 93) dargestellt.

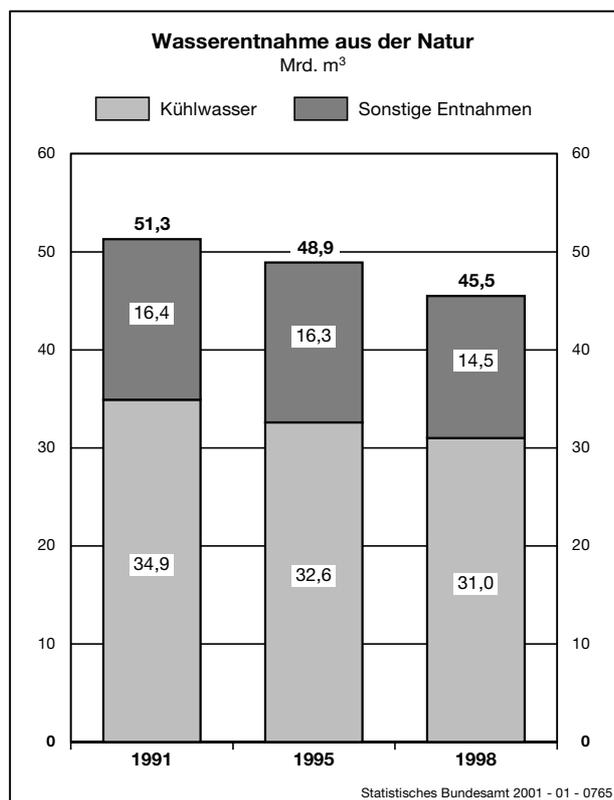
Das aus der Natur entnommene Wasser dient verschiedenen wirtschaftlichen Aktivitäten, dazu gehören der Einsatz im Produktionsprozess der Unternehmen oder der Konsum bei den Haushalten. Im Wirtschaftsprozess wird Wasser verteilt, in Produkte ein- bzw. ausgebaut und es kann ex- und importiert werden. Die Abgabe von Wasser an die Natur erfolgt in Form von Abwasser oder durch Verdunstung.

Die hier vorgestellten Ergebnisse sind den Wasserflussrechnungen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen entnommen. Die wesentlichen Datenquellen für die Berechnungen sind die Umweltstatistiken. Ziel der Wasserflussrechnungen ist es, die durch wirtschaftliche Aktivitäten verursachten Wasser- und Abwasserflüsse darzustellen. Im Vordergrund des Berichts steht zunächst die quantitative Darstellung der Wasserflüsse auf nationaler Ebene, differenziert nach Wasser- und Abwasserarten. Es ist vorgesehen, diese Angaben in der Zukunft durch zusätzliche Informationen zu ergänzen. Ein Arbeitskreis der Statistischen Landesämter hat die Arbeiten zum Aufbau einer regionalen Darstellung dieses Rechenwerkes in Angriff genommen. Das Statistische Bundesamt entwickelt zurzeit im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ein Verfahren zur Ermittlung der Schadstofffrachten im Abwasser.

Wasserentnahme

Für wirtschaftliche Zwecke wurden in Deutschland im Jahr 1998 45,5 Mrd. m³ Wasser aus der Natur entnommen (siehe Schaubild 6 und Tabelle 2). Der *Wasserentnahme* steht ein *Wasserdargebot* in Deutschland

Schaubild 6



gegenüber, das im langjährigen Mittel auf jährlich 182 Mrd. m³ geschätzt wird. Von der im Jahr 1998 aus der Natur insgesamt entnommenen Wassermenge von 45,5 Mrd. m³ dienten zwei Drittel als Kühlwasser. In den 1990er Jahren hat sich die Wasserentnahme aus der Natur deutlich vermindert. Sie ging zwischen 1991 und 1998 um 11,4% (5,8 Mrd. m³) zurück. Die Entnahme von Kühlwasser verringerte sich um 11,1% (3,9 Mrd. m³).

Der Rückgang der Wasserentnahme aus der Natur ging einher mit einer gestiegenen wirtschaftlichen Leistung (+9,7%), gemessen als Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 1998 gegenüber 1991. Das bedeutet, Wasser ist zunehmend effizienter genutzt worden. Die effizientere Nutzung der Ressource Wasser wurde insbesondere durch die Entwicklung der Wasser- und Abwasserpreise, aber auch durch entsprechende neue Technologien, wie wassersparende Haushaltsgeräte und Produktionsverfahren, gefördert. Die Erzeugerpreise für Wasser zur Abgabe an die privaten Haushalte und die Industrie stiegen zwischen 1991 und 1998 um knapp 50%. Die Zunahme lag damit deutlich über dem Anstieg der Erzeugerpreise insgesamt, die sich im gleichen Zeitraum nur um 3,2% erhöhten.

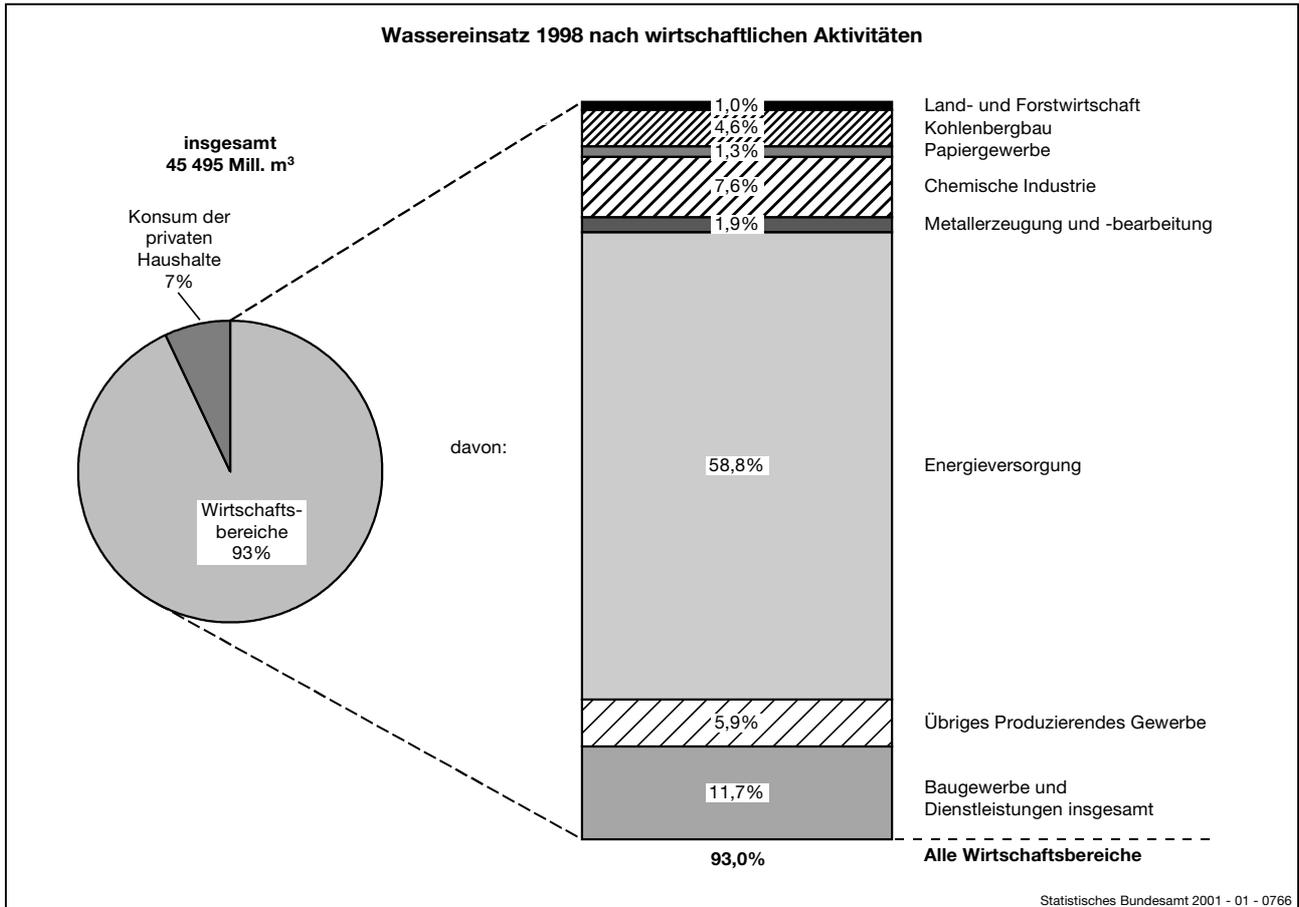
Der Wassereinsatz in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Produktion) und beim Konsum der privaten Haushalte hat sich sehr unterschiedlich entwickelt. Der Wassereinsatz der Wirtschaftsbereiche und der privaten Haushalte setzt sich zusammen aus der jeweiligen Eigen Gewinnung und dem Fremdbezug abzüglich der Abgabe an andere Einheiten. Der gesamte Wassereinsatz enthält nach dem Konzept der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen außerdem das Fremd- und Regenwasser, die Verluste und das ungenutzt abgeleitete Wasser. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene unterscheidet sich der Wassereinsatz von der Wasserentnahme aus der Natur lediglich durch den Saldo von Ex- und Import von Wasser (Wasserflüsse über die Grenzen Deutschlands hinweg).

Von dem gesamten Wassereinsatz in Höhe von 45,5 Mrd. m³ Wasser entfielen 93% im Jahr 1998 auf die Produktion und 7% auf die privaten Haushalte (siehe Schaubild 7). Weit mehr als die Hälfte des Wassereinsatzes im Inland entfiel auf den Wirtschaftsbereich „Energieversorgung“ (59%), wo es fast ausschließlich als Kühlwas-

Tabelle 2: Wasserfluss zwischen der Natur und der Wirtschaft und innerhalb der Wirtschaft
Mill. m³

Gegenstand der Nachweisung	Wasserversorgung	Abwasserbeseitigung	Sonstige Wirtschaftsbereiche	Private Haushalte	Insgesamt
1991					
Aus der Natur entnommen	6 869	3 354	41 037	83	51 344
Fremd- und Regenwasser	-	3 354	-	-	3 354
Grund-, Oberflächenwasser usw.	6 869	-	41 037	83	47 990
+ Fremdbezug	- 5 969	-	2 494	3 467	- 8
= Wassereinsatz	901	3 354	43 531	3 551	51 336
- Wassereinbau in abzüglich Wasserausbau aus anderen Materialien	-	-	343	- 154	189
= Abgabe von Wasser an die Natur	901	3 354	43 188	3 704	51 148
1995					
Aus der Natur entnommen	6 448	5 273	37 141	47	48 909
Fremd- und Regenwasser	-	5 273	-	-	5 273
Grund-, Oberflächenwasser usw.	6 448	-	37 141	47	43 636
+ Fremdbezug	- 5 613	-	2 340	3 266	- 8
= Wassereinsatz	835	5 273	39 480	3 313	48 901
- Wassereinbau in abzüglich Wasserausbau aus anderen Materialien	-	-	329	- 152	177
= Abgabe von Wasser an die Natur	835	5 273	39 151	3 465	48 724
1998					
Aus der Natur entnommen	6 135	4 734	34 587	46	45 502
Fremd- und Regenwasser	-	4 734	-	-	4 734
Grund-, Oberflächenwasser usw.	6 135	-	34 587	46	40 768
+ Fremdbezug	- 5 403	-	2 192	3 204	- 7
= Wassereinsatz	732	4 734	36 779	3 250	45 495
- Wassereinbau in abzüglich Wasserausbau aus anderen Materialien	-	-	320	- 155	164
= Abgabe von Wasser an die Natur	732	4 734	36 459	3 405	45 331

Schaubild 7



ser verwendet wurde. Hohe Anteile am Gesamtwassereinsatz hatten auch die Wirtschaftsbereiche „Chemische Industrie“ (8%), „Kohlenbergbau“ (5%), „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (2%), „Papiergewerbe“ (1%) und die „Land- und Forstwirtschaft“ (1%). Beim Wassereinsatz des „Kohlenbergbaus“ handelt es sich fast ausschließlich um ungenutzt abgeleitetes Grubenwasser, in der „Land- und Forstwirtschaft“ dominiert das Bewässerungswasser.

Der Wassereinsatz hat sich mit Ausnahme des Wirtschaftsbereichs „Abwasserbeseitigung“ in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen vermindert (siehe Schaubild 8). Die stärksten Rückgänge hatten die Bereiche „Energieversorgung“ mit 2,4 Mrd. m³ (-8,2%), „Land- und Forstwirtschaft“ mit 969 Mill. m³ (-67,5%), „Chemische Industrie“ mit 902 Mill. m³ (-20,7%) und „Metallerzeugung und -bearbeitung“ mit 599 Mill. m³ (-40,9%) zu verzeichnen.

Die Zunahme des Wasserverbrauchs im Bereich „Abwasserbeseitigung“ (+1,4 Mrd. m³) geht auf den deutlichen Anstieg der Menge des Fremd- und Regenwassers, das diesem Wirtschaftsbereich zugerechnet wird, zurück. Die Gründe für eine Zunahme der Fremd- und Regenwassermenge liegen in der Ausweitung und Sanierung des Kanalnetzes. Der relativ starke Rückgang des Wassereinsatzes in der „Land- und Forstwirtschaft“ auf rund ein Drittel des ursprünglichen Niveaus ist insbesondere dadurch begründet, dass 1998 ein regenreiches Jahr war

und der Einsatz von Bewässerungswasser in den neuen Ländern weiter zurück ging.

Zur Reduzierung des Wassereinsatzes im Produzierendem Gewerbe haben auch betriebsinterne Faktoren beigetragen. Insbesondere erhöhte sich die Mehrfach- und Kreislaufnutzung des Wassers. Das Verhältnis des insgesamt genutzten Wassers zur Menge des im Betrieb eingesetzten Wassers erhöhte sich von 1991 auf 1998 vom gut Vierfachen auf das fast Fünffache. Insbesondere in den Wirtschaftsbereichen „Chemische Industrie“, „Metallerzeugung und -bearbeitung“ und im „Kohlenbergbau“ spielen der Einsatz wassersparender Technologien sowie die Substitution von Wasser durch andere Substanzen, wie Emulsionen, eine wichtige Rolle.

Das Niveau des *spezifischen Wassereinsatzes* – gemessen als Wassereinsatz je 1 000 DM Bruttowertschöpfung – ist aufgrund der technischen Gegebenheiten und des damit verbundenen Wasserbedarfs in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich (siehe Schaubild 9). Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche wurden im Jahr 1998 12,2 m³ Wasser je 1 000 DM Bruttowertschöpfung eingesetzt. Beim Produzierendem Gewerbe (ohne Bau) insgesamt beläuft sich der spezifische Wassereinsatz auf 42,8 m³ je 1 000 DM Bruttowertschöpfung. Besonders hoch ist der spezifische Wassereinsatz in den Bereichen „Kohlenbergbau“ mit 369,6 m³ Wasser je 1 000 DM Bruttowertschöpfung und in der „Energieversorgung“ (398 m³ je 1 000 DM Bruttowertschöpfung). Der spezifische Was-

Schaubild 8

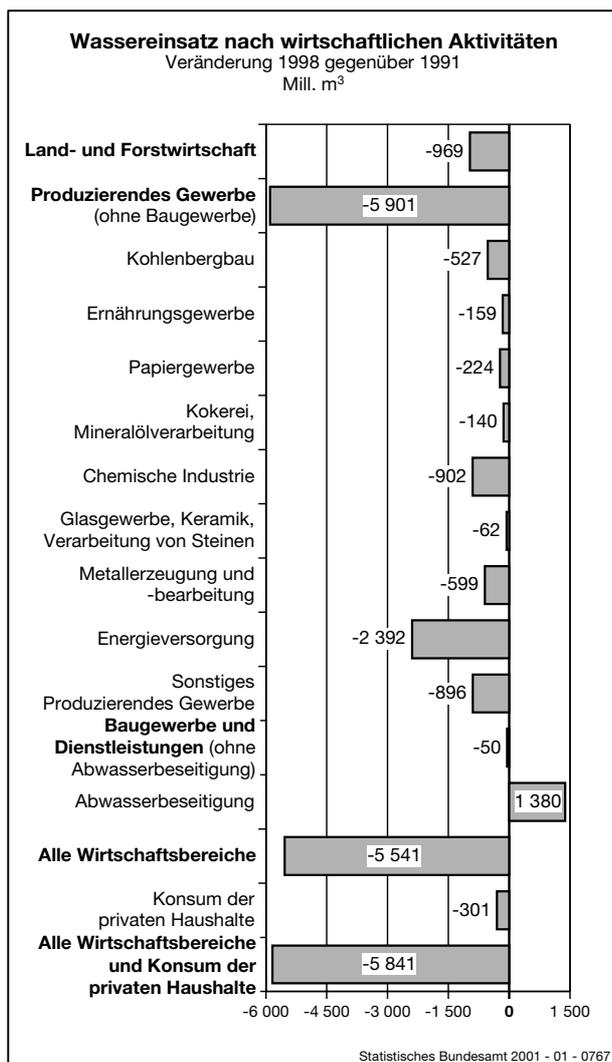
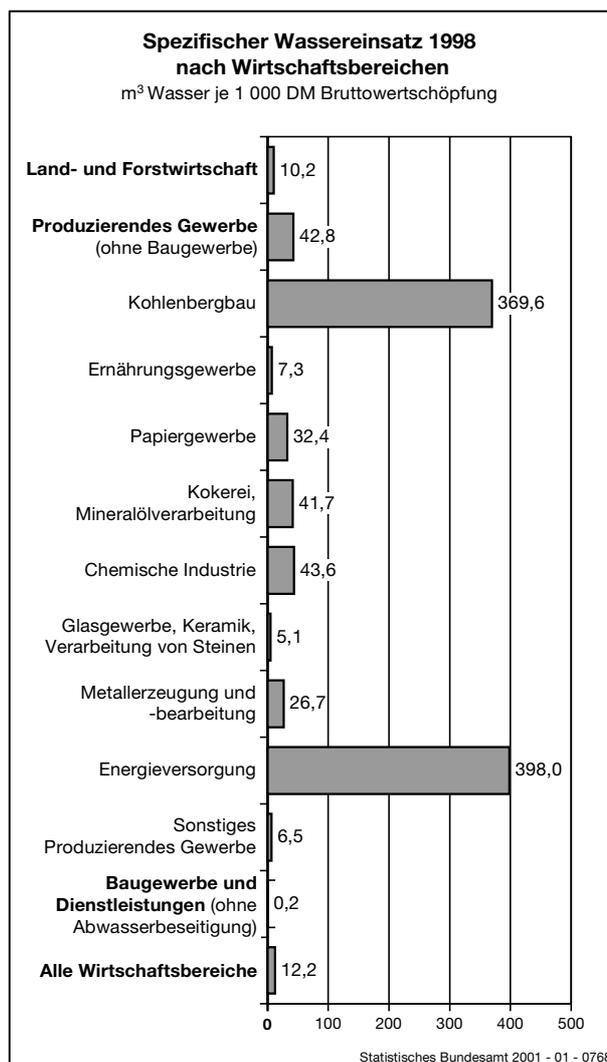


Schaubild 9



sereinsatz liegt in der „Chemischen Industrie“ bei 43,6 m³ je 1 000 DM, bei „Kokereien, Mineralölverarbeitung“ bei 41,7 m³ je 1 000 DM und im „Papiergewerbe“ bei 32,4 m³ je 1 000 DM Bruttowertschöpfung.

Im letzten Jahrzehnt wurde Wasser zunehmend effizienter eingesetzt. Der spezifische Wassereinsatz ging 1998 im Vergleich zu 1991 in den dargestellten Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme des „Kohlenbergbaus“ zurück. Im Produzierenden Gewerbe verminderte sich der spezifische Wassereinsatz um 16,1% und im Baugewerbe und den Dienstleistungsbereichen insgesamt um 21,9%. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes war der spezifische Wassereinsatz in der „Metallerzeugung und -bearbeitung“ um 42,7% rückläufig, im „Papiergewerbe“ um 34,6% und im Bereich „Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ um 31,8% (siehe Schaubild 10 auf der folgenden Seite).

Im „Kohlenbergbau“ stieg der spezifische Wassereinsatz hingegen um 108,7% an. Maßgeblich ist hier die rückläufige Wertschöpfung aufgrund geringerer Fördermengen, ohne dass diese in gleichem Umfang einen Rückgang des Wassereinsatzes mit sich gebracht hätten. Vielmehr ist der Anfall von Grubenwasser im Wesentlichen von den geologischen Bedingungen abhängig.

Abwasser

Niveau und Entwicklung der Abwassermenge werden durch die Wasserentnahme aus der Natur bestimmt. Die beiden Größen unterscheiden sich im Wesentlichen durch die Position Verdunstung und sonstige Verluste (siehe Schaubild 11 auf der folgenden S. 886). Im Jahr 1998 wurden 38,6 Mrd. m³ Abwasser in die Natur eingeleitet. Wie bei der Wasserentnahme handelt es sich bei dem überwiegenden Teil des Abwassers um Kühlwasser. Der Anteil des Kühlabwassers belief sich im Jahr 1998 auf 79% (30,6 Mrd. m³). Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um das aus Stromerzeugungsprozessen stammende Kühlwasser. Das eingeleitete Kühlwasser hat eine höhere Temperatur als das entnommene Wasser und belastet dadurch die Umwelt. Außerdem kann es – verfahrensbedingt – Chemikalien enthalten, die

Abwasserbehandlung

Bei der mechanischen Behandlung werden durch Rechen, Sandfang sowie Absetz- und Vorklärbecken grobe Bestandteile und absetzbare Stoffe abgetrennt. Eine mechanische Behandlung ist in der Regel jedoch nicht ausreichend, um stark verschmutztes Abwasser zu reinigen. Deshalb müssen zusätzlich biologische Verfahren eingesetzt werden. Dabei werden biologisch abbaubare Stoffe durch Mikroorganismen beseitigt. Bei der weitergehenden chemischen Abwasserreinigung werden durch chemische und chemisch-physikalische Verfahren weitere Schadstoffe, zum Beispiel Phosphorverbindungen, entfernt.

Schaubild 10

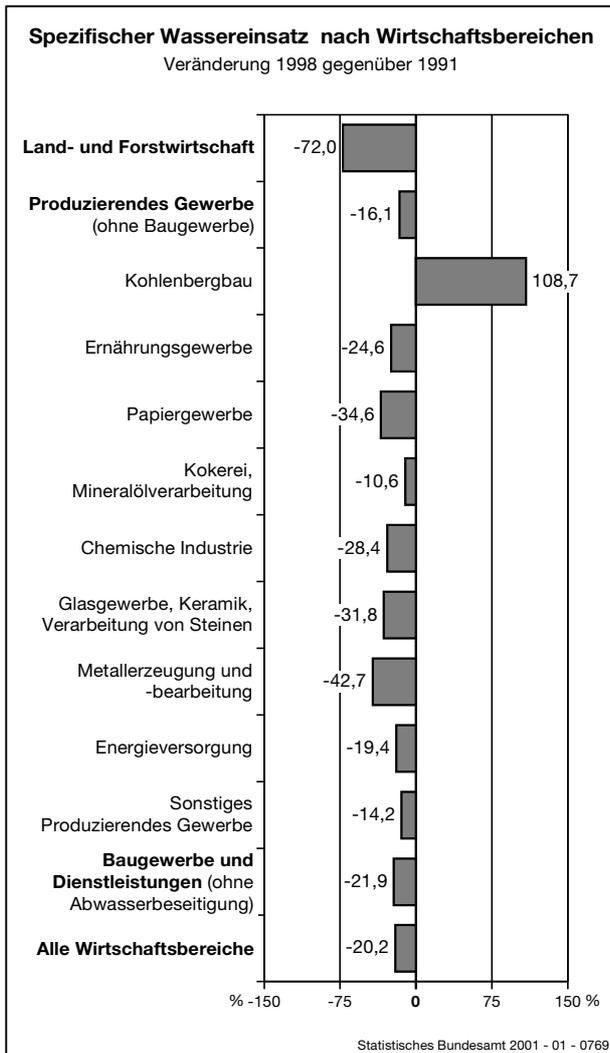
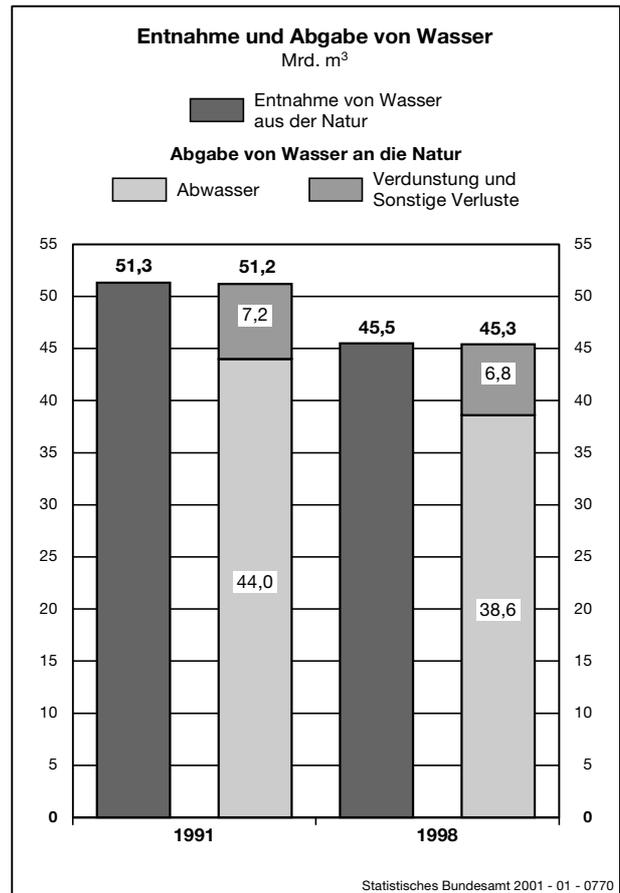


Schaubild 11



gegen Algenbefall der Kühlsysteme eingesetzt werden und ebenfalls die Umwelt belasten. Bei dem unbehandelt eingeleiteten Wasser handelt es sich weitgehend um Grubenwasser aus dem Bergbau, das im Allgemeinen nicht belastet ist.

Entsprechend dem Rückgang bei der Wasserentnahme verringerte sich in den 1990er Jahren auch die Abwasser-einleitung. Knapp 6,0 Mrd. m³ waren behandeltes Abwasser und 2,0 Mrd. m³ übriges unbehandeltes Abwasser (siehe Schaubild 12). Die Menge des Abwassers ging zwischen 1991 und 1998 um 12,3% (-5,4 Mrd. m³) zurück (siehe Schaubild 13). Überdurchschnittlich stark verminderten sich die eingeleiteten Mengen an behandeltem (-16,8%) und unbehandeltem Abwasser (-15,7%). Die Menge des eingeleiteten Kühlwassers verminderte sich um 11,1%.

Die Einleitung von Abwasser geschieht – indirekt – über die öffentliche Kanalisation (mit oder ohne vorherige Behandlung in betriebseigenen Kläranlagen) und über die direkte Einleitung des genutzten Wassers zurück in die Natur. Die Art der Abwassereinleitung wird durch ökonomische Elemente beeinflusst, zum Beispiel die Kosten einer eigenen gegenüber einer betriebsfremden Abwasserbehandlungsanlage, sowie durch gesetzliche Vorgaben, wie Grenzwerte für Schadstoffe.

Schaubild 12

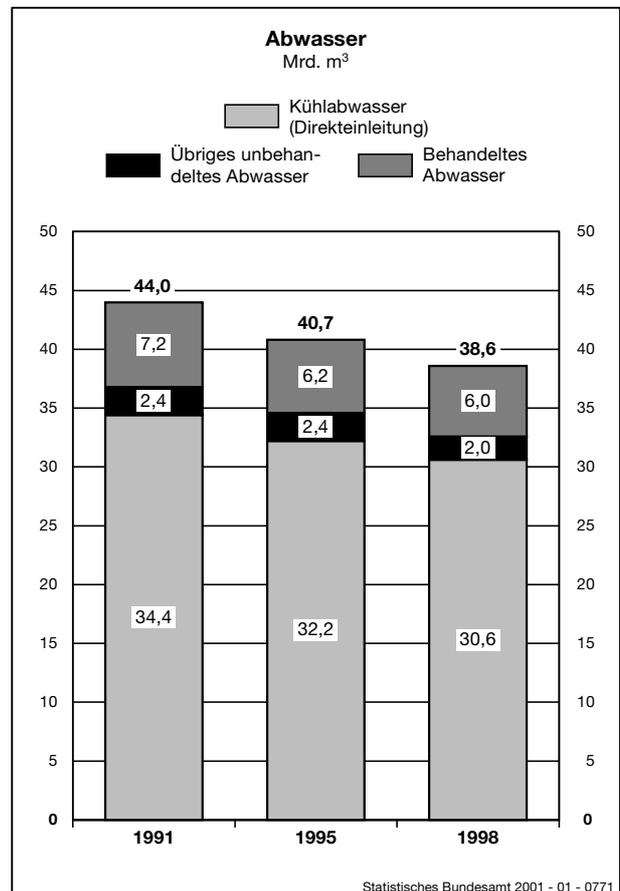
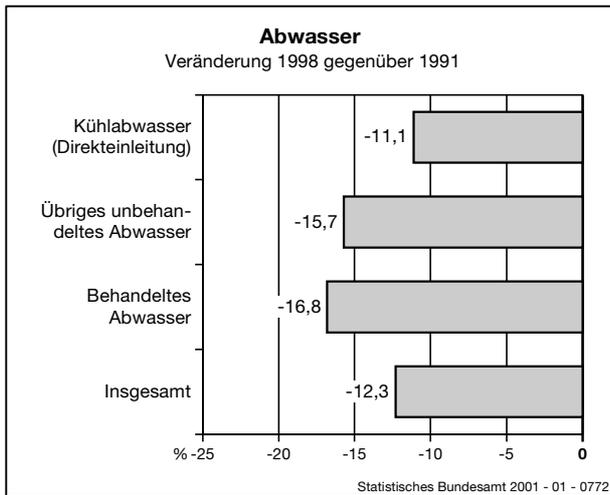


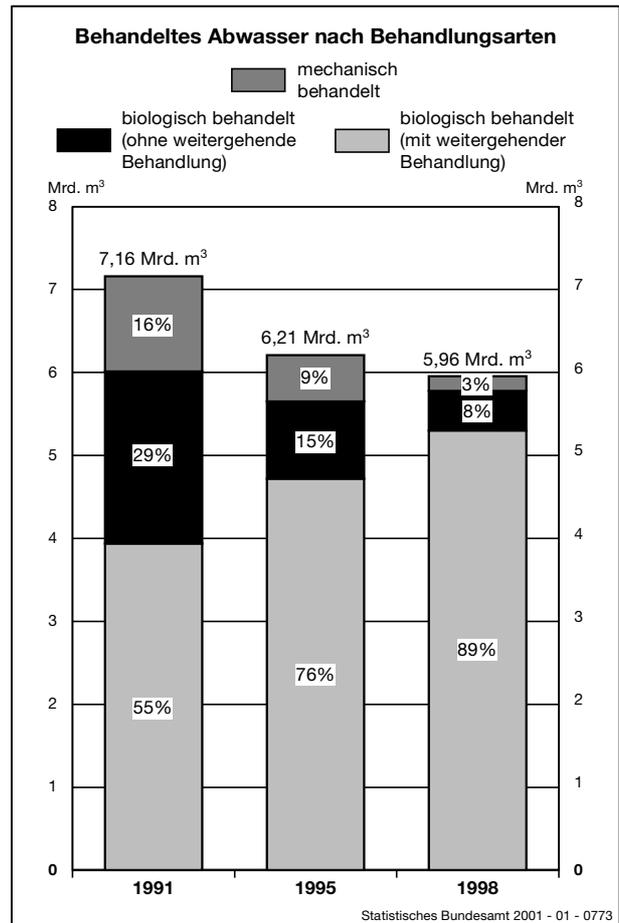
Schaubild 13



Die Qualität der Behandlung von Abwasser hat sich seit Anfang der 1990er Jahre deutlich erhöht. Der Anteil des mit biologischen Verfahren mit weitergehender Behandlung behandelten Abwassers an der Gesamtmenge des behandelten Abwassers erhöhte sich von 1991 auf 1998 von 55% auf 89% und der Anteil des allein mechanisch behandelten Abwassers verminderte sich von 16% auf 3% (siehe das nebenstehende Schaubild 14).

Die Behandlung des Abwassers erfordert erheblichen finanziellen Aufwand, der in der Regel von den Verursachern getragen wird, in der öffentlichen Abwasserbeseitigung zum Beispiel über die Gebühren. Im Jahr 1997 wurden nach den Ergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen vom Produzierenden Gewerbe, vom Staat und von den privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen 32,5 Mrd. DM für die Abwasserbehandlung aufgewendet, davon jeweils rund die Hälfte für Investitionen bzw. für den laufenden Betrieb der Gewässerschutzanlagen. Damit wurde für die Behandlung von Abwasser in diesen Bereichen nahezu gleich viel ausgegeben wie für Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung zusammen. Beträchtlich ist auch der Wert des Anlagevermögens für Gewässerschutz, das im Laufe der Jahre aufgebaut wurde: Anfang 1998 lag sein Wert bei 377 Mrd. DM, das sind 78% des Anlage-

Schaubild 14



vermögens für Umweltschutz insgesamt und rund 2% des gesamtwirtschaftlichen Anlagevermögens. Gegenüber 1991 hat sich der Wert des Anlagevermögens für Gewässerschutz, gemessen in Preisen des Jahres 1995, um 55,5 Mrd. DM bzw. 17% erhöht.

Wasserentnahme im europäischen Vergleich

Verfügbarkeit und Nutzung von Wasser unterliegt in den europäischen Ländern unterschiedlichen geologischen

Tabelle 3: Europäischer Vergleich der Wasserentnahme und des Pro-Kopf-Verbrauchs

Land	Wasserentnahme ¹⁾		Einwohner		Pro-Kopf-Verbrauch		Nachrichtlich:	
	1995	1998	1995	1998	1995	1998	Jahr	Meer- und Brackwasserentnahme
	Mill. m³		1 000		m³			Mill. m³
Belgien	8 145,0	7 443,0	10 130,6	10 191,3	804,0	730,3	1998	32
Dänemark	887,0	754,0	5 215,7	5 294,9	170,1	142,4	.	.
Deutschland	42 601,1	40 591,0	81 583,6	82 057,4	522,2	494,7	.	.
Spanien	33 288,0	40 855,0	39 177,4	39 347,9	849,7	1 038,3	1995	17 080
Frankreich	40 671,6 ²⁾	30 341,0	58 020,4	58 722,6	701,0	516,7	.	.
Luxemburg	57,0	61,0	406,6	423,7	140,2	144,0	.	.
Österreich	3 368,0	3 561,0	8 039,9	8 075,0	418,9	441,0	.	.
Portugal	.	11 090,0	9 912,1	9 957,3	.	1 113,8	.	.
Finnland	2 488,0 ²⁾	2 328,0	5 098,8	5 147,3	488,0	452,3	1999	5 414
Vereinigtes Königreich	12 116,0	15 256,0	58 503,6	59 083,6	207,1	258,2	1998	7 699

Quellen: Pau Vall, M.: „Ressourcen, Entnahme und Verwendung von Wasser in den europäischen Ländern“ in Eurostat (Hrsg.): Statistik kurz gefasst – Thema 8 – 6/2001; Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für das Ausland 1997, 1999.

1) Ohne Meer- und Brackwasser und ohne Fremd- und Regenwasser. – 2) 1994.

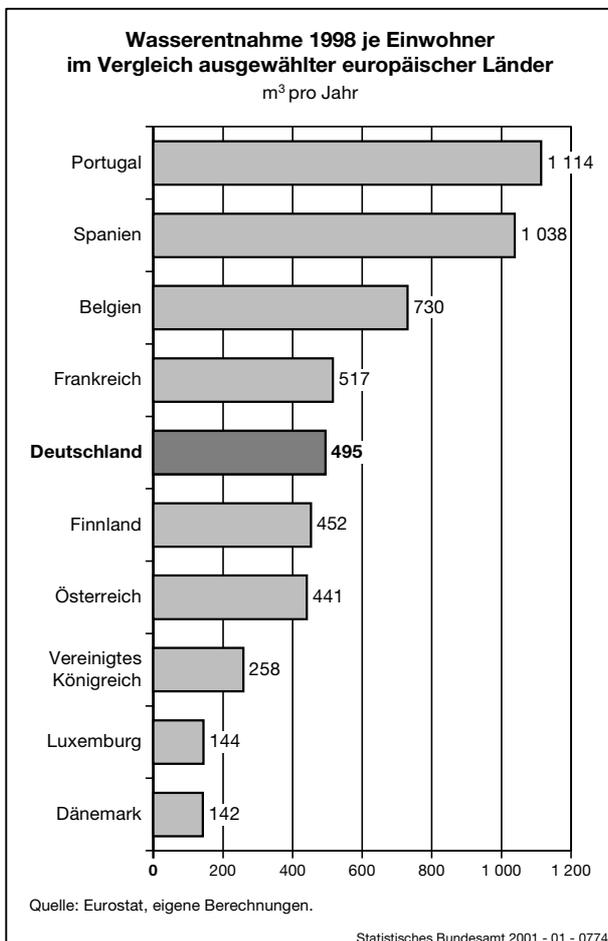
und klimatischen Bedingungen. Die Länder im Süden der Europäischen Union gewinnen große Mengen an Wasser für Bewässerungszwecke in der Landwirtschaft, dagegen benötigen die Staaten Mitteleuropas vor allem Wasser für industrielle Zwecke, zum Beispiel Kühlwasser für die Stromerzeugung.

Wasserentnahme in Ländern der Europäischen Union

Bei den statistischen Angaben aus Ländern der Europäischen Union ist zu beachten, dass diese Daten nicht immer nach den gleichen methodischen Konzepten gewonnen werden. Meer- und Brackwasser ist bei der Wasserentnahme nicht berücksichtigt, kann aber in einigen Ländern von großer Bedeutung sein. Die Daten der Wasserentnahme in der Landwirtschaft beziehen sich oft nur auf das Bewässerungswasser und lassen den Wasserbedarf der Tiere unberücksichtigt. Bei der Einbeziehung des Kühlwassers wird nicht immer das Kühlwasser für die Stromerzeugung sowie für industrielle Prozesse berücksichtigt.

Der Vergleich der Wasserentnahme ausgewählter europäischer Länder aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zeigt, dass Deutschland 1998 hinsichtlich der *Wasserentnahme* je Einwohner und Jahr einen mittleren Rang einnimmt (495 m³ pro Einwohner und Jahr) (siehe Schaubild 15). Die internationalen Angaben sind allerdings nicht voll mit den oben präsentierten Ergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen vergleichbar, da die verfügbaren Ergebnisse insbesondere die Position Entnahme von Fremd- und Regenwasser nicht einbeziehen.

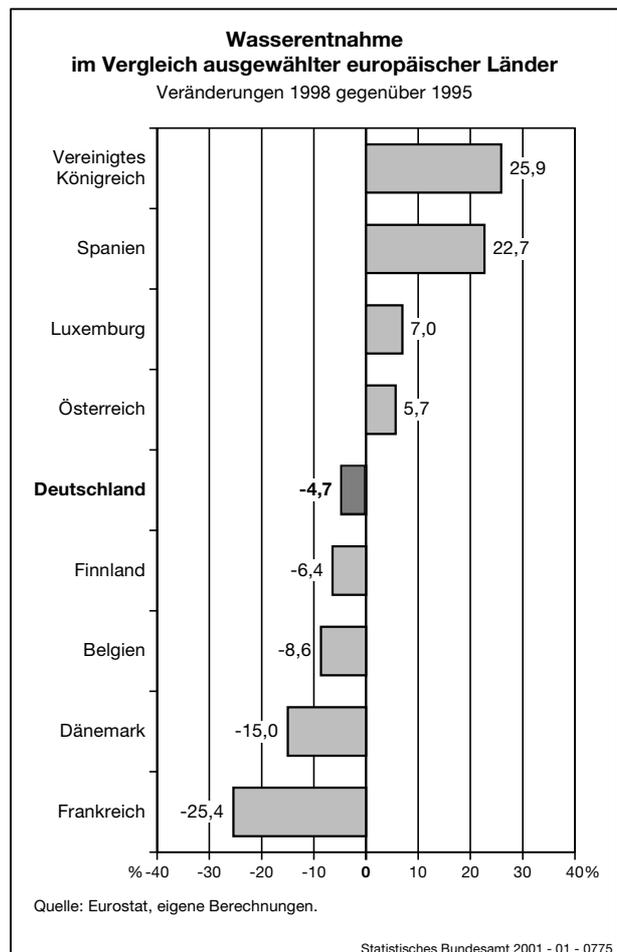
Schaubild 15



Die Wasserentnahme ist in Portugal mit 1 114 m³ Wasserentnahme je Einwohner und Jahr am höchsten, Spanien nimmt mit 1 038 m³ den zweiten Rang ein, gefolgt von Belgien mit 730 m³ und Frankreich mit 517 m³ (siehe Schaubild 15). In einigen Ländern ist die Wasserentnahme je Einwohner geringer als in Deutschland. Dazu gehören Finnland (452 m³), Österreich (441 m³), das Vereinigte Königreich (258 m³), Luxemburg (144 m³) und Dänemark (142 m³).

Hinsichtlich der *Entwicklung der Wasserentnahme* nimmt Deutschland im betrachteten Zeitraum 1995 bis 1998 im europäischen Vergleich ebenfalls einen mittleren Rang ein. In diesem Zeitraum ging die Wasserentnahme in Deutschland um 4,7% zurück (siehe Schaubild 16). Deutlich höhere Einsparungen hatten dagegen Frankreich (-25,4%), gefolgt von Dänemark (-15,0%), Belgien (-8,6%) und Finnland (-6,4%) zu verzeichnen. Dagegen hat sich die Wasserentnahme im Vereinigten Königreich um 25,9%, in Spanien um 22,7%, in Luxemburg um 7,0% und in Österreich um 5,7% erhöht.

Schaubild 16



3 Emissionen von Kohlendioxid

Gesamtwirtschaft

Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) entstehen hauptsächlich durch das Verbrennen fossiler Energieträger, wie

Kohle, Erdöl und Erdgas. Diese Emissionen tragen, wie das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ⁵⁾ wiederholt festgestellt hat, maßgeblich zur Erderwärmung bei.

Berechnung direkter Emissionen in die Luft

Die **direkten Emissionen** der einzelnen Luftschadstoffe werden für die Wirtschaftsbereiche und die privaten Haushalte mit Hilfe spezifischer Emissionskoeffizienten (Datenbasis Umweltbundesamt), des Energieverbrauchs (Datenbasis DIW/Energiebilanz) und unter Berücksichtigung der in den Produktionsbereichen ablaufenden Prozesse ermittelt.

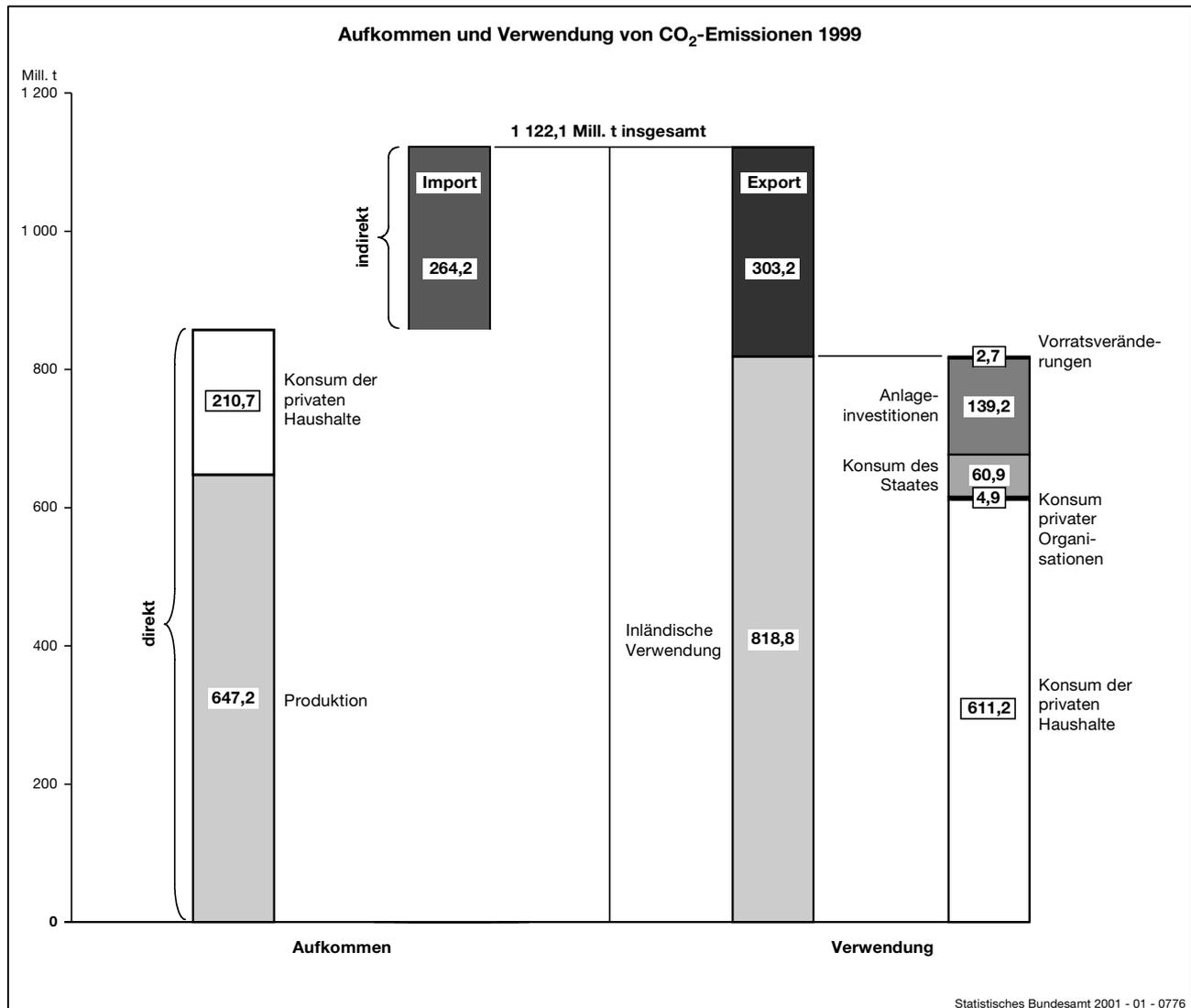
Der Energieverbrauch und die damit ausgelösten CO₂-Emissionen können, in Analogie zur Darstellung der Einkommens- und Wertschöpfungsgrößen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her betrachtet werden. Denn CO₂-Emissionen entstehen einerseits bei der Herstellung der Güter, zum Teil auch

direkt bei den Konsumaktivitäten der privaten Haushalte (z. B. Raumheizung oder Individualverkehr), andererseits werden sie aber durch die Endnachfrage nach Gütern ausgelöst.

Die *Verwendungsseite* (siehe Schaubild 17) bei den CO₂-Emissionen setzt sich zusammen aus den Komponenten Export (303,2 Mill. t) sowie der inländischen Verwendung (818,8 Mill. t). Letztere umfasst als wesentliche Positionen die Emissionen durch den Güterkonsum der privaten Haushalte (611,2 Mill. t), durch den Güterkonsum des Staates (60,9 Mill. t) sowie durch die Anlageinvestitionen (139,2 Mill. t).

Die *Aufkommensseite* zeigt die direkten Emissionen, unterteilt nach den Aktivitäten Produktion und Konsum der privaten Haushalte, sowie Emissionen, die bei der Herstellung der importierten Güter in der übrigen Welt (indirekte Emissionen) entstanden sind (siehe Schaubild 17). Der durch wirtschaftliche Aktivitäten bedingte direkte Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland belief sich im

Schaubild 17



5) Intergovernmental Panel on Climate Change: "IPCC Third Assessment Report - Climate Change 2001". Für zusätzliche Informationen siehe unter www.ipcc.ch.

Jahr 1999 auf 857,9 Mill. t. Davon wurden 647,2 Mill. t (75%) bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen abgegeben und 210,7 Mill. t (25%) entstanden direkt durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte.

Zwischen dem Jahr 1990 und dem Jahr 2000 haben sich die CO₂-Emissionen um 153 Mill. t vermindert. Im Folgenden werden die Bestimmungsgründe für diese Entwicklung auf der Grundlage der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen in tiefer Untergliederung nach wirtschaftlichen Aktivitäten näher untersucht. Daten für eine solche weitergehende Betrachtung liegen für den Zeitraum 1991 bis 1999 vor. Für Gesamtbetrachtungen zur Emissionsentwicklung eignet sich das Jahr 1990 als Bezugsjahr, für Strukturbetrachtungen erweist sich hierfür das Jahr 1991 als geeigneter.

Zwischen 1991 und 1999 gingen die direkten CO₂-Emissionen (Produktion und Konsum) um 117,9 Mill. t (-12,1%) auf 857,9 Mill. t zurück (siehe Schaubild 18). Die direkten Kohlendioxidemissionen der privaten Haushalte

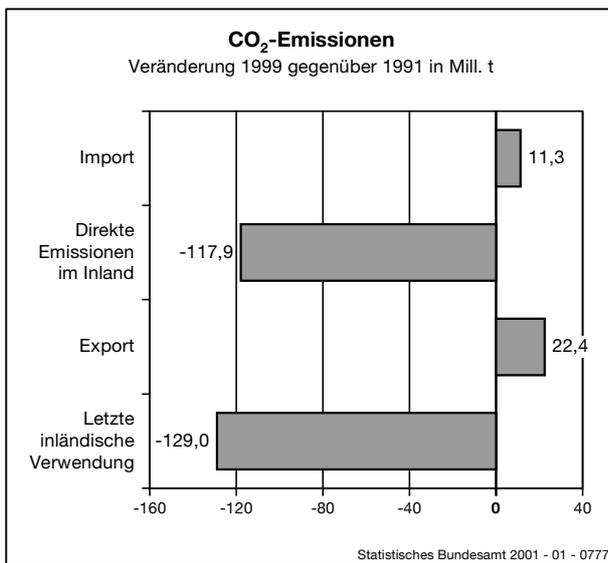
Rund zwei Drittel der im Jahr 1999 beim Konsum der *privaten Haushalte* direkt entstandenen Emissionen entfielen auf den Verwendungszweck „Energie“ (private Gebäudeheizung, Warmwasserbereitung, Kochen) und rund ein Drittel entstand bei der Verwendung von Kraftstoffen für private Verkehrszwecke.

Dem Rückgang der direkten CO₂-Emissionen der privaten Haushalte um 3,9% stand ein Anstieg der preisbereinigten Ausgaben für den Privaten Verbrauch um 11,2% gegenüber (siehe Tabelle 4). Im gleichen Zeitraum hat sich der direkte Energieverbrauch der privaten Haushalte um 12,2%, also noch etwas stärker als die Ausgaben für den privaten Verbrauch, erhöht. Die Entkopplung bei der Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte und ihren direkten CO₂-Emissionen geht also ausschließlich auf die Verwendung weniger kohlenstoffhaltiger Energieträger zurück. Insbesondere ersetzten die privaten Haushalte Stein- und Braunkohle durch Erdgas, das einen niedrigeren Kohlenstoffgehalt aufweist. Im Zeitraum zwischen 1991 und 1999 erhöhte sich bei den privaten Haushalten die Verwendung von Erdgas um 49,3%, während der Einsatz von Stein- und Braunkohle um 56,5% zurückging.

Die Entwicklung der direkten CO₂-Emissionen in der *Produktion* (Wirtschaftsbereiche) wird wesentlich durch die Höhe der Produktion bestimmt. Bei ansonsten unveränderten Bedingungen würden die CO₂-Emissionen entsprechend der Produktionsentwicklung zu- bzw. abnehmen. Verringerungen der Emissionen bei gleichzeitigem Produktionsanstieg können erreicht werden, wenn die Energie, deren Einsatz letztlich die CO₂-Emission verursacht, effizienter eingesetzt wird, das heißt wenn es gelingt, das gleiche Produkt mit geringerem Energieeinsatz herzustellen. Dieser Prozess wird sowohl durch den allgemeinen technischen Fortschritt als auch durch den relativen Anstieg der Preise für den Produktionsfaktor Energie unterstützt.

Weitere mögliche Faktoren, die zur Einsparung beitragen können, sind, wie beim Konsum der privaten Haushalte, der Übergang zu Energieträgern mit geringerem Kohlenstoffgehalt je Energieeinheit – zum Beispiel die Substitution von Kohle durch Erdgas oder durch erneuerbare Energieträger – sowie der Strukturwandel hin zu einer Produktionsstruktur mit einem höheren Anteil von Güterarten, die mit geringerem Energieaufwand hergestellt werden. Der Strukturwandel ist vor allem ein Resultat veränderter Nachfragestrukturen. Er setzt sich aus

Schaubild 18



(Konsum) sind im betrachteten Zeitraum um 8,5 Mill. t (-3,9%) gesunken. Die direkten Emissionen in der inländischen Produktion verminderten sich um 109,4 Mill. t (-14,5%). Der Rückgang war damit deutlich stärker als beim Konsum der privaten Haushalte.

Tabelle 4: Direkter Einsatz von Umweltressourcen beim Konsum der privaten Haushalte

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1993	1995	1997	1998	1999	Veränderung 1999 gegenüber 1991 in %
Einwohner	Mill.	80	81	82	82	83	82	+ 2,6
Anzahl der Haushalte	Mill.	35	36	37	38	38	38	+ 7,1
Private Konsumausgaben (Preise von 1995)	Mrd. DM	1 622	1 653	1 691	1 722	1 757	1 803	+ 11,2
Direkter Energieverbrauch	Petajoule	3 767	3 870	3 946	4 147	4 084	4 227	+ 12,2
Materialverbrauch	Mill. t	.	.	193	.	.	.	-
Emission von Kohlendioxid	Mill. t	219	224	216	228	223	211	- 3,9
Abfall	Mill. t	28	29	29	.	.	.	+ 4,8 ¹⁾
Wassereinsatz	Mill. m ³	3 551	.	3 313	.	3 250	.	- 8,5 ²⁾
Abwasser	Mill. m ³	3 409	.	3 180	.	3 254	.	- 4,5 ²⁾
Siedlungs- und Verkehrsfläche	km ²	.	23 120	.	24 080	.	.	+ 4,2 ³⁾

1) 1995 gegenüber 1991. – 2) 1998 gegenüber 1991. – 3) 1997 gegenüber 1993.

einer Vielzahl, mit Bezug auf den Energieverbrauch teilweise gegenläufiger Tendenzen zusammen.

Der Einfluss der genannten vier Komponenten für die Gesamtentwicklung der CO₂-Emissionen lässt sich rechnerisch unter gewissen Annahmen schätzen. Der Einfluss von Effizienzsteigerung und Strukturwandel lässt sich allerdings nur dann separat abbilden, wenn Daten, wie in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen gewährleistet, in einer hinreichend tief gegliederten Wirtschaftszweigstruktur vorliegen.

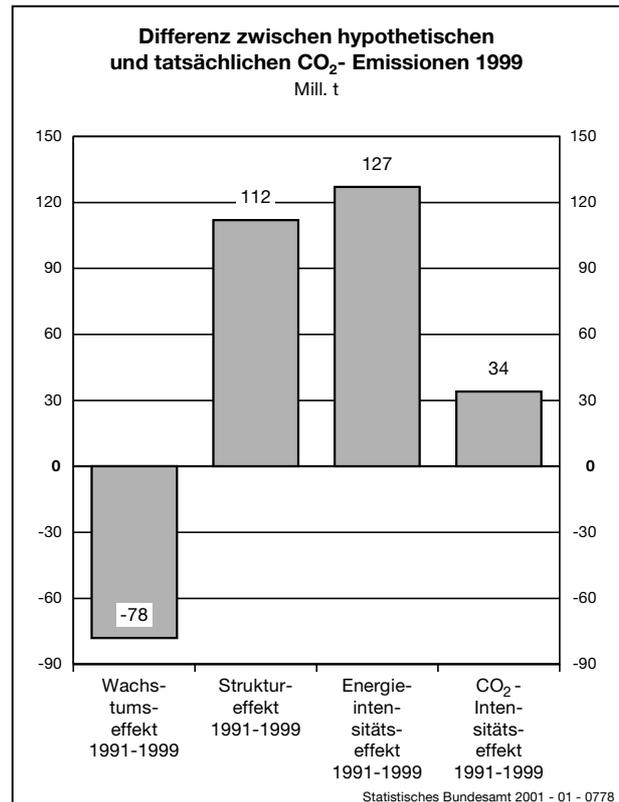
Bei der Ermittlung des Einflusses der einzelnen Komponenten wurde die tatsächliche Emissionsentwicklung einer hypothetischen Entwicklung gegenübergestellt, die sich unter der Annahme ergeben hätte, dass der jeweils betrachtete Faktor im Zeitablauf unverändert geblieben wäre, während für die drei anderen Faktoren die tatsächliche Entwicklung angenommen wurde. Die so ermittelten Effekte können allerdings nur als ein gro-

Hypothetische CO ₂ -Emissionen	
<p>Folgende Einflussfaktoren für die Entwicklung der hypothetischen CO₂-Emissionen bei der Produktion (alle Wirtschaftsbereiche) zwischen 1991 und 1999 wurden berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die wirtschaftliche Leistung (Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995), – die Wirtschaftsstruktur (Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung der Produktion), – die Energieintensität der Produktion (gesamter Energieverbrauch/Bruttowertschöpfung) und – die CO₂-Intensität des Energieverbrauchs (CO₂-Emissionen/gesamter Energieverbrauch). 	
<p>Die Ergebnisse für die hypothetische Entwicklung der CO₂-Emissionen ergeben sich unter der Annahme, dass für einen Faktor der Wert des Jahres 1991 unterstellt wird, die übrigen Faktoren jedoch den Wert des Jahres 1999 aufweisen.</p>	
<p>Die Differenz zwischen den hypothetischen und tatsächlichen CO₂-Emissionen kann als Effekt des konstant gehaltenen Faktors auf die Emissionsreduktion interpretiert werden.</p>	

ber Maßstab für den Beitrag der einzelnen Faktoren zur Gesamtentwicklung des CO₂-Ausstoßes angesehen werden, da die einzelnen Effekte in ihrer Höhe auch vom Ausmaß der anderen drei Effekte beeinflusst werden und deshalb, streng mathematisch gesehen, nicht addierbar sind.

Schaubild 19 zeigt für den Zeitraum zwischen 1991 und 1999 die Differenz zwischen den hypothetischen und den tatsächlich entstandenen CO₂-Emissionen. Bei gegenüber dem Jahr 1991 unveränderter Bruttowertschöpfung wäre der CO₂-Ausstoß 1999 bei ansonsten unveränderten Bedingungen um rund 78 Mill. t (Wachstumseffekt) niedriger ausgefallen. Die anderen drei Faktoren trugen dagegen alle zu einem Rückgang des tatsächlichen CO₂-Ausstoßes bei. Die Steigerung der Effizienz des Energieeinsatzes in den einzelnen Wirtschaftsbereichen minderte den CO₂-Ausstoß um schätzungsweise 127 Mill. t (Energieintensitätseffekt). Dem Strukturwandel, das heißt der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragestruktur hin zu weniger energieintensiven Güterarten (Struktureffekt), ist ein Emissionsrückgang um 112 Mill. t zuzurechnen. Der vermehrte Einsatz emissionsärmerer Energieträger (CO₂-Intensitätseffekt) wirkte sich mit einem Einsparvolumen von 34 Mill. Tonnen vergleichsweise gering aus.

Schaubild 19

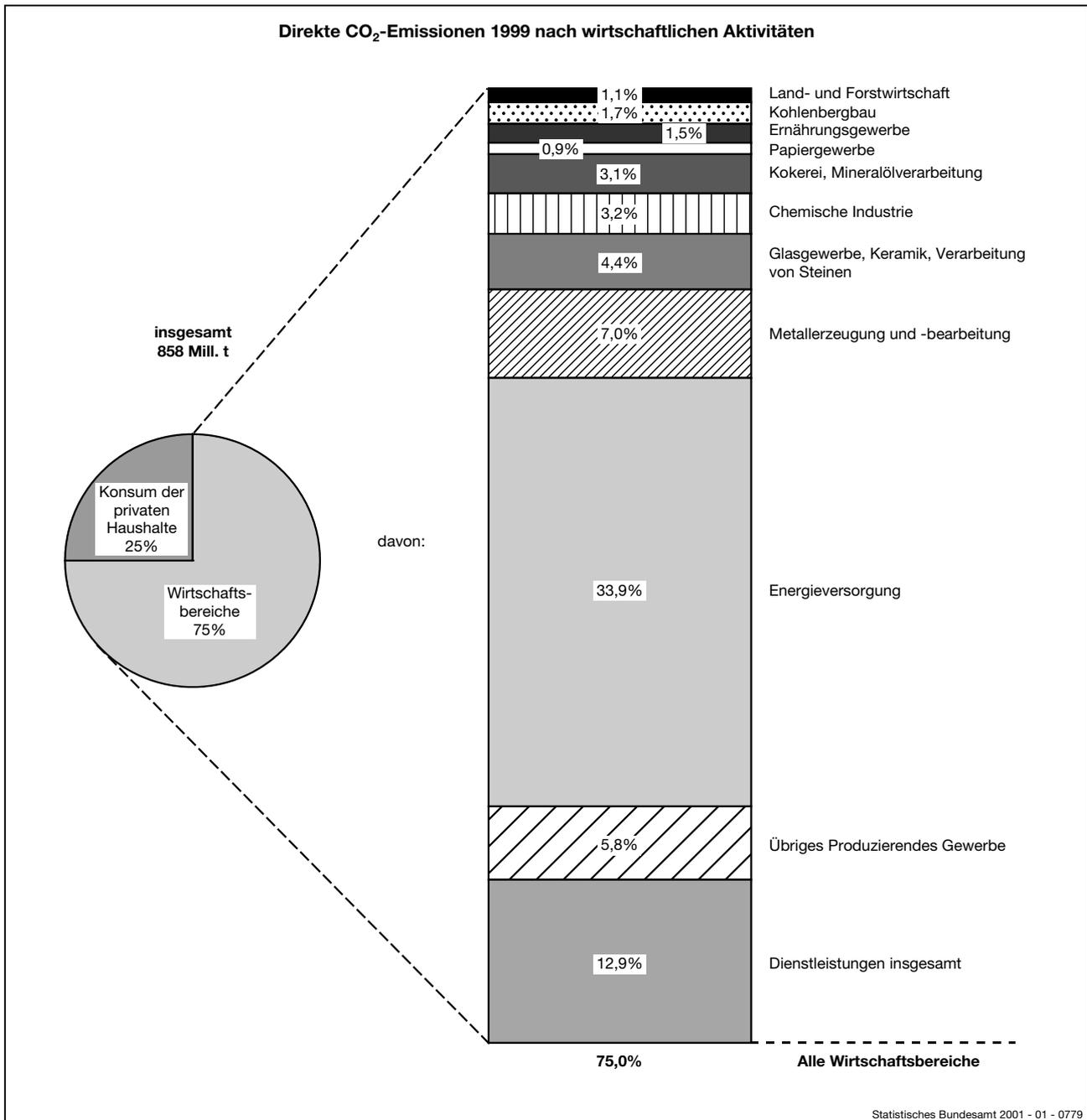


Wirtschaftsbereiche

Die Verteilung der Emissionen nach *Wirtschaftsbereichen* zeigt deutliche Schwerpunkte. 75% der gesamten direkten Emissionen 1999 wurden durch die Produktion von Waren und Dienstleistungen verursacht und 25% durch den Konsum der privaten Haushalte (siehe das auf S. 892 folgende Schaubild 20). Darunter entfielen rund 61% der gesamten Emissionen auf das Produzierende Gewerbe. Etwa ein Drittel (34%) stammten aus dem Wirtschaftsbereich „Energieversorgung“. Bei den CO₂-Emissionen dieses Wirtschaftsbereichs handelt es sich vor allem um Emissionen bei der Stromerzeugung. Der Bereich „Metallerzeugung und -bearbeitung“ folgt mit 7%, „Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ brachten gut 4% aller Emissionen auf, auf die „Chemische Industrie“ entfielen 3%. Der Anteil des Bereichs „Kokerei, Mineralölverarbeitung“ belief sich ebenfalls auf 3%. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die rund 291 Mill. Tonnen CO₂-Emissionen des Wirtschaftsbereichs „Energieversorgung“ aus seiner primären Funktion resultieren, fossile Energieträger in Strom umzuwandeln und an die anderen Wirtschaftsbereiche zu liefern. Die Dienstleistungsbereiche zusammen hatten einen Anteil von knapp 13%.

Für eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten zur Erreichung des nationalen Emissionsziels einer Senkung der Emissionen um 25% (2005 gegenüber 1990), sind die bisherigen Entwicklungen der CO₂-Emissionen der Wirtschaftsbereiche von 1999 gegenüber 1991 von besonderer Bedeutung. Die „großen“ CO₂-Emittenten konnten in den letzten Jahren ihre Emissionen deutlich reduzieren. Von den 117,9 Mill. t Reduktion im Inland (1999 gegenüber 1991) wurden, wie bereits erwähnt, 109,4 Mill. t

Schaubild 20



von den Wirtschaftsbereichen erbracht (siehe Schaubild 21 auf S. 894). Der Wirtschaftsbereich „Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ sowie das „Dienstleistungsgewerbe insgesamt“ haben 1999 allerdings mehr Emissionen verursacht als 1991. Beim Dienstleistungsgewerbe insgesamt schlägt vor allem die deutliche Zunahme der CO₂-Emissionen in den Wirtschaftsbereichen „Handel“, „Landverkehr“ und „Luftfahrt“ durch (siehe Tabelle 5).

Setzt man die CO₂-Emissionen der Wirtschaftsbereiche in Relation zu ihrer jeweiligen Bruttowertschöpfung, das heißt betrachtet man die spezifischen CO₂-Emissionen, ergibt sich folgendes Bild: Die bedeutenden CO₂-Emitenten „Energieversorgung“ und „Kohlenbergbau“ weisen auch bezogen auf ihre Bruttowertschöpfung sehr hohe spezifische Emissionen (siehe Schaubild 22) auf.

Die Veränderung der spezifischen CO₂-Emissionen von 1999 gegenüber 1991 zeigt jedoch, dass die „Energieversorgung“, aber auch die meisten anderen Bereiche, die spezifischen CO₂-Emissionen im Zeitverlauf senken

Spezifische CO₂-Emission und CO₂-Produktivität

Die spezifische CO₂-Emission eines Wirtschaftsbereichs gibt an, wie viel CO₂-Emission zur Erwirtschaftung einer Einheit der dort erzielten wirtschaftlichen Leistung (Wertschöpfung) produziert wurde:

$$\text{spezifische CO}_2\text{-Emission} = \frac{\text{CO}_2\text{-Emissionen}}{\text{Bruttowertschöpfung}}$$

Die CO₂-Produktivität eines Wirtschaftsbereichs gibt an, wie viel wirtschaftliche Leistung (Wertschöpfung) mit einer Einheit der dort entstandenen CO₂-Emission erzielt wurde:

$$\text{CO}_2\text{-Produktivität} = \frac{\text{Bruttowertschöpfung}}{\text{CO}_2\text{-Emissionen}}$$

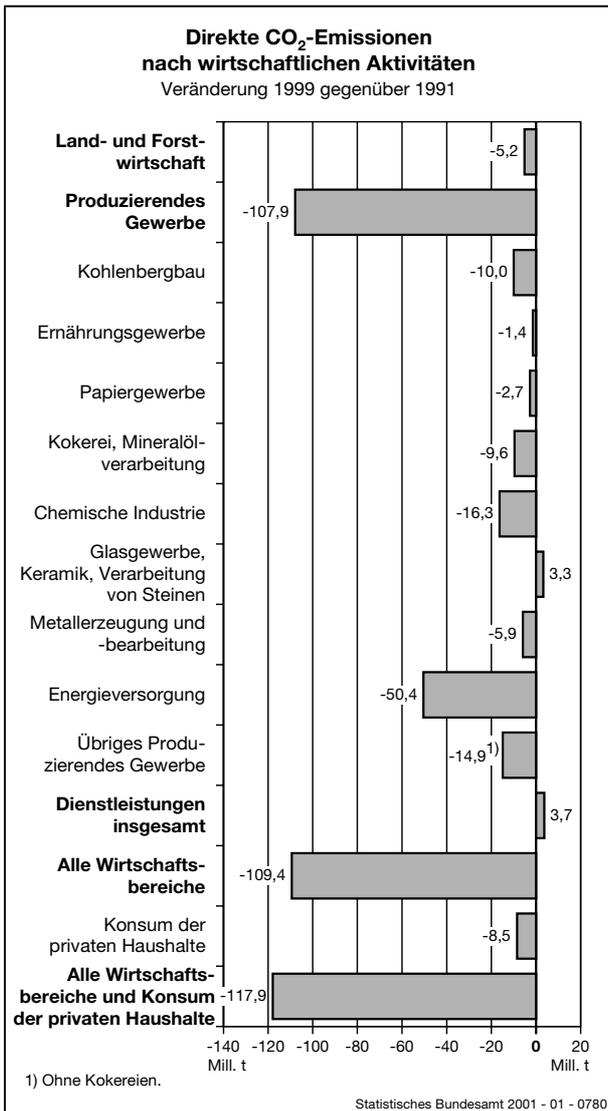
Tabelle 5: Direkte CO₂-Emissionen im Inland

1 000 Tonnen

WZ 93 ¹⁾	Wirtschaftsbereiche	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
A – B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	14 853	12 135	11 681	10 655	10 448	10 053	9 592	9 053	9 653
C – F	Produzierendes Gewerbe insgesamt	635 028	596 533	573 924	572 544	566 375	564 988	547 061	543 874	527 094
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	24 697	22 849	22 555	22 472	27 786	22 203	17 738	15 593	14 690
13, 14	Erzbergbau, Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau	10 632	10 099	9 267	9 804	9 829	8 857	8 613	8 439	9 111
15	Ernährungsgewerbe	14 373	14 283	13 841	13 667	14 134	14 275	13 740	13 618	12 989
17	Textilgewerbe	2 106	1 611	1 408	1 311	1 383	1 347	1 196	1 196	1 185
20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2 254	1 851	1 697	1 596	1 673	1 654	1 489	1 471	1 456
21	Papiergewerbe	10 299	10 298	10 444	10 718	10 054	9 479	9 589	8 801	7 558
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	35 869	30 683	28 190	26 418	25 424	25 785	24 147	25 225	26 253
24	Chemische Industrie	43 876	42 228	39 522	39 309	33 400	32 354	31 862	27 237	27 618
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 312	2 311	1 932	1 850	1 959	1 945	1 830	1 817	1 783
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	34 778	34 710	35 789	37 162	39 569	37 911	38 458	38 202	38 074
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	65 571	60 595	56 359	61 261	65 964	62 800	67 145	67 488	59 639
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	5 456	4 946	4 451	4 162	4 543	4 434	4 105	4 097	4 014
29	Maschinenbau	5 976	5 421	4 469	4 004	4 395	4 512	4 063	3 886	4 397
31	Herstellung von Geräten der Elektri- zitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	3 366	2 715	2 472	2 325	2 405	2 397	2 116	2 120	2 050
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	1 690	1 409	1 306	1 240	1 324	1 355	1 203	1 205	1 166
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	5 733	5 424	5 466	5 056	5 723	6 340	5 756	5 558	5 742
35	Sonstiger Fahrzeugbau	870	839	855	805	925	1 029	942	919	930
40	Energieversorgung	341 268	323 491	313 760	310 807	297 216	307 254	295 380	299 646	290 893
41	Wasserversorgung	194	201	207	205	213	227	200	206	203
45	Baugewerbe	15 091	13 080	12 625	11 519	11 194	11 095	10 507	10 088	10 361
11 - 12, 16, 18 - 19, 22, 30, 33, 36 - 37	Übriges produzierendes Gewerbe	8 615	7 489	7 310	6 852	7 262	7 738	6 981	7 061	6 983
G – Q	Dienstleistungen insgesamt	106 745	106 529	107 489	105 160	110 198	116 372	108 619	111 160	110 459
51 – 52	Handelsvermittlung und Großhandel, Einzelhandel (ohne Kfz); Reparatur von Gebrauchsgütern	21 701	22 640	23 496	23 457	24 795	26 026	24 264	24 898	24 814
60	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	18 035	18 863	19 630	19 941	20 546	20 526	21 198	22 071	23 331
62	Luftfahrt	11 923	12 747	13 512	13 619	14 190	14 596	15 106	15 606	16 874
75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	18 724	15 725	13 598	11 844	11 490	12 189	10 766	10 780	9 811
50, 59, 61, 63 – 67, 70 – 74, 70 – 95	Übrige Dienstleistungen	36 362	36 554	37 253	36 299	39 177	43 034	37 286	37 807	35 630
A – Q	Alle Wirtschaftsbereiche	756 626	715 197	693 094	688 358	687 021	691 412	665 273	664 088	647 206
	Konsum der privaten Haushalte im Inland	219 173	212 092	223 590	214 116	216 144	232 479	227 470	223 375	210 684
	Alle Wirtschaftsbereiche und Konsum der privaten Haushalte (VGR-Konzept) .	975 799	927 289	916 685	902 474	903 165	923 891	892 743	887 464	857 890
	Saldo ²⁾	- 601	- 311	- 915	- 1 526	- 993	- 709	- 857	- 736	- 710
	Alle Wirtschaftsbereiche und Konsum der privaten Haushalte (Territorialkonzept) .	976 400	927 600	917 600	904 000	904 158	924 600	893 600	888 200	858 600

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. – 2) Emissionen der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich der Emissionen der nicht in Deutschland ansässigen Produktionseinheiten im Inland.

Schaubild 21



konnten. Von den „großen“ Emittenten wies lediglich der „Kohlenbergbau“ einen steigenden Wert auf (siehe Schaubild 22). Die deutliche Erhöhung der spezifischen Emissionen bei gleichzeitig sinkenden absoluten Emissionsmengen im letztgenannten Bereich ist auf Sonderfaktoren zurückzuführen, die mit der drastisch gesunkenen Wertschöpfung in diesem Bereich (auf rund ein Drittel) zusammenhängen.

Außenhandel

Im folgenden Abschnitt wird der Einfluss der Außenhandelsströme auf die CO₂-Emissionen betrachtet. Der *Außenhandel* hat für Deutschland eine sehr große Bedeutung. Die Exporte und Importe haben einen wesentlichen Anteil an den in Deutschland produzierten und verwendeten Waren und Dienstleistungen und die relative Bedeutung der Außenhandelsströme nimmt zu. Der Wert der im Inland konsumierten oder investierten Güter (letzte inländische Verwendung) belief sich im Jahr 1999, gemessen in Preisen des Jahres 1995, auf 3 369 Mrd. DM (siehe Tabelle 6). Im selben Jahr wurden Güter im Wert von 1 017 Mrd. DM importiert und im Wert von 1 096 Mrd. DM

Schaubild 22

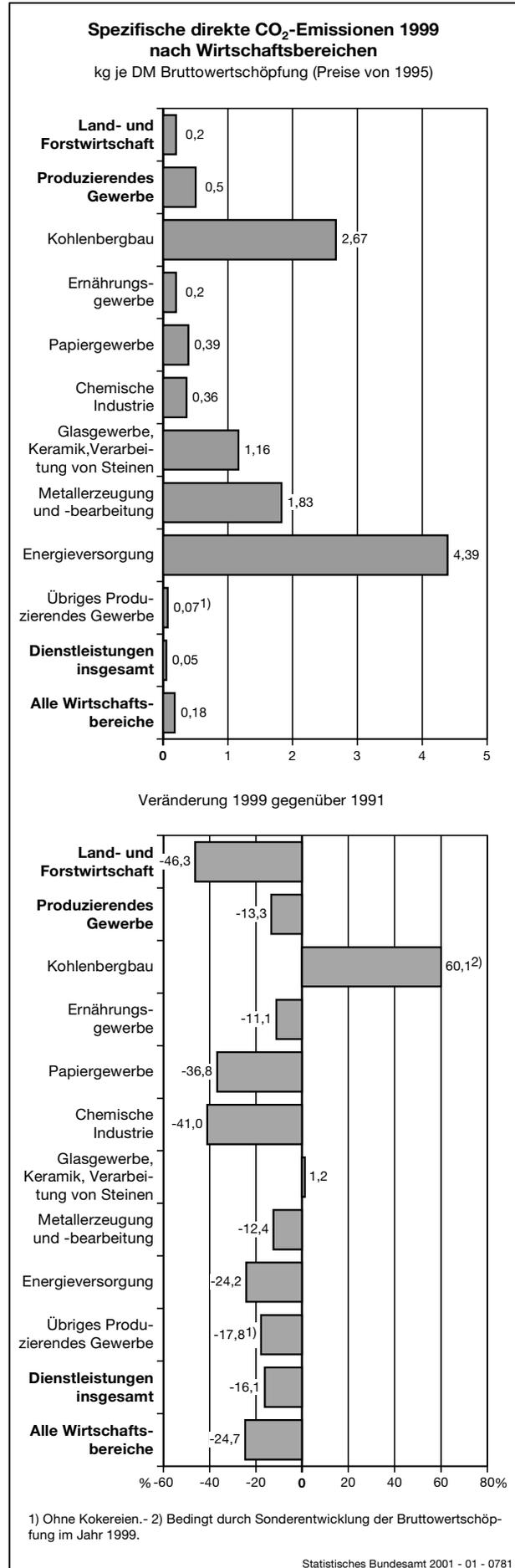


Tabelle 6: Kumulierte CO₂-Emissionen im Inland mit Vorleistungen aus dem In- und Ausland

Gegenstand der Nachweisung	1991	1995	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999 gegenüber 1991
CO ₂ -Emissionen							
1 000 Tonnen							
%							
Entstehung im Inland	975 799	903 165	923 891	892 743	887 464	857 890	- 12,1
Produktion	756 626	687 021	691 412	665 273	664 088	647 206	- 14,5
Private Haushalte	219 173	216 144	232 479	227 470	223 375	210 684	- 3,9
+ Import	252 859	244 260	241 643	252 971	263 475	264 193	+ 4,5
= Aufkommen	1 228 658	1 147 425	1 165 534	1 145 714	1 150 939	1 122 084	- 8,7
= Letzte Verwendung	1 228 658	1 147 425	1 165 534	1 145 714	1 150 939	1 122 084	- 8,7
- Export	280 851	279 027	281 215	299 472	303 410	303 246	+ 8,0
= Letzte inländische Verwendung	947 807	868 398	884 320	846 242	847 529	818 838	- 13,6
Konsum der privaten Haushalte im Inland	684 873	636 387	660 850	638 853	632 296	611 164	- 10,8
Konsum der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	5 105	4 942	5 315	4 852	4 820	4 875	- 4,5
Konsum des Staates	85 964	73 353	75 245	67 652	64 967	60 911	- 29,1
Anlageinvestitionen	165 483	151 896	147 487	141 322	138 889	139 208	- 15,9
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	6 381	1 820	- 4 577	- 6 437	6 556	2 681	- 58,0
Gesamtwirtschaftliche Bezugswahlen							
Mrd. DM (Preisbasis 1995)							
%							
Inländische Produktion	5 713,4	6 072,6	6 150,5	6 280,4	6 488,8	6 686,6	+ 17,0
+ Import	701,4	753,2	783,0	855,3	939,8	1 016,7	+ 45,0
= Aufkommen	6 414,8	6 825,9	6 933,5	7 135,7	7 428,6	7 703,3	+ 20,1
- intermediärer Verbrauch	2 617,6	2 815,1	2 874,6	2 958,5	3 099,9	3 237,8	+ 23,7
= Letzte Verwendung	3 797,2	4 010,8	4 058,9	4 177,1	4 328,7	4 465,5	+ 17,6
- Export	765,7	825,1	870,7	969,9	1 040,0	1 096,4	+ 43,2
= Letzte inländische Verwendung	3 031,4	3 185,7	3 188,2	3 207,2	3 288,7	3 369,1	+ 11,1
Konsumausgaben privater Haushalte im Inland	1 621,6	1 691,3	1 706,8	1 722,0	1 757,3	1 803,0	+ 11,2
Konsumausgaben privater Organisationen ohne Erwerbszweck	46,6	56,0	58,8	60,7	63,3	67,9	+ 45,5
Konsumausgaben des Staates	632,4	697,8	702,5	696,5	699,6	698,7	+ 10,5
Anlageinvestitionen	718,2	733,1	728,0	729,9	751,5	781,8	+ 8,9
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	12,6	7,5	- 7,9	- 1,9	17,1	17,7	+ 40,3
Spezifische CO ₂ -Emissionen							
CO ₂ -Emissionen in kg je 1 000 DM Bruttowertschöpfung (Preise von 1995)							
%							
= Letzte Verwendung	323,6	286,1	287,2	274,3	265,9	251,3	- 22,3
- Export	366,8	338,2	323,0	308,8	291,7	276,6	- 24,6
= Letzte inländische Verwendung	312,7	272,6	277,4	263,9	257,7	243,0	- 22,3
Konsum der privaten Haushalte im Inland	422,3	376,3	387,2	371,0	359,8	339,0	- 19,7
Konsum der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	109,5	88,3	90,4	79,9	76,2	71,8	- 34,4
Konsum des Staates	135,9	105,1	107,1	97,1	92,9	87,2	- 35,9
Anlageinvestitionen	230,4	207,2	202,6	193,6	184,8	178,1	- 22,7
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	506,9	242,9	578,5	3 387,6	384,3	151,8	- 70,0
nachrichtlich: Import	360,5	324,3	308,6	295,8	280,4	259,9	- 27,9

exportiert. Die Importe erhöhten sich zwischen 1991 und 1999 um 45,0% und die Exporte nahmen um 43,2% zu, während die Menge der für die letzte inländische Verwendung eingesetzten Güter nur um 11,1% stieg.

Bei der Herstellung der importierten und der exportierten Güter entstehen CO₂-Emissionen und andere Umweltbelastungen, die wegen der hohen und zunehmenden Bedeutung dieser Ströme nicht außer Betracht bleiben dürfen. Insbesondere ist von Interesse, ob der in Deutschland zu beobachtenden Tendenz einer abnehmenden Belastung der Umwelt durch direkte CO₂-Emissionen eine Tendenz zur Verlagerung CO₂-intensiver Produktionsaktivitäten in das Ausland gegenübersteht.

Bei der Produktion der importierten Güter entstanden in der übrigen Welt CO₂-Emissionen (indirekte Emissionen) in Höhe von 264,2 Mill. t. Die CO₂-Emissionen bei der Herstellung der exportierten Güter beliefen sich kumuliert, das heißt unter Berücksichtigung der direkten sowie

der in allen Produktionsvorstufen angefallenen Emissionen, auf 303,2 Mill. t (siehe Schaubild 17).

Zwischen 1991 und 1999 verminderten sich die mit der letzten inländischen Verwendung verbundenen Emissionen um 129 Mill. t (-13,6%) (siehe Schaubild 18). Der Rückgang war damit etwas höher als bei den direkten Emissionen (-117,9 Mill. t bzw. -12,1%). Bezogen auf die CO₂-Emissionen liefern die Daten somit keinen Hinweis darauf, dass der vergleichsweise günstigen Entwicklung der direkten CO₂-Belastung im Inland eine zunehmende Verlagerung CO₂-intensiver Produktionen in das Ausland gegenübersteht. Bei anderen Belastungsfaktoren kann sich, wie am Beispiel der Entnahme von Rohstoffen aus der Natur im UGR-Presskonferenzbericht des Jahres 2000 dargelegt, ein deutlich anderes Bild ergeben.

Die mit den Importen verbundenen CO₂-Emissionen erhöhten sich zwischen 1991 und 1999 um 11,3 Mill. t (4,5%) und die durch die Herstellung der Exportgüter ausgelösten Emissionen stiegen um 22,4 Mill. t (8,0%), wäh-

Kumulierte CO₂-Emissionen

Der zur Herstellung von Gütern notwendige Verbrauch von Energie und die damit hervorgerufenen Emissionen sind unmittelbares Resultat einer bestimmten Aktivität der Wirtschaftsbereiche und der privaten Haushalte und werden deshalb als Entstehung direkter CO₂-Emissionen bezeichnet.

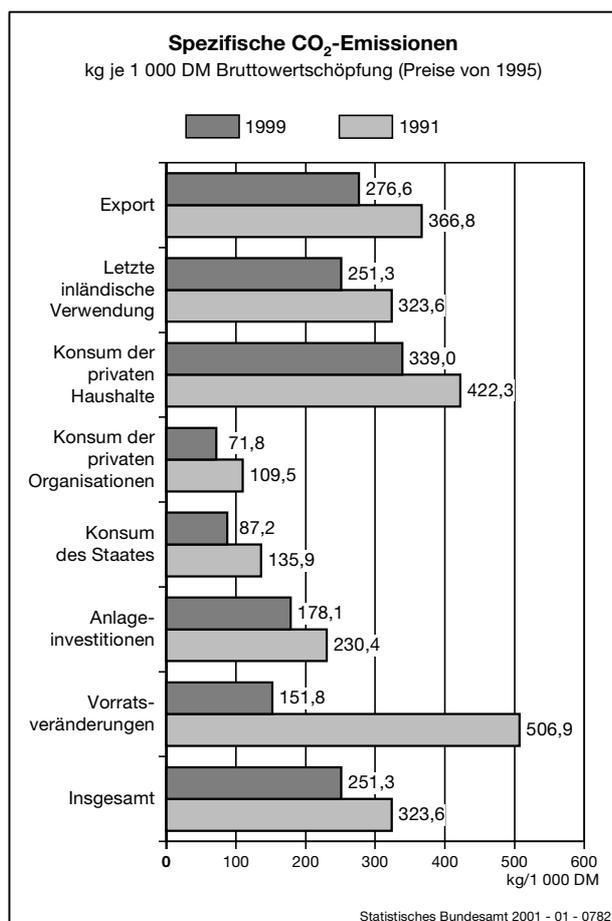
Die CO₂-Emissionen, die bei der Produktion in den Vorstufen der Güterherstellung entstehen, werden als indirekte CO₂-Emissionen bezeichnet. Die indirekt im Ausland benötigte Energiemenge und die hieraus entstehenden CO₂-Emissionen können nach Maßgabe einer dem Inland entsprechenden Produktionsstruktur und -technik berücksichtigt werden.

Die Summe von direkten und indirekten CO₂-Emissionen bilden die kumulierten CO₂-Emissionen.

rend, wie wir gesehen haben, sich die auf die letzte inländische Verwendung bezogenen Emissionen um 129 Mill. t verringerten (siehe Schaubild 18). Die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen spiegeln allerdings im Wesentlichen die zunehmende Außenhandelsverflechtung der deutschen Volkswirtschaft wider.

Die importierten und die exportierten Güter sind bei ihrer Herstellung im Durchschnitt CO₂-intensiver als die Güter der letzten inländischen Verwendung. Die spezifische CO₂-Emission der Importe lag im Jahr 1999 bei 260 kg je 1 000 DM. Bei der Herstellung der Exportgüter entstanden 277 kg CO₂ je 1 000 DM (siehe Schaubild 23).

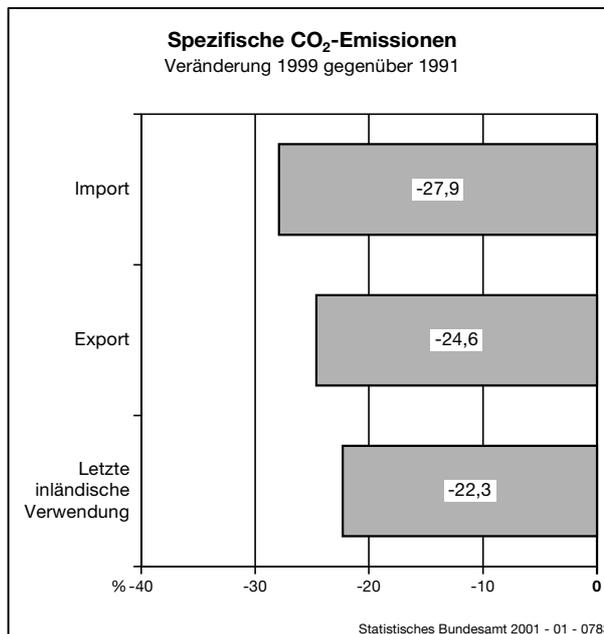
Schaubild 23



Die spezifische CO₂-Emission der letzten inländischen Verwendung belief sich demgegenüber auf 251 kg je 1 000 DM.

Zwischen 1991 und 1999 hat sich die spezifische CO₂-Emission der Güter deutlich verringert (siehe Schaubild 24), wobei der Rückgang bei den Importgütern, unter

Schaubild 24

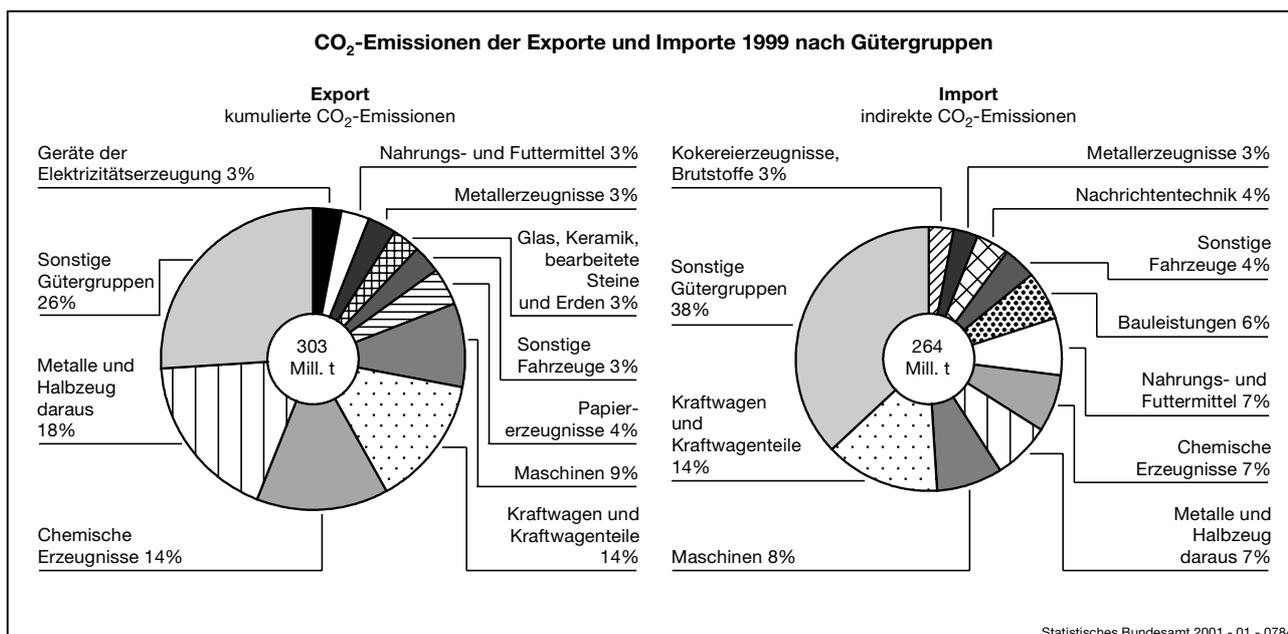


der Annahme identischer Produktionsverhältnisse im In- und Ausland, deutlich stärker ausfiel, als bei der letzten inländischen Verwendung. Bei den Importgütern verminderte sich die CO₂-Intensität um 27,9%. Bei den Exporten belief sich der Rückgang auf 24,6% und bei der letzten inländischen Verwendung betrug er 22,3%.

Die Gütergruppenstruktur der Importe und Exporte weist gewisse Ähnlichkeiten auf. Darin schlägt sich nieder, dass die deutsche Volkswirtschaft in eine differenzierte internationale Arbeitsteilung mit anderen, ebenfalls industriell geprägten Volkswirtschaften eingebunden ist. Diese Ähnlichkeit der Import- und Exportstrukturen zeigt sich auch bei der Betrachtung der durch die Produktion der Außenhandelsgüter ausgelösten CO₂-Emissionen (siehe Schaubild 25). Weit mehr als die Hälfte (55%) aller durch den Export bedingten Emissionen entfiel im Jahre 1999 auf die Gütergruppen „Metalle und Halbzeug daraus“ (18%), „Chemische Erzeugnisse“ (14%), „Kraftwagen, Kraftwagenteile“ (14%) und „Maschinen“ (9%). Bei den Importen haben die genannten Gütergruppen ebenfalls den höchsten, wenn auch einen insgesamt deutlich geringeren Anteil. Auf diese Gütergruppen sind insgesamt gut

Schätzung von CO₂-Emissionen

Die mit den Außenhandelsströmen verbundenen CO₂-Emissionen lassen sich mit Hilfe der Input-Output-Analyse schätzen. Dazu werden die Ergebnisse der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen über die bei den wirtschaftlichen Aktivitäten eingesetzten emissionsrelevanten Energiemengen und den dabei direkt entstehenden CO₂-Emissionen mit den in den monetären Input-Output-Tabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthaltenen Informationen über die Verflechtung der verschiedenen wirtschaftlichen Aktivitäten unter gewissen Modellannahmen verknüpft. Dabei wird u.a. unterstellt, dass für die Herstellung der importierten Güter die inländischen Produktionsverhältnisse gelten. Es werden also streng genommen nicht die tatsächlichen in der übrigen Welt entstandenen, sondern die in Deutschland durch den Import vermiedenen CO₂-Emissionen gemessen.



ein Drittel (36%) aller durch den Import bedingten Emissionen zurückzuführen. Relativ bedeutsam bei den importbedingten Emissionen sind außerdem Gütergruppen wie „Nahrungs- und Futtermittel“ (7%) und „Bauleistungen“ (6%).

Internationaler Vergleich

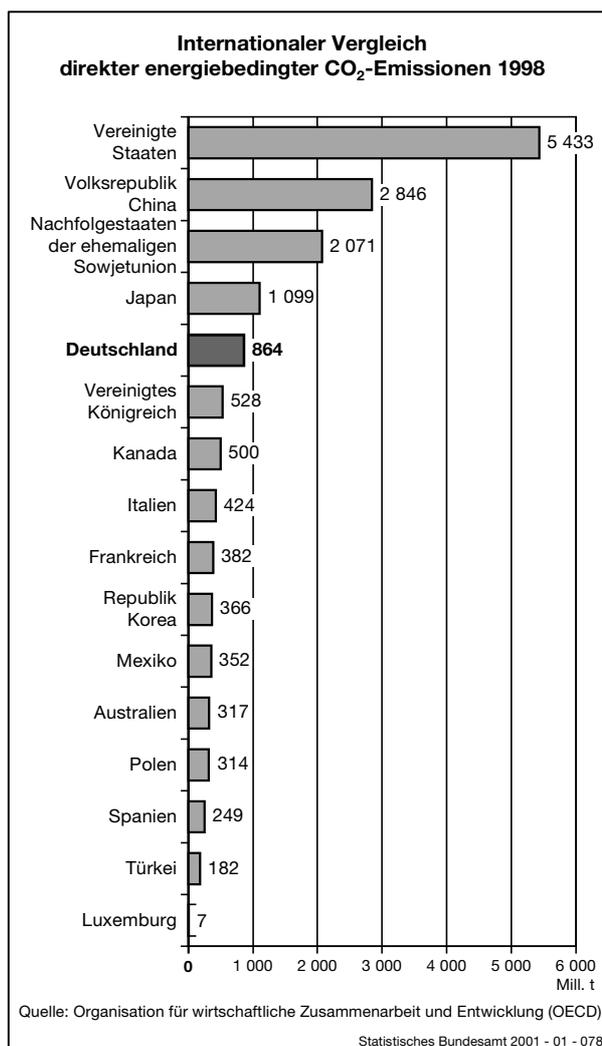
Im Kyoto-Protokoll von 1997 haben sich die Industriestaaten verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren. Auf den folgenden Klimagipfeln in Den Haag (2000) und Bonn (2001) wurde die Vorgehensweise, um diese Zielvorstellungen zu erreichen, erörtert.

Im *internationalen Vergleich* liegt Deutschland bei der absoluten Menge an CO₂-Emissionen in der Spitzen-gruppe (siehe Schaubild 26).⁶⁾ Hinter den Vereinigten Staaten mit 5 433 Mill. t, dem mit Abstand weltweit größten CO₂-Emittenten, China (2 846 Mill. t), den Nachfolge-staaten der ehemaligen Sowjetunion (2 071 Mill. t) und Japan (1 099 Mill. t) lag Deutschland im Jahr 1998 mit 864 Mill. t CO₂-Emissionen an fünfter Stelle. Der Anteil Deutschlands an den weltweiten CO₂-Emissionen belief sich auf 4,0%. Bei den Emissionen je Einwohner liegt Deutschland mit 10,5 t zwar deutlich über dem Welt-durchschnitt von 3,9 t, aber im Durchschnitt der Mit-gliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (10,9 t).

Der Energieverbrauch und damit indirekt auch der Ausstoß von CO₂ ist u. a. von der Wirtschaftsstruktur, klimatischen Gegebenheiten, Konsumgewohnheiten und anderen Faktoren, wie zum Beispiel der Möglichkeit einer verstärkten Nutzung von Wasserkraft, Wind- oder Sonnenenergie, abhängig.

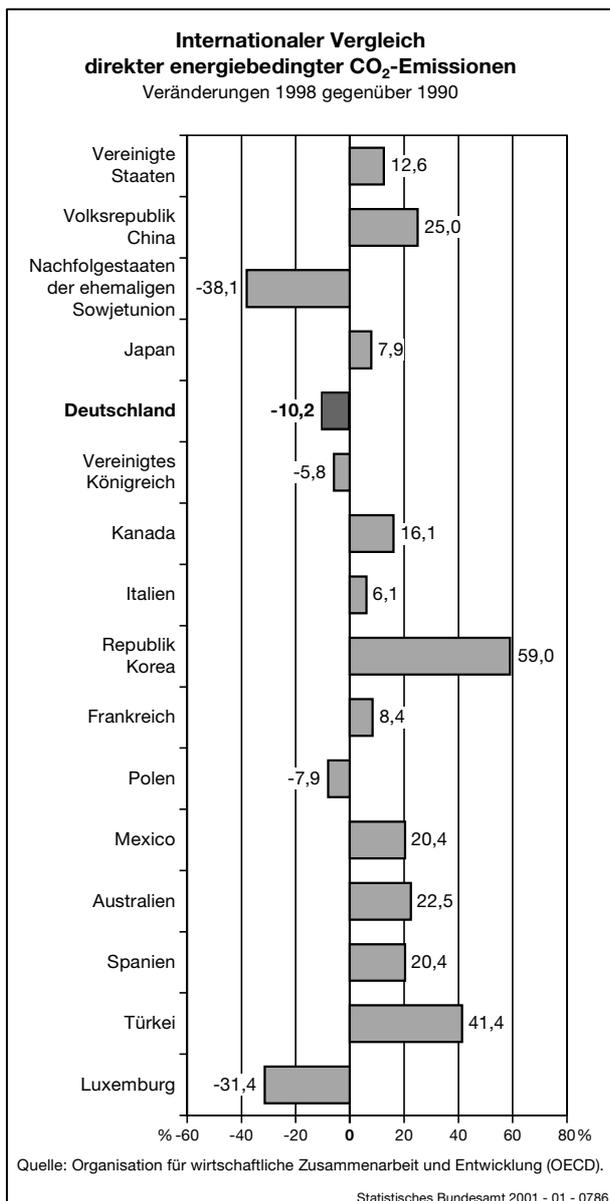
Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, denen es im letzten Jahrzehnt gelungen ist, den direkten CO₂-Aus-

Schaubild 26



6) Für einen internationalen Vergleich sind nur Angaben der OECD über energiebedingte Emissionen verfügbar. Die prozessbedingten Emissionen wurden nicht berücksichtigt. In Deutschland machten die prozessbedingten Emissionen rund 3 % der Gesamtemissionen aus.

Schaubild 27



Untersuchung des Fraunhofer Instituts in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) etwa die Hälfte des deutschen Einsparvolumens an CO₂ zugerechnet werden.⁷⁾ In den ehemaligen Ostblockländern schlägt sich insbesondere der Zusammenbruch der zentralverwalteten Wirtschaftssysteme nieder. Im Vereinigten Königreich wirkte sich vor allem der im letzten Jahrzehnt vollzogene Umstieg von Kohle auf weniger kohlenstoffhaltiges Erdgas bei der Stromerzeugung aus. Die positive Entwicklung in Luxemburg ist deutlich beeinflusst von dem starken Produktionsrückgang in der sehr energieintensiven Stahlindustrie. ■

stoß zu vermindern. Nach den Angaben der OECD verringerte sich die Emission von CO₂ in Deutschland von 1990 auf 1998 um 10,2% (siehe Schaubild 27). Neben den ehemaligen Ostblockländern (z. B. der ehemaligen Sowjetunion -38,1%) haben nur noch Luxemburg (-31,4%) und das Vereinigte Königreich (-5,8%) ihren CO₂-Ausstoß verringert. Weltweit erhöhte sich dagegen der CO₂-Ausstoß im betrachteten Zeitraum um 7,8%. So stieg zum Beispiel der CO₂-Ausstoß der Vereinigten Staaten um 12,6%, in China nahmen die Emissionen um 25,0% und in der Republik Korea sogar um 59,0% zu.

In Deutschland wurde der Einsparungsprozess in der ersten Hälfte der 1990er Jahre durch vereinigungsbedingte Sondereffekte in den neuen Ländern (Beschleunigung des Strukturwandels, Schließung oder Modernisierung weniger energieeffizienter Produktionsstätten) unterstützt. Den vereinigungsbedingten Sonderfaktoren kann nach einer

7) Siehe Fraunhofer Institut und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: "Greenhouse Gas Reductions in Germany and the UK – Coincidence or Policy induced?"; auszugsweise veröffentlicht in: Umwelt 9/2001, S. 596 ff.

Anhangtabelle 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke¹⁾
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1960	1970	1980	1990
Produktionsfaktoren					
Primärenergieverbrauch	Petajoule	6 198	9 870	11 436	11 495
Rohstoffentnahme und Import ²⁾	Mill. t	757	1 079	1 195	1 130
Wasserentnahme aus der Natur ³⁾	Mill. m ³	20 260	.	.	46 440
Treibhausgase ⁴⁾	Mill. t	555	907	950	857
dar.: CO ₂	Mill. t	555	744	792	709
Versauerungsgase ⁵⁾	Mill. t	4	5	5	2
Abfall	Mill. t	218,9	.	.	320,4
Wasserabgabe an die Natur ⁶⁾	Mill. m ³	20 053	.	.	46 207
Siedlungs- und Verkehrsfläche ⁷⁾	km ²	18 780	.	27 310 ⁸⁾	30 452 ⁹⁾
Arbeitsstunden	Mrd. Std.	56	52	47	46
Abschreibungen (Preise von 1991)	Mrd. DM	78	158	242	318
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt unrevidiert in Preisen von 1991	Mrd. DM	1 000	1 543	2 018	2 520
Produktionsfaktoren (1960 = 100)					
Primärenergieverbrauch	–	100	159,2	184,5	185,5
Rohstoffentnahme und Import ²⁾	–	100	142,5	157,8	149,2
Wasserentnahme aus der Natur ³⁾	–	100	.	.	229,2
Treibhausgase ⁴⁾	–	100	163,4	171,1	154,5
dar.: CO ₂	–	100	134,1	142,7	127,7
Versauerungsgase ⁵⁾	–	100	117,2	113,0	51,9
Abfall	–	100	.	.	146,4
Wasserabgabe an die Natur ⁶⁾	–	100	.	.	230,4
Siedlungs- und Verkehrsfläche ⁷⁾	–	100	.	145,4	162,2
Arbeitsstunden	–	100	92,3	84,0	82,4
Abschreibungen (Preise von 1991)	–	100	202,2	309,8	407,3
Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zu Produktionsfaktoren (1960 = 100)					
Primärenergieverbrauch	–	100	96,9	109,4	135,9
Rohstoffentnahme und Import ¹⁾	–	100	108,3	127,9	169,0
Wasserentnahme aus der Natur ²⁾	–	100	.	.	110,0
Treibhausgase ³⁾	–	100	94,4	117,9	163,1
dar.: CO ₂	–	100	115,1	141,4	197,3
Versauerungsgase ⁵⁾	–	100	131,7	178,5	486,0
Wasserabgabe an die Natur ⁶⁾	–	100	.	.	109,4
Siedlungs- und Verkehrsfläche ⁷⁾	–	100	.	138,8	155,4
Arbeitsstunden	–	100	167,1	240,4	306,0
Abschreibungen (Preise von 1995)	–	100	76,3	65,1	61,9

1) Werte zum Teil geschätzt. – 2) Verwertete Entnahme abiotischer Rohstoffe und importierte abiotische Güter. – 3) Einschl. Fremd- und Regenwasser. – 4) Als Treibhausgase sind Kohlendioxid, Distickstoffoxid und Methan einbezogen. Sie sind mit Hilfe von Umrechnungsfaktoren (CO₂-Emission x 1; N₂O-Emission x 310; CH₄-Emission x 21) zu CO₂-Äquivalenten zusammengefasst. – 5) Schwefeldioxid und Stickoxide wurden mittels Umrechnungsfaktoren zu Versauerungsgasen zusammengefasst (SO₂-Emission x 1; NO_x-Emission x 0,7). – 6) Einschl. Fremd- und Regenwasser, Verluste bei der Wasserverteilung und Verdunstung. – 7) Gemäß Flächenerhebung (Stichtag ist der 31. Dezember des Vorjahres). – 8) 1981. – 9) 1989.

Anhangtabelle 2: Entnahme von Wasser aus und Abgabe von Wasser an die Natur 1991
Mill. m³

WZ 93 ¹⁾	Wirtschaftsbereiche	Entnahme von Wasser aus der Natur	Fremdbezug ²⁾	Wassereinsatz	Wasser- ausbau aus	Wasser- einbau in andere	Abgabe von Wasser an die Natur		
					Materialien		zusammen	über die Abwasser- beseitigung	direkt (einschl. Verdunstung und Verlusten)
A – B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 273	163	1 436	0	304	1 132	33	1 099
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	2 417	209	2 626	0	0	2 626	32	2 594
13, 14	Erzbergbau, Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau	609	7	616	0	0	616	4	612
15	Ernährungsgewerbe	442	172	614	0	38	576	233	343
17	Textilgewerbe	238	24	262	0	0	262	84	178
20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	24	9	33	0	0	33	10	23
21	Papiergewerbe	798	27	824	0	0	824	72	753
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	344	34	378	0	0	378	18	360
24	Chemische Industrie	3 992	374	4 366	0	0	4 366	178	4 188
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	106	22	128	0	0	128	28	100
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	192	37	229	0	0	229	30	199
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 284	180	1 464	0	0	1 464	102	1 362
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	120	38	158	0	0	158	39	119
29	Maschinenbau	99	70	168	0	0	168	76	92
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u. Ä.	19	15	34	0	0	34	16	18
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten- technik	61	27	88	0	0	88	15	73
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	148	24	172	0	0	172	34	139
35	Sonstiger Fahrzeugbau	13	12	25	0	0	25	10	14
11 – 12, 16, 18 – 19, 22, 30, 33, 36 – 37	Übrige Wirtschaftszweige des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes	84	47	130	0	0	130	46	84
40	Energieversorgung	28 776	347	29 123	0	0	29 123	76	29 047
41	Wasserversorgung	6 869	– 5 969	901	0	0	901	143	758
90 (Teil)	Abwasserbeseitigung	3 354	0	3 354	0	0	3 354	– 4 983	8 337
F – O	Baugewerbe und Dienstleistungsbereiche ³⁾ .	0	656	656	0	0	656	631	26
A – Q	Alle Wirtschaftsbereiche	51 261	– 3 475	47 786	0	343	47 443	– 3 075	50 518
	Konsum der privaten Haushalte im Inland ...	83	3 467	3 551	154	0	3 704	3 075	630
	Alle Wirtschaftsbereiche und Konsum der privaten Haushalte im Inland	51 344	– 8	51 336	154	343	51 148	0	51 148

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. – 2) Wasser, das von Wasserwerken oder anderen Betrieben abgegeben oder geliefert wird. – 3) Ohne 90 (Teil) Abwasserbeseitigung.

Anhangtabelle 3: Entnahme von Wasser aus und Abgabe von Wasser an die Natur 1995
Mill. m³

WZ 93 ¹⁾	Wirtschaftsbereiche	Entnahme von Wasser aus der Natur	Fremdbezug ²⁾	Wassereinsatz	Wasser- ausbau aus	Wasser- einbau in andere	Abgabe von Wasser an die Natur		
					Materialien		zusammen	über die Abwasser- beseitigung	direkt (einschl. Verdunstung und Verlusten)
A – B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	764	152	917	0	290	627	31	596
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	2 175	114	2 289	0	0	2 289	29	2 260
13, 14	Erzbergbau, Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau	660	4	664	0	0	664	7	657
15	Ernährungsgewerbe	321	217	538	0	39	499	239	259
17	Textilgewerbe	191	19	210	0	0	210	54	156
20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	17	4	21	0	0	21	3	17
21	Papiergewerbe	683	66	749	0	0	749	99	650
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	253	43	296	0	0	296	36	259
24	Chemische Industrie	2 969	435	3 404	0	0	3 404	225	3 179
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	79	21	100	0	0	100	24	77
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	149	53	202	0	0	202	34	168
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	866	125	992	0	0	992	67	925
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	28	24	52	0	0	52	25	27
29	Maschinenbau	37	27	64	0	0	64	30	35
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u. Ä.	15	20	35	0	0	35	20	15
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten- technik	41	12	53	0	0	53	14	39
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	125	25	150	0	0	150	26	124
35	Sonstiger Fahrzeugbau	11	7	18	0	0	18	6	11
11 – 12, 16, 18 – 19, 22, 30, 33, 36 – 37	Übrige Wirtschaftszweige des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes	53	23	76	0	0	76	23	53
40	Energieversorgung	27 702	332	28 034	0	0	28 034	49	27 985
41	Wasserversorgung	6 448	– 5 613	835	0	0	835	124	711
90 (Teil)	Abwasserbeseitigung	5 273	0	5 273	0	0	5 273	– 4 689	9 962
F – O	Baugewerbe und Dienstleistungsbereiche ³⁾ .	0	618	618	0	0	618	594	24
A – Q	Alle Wirtschaftsbereiche	48 862	– 3 274	45 588	0	329	45 259	– 2 930	48 189
	Konsum der privaten Haushalte im Inland ...	47	3 266	3 313	152	0	3 465	2 930	535
	Alle Wirtschaftsbereiche und Konsum der privaten Haushalte im Inland	48 909	– 8	48 901	152	329	48 724	0	48 724

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. – 2) Wasser, das von Wasserwerken oder anderen Betrieben abgegeben oder geliefert wird. – 3) Ohne 90 (Teil) Abwasserbeseitigung.

Anhangtabelle 4: Entnahme von Wasser aus und Abgabe von Wasser an die Natur 1998

Mill. m³

WZ 93 ¹⁾	Wirtschaftsbereiche	Entnahme von Wasser aus der Natur	Fremdbezug ²⁾	Wassereinsatz	Wasser- ausbau aus	Wasser- einbau in andere	Abgabe von Wasser an die Natur		
					Materialien		zusammen	über die Abwasser- beseitigung	direkt (einschl. Verdunstung und Verlusten)
A – B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	309	158	467	0	280	186	30	157
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	2 018	81	2 099	0	0	2 099	16	2 083
13, 14	Erzbergbau, Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau	460	2	463	0	0	463	8	454
15	Ernährungsgewerbe	301	154	455	0	39	415	185	230
17	Textilgewerbe	173	13	185	0	0	185	49	137
20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	16	3	19	0	0	19	7	12
21	Papiergewerbe	575	25	600	0	0	600	56	544
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	213	25	238	0	0	238	11	227
24	Chemische Industrie	2 961	502	3 464	0	0	3 464	307	3 157
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	85	24	109	0	0	109	28	82
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	142	25	167	0	0	167	43	124
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	761	103	864	0	0	864	71	793
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	27	21	48	0	0	48	22	26
29	Maschinenbau	32	15	47	0	0	47	21	26
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u. Ä.	14	16	30	0	0	30	12	19
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten- technik	38	10	48	0	0	48	12	36
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	61	26	87	0	0	87	26	60
35	Sonstiger Fahrzeugbau	7	5	13	0	0	13	6	7
11 – 12, 16, 18 – 19, 22, 30, 33, 36 – 37	Übrige Wirtschaftszweige des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes	21	17	38	0	0	38	20	18
40	Energieversorgung	26 372	359	26 731	0	0	26 731	35	26 696
41	Wasserversorgung	6 135	– 5 403	732	0	0	732	132	600
90 (Teil)	Abwasserbeseitigung	4 734	0	4 734	0	0	4 734	– 4 726	9 460
F – O	Baugewerbe und Dienstleistungsbereiche ³⁾ .	0	606	606	0	0	606	583	24
A – Q	Alle Wirtschaftsbereiche	45 456	– 3 210	42 245	0	320	41 926	– 3 047	44 972
	Konsum der privaten Haushalte im Inland ...	46	3 204	3 250	155	0	3 405	3 047	358
	Alle Wirtschaftsbereiche und Konsum der privaten Haushalte im Inland	45 502	– 7	45 495	155	320	45 331	0	45 331

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. – 2) Wasser, das von Wasserwerken oder anderen Betrieben abgegeben oder geliefert wird. – 3) Ohne 90 (Teil) Abwasserbeseitigung.

Anhangtabelle 5: Direkte spezifische CO₂-Emissionen im Inland
CO₂-Emissionen in kg je 1 000 DM Bruttowertschöpfung (Preise von 1995)

WZ 93 ¹⁾	Wirtschaftsbereiche	1991	1995	1996	1997	1998	1999
A – B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	378	247	223	214	197	203
C – F	Produzierendes Gewerbe insgesamt	581	534	547	521	514	504
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	1 665	2 563	2 552	2 981	2 745	2 666
13, 14	Erzbergbau, sonstiger Bergbau	1 965	1 522	1 524	1 682	1 571	1 700
15	Ernährungsgewerbe	228	210	221	208	219	202
17	Textilgewerbe	130	119	125	109	110	122
20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) ...	162	97	98	86	89	89
21	Papiergewerbe	619	666	576	520	475	391
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	4 428	5 662	6 732	5 020	4 425	9 907
24	Chemische Industrie	612	424	415	403	343	361
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	67	54	56	48	46	46
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 144	1 124	1 163	1 194	1 173	1 157
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	2 090	2 112	2 043	2 098	2 088	1 831
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	79	67	69	63	61	59
29	Maschinenbau	48	41	43	38	35	42
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u. Ä.	51	44	44	38	39	35
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	93	90	96	76	71	57
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	60	66	77	65	60	67
35	Sonstiger Fahrzeugbau	54	90	87	69	65	54
40	Energieversorgung	5 785	4 717	4 447	4 461	4 461	4 386
41	Wasserversorgung	21	28	29	23	24	23
45	Baugewerbe	75	50	52	50	49	50
11 –12, 16, 18 –19, 22, 30, 33, 36 – 37	Übriges Produzierendes Gewerbe	68	66	72	64	65	65
G – Q	Dienstleistungen insgesamt	54	50	52	47	47	45
51 – 52	Handelsvermittlung und Großhandel, Einzelhandel (ohne Kfz); Reparatur von Gebrauchsgütern	78	82	86	81	82	79
60	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen ...	286	356	349	368	384	378
62	Luftfahrt	1 884	1 196	1 091	1 063	1 082	1 187
75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	88	53	55	49	50	45
50, 59, 61, 63 – 67, 70 – 74, 80 – 95	Übrige Dienstleistungen	26	24	26	22	21	19
A – Q	Alle Wirtschaftsbereiche	243	208	208	196	191	183
	nachrichtlich: Konsum der privaten Haushalte im Inland	135	128	136	132	127	117

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993.

Anhangtabelle 6: Kumulierte CO₂-Emissionen im Inland nach den Kategorien der letzten Verwendung nach Gütergruppen

WZ 93 ¹⁾	Gütergruppen	Letzte Verwendung			Darunter						Nachrichtlich: Importe		
		1991	1999	Veränderung	Konsum der privaten Haushalte			Exporte			1991	1999	Veränderung
					1991	1999	Veränderung	1991	1999	Veränderung			
		1 000 Tonnen	%		1 000 Tonnen	%		1 000 Tonnen	%		1 000 Tonnen	%	
A – B	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ...	18 462	9 528	- 48,4	11 111	6 977	- 37,2	5 958	2 175	- 63,5	5 561	3 621	- 34,9
C – F	Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes insgesamt	949 672	892 907	- 6,0	535 095	483 159	- 9,7	251 639	274 359	+ 9,0	211 222	226 745	+ 7,3
10	Kohle, Torf	19 783	7 106	- 64,1	18 795	6 688	- 64,4	550	164	- 70,2	305	293	- 4,0
13, 14	Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	2 450	1 790	- 26,9	146	114	- 21,6	2 466	1 479	- 40,0	233	306	+ 31,3
15	Nahrungs- und Futtermittel, Getränke	60 710	51 848	- 14,6	51 302	40 176	- 21,7	9 314	8 646	- 7,2	20 800	17 222	- 17,2
17	Textilien	12 183	11 558	- 5,1	5 621	4 670	- 16,9	5 987	6 193	+ 3,4	7 695	6 942	- 9,8
20	Holz, Holz- und Flechtwaren (ohne Möbel)	3 020	2 617	- 13,3	564	350	- 38,0	1 050	1 103	+ 5,0	944	795	- 15,8
21	Papier, Pappe und Waren daraus	9 951	11 727	+ 17,8	1 486	1 195	- 19,6	9 045	10 916	+ 20,7	4 175	5 164	+ 23,7
23	Kokerei- und Mineralöl-erzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	196 534	176 187	- 10,4	187 663	170 000	- 9,4	4 939	5 006	+ 1,4	12 655	8 224	- 35,0
24	Chemische Erzeugnisse	57 892	49 382	- 14,7	8 992	7 296	- 18,9	46 381	43 920	- 5,3	15 660	17 834	+ 13,9
25	Gummi- und Kunststoffwaren	9 858	9 789	- 0,7	2 454	1 727	- 29,6	6 727	7 812	+ 16,1	4 012	4 586	+ 14,3
26	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	16 613	15 208	- 8,5	6 531	5 533	- 15,3	9 527	10 302	+ 8,1	2 895	2 936	+ 1,4
27	Metalle und Halbzeug daraus	49 020	57 284	+ 16,9	0	0		45 874	53 223	+ 16,0	12 687	19 751	+ 55,7
28	Metallerzeugnisse	22 673	21 871	- 3,5	2 621	2 110	- 19,5	9 994	9 979	- 0,1	8 171	8 705	+ 6,5
29	Maschinen	60 185	47 387	- 21,3	3 044	2 622	- 13,9	30 760	26 779	- 12,9	22 078	20 575	- 6,8
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	11 521	13 309	+ 15,5	380	356	- 6,3	7 096	8 507	+ 19,9	4 209	6 394	+ 51,9
32	Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte; elektronische Bauelemente	8 621	14 343	+ 66,4	1 652	2 209	+ 33,7	3 500	7 921	+126,3	4 491	9 638	+114,6
34	Kraftwagen und Kraftwagenteile	72 239	72 439	+ 0,3	25 738	20 897	- 18,8	29 607	42 099	+ 42,2	32 562	36 511	+ 12,1
35	Sonstige Fahrzeuge (Wasser-, Schienen-, Luftfahrzeuge u. a.)	12 130	14 939	+ 23,2	1 122	1 039	- 7,4	7 898	10 385	+ 31,5	8 931	10 318	+ 15,5
40	Energie (Strom, Gas) und Dienstleistungen der Energieversorgung	152 321	144 653	- 5,0	145 569	138 915	- 4,6	6 558	4 578	- 30,2	4 602	4 391	- 4,6
41	Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	3 739	2 030	- 45,7	3 716	2 020	- 45,6	20	0	X	187	138	- 26,3
45	Bauarbeiten	78 419	68 127	- 13,1	1 283	1 026	- 20,0	184	38	- 79,3	15 798	14 568	- 7,8
11 – 12, 16, 18 – 19, 22, 30, 33, 36 – 37	Güter des Übrigen Produzierenden Gewerbes	89 810	99 312	+ 10,6	66 414	74 215	+ 11,7	14 163	15 311	+ 8,1	28 133	31 453	+ 11,8
G – Q	Dienstleistungen insgesamt ...	260 524	219 648	- 15,7	138 667	121 027	- 12,7	23 254	26 712	+ 14,9	36 076	33 828	- 6,2
51 – 52	Handelsvermittlungs- und Großhandelsleistungen, Einzelhandelsleistungen; Reparatur von Gebrauchsgütern	54 358	43 285	- 20,4	41 544	32 149	- 22,6	6 514	6 395	- 1,8	5 572	4 769	- 14,4
60	Landverkehrs- und Transportleistungen in Rohrfernleitungen	20 531	26 572	+ 29,4	15 248	16 987	+ 11,4	3 622	7 068	+ 95,1	2 092	3 013	+ 44,0
62	Luftfahrtleistungen	15 526	15 733	+ 1,3	8 758	10 645	+ 21,5	6 764	5 061	- 25,2	4 072	3 484	- 14,4
75	Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	40 113	24 878	- 38,0	1 029	663	- 35,6	168	66	- 60,8	4 221	3 147	- 25,4
59, 61, 63, 64 – 74, 80 – 95	Übrige Dienstleistungen	129 996	109 180	- 16,0	72 088	60 583	- 16,0	6 186	8 122	+ 31,3	20 118	19 415	- 3,5
A – Q	Alle Gütergruppen	1 228 658	1 122 084	- 8,7	684 873	611 164	- 10,8	280 851	303 246	+ 8,0	252 859	264 193	+ 4,5

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993.

Anhangtabelle 7: Energiebedingte CO₂-Emissionen im internationalen Vergleich

Land	1990	1998	Veränderung 1998 gegenüber 1990	Anteil an den weltweiten CO ₂ -Emissionen	Emissionen 1998
	Mill. t		%		t je Einwohner
OECD	10 955,7	11 992,6	+ 9,5	55,4	10,9
Kanada	430,2	499,6	+ 16,1	2,3	15,8
Mexiko	292,0	351,6	+ 20,4	1,6	3,7
Vereinigte Staaten	4 827,4	5 433,3	+ 12,6	25,1	20,1
Japan	1 018,7	1 099,3	+ 7,9	5,1	8,9
Republik Korea	229,9	365,5	+ 59,0	1,7	8,0
Australien	258,9	317,2	+ 22,5	1,5	16,6
Neuseeland	21,9	27,8	+ 26,9	0,1	8,0
Österreich	57,4	61,2	+ 6,6	0,3	7,6
Belgien	106,5	119,3	+ 12,0	0,6	12,0
Tschechische Republik	154,1	113,6	- 26,3	0,5	11,7
Dänemark	50,9	56,7	+ 11,4	0,3	10,8
Finnland	55,0	56,6	+ 2,9	0,3	11,6
Frankreich	352,7	382,2	+ 8,4	1,8	6,4
Deutschland ¹⁾	961,9	863,9	- 10,2	4,0	10,5
Griechenland	70,6	83,6	+ 18,4	0,4	7,9
Ungarn	70,5	57,5	- 18,4	0,3	5,7
Island	1,9	2,1	+ 10,5	0,0	7,7
Irland	30,3	37,9	+ 25,1	0,2	10,4
Italien	399,4	423,8	+ 6,1	2,0	7,5
Luxemburg	10,5	7,2	- 31,4	0,0	16,9
Niederlande	159,8	175,9	+ 10,1	0,8	10,9
Norwegen	28,5	36,9	+ 29,5	0,2	7,8
Polen	340,7	313,7	- 7,9	1,4	8,3
Portugal	39,6	53,5	+ 35,1	0,2	5,5
Spanien	206,4	248,6	+ 20,4	1,1	6,5
Schweden	51,2	53,2	+ 3,9	0,2	6,1
Schweiz	39,9	41,0	+ 2,8	0,2	5,7
Türkei	128,8	182,1	+ 41,4	0,8	2,9
Vereinigtes Königreich	560,3	527,7	- 5,8	2,4	9,3
Europa (Nicht-OECD)	427,7	288,6	- 32,5	1,3	4,6
Afrika	540,5	693,1	+ 28,2	3,2	1,0
Asien	1 332,4	1 999,6	+ 50,1	9,2	1,1
VR China ²⁾	2 276,5	2 846,2	+ 25,0	13,1	2,3
Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion	3 344,8	2 070,9	- 38,1	9,6	7,6
Lateinamerika	601,9	833,6	+ 38,5	3,9	2,2
Mittlerer Osten	596,0	924,2	+ 55,1	4,3	5,8
Welt ³⁾	20 075,5	21 648,9	+ 7,8	100	3,9

Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

1) Abweichungen von Angaben der Bundesregierung auf Grund des OECD-eigenen Berechnungsverfahrens. – 2) Einschl. Hongkong. – 3) Ohne internationalen Verkehr (1990: 637,7 Mill. t; 1998: 720,3 Mill. t).

Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen

Das Statistische Bundesamt führt seit einem halben Jahrhundert Bevölkerungsvorausberechnungen durch und verfügt somit auf diesem Gebiet über eine reichhaltige Praxis. Es erscheint daher angebracht, einmal eine Bilanz über die bisherigen Ergebnisse und ihre Nähe zur realen Entwicklung aufzustellen. Zu diesem Zweck wurden aus einer langen Reihe von Vorausberechnungen sechs Rechnungen ausgewählt und einer Abweichungsanalyse unterzogen. Ein wichtiges Kriterium für die Auswahl war das Anliegen, Mindestintervalle von etwa 10 Jahren zu erreichen. Die Analyse zeigt, dass insbesondere Trendwenden, wie zum Beispiel der drastische Geburtenrückgang seit Mitte der 1960er Jahre, und die aus verschiedenen Anlässen erfolgten Zuwanderungsschübe nicht bzw. nicht in vollem Ausmaß vorhersehbar waren und es daher zu entsprechenden Fehleinschätzungen kam. Auch der stetige Anstieg der Lebenserwartung wurde häufig nicht in seinem tatsächlichen Ausmaß in den Annahmen berücksichtigt. Positiv hat sich in diesem Zusammenhang ausgewirkt, dass sich die Fehleinschätzungen einzelner Komponenten zum Teil kompensiert haben. Hervorzuheben ist ferner, dass die Vorausberechnungen die Veränderung der Bevölkerungsstruktur, insbesondere den Alterungsprozess, relativ gut abgebildet haben. Die Ergebnisse jüngerer Berechnungen lassen erwarten, dass die Entwicklung insgesamt realistischer eingeschätzt wurde als in früheren Jahren und somit die Chancen für eine langfristig höhere Treffsicherheit deutlich gestiegen sind.

Dipl.-Kaufmann Manfred Bretz

Vorbemerkung

Die Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen soll an Beispielen aus dem Statistischen Bundesamt untersucht werden. Das Statistische Bundesamt ist auf dem Gebiet der Bevölkerungsvorausberechnungen seit etwa einem halben Jahrhundert tätig. Die erste Rechnung ging vom Basisjahr 1951 aus. Die letzte stützte sich auf das Basisjahr 1997.

Die ersten Rechnungen wurden ausschließlich in eigener Regie vorgenommen. Hieran schlossen sich Modelle an, die mit den statistischen Landesämtern koordiniert wurden. Die erste koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung hatte das Basisjahr 1965, die letzte schloss sich an das Jahr 1997 an.

Seit dem Basisjahr 1978 wurden parallel oder zeitlich versetzt so genannte Auftragsrechnungen für die interministerielle Arbeitsgruppe „Bevölkerungsfragen“ beim Bundesministerium des Innern durchgeführt.

Koordinierte Rechnungen und Auftragsrechnungen unterscheiden sich im Wesentlichen durch ihre Differenzierung. Während die koordinierten Rechnungen entsprechend ihrer Anlage Länderergebnisse erbringen, waren die Auftragsrechnungen nur auf das frühere Bundesgebiet insgesamt bzw. nach der deutschen Vereinigung auf das frühere Bundesgebiet und auf das Gebiet der neuen Länder und Berlin-Ost bezogen. Dafür wurde bei den Auftragsrechnungen – anders als bei den koordinierten Rechnungen – generell nach Deutschen und Ausländern unterschieden.

Für die Untersuchung zur Treffsicherheit wurden aus der langen Reihe der genannten Rechnungen folgende ausgewählt:

1. in eigener Regie durchgeführte Rechnung mit Basisjahr 1951,

2. in eigener Regie durchgeführte Rechnung mit Basisjahr 1962,

3. dritte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 1969,

4. Auftragsrechnung für das Bundesministerium des Innern mit Basisjahr 1978 (Deutsche) bzw. 1979 (Ausländer),

5. Auftragsrechnung für das Bundesministerium des Innern mit Basisjahr 1984,

6. achte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 1992.

Die gesamte Palette der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Bevölkerungsvorausberechnungen ist in der Anhangübersicht auf S. 917 ff. dargestellt.

Ein wichtiges Kriterium für die Auswahl war das Anliegen, Mindestintervalle von etwa 10 Jahren zu erreichen. Die kürzere Periodizität am Ende der Reihe erklärt sich u. a. aus dem mit der deutschen Vereinigung verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Umbruch in den neuen Bundesländern, dessen Verlauf in Bevölkerungsvorausberechnungen schwer kalkulierbar ist.

Die Untersuchung vergleicht prognostizierte Verläufe mit der tatsächlichen Entwicklung und bezieht dabei den *Bevölkerungsstand* und die Komponenten seiner Veränderung ein (*Lebendgeborene*, *Gestorbene*, *Wanderungssaldo*). Schließlich wird am Beispiel des Altersquotienten geprüft, welche Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Vorausberechnungen und der tatsächlichen Altersstruktur bestehen.

Da zwischen den Bewegungsdaten mehr oder weniger starke Abhängigkeiten bestehen, zum Beispiel ein Einfluss des Wanderungssaldos auf Geborene und Gestorbene, wird beim Vergleich von Vorausberechnung und tatsächlicher Entwicklung – soweit dies die Datenlage erlaubt – auch auf Maßzahlen eingegangen, die solche Einflüsse weitgehend eliminieren [Zusammengefasste Geburtenziffer (ZGZ) bzw. Nettoreproduktionsziffer (NRZ) und die Mittlere Lebenserwartung].

Ein besonderes Problem stellte der wechselnde Gebietsstand dar. Die ersten Rechnungen beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet ohne das Saarland und Berlin-West. Es folgen Rechnungen für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West (aber einschl. dem Saarland). Schließlich beziehen sich die Angaben auf das frühere Bundesgebiet. Dem letzten Beispiel liegt als Gebietsstand Deutschland zugrunde. Um hieraus resultierende Fehlinterpretationen auszuschließen, wurde – soweit das die Datenlage erlaubte – versucht, den jeweiligen Rechnungen tatsächliche Verläufe mit gleichem Gebietsstand gegenüberzustellen.

1 Vergleich der prognostizierten Verläufe mit den tatsächlichen Verläufen

1.1 In eigener Regie durchgeführte Rechnung mit Basisjahr 1951

Die Rechnung zu Beginn der 1950er Jahre hatte einen Prognosehorizont von 30 Jahren. Sie fiel mit ihrem Start in eine Zeit hoher (aber immer noch wachsender) Geburtenraten und auch relativ hoher Sterblichkeit (insbesondere einer hohen Säuglingssterblichkeit) sowie niedriger Zuwanderungssalden. Diese Ausgangssituation floss in die Annahmen der Vorausberechnung ein, setzte sich aber in der tatsächlichen Entwicklung nicht fort. Demzufolge entfernte sich der vorausgeschätzte Bevölkerungs-

stand Jahr für Jahr mehr von der Realität. Nach 30 Jahren lag der geschätzte Bestand von knapp 50 Mill. Menschen um 9 Mill. (16%) unter der tatsächlichen Bevölkerungszahl (siehe Schaubild 1). Worin lagen die Ursachen?

Zum einen kam der Mitte der 1950er Jahre einsetzende Geburtenanstieg (von 762 000 im Ausgangsjahr auf ein Maximum von über 1 Mill. gegen Mitte der 1960er Jahre) unerwartet. In der Rechnung lag selbst die optimistische Variante mit einer Zunahme der ehelichen Fruchtbarkeitsziffer um 10% weit unter dieser Entwicklung. Bei dem als wahrscheinlich angenommenen Verlauf entfernte sich die angenommene Geburtenzahl zunächst immer mehr von der tatsächlichen und lag im Jahr 1964 um 30% unter dem effektiven Wert (siehe Schaubild 2 auf S. 908).

Die zusammengefasste Geburtenziffer stieg im Prognosezeitraum von 2,07 auf 2,53 im Jahr 1966 an. Danach fiel sie stark ab und sank bis zum Ende des Zeithorizontes unter das Ausgangsniveau (auf 1,44). Damit entsprach die vorausgeschätzte Zahl der Geburten wieder zunehmend dem tatsächlichen Verlauf und übertraf diesen in den 1970er Jahren sogar.

Neben dem Anstieg der Geburtenzahl wurde auch der Rückgang der Sterblichkeit bzw. die Erhöhung der Lebenserwartung deutlich unterschätzt. Die tatsächliche Zahl der Sterbefälle entfernte sich Jahr für Jahr zunehmend von der angenommenen Entwicklung. Am Ende des Prognosezeitraumes (1981) lag die geschätzte Zahl der Sterbefälle gemäß „wahrscheinlicher Entwicklung“ mit 748 000 um 73 000 (11%, siehe Schaubild 3) über

Schaubild 1

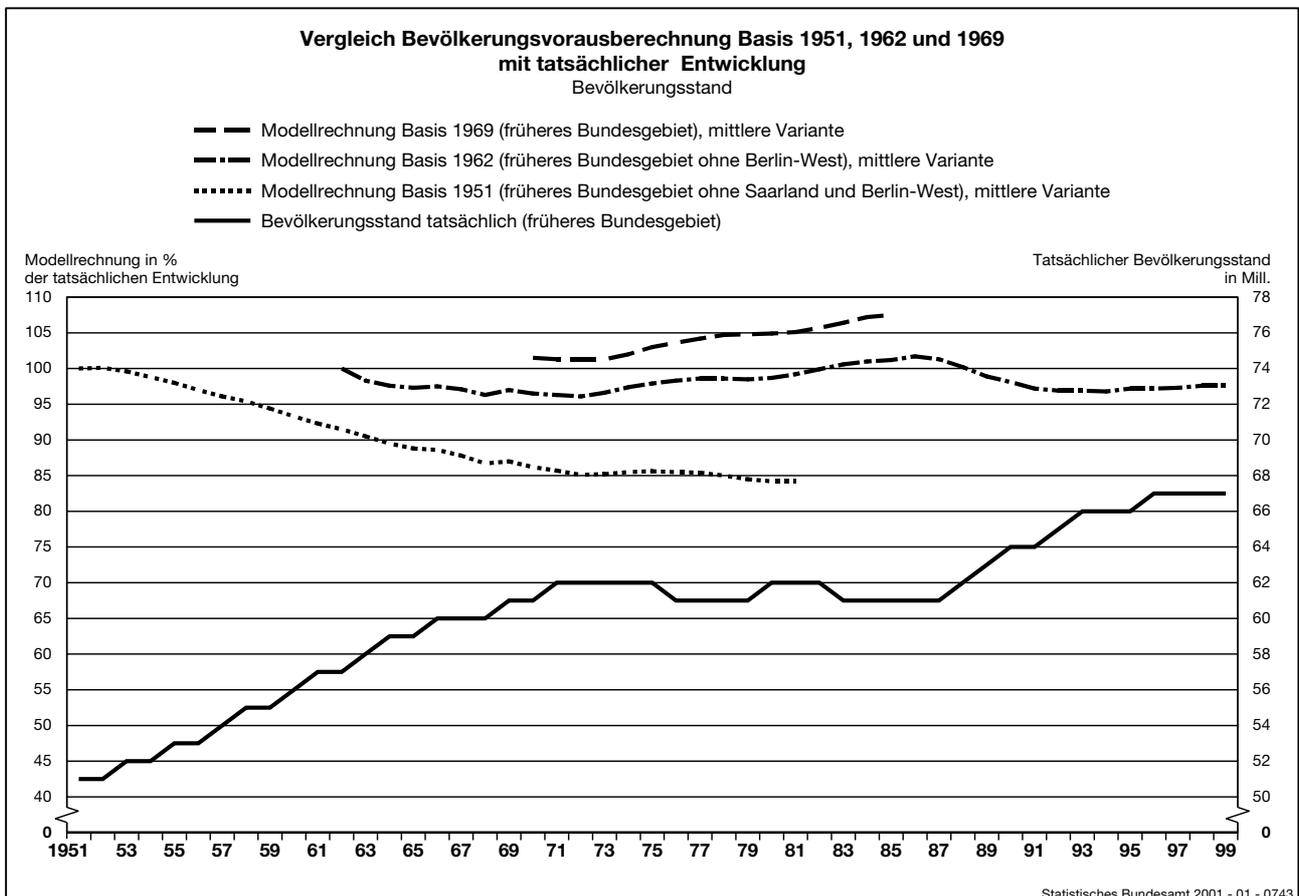


Schaubild 2

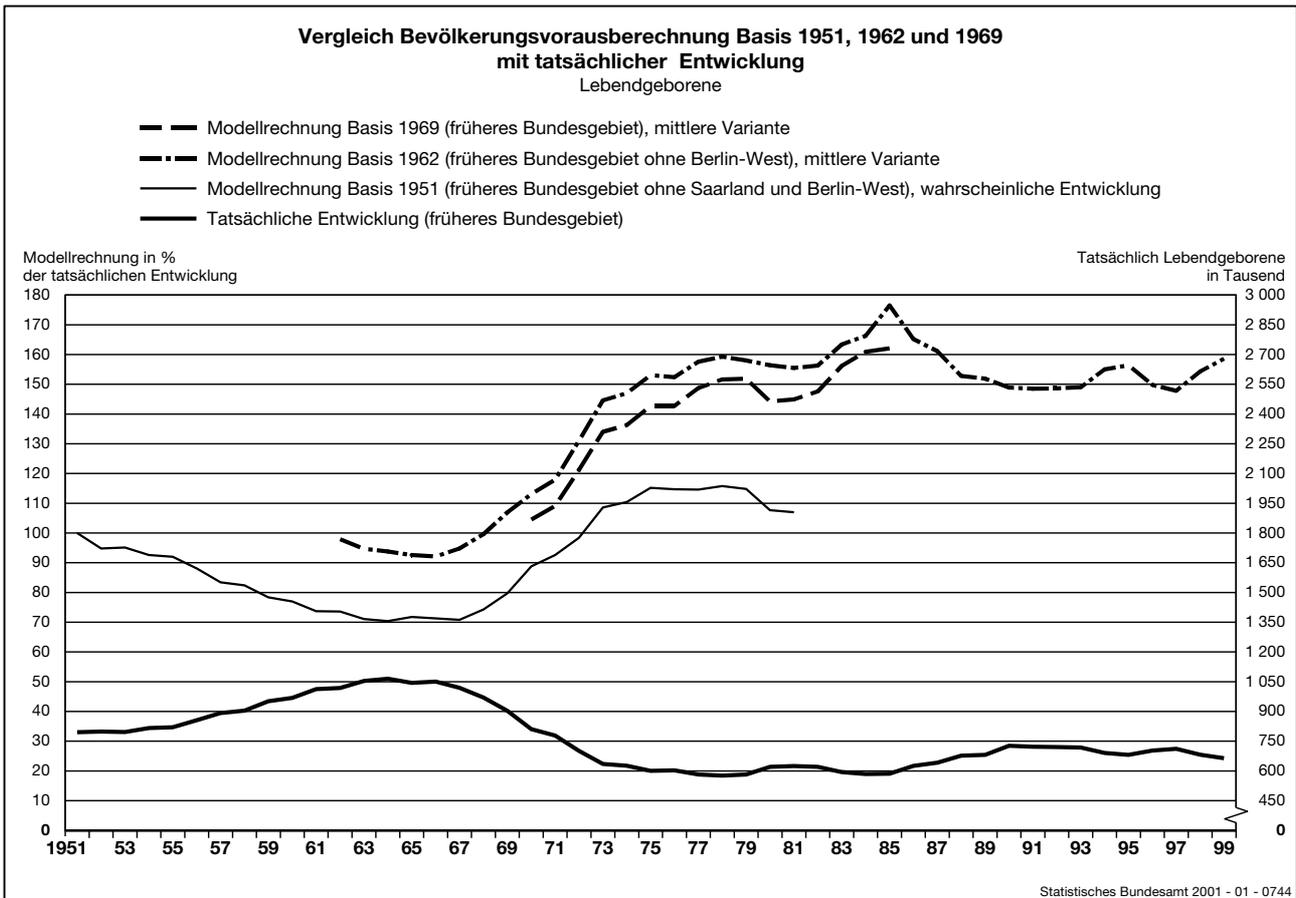
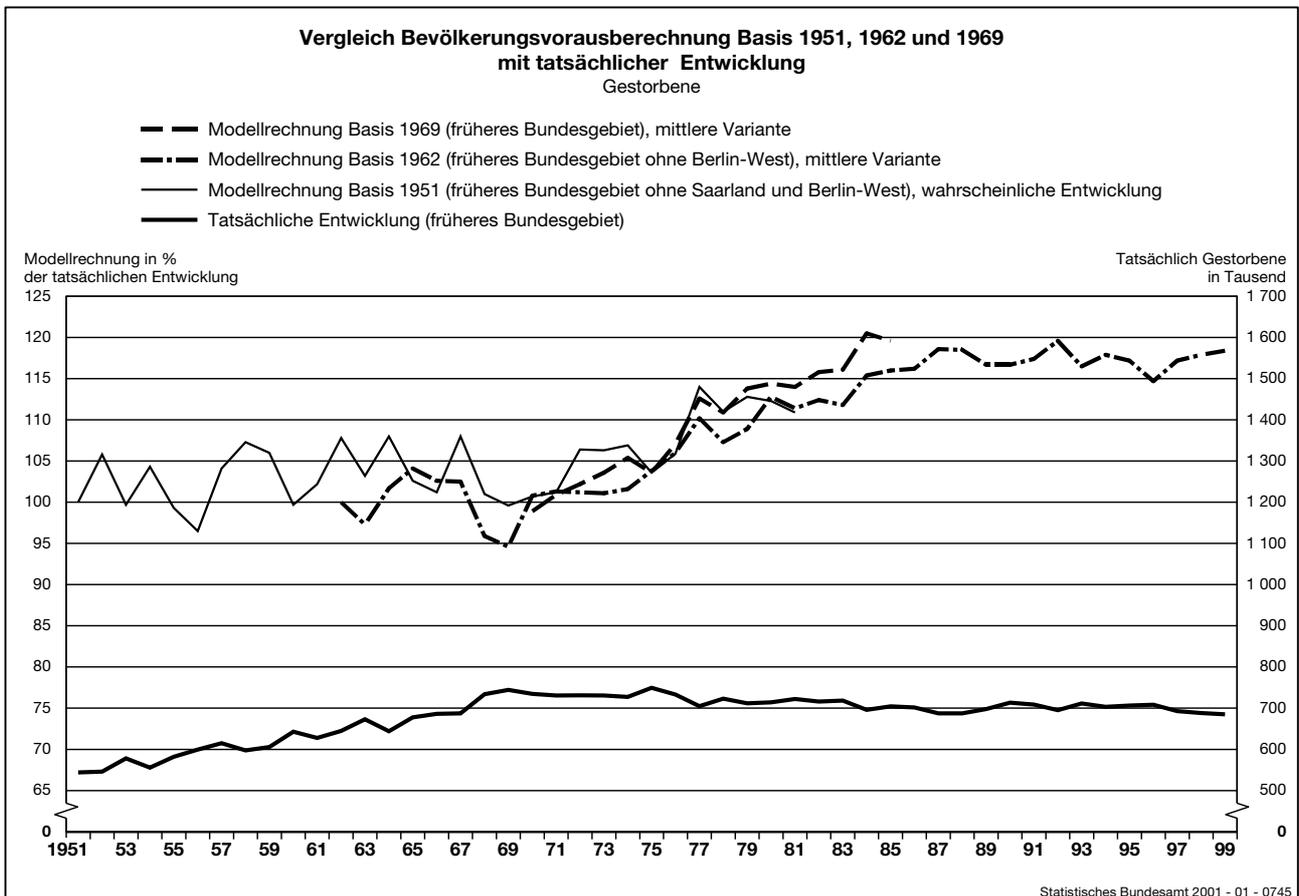


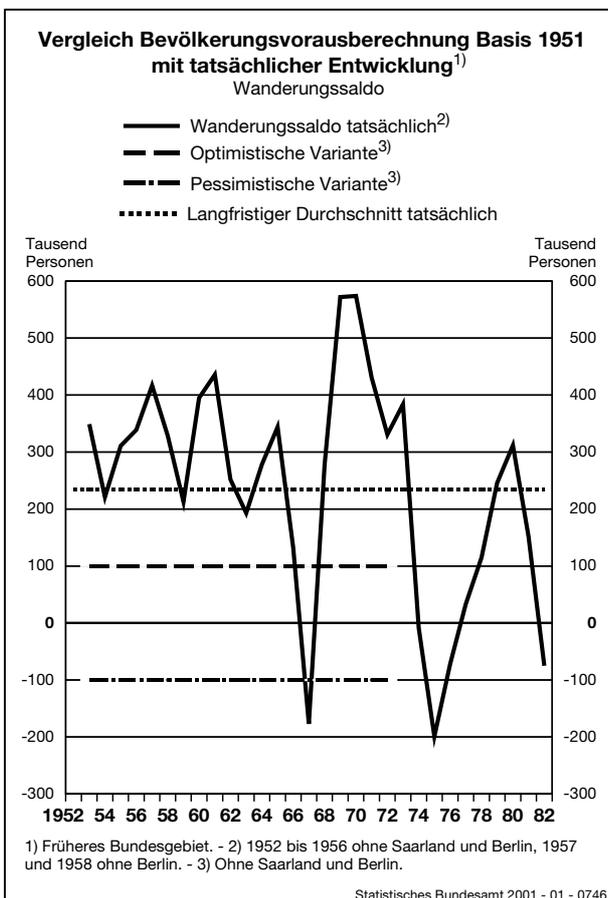
Schaubild 3



der Realität (675 000 Sterbefälle). Die Mittlere Lebenserwartung war um mehr als zwei Lebensjahre pro Jahrzehnt gestiegen (insgesamt also in 30 Kalenderjahren um knapp sechs Jahre bei der männlichen und sogar gut acht Jahre bei der weiblichen Bevölkerung), während sich aus den Annahmen der Prognose selbst bei der optimistischen Variante „nur“ ein Anstieg von insgesamt 2,4 bzw. 2,5 Jahren errechnete.

Die größten Abweichungen resultierten aus der ebenfalls nicht vorhersehbaren Zuwanderung, ausgelöst durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte von Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre, die erst durch den Anwerbestopp im Jahr 1973 gebremst wurde. Während im langfristigen Durchschnitt jährlich über 200 000 Personen per saldo ins Land kamen, ging die „wahrscheinliche Entwicklung“ von einem ausgeglichenen Saldo aus. (Die optimistische Variante sah einen jährlichen Zuwanderungssaldo von 100 000 Personen bis zum Jahr 1972 voraus, die pessimistische Variante ging von einem Abwanderungssaldo in gleicher Höhe aus, siehe Schaubild 4.)

Schaubild 4



1.2 In eigener Regie durchgeführte Rechnung mit Basisjahr 1962

Die Rechnung mit Basisjahr 1962 reichte bis Ende des zweiten Jahrtausends, erstreckte sich also auf 37 Jahre. Sie wurde in einer Zeit extrem hoher Geburtenraten und einer weiter rückläufigen Sterblichkeit durchgeführt. Zudem hatte man schon Erfahrungen mit den Auswirkungen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und der

darauf folgenden Zuwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung gesammelt. Wiederum färbte die Ausgangssituation stark auf die Annahmen für die Bevölkerungsvorausberechnung ab, was den Verlauf der Geburtenrate und der Sterblichkeit betraf. Der Mitte der 1960er Jahre einsetzende drastische Geburtenrückgang mit seinem Tief Ende der 1970er Jahre kam unerwartet. Das hatte zur Folge, dass die Geburtenzahl für den Zeitraum ab Mitte der 1970er Jahre um etwa 50% zu hoch eingeschätzt worden war. Des Weiteren fiel der Rückgang der Sterblichkeit und damit die Zunahme der Lebenserwartung deutlich stärker aus als angenommen (siehe Schaubild 3). Die erwartete Zahl der Sterbefälle übertraf ab Mitte der 1980er Jahre um etwa 15 bis 20% den tatsächlichen Verlauf. Dem 1962 schon relativ hohen Zuwanderungssaldo wurde keine lange Dauer beigemessen: Selbst bei optimistischer Sicht wurde davon ausgegangen, dass der Zuwanderungssaldo von 252 000 Personen im Jahr 1962 bis zum Jahr 1965 auf 100 000 Personen fällt und bis zum Jahr 1970 auf Null sinkt. Tatsächlich bewegte sich der stark schwankende Zuwanderungssaldo im gesamten Prognosezeitraum in einer Größenordnung von durchschnittlich 270 000 Fällen (siehe Schaubild 5 auf S. 910).

Im Ergebnis, das heißt unter Berücksichtigung aller genannten Komponenten, wich der vorausgeschätzte Bevölkerungsstand jedoch nicht so dramatisch von der Realität ab: Er lag bei der mittleren Variante am Ende des Prognosezeitraumes mit 63 Mill. nur relativ knapp (2,4%) unter dem tatsächlichen Stand (65 Mill., siehe Schaubild 1). Die optimistische Variante (einschl. Zuwanderungen) übertraf mit 66 Mill. sogar leicht den tatsächlichen Bevölkerungsstand, da die Unterschätzung der Wanderungen und der zunehmenden Lebenserwartung von der Unterschätzung des Geburtenrückgangs kompensiert wurde.

1.3 Dritte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 1969

Die zu Beginn der 1970er Jahre durchgeführte dritte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung mit einem Prognosezeitraum von 16 Jahren lag hinsichtlich des Bevölkerungsstandes schon nach kurzer Zeit ganz erheblich über der realen Entwicklung. Am Ende des Zeithorizontes (1985) lag sie mit 66 Mill. um mehr als 4 Mill. Personen (7,5%) über dem tatsächlichen Bevölkerungsstand (siehe Schaubild 1). Ausschlaggebend hierfür war die wiederum zu hoch angesetzte Geburtenrate, die in ihrer Auswirkung die ebenfalls zu hoch angenommene Sterblichkeit übertraf. Während die zusammengefasste Geburtenziffer steil nach unten fiel (von 2,21 im Jahr 1969 auf 1,29 im Jahr 1984), war man in der Vorausberechnung davon ausgegangen, dass sich die seit 1964 fallende Ziffer wieder „erholen“ würde. Stattdessen setzte sich der dramatische Abstieg fort und führte zu drastischen Unterschieden zwischen vorausgeschätzter und tatsächlicher Geburtenzahl. Im Jahr 1985 lag die erwartete Geburtenzahl um etwa 60% über dem geschätzten Wert (siehe Schaubild 2). Ähnlich gravierend waren die Unterschiede zwischen geschätzter und tatsächlicher Sterblichkeit. Während die Vorausschätzung ausschließlich von einem Rückgang der Säuglingssterblichkeit ausging und im Übrigen keine Veränderungen der Sterblichkeit annahm,

Schaubild 5

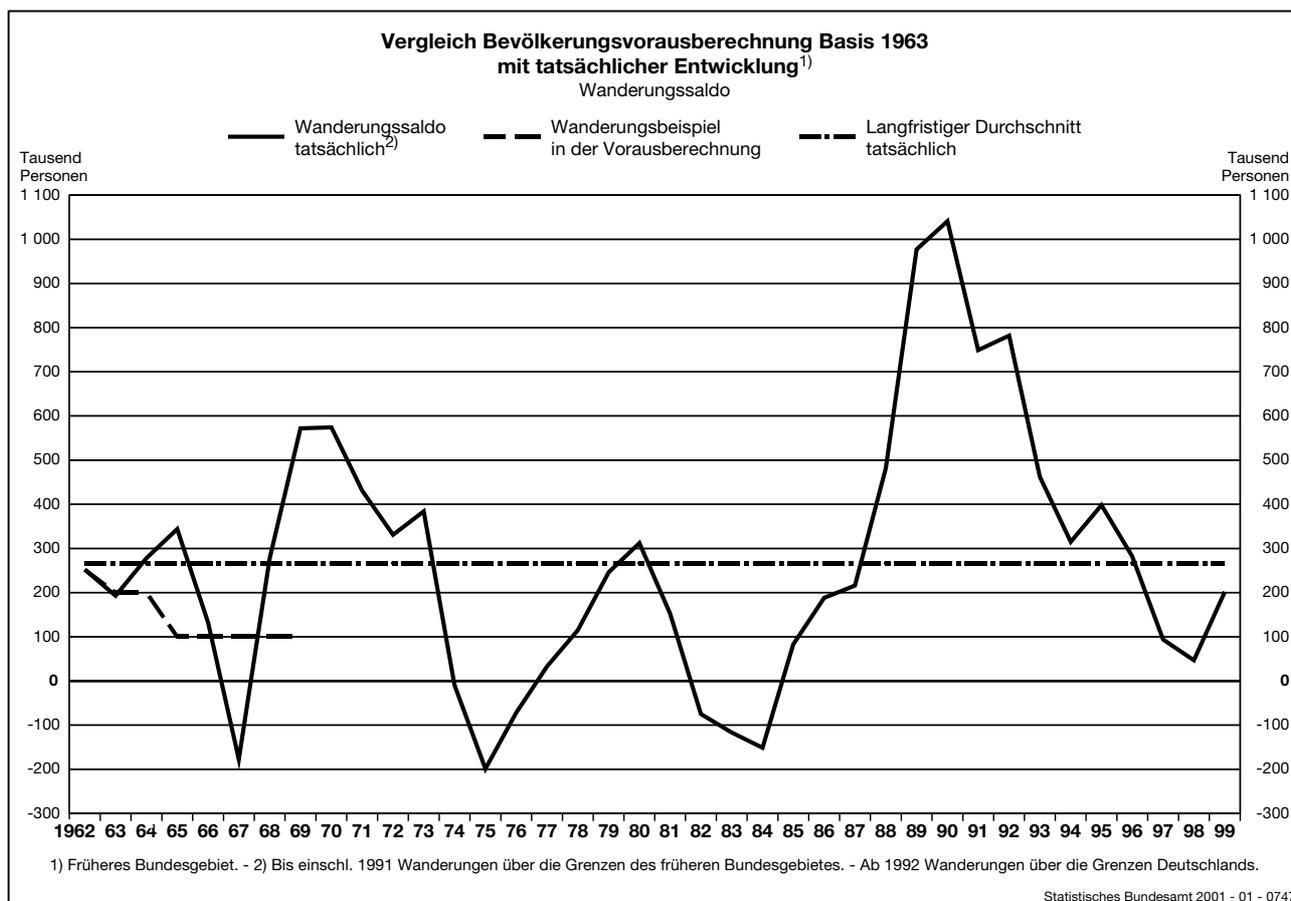
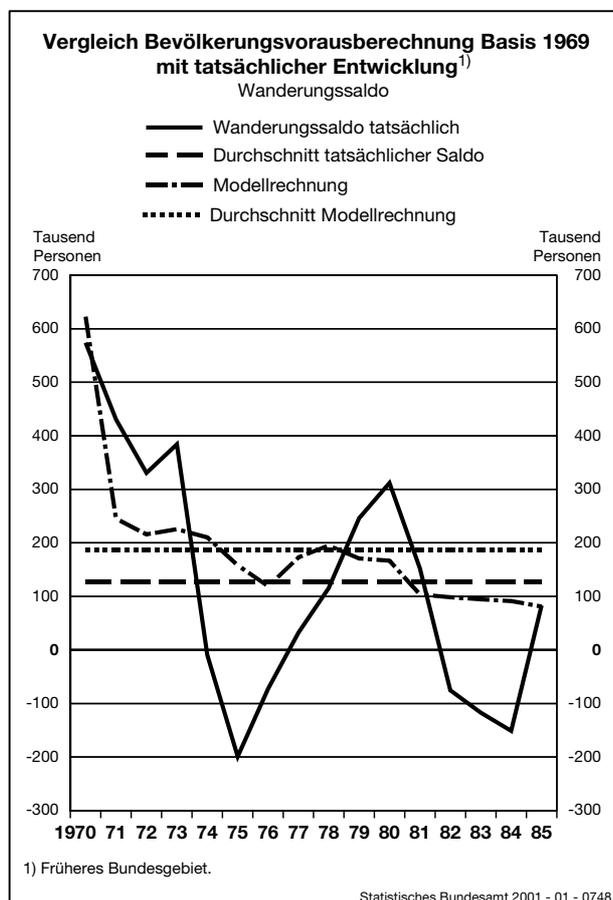


Schaubild 6

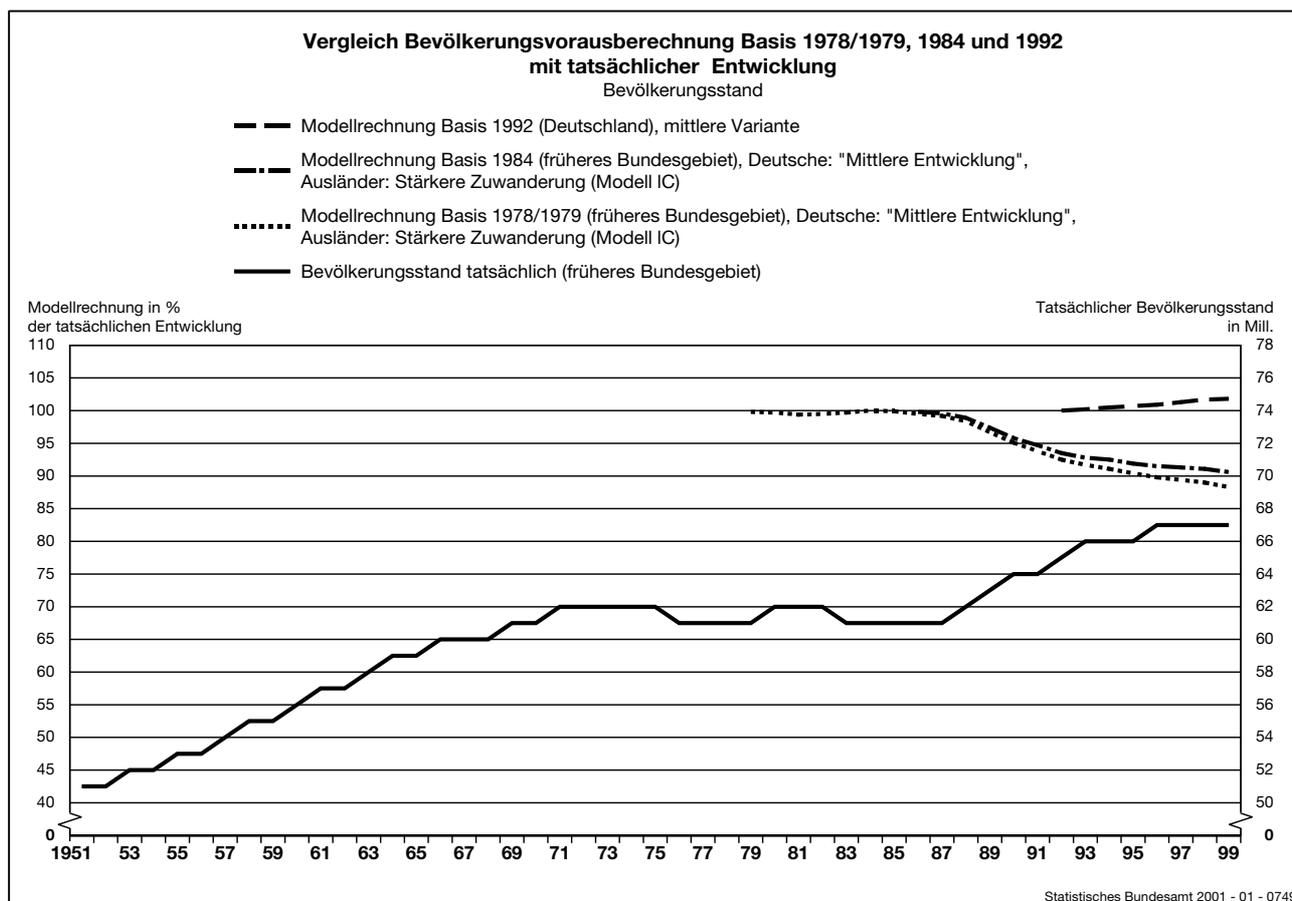


stieg die Lebenserwartung im Prognosezeitraum deutlich an (um gut vier Jahre für beide Geschlechter). Entsprechend hoch fielen die Unterschiede zwischen geschätzter und tatsächlicher Zahl der Sterbefälle aus. Die geschätzte Zahl an Gestorbenen lag in den Jahren 1984 und 1985 um etwa 20% über den tatsächlichen Gegebenheiten (siehe Schaubild 3). Das Wanderungsverhalten wurde demgegenüber relativ zutreffend eingeschätzt (siehe Schaubild 6).

1.4 Auftragsrechnung für das Bundesministerium des Innern mit Basisjahr 1978 (Deutsche) bzw. 1979 (Ausländer)

Die Auftragsrechnung mit Basisjahr 1978 bzw. 1979 fiel in eine Zeit einer auf sehr niedrigem Niveau stagnierenden Geburtenhäufigkeit, jedoch weiter abnehmender Sterblichkeit bzw. zunehmender Lebenserwartung. Die Zuwanderung hielt sich nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973 in Grenzen und war im Wesentlichen durch den Familiennachzug von Ausländern geprägt. Zuzüge Deutscher bewegten sich in einer relativ niedrigen Größenordnung. Angesichts dieser Lage wurde in der „mittleren“ Variante der Bevölkerungsvorausberechnung von konstanter Geburtenhäufigkeit (Modell I) ausgegangen. Hinsichtlich der Sterblichkeit wurde angenommen, dass sich der bisherige Rückgang nicht weiter fortsetzt. Bei den Wanderungen wurde selbst im Rahmen eines hohen Zuwanderungssaldos (Modell C) nur von einem jährlichen Zuwanderungsüberschuss von 55 000 Personen

Schaubild 7



ausgegangen. Der in der Vorausberechnung (Modell IC) geschätzte Bevölkerungsstand deckte sich bis zur deutschen Vereinigung auch weitgehend mit der tatsächlichen Bevölkerungszahl. 1987 zum Beispiel betragen die beiden Werte – gerundet – 61 Mill. und waren nahezu deckungsgleich (siehe Schaubild 7). Mit dem Fall der Mauer änderte sich dies schlagartig: Der tatsächliche Bevölkerungsstand des früheren Bundesgebietes entfernte sich zunehmend von der geschätzten Entwicklung und übertraf Ende 1999 mit 67 Mill. den erwarteten Stand um 8 Mill. Personen (12%).

Betrachtet man die Ursachen für diesen Verlauf, so zeigt sich folgendes Bild: Die geschätzte Geburtenzahl lag im ersten Jahrzehnt der Vorausberechnung meist über der tatsächlichen Entwicklung (1985 waren es 10%). Anschließend fiel sie zunehmend unter das tatsächliche Niveau und bewegte sich 1999 um gut 20% unter diesem, da die tatsächliche Geburtenzahl unerwartet stark anstieg (siehe Schaubild 8 auf S. 912). Diese Entwicklung war jedoch nicht auf eine wieder zunehmende Geburtenhäufigkeit, sondern vielmehr auf Zuwanderungseffekte (u. a. Zuzüge vieler junger Ehepaare aus dem Beitrittsgebiet) zurückzuführen. Die zusammengefasste Geburtenziffer betrug 1978 1,381 und lag 1998 mit 1,412 nur unwesentlich höher.

Die Zahl der Sterbefälle wurde dagegen in der Vorausberechnung deutlich und in zunehmendem Maße überschätzt. Bereits 1999 waren mit 820 000 Sterbefällen 135 000 mehr (20%) geschätzt worden, als tatsächlich registriert wurden (siehe Schaubild 9). Dieser Unterschied

dürfte primär auf den weiteren Rückgang der Sterblichkeit zurückzuführen sein. Die Lebenserwartung ist im früheren Bundesgebiet von 1978 bis 1997 (wie auch schon zuvor) um durchschnittlich zwei Lebensjahre pro Jahrzehnt gestiegen, insgesamt um 4,5 Jahre für die männliche und 3,9 Jahre für die weibliche Bevölkerung.

Das Wanderungsgeschehen bewegte sich in den ersten Prognosejahren sogar unter den Erwartungen. Während von einer langfristigen durchschnittlichen Zuwanderung von 55 000 Personen ausgegangen worden war, gab es drei Jahre lang (1982 bis 1984) sogar negative Außenwanderungssalden (siehe Schaubild 10 auf S. 913). Schließlich führten mehrere Umstände zu einem unerwarteten Zustrom in das frühere Bundesgebiet. Die plötzlich anschwellenden Zuzüge von Bewohnern der ehemaligen DDR sowie der stark anwachsende Zustrom von Aussiedlern und letztlich von Asylbewerbern hatten eine einmalige Einwanderungswelle zur Folge: Der gesamte jährliche Wanderungssaldo lag für das frühere Bundesgebiet zwei Jahre lang (1989 und 1990) bei 1 Mill. Personen.

1.5 Auftragsrechnung für das Bundesministerium des Innern mit Basisjahr 1984

Die mit Basisjahr 1984 durchgeführte Auftragsrechnung wurde unter ähnlichen Voraussetzungen erstellt wie die vorangegangene und unterschied sich in ihren Annahmen im Wesentlichen nur hinsichtlich der Sterblichkeit.

Schaubild 8

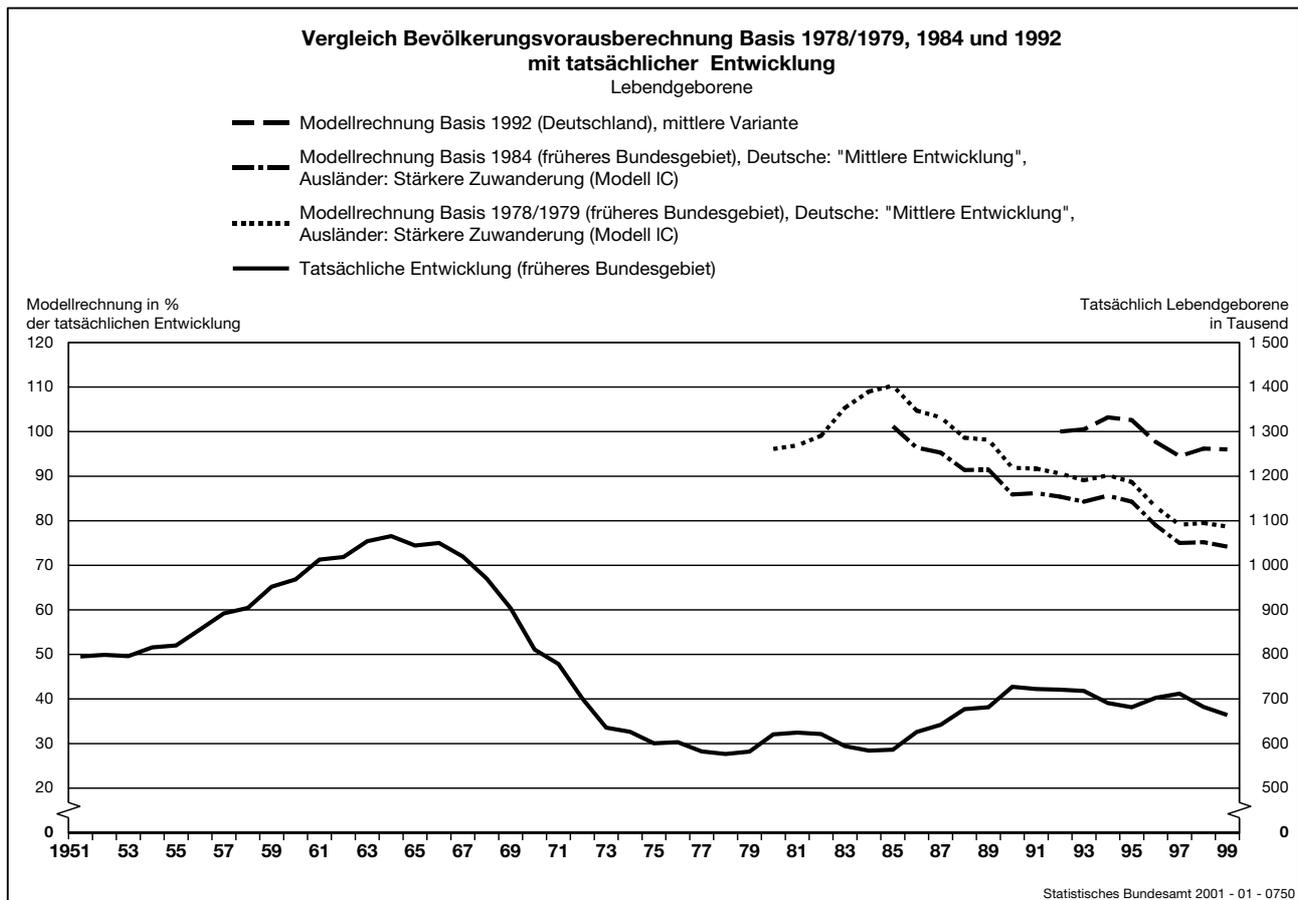


Schaubild 9

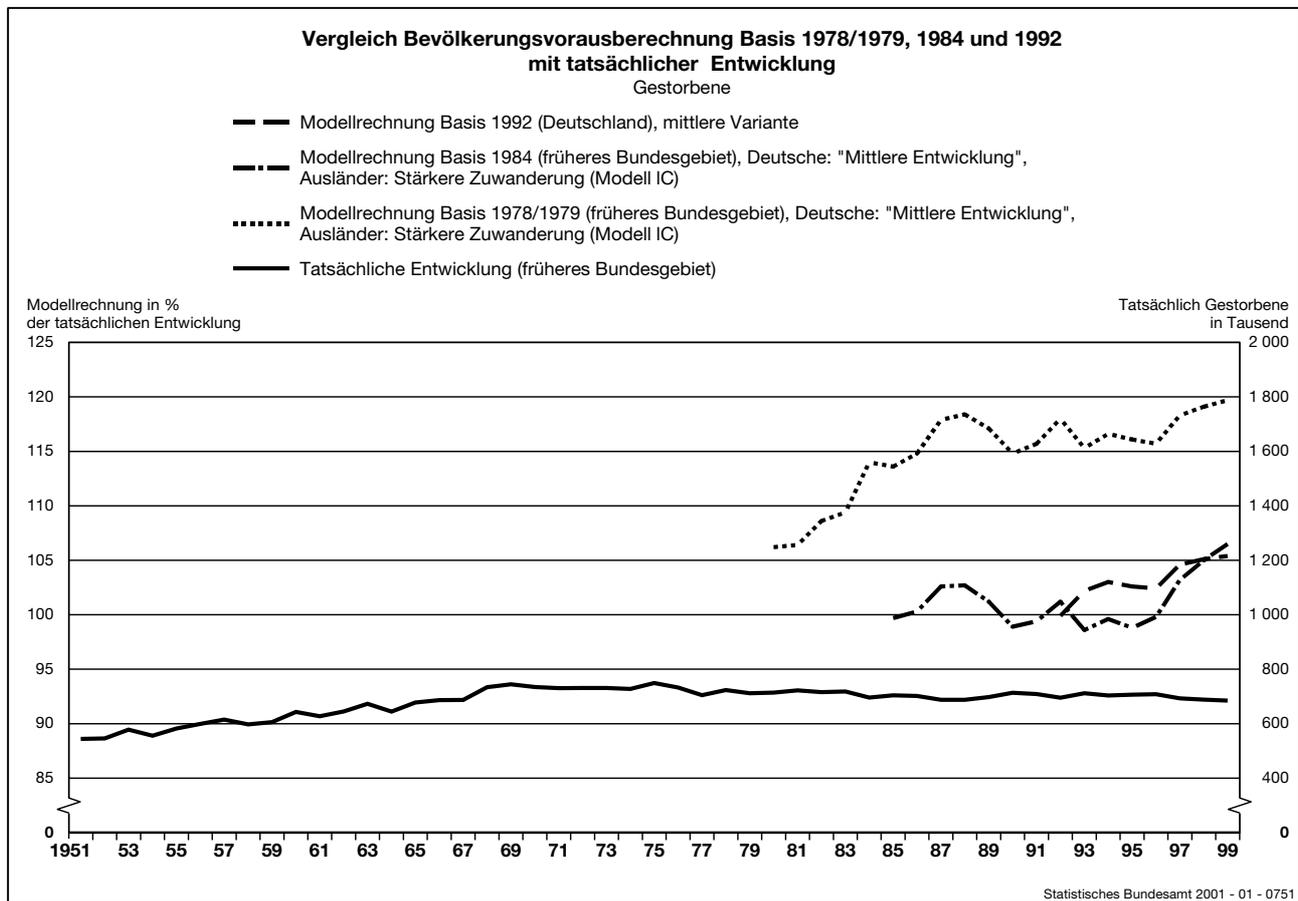
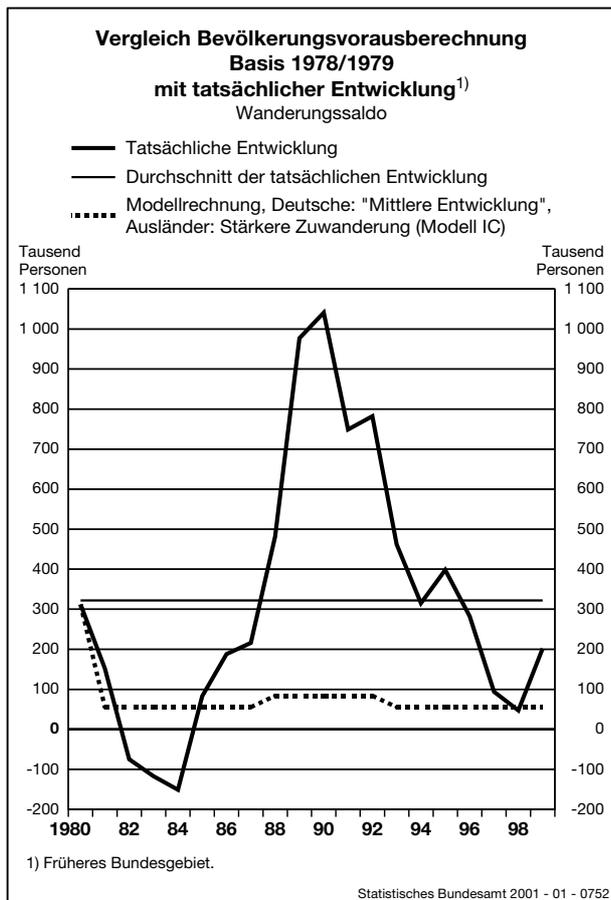


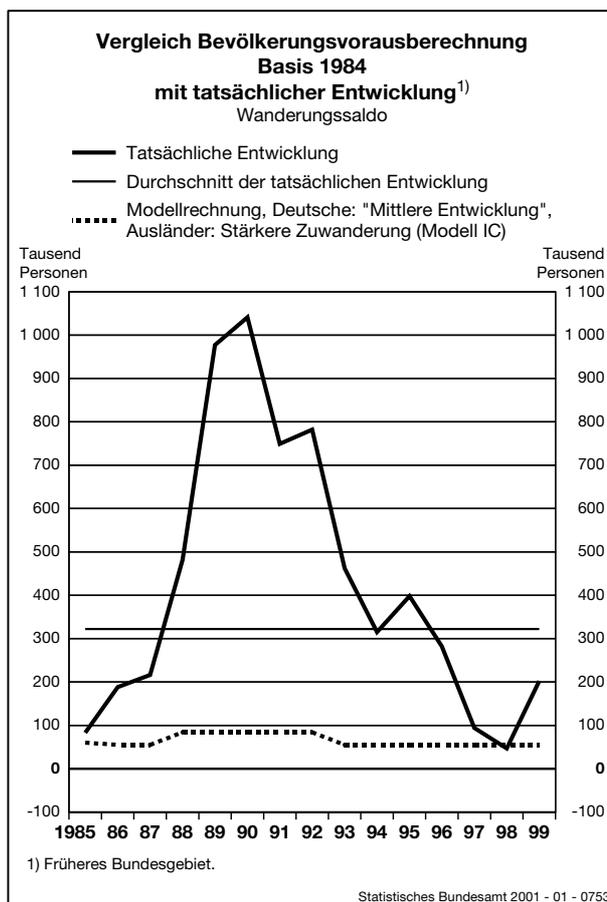
Schaubild 10



Hier wurde ein Rückgang der für die einzelnen Altersjahre angesetzten Sterbewahrscheinlichkeiten auf international bereits erreichte günstigere Werte angenommen (eine Annäherung an eine sog. Minimalsterbetafel). Dies lief auf eine Zunahme der Lebenserwartung um mehr als zwei Jahre hinaus (2,6 Jahre für Jungen und 2,3 Jahre für Mädchen). Dieser Zielwert sollte im Jahr 2000 erreicht werden. Für den darauffolgenden Zeitraum wurde keine weitere Zunahme angenommen. Diese Annahme bewegt sich – soweit das bisher nachprüfbar ist – in einem näherungsweise realistischen Rahmen: Die Lebenserwartung ist von 1984 bis zum jüngsten errechneten Wert (für 1997) deutlich angestiegen (um 3,2 bzw. 3,1 Jahre für Jungen bzw. Mädchen). Ein Vergleich der geschätzten Zahl der Sterbefälle mit der tatsächlichen registrierten Zahl bestätigt dies. Die Abweichungen bewegten sich über einen längeren Zeitraum zwischen 1 und 2%. Erst ab 1997 wurde die Lebenserwartung spürbar unterschätzt. Die erwartete Zahl der Sterbefälle lag 1999 um 6,5% über der Realität (siehe Schaubild 9). Die Geburtenentwicklung wurde dagegen zunehmend unterschätzt, obwohl bei der mittleren Variante – wie bei der vorausgegangenen Auftragsrechnung – von konstanten Geburtenverhältnissen ausgegangen worden war (siehe Schaubild 8). 1999 lag die angenommene Zahl der Geburten um 26% unter dem tatsächlichen Wert. Hier machte sich erneut die Zuwanderung geburtenstarker Jahrgänge bemerkbar, während die Geburtenhäufigkeit selbst nur unwesentlich zu dieser Entwicklung beitrug. Die zusammengefasste Geburtenziffer hatte in den vorausgegangenen Jahrzehnten nur leichte Schwankungen aufgewiesen und um das

Basisjahr der Vorausberechnung einen Tiefpunkt (1,291) erreicht, von dem aus sie anschließend wieder leicht anstieg (auf 1,413 im Jahr 1998). Hinsichtlich der Außenwanderung ergaben sich ähnliche Abweichungen wie bei der vorangegangenen Rechnung (siehe Schaubild 11). Diese wirkten sich auch ähnlich gravierend auf die Abweichungen zwischen geschätztem und tatsächlichem Bevölkerungsstand aus [1999 lag die für das frühere Bundesgebiet geschätzte Bevölkerungszahl von 61 Mill. um 9% unter dem tatsächlichen Wert (siehe Schaubild 7)].

Schaubild 11

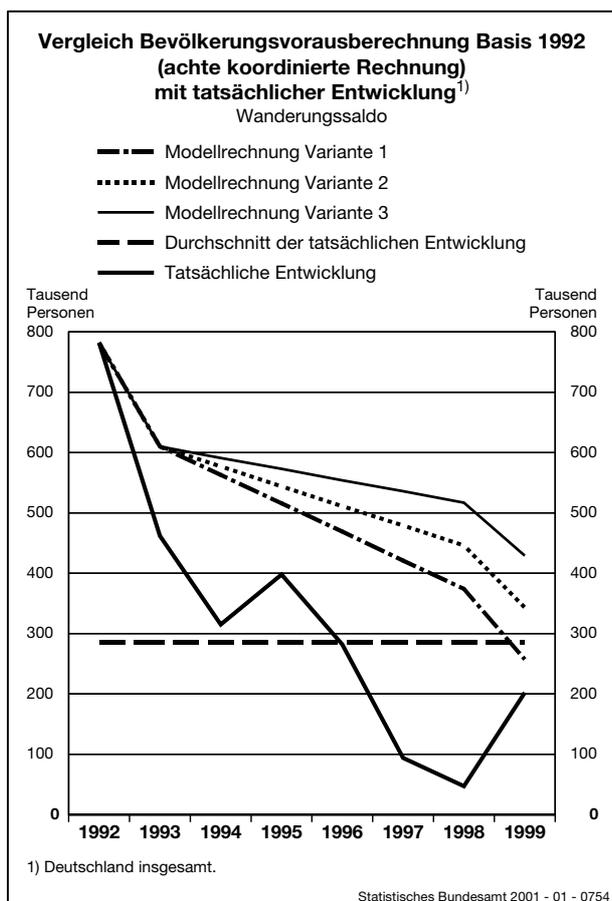


1.6 Achte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 1992

Die achte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bezog sich als erste koordinierte Vorausberechnung auf das gesamte Deutschland. Hierbei mussten wegen der unterschiedlichen demographischen Ausgangslage unterschiedliche Annahmen für West und Ost zugrunde gelegt werden, wobei jedoch von einer allmählichen Angleichung der Lebensverhältnisse ausgegangen wurde. Die Rechnung reicht bis zum Jahr 2040, hat also einen Zeithorizont von knapp 50 Jahren. In der relativ kurzen Zeitspanne bis zum aktuellen Rand zeichnet sich jedoch schon eine Abweichung ab, die im Gegensatz zu der zuvor beschriebenen Auftragsrechnung mit Basisjahr 1984 in die umgekehrte Richtung weist. Die Vorausberechnung wies in den ersten Jahren noch eine deutliche Zunahme des Bevölkerungsstandes aus, die vom tatsächlichen Verlauf nicht bestätigt wird (siehe Schaubild 7). Ende 1999 lag das Ergebnis der Modellrechnung

(mittlere Variante) mit 84 Mill. um mehr als 1 Mill. (2%) über dem tatsächlichen Stand. Die Ursachen für diese „Überschätzung“ sind primär im plötzlichen Rückgang der Außenwanderung zu sehen. Hier wurden in der mittleren Variante – ausgehend von einem extrem hohen Ausgangsniveau von gut 600 000 Personen im Jahr 1993 – auf langfristig 200 000 Personen zurückgehende Zuwanderungssalden angenommen. Tatsächlich hat der Saldo in den vergangenen drei Jahren jedoch zweimal die 100 000-Marke unterschritten, zeigte dann aber wieder eine aufsteigende Tendenz (siehe Schaubild 12).

Schaubild 12



Abweichungen zwischen angenommener und tatsächlicher Entwicklung der Lebenserwartung haben per saldo die durch Wanderungseffekte bedingte Überschätzung der Bevölkerungszahl etwas kompensiert. Hierbei sind unterschiedliche Tendenzen in West und Ost zu berücksichtigen. Während die im Westen von 1992 bis zum Jahr 2000 angenommene Zunahme der Lebenserwartung um 1,6 bzw. 1,7 Lebensjahre bis zum letzten verfügbaren tatsächlichen Stand (1997) noch nicht erreicht wurde (der bis dahin registrierte Zuwachs beträgt „nur“ 1,3 bzw. 1,0 Lebensjahre), hat die Lebenserwartung in den neuen Bundesländern stärker zugenommen, als bisher angenommen wurde. Die Annäherung an die Situation im Westen ist somit schneller erfolgt, als erwartet wurde. Per saldo haben diese Diskrepanzen zur Folge, dass die Zahl der Sterbefälle insgesamt überschätzt wurde. 1999 lag die geschätzte Zahl der Sterbefälle um etwa 50 000 (gut 5%) über der Zahl der registrierten Sterbefälle (siehe Schaubild 9). Der Verlauf der Geburtenhäufigkeit wurde

teils überschätzt, teils zu niedrig angesetzt, wobei sich die jeweiligen Abweichungen weitgehend ausglich (siehe Schaubild 8).

2 Der Altenquotient in Vorausberechnung und Realität

Die bei den Komponenten der Bevölkerungsvorausberechnungen aufgetretenen Abweichungen wirken sich auch auf die Altersstruktur des erwarteten Bevölkerungsstandes aus. Eine Unterschätzung der Geburtenhäufigkeit reduziert je nach Zeithorizont den Anteil der jüngeren und mittleren Generation, zu geringe Annahmen hinsichtlich der Zunahme der Lebenserwartung lassen – wenn die tatsächlichen Fortschritte überwiegend die Sterblichkeitsverhältnisse der älteren Bevölkerung betreffen – einen zu geringen Anteil dieser Bevölkerungsgruppe vermuten. Hierbei wird insbesondere der Altenquotient unterschätzt. Ausgehend von dieser Maßzahl (hier: 60-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren) lässt sich sagen, dass sich insbesondere die Vorausberechnungen mit Basis 1962 und 1969 (siehe Schaubild 13) signifikant unter den tatsächlichen Verhältnissen bewegten. So lag der in der Vorausberechnung mit Basis 1962 ermittelte Altenquotient für das Jahr 1998 bei 36, während er tatsächlich schon auf 40 gestiegen war. Die Vorausberechnung mit Basis 1969 führte bis zu ihrem Zeithorizont (1986) zu einem Altenquotienten von 32. Tatsächlich war er jedoch schon auf 36 angestiegen (siehe ebenfalls Schaubild 13). Die Rechnung mit Basis 1978/1979 ergab für 1998 einen Altenquotienten von 38 und lag somit schon relativ dicht an dem in diesem Jahr tatsächlich erreichten Quotienten von 40 (siehe Schaubild 14).

Recht präzise trifft die Vorausberechnung mit Basis 1992 den tatsächlich erreichten Quotienten, da hier zumindest auf mittlere Sicht (Jahrtausendwende) eine kräftige Zunahme der Lebenserwartung angenommen wurde. Für das Jahr 1998 weist diese Rechnung einen Altenquotienten von 39 aus (gegenüber einem tatsächlichen Quotienten von 40). Die Modellrechnung mit Basis 1984 überschätzt mit einem Wert von 42 sogar den Altenquotienten für das Jahr 1998, was jedoch keineswegs auf eine noch günstigere Annahme zur Sterblichkeitsentwicklung, sondern vielmehr auf „Verjüngungseffekte“ unerwarteter Zuwanderungen zurückzuführen ist. Ohne diese Zuwanderungen hätte der tatsächliche Altenquotient deutlich höher gelegen.

3 Schlussbemerkung

Ein Vergleich der bei den einzelnen Vorausberechnungen zu Tage getretenen Abweichungen vom tatsächlichen Verlauf macht deutlich, dass insbesondere abrupte Änderungen schwer vorhersehbar sind. Besonders auffallend war dies bei dem Mitte der 1960er Jahre einsetzenden drastischen und anhaltenden Geburtenrückgang und den Zuwanderungsschüben in der Zeit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Das Annahmengerüst orientierte sich primär an den jeweils zu Beginn der Rechnung gegebenen Verhältnissen und setzt häufig deren Konstanz voraus.

Schaubild 13

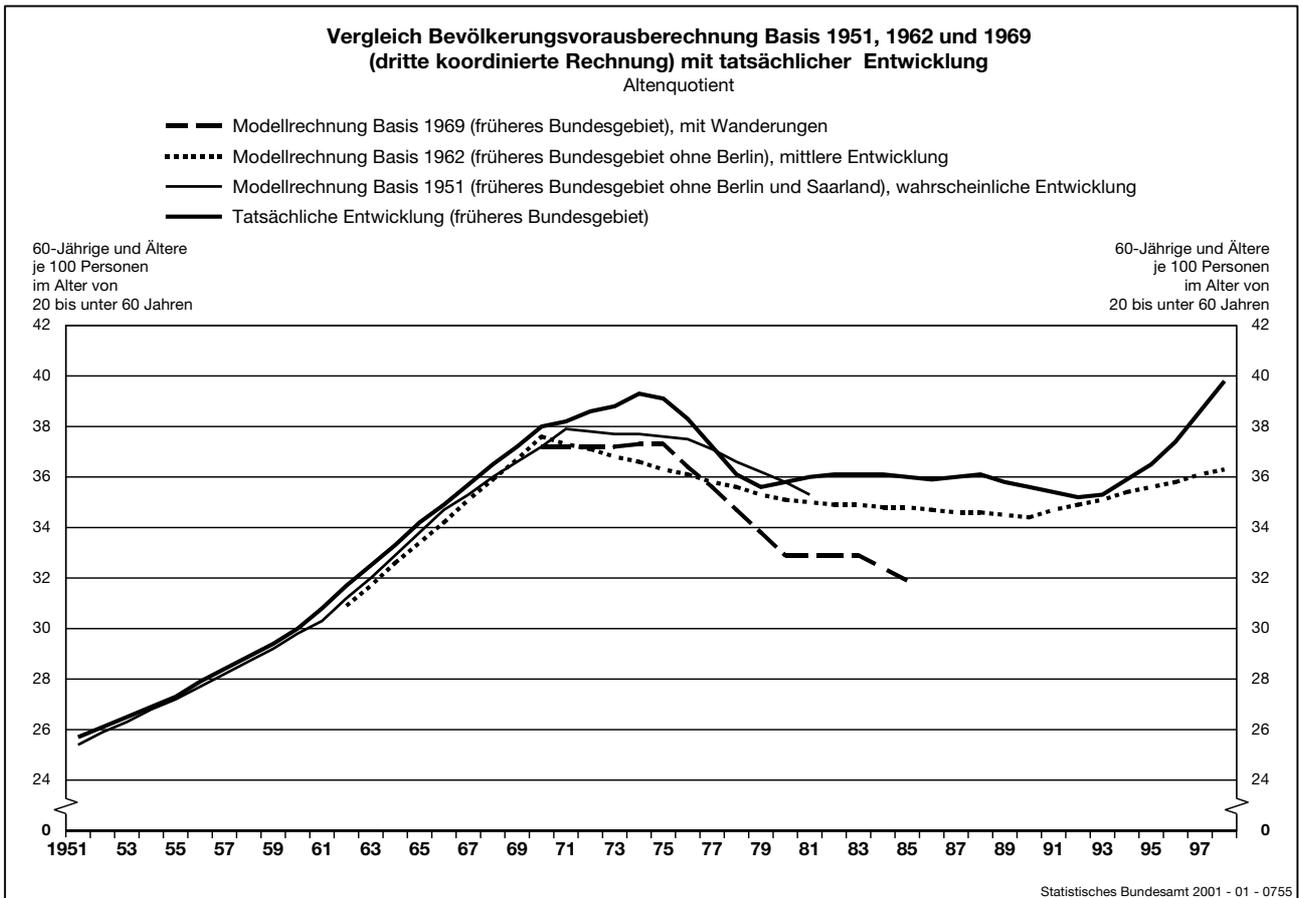
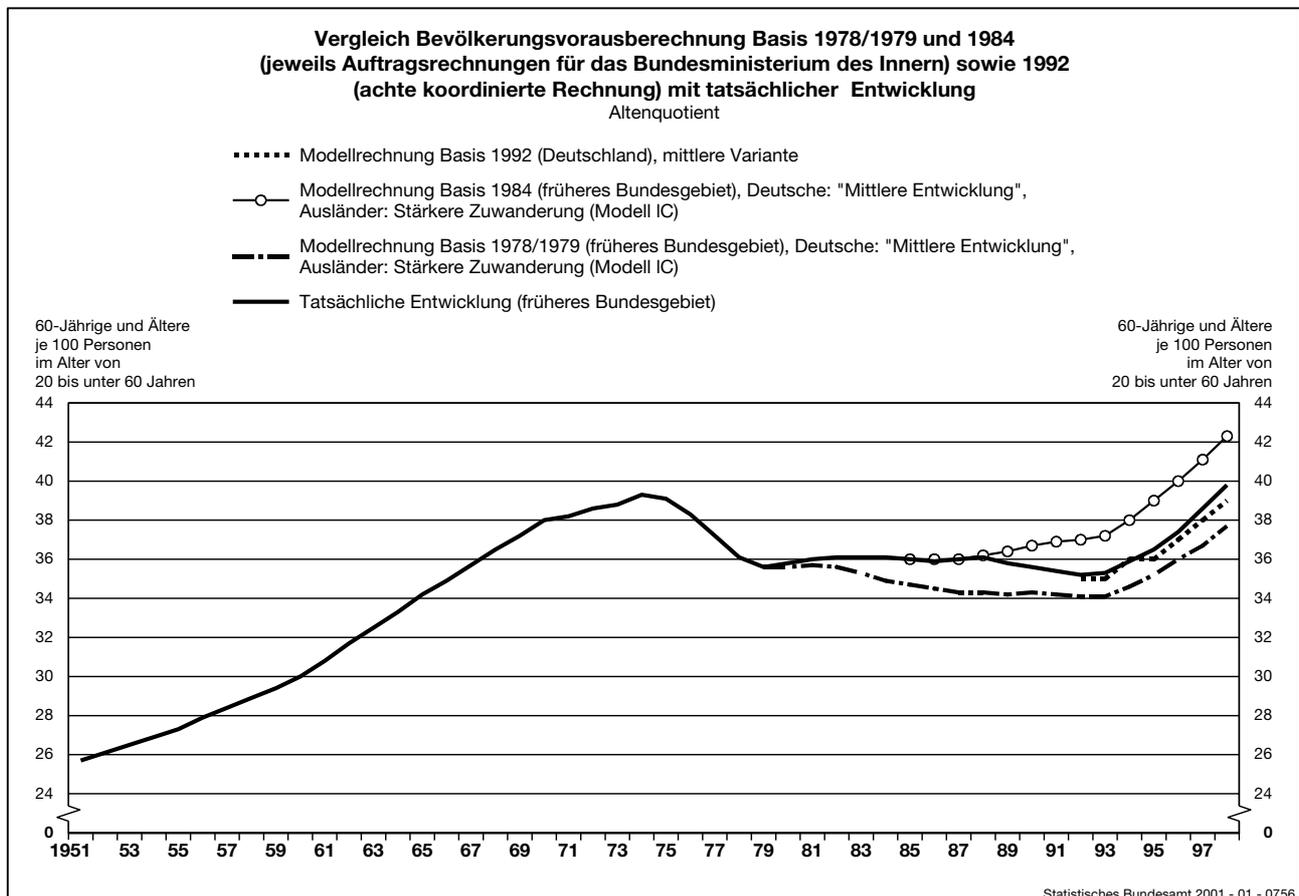


Schaubild 14



Das seit mehr als zwei Jahrzehnten stagnierende Geburtenniveau im früheren Bundesgebiet lässt die in den letzten Vorausberechnungen angenommene Konstanz dieser Verhältnisse (mit allmählicher Angleichung der in den neuen Bundesländern noch sehr niedrigen Geburtenziffer) heutzutage realistisch erscheinen. Was Zuwanderungen aus dem Ausland anbetrifft, haben die früheren Fehleinschätzungen in den letzten hier dargestellten Vorausberechnungen (ab Basisjahr 1992) zu deutlich höheren Ansätzen geführt und sich damit den tatsächlich beobachteten Größenordnungen genähert.

Die anfängliche Neigung, eine weitgehende Konstanz gegebener Verhältnisse zu unterstellen, war auch bei den Annahmen zur Sterblichkeitsentwicklung zu beobachten. Hier wurden bei den ersten Rechnungen meist nur sehr geringfügige Verbesserungen, zum Teil (so bei der Rechnung mit Basis 1978/1979) sogar konstante Verhältnisse angenommen. In späteren Rechnungen wurde hier – in Anlehnung an den in der Realität beobachteten Trend – ein deutlicher Anstieg der Lebenserwartung angenommen, zunächst begrenzt bis zum Jahr 2000 (Vorausberechnung mit Basisjahr 1992), später eine weitere Zunahme bis zum Jahr 2030 bzw. 2050 (Vorausberechnungen mit Basisjahr 1994 bzw. 1997. Letztere wurden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wegen der sehr kurzen Zeitspanne vom Startjahr bis zur Gegenwart nicht mehr berücksichtigt). Frühere Überlegungen einer Begrenzung dieses Anstiegs durch Erreichen einer „biologischen“ Altersgrenze mussten angesichts der tatsächlich im In- und Ausland registrierten Zuwächse wiederholt revidiert werden.

Fasst man die bei den hier dargestellten Vorausberechnungen gemachten Erfahrungen zusammen, so lässt sich folgern, dass sie in mehrfacher Hinsicht zu einer ausgewogeneren Annahmenkonzeption beigetragen haben und somit künftig eine verbesserte „Trefferquote“ erwarten lassen. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass nach wie vor unvorhergesehene Ereignisse und insbesondere Trendwenden das Annahmengerüst in Frage stellen. Zu bedenken ist auch, dass Vorausberechnungen keine konjunkturellen Verläufe wiedergeben, sondern nur den erwarteten langfristigen Durchschnitt bzw. Trend aufzeigen können und daher auch nur am mehrjährigen Durchschnitt der tatsächlichen Entwicklung gemessen werden dürfen. ■

Vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Bevölkerungsvorausberechnungen

Lfd. Nr.	Basisjahr	Auftraggeber	Gebiet	Zeithorizont	Annahmen		
					Geburtenhäufigkeit	Sterblichkeit	Wanderungen
1	1951	Statistisches Bundesamt	Früheres Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin-West	bis 1982 (1.1.), das heißt 30 Jahre	Optimistische Variante: Zunahme der ehelichen Fruchtbarkeitsziffer um 10% bis 1961, dann konstant	Optimistische Variante: Rückgang der Sterblichkeit für Säuglinge von 5,54 auf 3,5 Gestorbene je 100 Lebendgeborene innerhalb von 10 Jahren (d.h. um 37%), für 1- bis unter 20-Jährige: Rückgang der Sterblichkeit um 20% innerhalb von 20 Jahren; 20- bis unter 50-jährige Männer: Abnahme der Sterblichkeit um 20% innerhalb von 20 Jahren zuzüglich einer Abnahme zum Ausgleich einer wachsenden Übersterblichkeit der Männer; 50-jährige und ältere Männer: konstante Sterblichkeit; 20- bis unter 60-jährige Frauen: Rückgang der Sterblichkeit um 20% innerhalb von 20 Jahren; 60- bis unter 80-jährige Frauen: Rückgang der Sterblichkeit um 10% in 20 Jahren; 80-jährige und ältere Frauen: konstante Sterblichkeit	In den Grundrechnungen keine Wanderungsannahmen; nur Zusatzmodell mit Annahme einer Zuwanderung von jährlich 100 000 per saldo bis zum Jahr 1972
					Pessimistische Variante: Abnahme der ehelichen Fruchtbarkeitsziffer auf den Stand von 1933, und zwar bis 1966, dann konstant	Pessimistische Variante: Rückgang der Sterblichkeit für Säuglinge innerhalb von 10 Jahren um 10%, bei 1- bis unter 20-Jährigen konstante Sterblichkeit; bei 20- bis unter 50-Jährigen Zunahme der Sterblichkeit um 20% (Männer) bzw. 10% (Frauen) in 20 Jahren; bei älteren Frauen und Männern: Zunahme der Sterblichkeit um 20% innerhalb von 20 Jahren	
					Uneheliche Fruchtbarkeitsziffer: Generell Abnahme auf den Stand von 1933, da kriegsbedingt hohes Niveau		
2	1962	Statistisches Bundesamt	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	bis 2000 (1.1.), das heißt 37 Jahre	Optimistische Variante: Zunahme der Nettofortpflanzungsrate von 1,06 auf 1,12	Optimistische Variante: Rückgang der Sterblichkeit um 6% (Männer) bzw. 14% (Frauen) im Alter von 50 und mehr Jahren; noch stärkerer Rückgang bei Männern und Frauen unter 50 Jahren	In den Grundrechnungen keine Wanderungsannahmen; nur Zusatzmodell mit beliebig einsetzbaren Zu- bzw. Abwanderungssalden; mit Beispiel eines abnehmenden Zuwanderungssaldos von 200 000 im Jahr 1963 auf 100 000 im Jahr 1969
					Pessimistische Variante: Abnahme der Nettofortpflanzungsrate von 1,06 auf 1,00	Pessimistische Variante: Nur halb so starker Rückgang wie bei der optimistischen Variante	
3	1964	Statistisches Bundesamt	Früheres Bundesgebiet	bis 2000 (1.1.), das heißt 35 Jahre	Konstanz der Geburtenverhältnisse des Jahres 1964	Rückgang der Sterblichkeit um 18% bis 3% (nach Alter differenziert) bis zum Jahr 1991, ausgehend von den Sterbewahrscheinlichkeiten der Jahre 1960 bis 1962, dann Konstanz	keine
4	1965	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (1. koordinierte Rechnung)	Früheres Bundesgebiet	bis 2000 (1.1.), das heißt 34 Jahre	Konstanz der Geburtenverhältnisse des Jahres 1965	Rückgang der Sterblichkeit bis zum Jahr 1991, dann Konstanz	keine
5	1967	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2. koordinierte Rechnung)	Früheres Bundesgebiet	bis 1990 (1.1.), das heißt 22 Jahre	Konstanz der für das Jahr 1968 erwarteten Geburtenverhältnisse	Konstante Sterblichkeit (ausgehend von den Sterbewahrscheinlichkeiten der Jahre 1965 bis 1967)	1. Modell: Ohne Wanderungen; 2. Modell: Positiver Wanderungssaldo bis 1980
6	1969	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (3. koordinierte Rechnung)	Früheres Bundesgebiet	bis 1985 (31.12.), das heißt 16 Jahre	Konstanz der für das Jahr 1970 geschätzten Geburtenverhältnisse	Rückgang der Säuglingssterblichkeit im Laufe der ersten 10 Jahre des Prognosezeitraumes, im Übrigen Konstanz der Sterblichkeitsverhältnisse des Durchschnittes der Jahre 1965 bis 1967	1. Variante: Ohne Wanderungen; 2. Variante: Zuwanderungsüberschuss in folgender Höhe: 1970: 622 700, 1971: 245 100, 1972: 215 800, 1973: 225 500, 1974: 210 200, 1975: 158 000, 1976: 119 000, 1977: 173 000, 1978: 195 000, 1979: 171 000, 1980: 166 800, 1981: 103 700, 1982: 98 600, 1983: 94 500, 1984: 91 400, 1985: 81 300
7	1971	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (4. koordinierte Rechnung)	Früheres Bundesgebiet	bis 2000 (1.1.), das heißt 28 Jahre	1. Variante: Konstante Geburtenhäufigkeit des Jahres 1972 2. Variante: Rückgang der Geburtenhäufigkeit um 9% bis 1975	Konstanz der Sterblichkeit der Jahre 1970/71	1. Variante: Ohne Wanderungen; 2. bis 4. Variante: Abnehmende Wanderungsgewinne bis 1985 in Höhe von insgesamt 2,56 Mill., 2 Mill. bzw. 1 Mill.

Vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Bevölkerungsvorausberechnungen

Lfd. Nr.	Basisjahr	Auftraggeber	Gebiet	Zeithorizont	Annahmen			
					Geburtenhäufigkeit	Sterblichkeit	Wanderungen	
8	1974	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (5. koordinierte Rechnung)	Früheres Bundesgebiet	bis 1990 (31.12.), das heißt 16 Jahre	In den Jahren 1976 und 1977 Rückgang der Geburtenhäufigkeit um 1,5 bzw. 1%, danach Konstanz	Bis 1980 Extrapolation der Entwicklung von 1961 bis 1972, dann Konstanz	1. Variante: Ohne Wanderungen; 2. Variante: Abnehmende Zuwanderungssalden	
9	1978 (Deutsche Bevölkerung) bzw. 1979 (Ausländische Bevölkerung; mittlere Variante)	Bundesministerium des Innern (Auftragsrechnung für interministerielle Arbeitsgruppe „Bevölkerungsfragen“)	Früheres Bundesgebiet	bis 2030 (1.1.), das heißt 51 Jahre (Deutsche) bzw. 50 Jahre (Ausländer)	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:	
					Mittlere Variante: Konstante Geburtenhäufigkeit	Konstante Sterblichkeit der Jahre 1976/78	Kein Wanderungssaldo	
					Optimistische Variante: Zunehmende Geburtenhäufigkeit (Zunahme der Nettofortpflanzungsziffer von 0,63 auf 0,80)			
					Pessimistische Variante: Abnehmende Geburtenhäufigkeit (Rückgang der Nettofortpflanzungsziffer von 0,63 auf 0,50)			
					Ausländische Bevölkerung:	Ausländische Bevölkerung:	Ausländische Bevölkerung:	
Abnehmende Geburtenhäufigkeit (Rückgang der Nettofortpflanzungsziffer auf 0,84 im Jahr 2000)	Angleichung der Sterblichkeit an Niveau der deutschen Bevölkerung	Modell A: Kein Wanderungssaldo Modell B: Jährlicher Zuwanderungssaldo 20 000 Modell C: Jährlicher Zuwanderungssaldo 55 000						
10	1984	Bundesministerium des Innern (Auftragsrechnung für interministerielle Arbeitsgruppe „Bevölkerungsfragen“)	Früheres Bundesgebiet	bis 2030 (1.1.), das heißt 45 Jahre	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:	
					Mittlere Variante: Konstante Geburtenhäufigkeit	Zunahme der Lebenserwartung von 70,8 Jahren (männliche Bevölkerung) bzw. 77,5 Jahren (weibliche Bevölkerung) auf 73,4 bzw. 79,8 Jahre im Jahr 2000, dann Konstanz	Linear abnehmender Zuwanderungssaldo von 40 000 im Jahr 1985 auf 20 000 im Jahr 1999 und 10 000 im Jahr 2029	
					Optimistische Variante: Zunehmende Geburtenhäufigkeit (Zunahme der Nettofortpflanzungsziffer von 0,60 auf 0,74)			
					Pessimistische Variante: Abnehmende Geburtenhäufigkeit (Rückgang der Nettofortpflanzungsziffer von 0,60 auf 0,50)			
					Ausländische Bevölkerung:	Ausländische Bevölkerung:	Ausländische Bevölkerung:	
Annäherung an Geburtenhäufigkeit der deutschen Bevölkerung	Konstanz	Modell A: Ausgeglichenen Wanderungssaldo Modell B: 1985 Zuwanderungssaldo von 60 000; 1986 bis 1990 jährlicher Abwanderungsüberschuss von 40 000; 1991 bis 1999 jährlicher Abwanderungsüberschuss von 25 000; ab 2000 ausgeglichener Wanderungssaldo Modell C: 1985 Zuwanderungssaldo von 60 000; 1986 bis 1987 jährlicher Zuwanderungssaldo 55 000, 1988 bis 1992 jährlicher Zuwanderungssaldo von 84 000; 1993 bis 2001 jährlicher Zuwanderungssaldo von 55 000; dann ausgeglichener Wanderungssaldo						
11	1988	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (6. koordinierte Rechnung)	Früheres Bundesgebiet	bis 31.12.2030, das heißt 42 Jahre	Konstante Geburtenhäufigkeit des Jahres 1988	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:	
					Zunahme der Lebenserwartung bis zum Jahr 2000 entsprechend der Entwicklung von 1976 bis 1986: Ausgehend von der zuletzt errechneten Lebenserwartung (1987) von 72,1 (männliche Bevölkerung) bzw. 78,7 Jahren (weibliche Bevölkerung) Anstieg auf 74,3 bzw. 81,0 Lebensjahre	Zunahme der Lebenserwartung bis zum Jahr 2000 entsprechend der Entwicklung von 1976 bis 1986: Ausgehend von der zuletzt errechneten Lebenserwartung (1987) von 72,1 (männliche Bevölkerung) bzw. 78,7 Jahren (weibliche Bevölkerung) Anstieg auf 74,3 bzw. 81,0 Lebensjahre	Konstante Sterblichkeit	1990: 351 000
								1991: 252 000
								1992: 151 000
								1993 bis 1995: jährlich 134 000
1996 bis 1997: jährlich 115 000								
1998 bis 2000: jährlich 107 000								
2001 bis 2005: jährlich 5 000								
ab 2006: ausgeglichener Saldo	Ausländische Bevölkerung:	Ausländische Bevölkerung:						
Konstante Sterblichkeit	1990: 100 000							
	1991: 75 000							
	1992: 75 000							
	1993 bis 2010: jährlich 50 000							
	ab 2010: ausgeglichener Saldo							

Vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Bevölkerungsvorausberechnungen

Lfd. Nr.	Basisjahr	Auftraggeber	Gebiet	Zeithorizont	Annahmen		
					Geburtenhäufigkeit	Sterblichkeit	Wanderungen
12	1989	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (7. koordinierte Rechnung)	Deutschland	bis 31.12.2030, das heißt 41 Jahre	West: Geburtenhäufigkeit des Jahres 1989 konstant (Nettoreproduktionsziffer = 0,67; zusammengefasste Geburtenziffer = 1,4)	West: Zunahme der Lebenserwartung bis zum Jahr 2000: ausgehend von einer Lebenserwartung von 72,6 Jahren (männliche Bevölkerung) bzw. 79,0 Jahren (weibliche Bevölkerung) im Jahr 1989 Anstieg auf 74,3 bzw. 81,0 Lebensjahre im Jahr 2000 (gleicher Zielwert wie in 6. koordinierter Rechnung); dann Konstanz	1990: 720 000 1991 bis 1995: Durchschnitt pro Jahr: 341 000 1996 bis 2000: Durchschnitt pro Jahr: 130 000 2001 bis 2010: Durchschnitt pro Jahr: 61 000 2011 bis 2030: Durchschnitt pro Jahr: 53 000
					Ost: Ausgehend von der für 1990 geschätzten Geburtenhäufigkeit (Nettoreproduktionsziffer = 0,71; zusammengefasste Geburtenziffer = 1,5) weiterer Rückgang bis 1991 (Nettoreproduktionsziffer = 0,42, zusammengefasste Geburtenziffer = 0,9); ab 1992 Anstieg und bis 1995 Anpassung an Niveau West; ab 2006 konstant auf diesem Niveau	Ost: Ausgehend von einem gegenüber dem früheren Bundesgebiet niedrigeren Niveau [Lebenserwartung im Jahr 1989 70,1 (männliche Bevölkerung) bzw. 76,4 Jahre (weibliche Bevölkerung)] Zunahme der Lebenserwartung in zwei Phasen: 1. Phase (bis zum Jahr 2010): Angleichung an Westniveau zum Ausgangsjahr der Modellrechnung 2. Phase (bis zum Jahr 2030): Angleichung an das im Westen schon im Jahr 2000 erwartete Niveau	
13	1989	Bundesministerium des Innern (Auftragsrechnung für interministerielle Arbeitsgruppe „Bevölkerungsfragen“)	Deutschland	bis 2040 (01.01.), das heißt 50 Jahre	Deutsche Bevölkerung: West: Mittlere Variante: Konstante Geburtenhäufigkeit (Nettoreproduktionsziffer = 0,66) Optimistische Variante: Zunehmende Geburtenhäufigkeit (Zunahme der Nettoreproduktionsziffer von 0,66 auf 0,77 im Jahr 2000, dann konstant) Pessimistische Variante: Abnehmende Geburtenhäufigkeit (Rückgang der Nettoreproduktionsziffer von 0,66 auf 0,52 im Jahr 2000, dann konstant)	Deutsche Bevölkerung: West: Zunahme der Lebenserwartung von 72,4 Jahren (männliche Bevölkerung) bzw. 78,9 Jahren (weibliche Bevölkerung) auf 74,5 bzw. 81,1 Jahre im Jahr 2000, dann Konstanz	Deutsche Bevölkerung: Folgende Zuwanderungssalden: 1990: 370 000 1991: 225 000 1992: 225 000 1993: 185 000 1994: 85 000 1995: 70 000 1996: 70 000 1997: 50 000 1998: 50 000 1999: 40 000 2000: 40 000 ab 2001: ausgeglichener Wanderungssaldo
					Ost: Mittlere Variante: Rückgang der Nettoreproduktionsziffer von 0,71 auf 0,66 im Jahr 2000, dann konstant Optimistische Variante: Zunehmende Geburtenhäufigkeit (Zunahme der Nettoreproduktionsziffer von 0,71 auf 0,77 im Jahr 2000, dann konstant) Pessimistische Variante: Abnehmende Geburtenhäufigkeit (Rückgang der Nettoreproduktionsziffer von 0,71 auf 0,52, dann konstant)	Ost: Zunahme der Lebenserwartung von 70,1 Jahren (männliche Bevölkerung) bzw. 76,4 Jahren (weibliche Bevölkerung) in zwei Phasen: 1. Phase (bis zum Jahr 2000): Angleichung an Westniveau zum Ausgangsjahr der Modellrechnung 2. Phase (bis zum Jahr 2030): Angleichung an das im Westen schon im Jahr 2010 erwartete Niveau, dann Konstanz	
					Ausländische Bevölkerung: Annäherung an Geburtenhäufigkeit der deutschen Bevölkerung	Ausländische Bevölkerung: Konstanz	Ausländische Bevölkerung: Folgende Zuwanderungssalden: 1990: 400 000 1991: 275 000 1992 bis 1993: jährlich 150 000 1994 bis 1995: jährlich 100 000 1996 bis 2000: jährlich 75 000 2001 bis 2010: jährlich 50 000 2011 bis 2039: jährlich 40 000
14	1992	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (8. koordinierte Rechnung)	Deutschland	2040 (31.12.), das heißt 48 Jahre	West: Konstante Geburtenhäufigkeit (Nettoreproduktionsziffer = 0,67)	West: Zunahme der Lebenserwartung von 73,2 (männliche Personen) bzw. 79,6 (weibliche Personen) Lebensjahren im Jahr 1992 auf 74,8 bzw. 81,3 Lebensjahre im Jahr 2000, dann Konstanz	Deutsche: 1993 bis 1998: jährlich 180 000 1999: 110 000 2000: 80 000 2001 bis 2010: jährlich 45 000 ab 2001: ausgeglichener Wanderungssaldo
					Ost: Abnahme der Nettoreproduktionsziffer entsprechend dem laufenden Trend von 0,40 im Jahr 1992 auf 0,38 im Jahr 1995, dann Anstieg auf 0,67 (Westniveau) bis zum Jahr 2005, dann Konstanz	Ost: Zunahme der Lebenserwartung von 70,0 (männliche Personen) bzw. 77,2 (weibliche Personen) Lebensjahren im Jahr 1992 in zwei Stufen: Auf 73,2 bzw. 79,6 Lebensjahre im Jahr 2005 (= Ausgangsniveau im Westen), dann weiter auf 74,8 bzw. 81,3 Lebensjahre im Jahr 2030	Ausländer (in 1 000): Variante I II III 1993: 430 430 430 1994 bis 2000: lineare Anpassung an das Niveau des Jahres 2000 2000 bis 2039: jährlich 100 200 300

Vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Bevölkerungsvorausberechnungen

Lfd. Nr.	Basisjahr	Auftraggeber	Gebiet	Zeithorizont	Annahmen			
					Geburtenhäufigkeit	Sterblichkeit	Wanderungen	
15	1993	Bundesministerium des Innern (Auftragsrechnung für interministerielle Arbeitsgruppe „Bevölkerungsfragen“)	Deutschland	bis 2040 (01.01.), das heißt 45 Jahre	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:	
					West:	West:	Folgende Zuwanderungssalden:	
					Mittlere Variante: Konstante Geburtenhäufigkeit des Jahres 1995 (Nettoreproduktionsziffer = 0,62)	Zunahme der Lebenserwartung in zwei Stufen (bis 2005 um 1 Lebensjahr, bis 2030 um weitere 2 Jahre), dann Konstanz	1995: 190 000	
					Optimistische Variante: Zunehmende Geburtenhäufigkeit (Zunahme der Nettoreproduktionsziffer von 0,62 auf 0,77 im Jahr 2005, dann konstant)		1996 bis 1999 zus.: 760 000	
					Pessimistische Variante: Abnehmende Geburtenhäufigkeit (Rückgang der Nettoreproduktionsziffer von 0,62 auf 0,52 im Jahr 2005, dann konstant)		2000 bis 2009 zus.: 800 000	
					Ost:		2010 bis 2019 zus.: 400 000	
					Mittlere Variante: Nettoreproduktionsziffer des Jahres 1995 (= 0,39) auf 0,62 im Jahr 2005 steigend, dann konstant		2020 bis 2029 zus.: 200 000	
					Optimistische Variante: Zunehmende Geburtenhäufigkeit (Zunahme der Nettoreproduktionsziffer von 0,39 auf 0,77 im Jahr 2005, dann konstant)		2030 bis 2039 zus.: 100 000	
					Pessimistische Variante: Abnehmende Geburtenhäufigkeit (Rückgang der Nettoreproduktionsziffer von 0,39 auf 0,52 im Jahr 2005, dann konstant)	Zunahme der Lebenserwartung in zwei Stufen (bis 2010 Angleichung an Westniveau des Jahres 1994, bis 2039 Angleichung an das im Westen bereits 2030 erreichte Niveau), dann Konstanz		
					Ausländische Bevölkerung:		Ausländische Bevölkerung:	Ausländische Bevölkerung:
					Bei mittlerer Zuwanderung: Annäherung an Geburtenhäufigkeit der deutschen Bevölkerung; bei hoher Zuwanderung: konstante Geburtenhäufigkeit des Jahres 1995 (Nettoreproduktionsziffer = 0,73)		Konstanz	Modell K: Folgende Zuwanderungssalden: 1995: 75 000 danach: ausgeglichener Wanderungssaldo
							Modell A: Folgende Zuwanderungssalden: 1995: 125 000 1996 bis 1999: 400 000 2000 bis 2009 zus.: 1 000 000 2010 bis 2019 zus.: 1 000 000 2020 bis 2029 zus.: 1 000 000 2030 bis 2039 zus.: 1 000 000	
							Modell B: Folgende Zuwanderungssalden: 1995: 175 000 1996 bis 1999: 800 000 2000 bis 2009 zus.: 2 000 000 2010 bis 2019 zus.: 2 000 000 2020 bis 2029 zus.: 2 000 000 2030 bis 2039 zus.: 2 000 000	
16	1997	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (9. koordinierte Rechnung)	Deutschland	2050 (31.12.), das heißt 53 Jahre	West:	West:	Deutsche:	
					Konstante Geburtenhäufigkeit (Nettoreproduktionsziffer = 0,67)	Zunahme der Lebenserwartung von 74,4 Jahren (männliche Personen) bzw. 80,5 Jahren (weibliche Personen) im Jahr 1997 in zwei Stufen (bis 2035 auf 77,0 bzw. 83,5 Jahre, bis 2050 auf 78,1 bzw. 84,5 Jahre), das heißt um insgesamt 3,7 bzw. 4,0 Jahre	1998: 80 000 1999: 70 000 2000 bis 2005: jährlich 50 000 2006 bis 2009: jährlich 40 000 2010 bis 2019: jährlich 30 000 2020 bis 2029: jährlich 15 000 2030 bis 2039: jährlich 5 000 danach: ausgeglichener Wanderungssaldo	
					Ost:	Ost:	Ausländer:	
					Ausgehend von einer Nettoreproduktionsziffer von 0,52 im Jahr 1998 weitgehend Angleichung an Westniveau bis zum Jahr 2005	Ausgehend von einer Lebenserwartung von 72,4 Jahren (männliche Personen) bzw. 79,5 Jahren (weibliche Personen) Zunahme der Lebenserwartung in zwei Stufen (bis 2005 Angleichung an Westniveau des Jahres 1997, bis 2025 Angleichung an das bis zu diesem Zeitpunkt erreichte Westniveau), dann weiterer Anstieg der Lebenserwartung wie im Westen.	Variante I 1998: - 50 000 1999: 20 000 2000: 40 000 2001: 60 000 2002: 80 000 2003 bis 2050: jährlich 100 000	
						Zusatzvariante (Ost und West): Insgesamt zusätzlicher Anstieg der Lebenserwartung um 2 Jahre (männliche Personen) bzw. 1,9 Jahre (weibliche Personen) bis zum Jahr 2050	Variante II 1998: - 50 000 1999: 20 000 2000: 40 000 2001: 60 000 2002: 80 000 2003: 100 000 2004: 120 000 2005: 140 000 2006: 160 000 2007: 180 000 2008 bis 2050: jährlich 200 000	

Vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Bevölkerungsvorausberechnungen

Lfd. Nr.	Basisjahr	Auftraggeber	Gebiet	Zeithorizont	Annahmen		
					Geburtenhäufigkeit	Sterblichkeit	Wanderungen
17	1997	Bundesministerium des Innern (Auftragsrechnung für interministerielle Arbeitsgruppe „Bevölkerungsfragen“)	Deutschland	2050 (31.12.), das heißt 53 Jahre	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:	Deutsche Bevölkerung:
					West:	West:	1998: 80 000
					Geburtenhäufigkeit des Jahres 1998 (Nettoreproduktionsziffer = 0,67; zusammengefasste Geburtenziffer = 1,41); bis zum Jahr 2000 geringfügig auf mehrjährigen Durchschnitt fallend (Nettoreproduktionsziffer = 0,65; zusammengefasste Geburtenziffer = 1,35), dann konstant	Ausgehend von der Lebenserwartung im Jahr 1998 von 73,6 Jahren (männliche Personen) bzw. 80,5 Jahren (weibliche Personen) Zunahme der Lebenserwartung in zwei Stufen (bis 2035 Erhöhung auf 77,0 bzw. 83,5 Jahre; bis 2050 Erhöhung auf 78,1 bzw. 84,5 Jahre)	1999: 70 000 2000 bis 2005: jährlich 50 000 2006 bis 2009: jährlich 40 000 2010 bis 2019: jährlich 30 000 2020 bis 2029: jährlich 15 000 2030 bis 2039: jährlich 5 000 danach: ausgeglichener Wanderungssaldo
					Ost:	Ost:	Ausländische Bevölkerung:
					Geburtenhäufigkeit des Jahres 1998 (Nettoreproduktionsziffer = 0,53; zusammengefasste Geburtenziffer = 1,10) auf Nettoreproduktionsziffer = 0,65; zusammengefasste Geburtenziffer = 1,35 (Westniveau) im Jahr 2005 steigend, dann konstant	Ausgehend von der Lebenserwartung im Jahr 1998 von 71,8 Jahren (männliche Personen) bzw. 79,6 Jahren (weibliche Personen) Zunahme der Lebenserwartung in zwei Stufen (bis 2005 Angleichung an Westniveau des Jahres 1998, bis 2025 Angleichung an das bis zu diesem Zeitpunkt erreichte Westniveau), dann weiterer Anstieg der Lebenserwartung wie im Westen.	Modell K: Folgende Zuwanderungssalden: 1998: - 50 000 Modell A: Folgende Zuwanderungssalden: 1998: - 50 000 1999: 20 000 2000: 40 000 2001: 60 000 2002: 80 000 2003 bis 2049: jährlich 100 000 Modell B: 1998: - 50 000 1999: 20 000 2000: 40 000 2001: 60 000 2002: 80 000 2003: 100 000 2004: 120 000 2005: 140 000 2006: 160 000 2007: 180 000 2008 bis 2049: jährlich 200 000 Modell C: 1998: - 50 000 1999: 20 000 2000: 40 000 2001: 60 000 2002: 80 000 2003: 100 000 2004: 120 000 2005: 140 000 2006: 160 000 2007: 180 000 2008: 200 000 2009: 220 000 2010: 240 000 2011: 260 000 2012: 280 000 2013 bis 2049: jährlich 300 000
							1998 bis 2009: jährlich 50 000
							2010 bis 2019: jährlich 30 000
							2020 bis 2029: jährlich 15 000
							2030 bis 2039: jährlich 5 000
							danach: ausgeglichener Wanderungssaldo
							Modell K: Folgende Zuwanderungssalden: 1998: - 50 000
							Modell A: Folgende Zuwanderungssalden: 1998: - 50 000 1999: 20 000 2000: 40 000 2001: 60 000 2002: 80 000 2003 bis 2049: jährlich 100 000
							Modell B: 1998: - 50 000 1999: 20 000 2000: 40 000 2001: 60 000 2002: 80 000 2003: 100 000 2004: 120 000 2005: 140 000 2006: 160 000 2007: 180 000 2008 bis 2049: jährlich 200 000
							Modell C: 1998: - 50 000 1999: 20 000 2000: 40 000 2001: 60 000 2002: 80 000 2003: 100 000 2004: 120 000 2005: 140 000 2006: 160 000 2007: 180 000 2008: 200 000 2009: 220 000 2010: 240 000 2011: 260 000 2012: 280 000 2013 bis 2049: jährlich 300 000
Im vorliegenden Beitrag angesprochene Vorausberechnungen.							

Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten der Behandlung von steuerlichen Organschaften im statistischen Unternehmensregister

In Deutschland entsteht zurzeit ein umfassendes statistisches Unternehmensregister. Die „Grundsteinlegung“ für dieses Register erfolgte durch Zusammenführung der in den statistischen Ämtern existierenden Adressmaterialien. Um auch für Wirtschaftseinheiten, die bisher nicht in die statistische Berichterstattung einbezogen sind, Informationen zu erhalten, werden zum Ausbau des Registers verschiedene Verwaltungsdateien herangezogen. Nur durch die Nutzung von Verwaltungsdateien können auf mittlere Sicht die gegensätzlichen Forderungen nach mehr Informationen über Unternehmen sowie nach Entlastung der Unternehmen von statistischen Auskunftspflichten in Einklang gebracht werden.

Eine der Hauptquellen für das Unternehmensregister sind die Umsatzsteuerdateien der Finanzbehörden. Sie enthalten Daten zu allen Umsatzsteuerpflichtigen, die über eine gewisse Umsatzhöhe verfügen. Dabei gilt als Steuerpflichtiger bzw. Unternehmer, wer eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausübt. Diese steuerrechtliche Definition entspricht in den meisten Fällen der für das statistische Unternehmensregister benötigten Abgrenzung. Eine Ausnahme bilden jedoch die so genannten Organschaften.

Der Beitrag befasst sich zunächst mit der Definition und Bedeutung (umsatz-)steuerlicher Organschaften. Sodann wird geschildert, welche Schwierigkeiten durch die Verwendung von Verwaltungsdaten im Falle umsatzsteuerlicher Organschaften im statistischen Unternehmensregister hervorgerufen werden. Die Schwierigkeiten werden anhand eines Fallbeispiels – DaimlerChrysler – erläutert. Zum Schluss werden Wege zur Lösung der beschriebenen Schwierigkeiten aufgezeigt.

Dipl.-Volkswirtin Susanne Hagenkort/
Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Mathematiker Peter Schmidt

1 Definition und Abgrenzung steuerlicher Organschaften

Die Organschaft ist ein Rechtsinstitut des deutschen Steuerrechts. Sie dient – vereinfacht ausgedrückt – dazu, die Besteuerung der Umsätze, der Gewinne und der Gewerbeerträge so zu gestalten, dass ökonomisch miteinander verbundene Steuerpflichtige keinen Nachteil daraus erleiden, nicht auch (zivil-)rechtlich miteinander verbunden zu sein, sondern getrennt voneinander als eigene rechtliche Einheiten zu bestehen. Organschaften wurden bereits vor langer Zeit im deutschen Steuerrecht eingeführt (etwa seit 1930). Die Organschaft gibt es mit jeweils eigenständigen Vorschriften, die auch die Definitionskriterien betreffen, im Körperschaftsteuer-, im Umsatzsteuer- und im Gewerbebesteuerrecht. Organschaften können, müssen aber nicht für alle drei Steuerarten gleichermaßen bestehen.

Für die Führung statistischer Unternehmensregister ist insbesondere die umsatzsteuerliche Organschaft von Bedeutung, da alle umsatzsteuerpflichtigen Einheiten regelmäßig aus den Dateien der Finanzbehörden in das deutsche Unternehmensregister eingespielt werden.¹⁾ Nur diese werden im Folgenden betrachtet.

Die Möglichkeit zur Bildung umsatzsteuerlicher Organschaften existiert jedoch nicht nur in Deutschland, son-

dern auch in anderen Mitgliedstaaten der EU. Die 6. EG-Richtlinie zur Umsatzsteuer erlaubt es den Mitgliedstaaten, im Inland ansässige Personen (natürliche und juristische Personen, die wirtschaftlich tätig sind), die zwar rechtlich unabhängig, aber durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbunden sind, als einen Steuerpflichtigen zu behandeln.²⁾ Die deutsche Regelung entspricht dieser EU-Vorgabe.³⁾

Eine Organschaft ist also eine Zusammenfassung mehrerer rechtlicher Einheiten. Sie besteht aus dem Organträger und den Organgesellschaften (einer oder mehreren). Der Organträger tritt gegenüber der Steuerverwaltung als der Steuerpflichtige auf. Begründet wird ein Organschaftsverhältnis durch finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Eingliederung der Organgesellschaften. Dabei ist es nicht erforderlich, dass die drei Kriterien gleichermaßen ausgeprägt erfüllt sind; entscheidend ist das Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, was der Steuerverwaltung und den Steuerpflichtigen einen gewissen Ermessensspielraum offen lässt. Die drei Kriterien lassen sich folgendermaßen beschreiben:

- **Finanzielle Eingliederung:** Diese verlangt, dass der Organträger über eine entscheidende Kapitalbeteiligung verfügt, um seinen Willen bei den Organgesellschaften durchzusetzen (Mehrheit der Stimmrechte).
- **Wirtschaftliche Eingliederung:** Diese ist gegeben, wenn Organträger und Organgesellschaften eine wirtschaftliche Einheit bilden, indem sie ihre Tätigkeiten fördern oder ergänzen.

1) Die Finanzbehörden übermitteln den statistischen Ämtern alle umsatzsteuerpflichtigen Einheiten, die über eine gewisse Umsatzhöhe verfügen – nämlich einen Jahresumsatz von mindestens 32 500 DM und eine Vorjahresumsatzsteuer von mindestens 1 000 DM. Die Methodik und das Verfahren der Übernahme von Verwaltungsdaten in das Unternehmensregister ist ausführlich in früheren Beiträgen dieser Zeitschrift geschildert, siehe z. B. Hagenkort, S.: „Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters“ in WiSta 12/1999, S. 942 ff. und Landsberg, H.: „Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage“ in WiSta 6/2001, S. 444 ff.

2) Sechste Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern (Amtsbl. der EG Nr. L 145, S.1).

3) Die umsatzsteuerliche Organschaft ist in § 2 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) vom 26. November 1979 (BGBl. I S. 1953), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1790), geregelt.

- Organisatorische Eingliederung: Sie liegt vor, wenn durch organisatorische Maßnahmen sichergestellt ist, dass der Wille der beherrschenden Einheit in den Organgesellschaften auch tatsächlich durchgesetzt wird. Das bedeutet, dass entweder der Geschäftsführer der Organgesellschaft ein Mitarbeiter der beherrschenden Einheit ist oder ein Beherrschungsvertrag abgeschlossen wurde.

Das ursprüngliche Motiv der Steuerpflichtigen zur Bildung von Organschaften war die Vermeidung von doppelter oder mehrfacher Umsatzsteuer. Dieses ist mit der Einführung des Vorsteuerabzugs in Deutschland im Jahr 1967 hinfällig geworden, denn der Vorsteuerabzug vermeidet gerade die Doppelbesteuerung von Vorleistungen, indem ein Steuerpflichtiger die für eine Vorleistung entrichtete Umsatzsteuer von der aus dem Verkauf seiner Leistung entstehenden Umsatzsteuer abziehen kann. Es ist nur noch bei bestimmten Unternehmen gegeben, die nicht zu einem Vorsteuerabzug berechtigt sind (beispielsweise Versicherungsunternehmen oder Wohnungsvermietungsunternehmen). Das eigentliche Motiv für die Bildung von Organschaften liegt heute lediglich in der Verwaltungsvereinfachung und besteht auf beiden Seiten: bei den Steuerpflichtigen und bei der Steuerverwaltung. Für die anderen Formen der Organschaften (Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer) gilt diese Aussage nicht; hier besteht ein Motiv tatsächlich weiterhin in der Steuervermeidung.

Die Voraussetzungen zur Bildung einer Organschaft (finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Eingliederung) sind fast identisch mit den Kriterien zur Bildung eines Konzerns. Es gibt jedoch einige Besonderheiten im Steuerrecht, die die Organschaft enger fassen als den Konzern. So können Organgesellschaften ausschließlich juristische Personen sein und nicht beispielsweise Personengesellschaften oder Einzelunternehmen. Zu einem Konzern können dagegen durchaus auch Personengesellschaften gehören. Der Organträger (an der Spitze der Organschaft) muss dagegen keine juristische Person sein. Ferner ist die Bildung von Organschaften auf inländische rechtliche Einheiten begrenzt. Hat ein Organträger

seine Geschäftsleitung im Ausland, so gilt der wirtschaftlich bedeutendste Organschaftsteil im Inland als der Organträger.⁴⁾

2 Häufigkeit und Ausmaß steuerlicher Organschaften in Deutschland

Angaben über die Häufigkeit und das Ausmaß steuerlicher Organschaften in Deutschland lassen sich der Umsatzsteuerstatistik entnehmen.⁵⁾ In dieser Statistik werden für das Berichtsjahr 1999 11 714 Organschaften nachgewiesen. Bei einer Gesamtzahl von rund 2,9 Mill. Umsatzsteuerpflichtigen ergibt sich ein Anteil der Organschaften an der Zahl der Steuerpflichtigen insgesamt von 0,4%. Rein mengenmäßig sind Organschaften demnach von geringer Bedeutung. Betrachtet man im Vergleich dazu jedoch den Anteil der Organschaftsumsätze an den Umsätzen insgesamt, wie in Schaubild 1 auf S. 924 geschehen, so wird deutlich, dass Organschaften gemessen an dieser Größe von höherer Bedeutung sind.

Die Umsatzsteuerstatistik gibt zudem Auskunft über die Umsatzstärke der einzelnen Organschaften. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, sind Organschaften im Vergleich zu den Steuerpflichtigen insgesamt verstärkt in Größenklassen mit höherem Umsatz vertreten. In der höchsten Größenklasse (mit mehr als 1 Mrd. DM Umsatz) ist fast jeder dritte Steuerpflichtige eine Organschaft. Organschaften müssen jedoch nicht notwendigerweise große Unternehmen darstellen, sind sie doch in allen Größenklassen vertreten. Es gibt durchaus auch Organschaften mit sehr geringen Umsätzen.

Da die Umsatzsteuerstatistik den Wirtschaftszweig der Steuerpflichtigen als Merkmal enthält, lassen sich auch Aussagen über die Wirtschaftszweiguordnung von Organschaften treffen. Organschaften werden – wie alle Steuerpflichtigen – einem Wirtschaftszweig zugeordnet. Diese Zuordnung erfolgt jedoch nicht generell entsprechend dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit

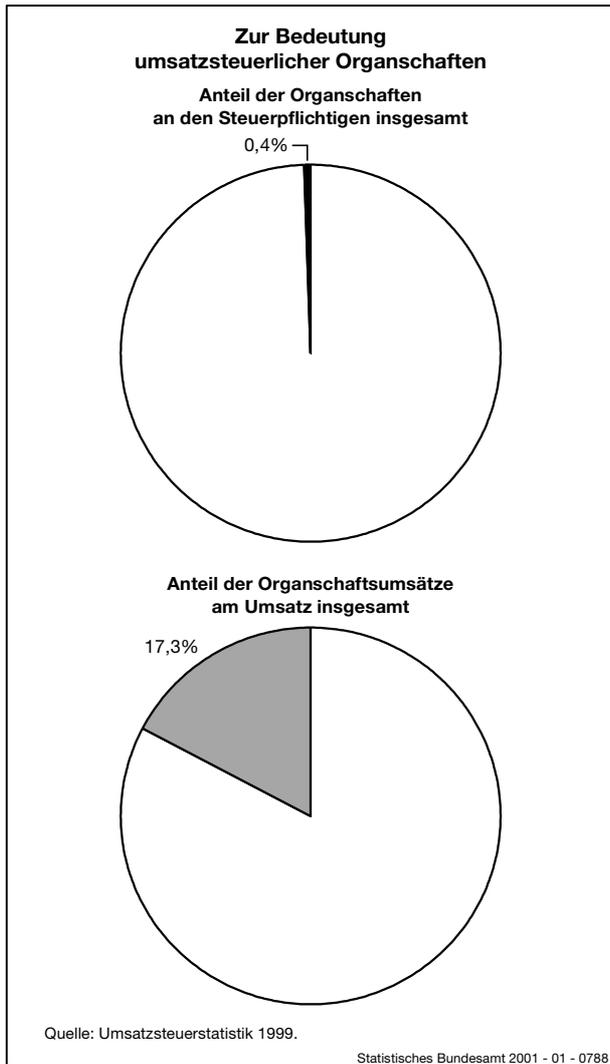
Umsatzsteuerstatistik: Organschaften 1999 nach Größenklassen der Umsätze

Größenklassen der Umsätze von ... bis unter ... DM	Insgesamt		Organschaften		Anteil der Organschaften innerhalb einer Größenklasse in %	
	Steuerpflichtige	Umsätze	Steuerpflichtige	Umsätze	Anzahl	Umsätze
	Anzahl	1 000 DM	Anzahl	1 000 DM		
32 500 – 50 000	265 095	10 862 417	91	3 795	0,0	0,0
50 000 – 100 000	524 610	38 199 517	177	13 036	0,0	0,0
100 000 – 250 000	741 901	121 081 163	367	60 917	0,0	0,1
250 000 – 500 000	474 088	168 320 844	506	188 304	0,1	0,1
500 000 – 1 Mill.	350 077	247 390 248	959	725 694	0,3	0,3
1 Mill. – 2 Mill.	232 708	327 073 096	1 711	2 500 472	0,7	0,8
2 Mill. – 5 Mill.	169 213	520 935 199	2 591	8 459 099	1,5	1,6
5 Mill. – 10 Mill.	60 672	422 090 581	1 575	11 169 548	2,6	2,6
10 Mill. – 25 Mill.	39 923	614 230 673	1 637	25 794 089	4,1	4,2
25 Mill. – 50 Mill.	13 756	478 442 226	729	25 849 187	5,3	5,4
50 Mill. – 100 Mill.	7 166	494 706 589	432	30 752 971	6,0	6,2
100 Mill. – 250 Mill.	4 268	649 009 657	411	65 326 812	9,6	10,1
250 Mill. – 500 Mill.	1 456	507 962 795	210	73 753 195	14,4	14,5
500 Mill. – 1 Mrd.	722	501 403 548	133	94 324 551	18,4	18,8
1 Mrd. und mehr	613	2 520 771 340	185	980 460 011	30,2	38,9
Insgesamt ...	2 886 268	7 622 479 892	11 714	1 319 381 681	0,4	17,3

4) Siehe § 2 Abs. 2 (2) UStG.

5) Siehe Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 8 „Umsatzsteuer 1999“.

Schaubild 1



der gesamten Organschaft, sondern (nach den bisherigen Erfahrungen) überwiegend anhand der Tätigkeit des Organträgers.⁶⁾ Entsprechend vorsichtig sind die Ergebnisse zu werten. Schaubild 2 zeigt die Aufteilung der Umsätze von Organschaften auf die Wirtschaftsabschnitte der WZ 93⁷⁾.

Der Schwerpunkt der Organschaftsumsätze liegt demnach deutlich im Verarbeitenden Gewerbe. Relativ hohe Umsätze sind weiterhin im Handel, der Energie- und Wasserversorgung sowie im Dienstleistungsbereich (Abschnitte I und K) erkennbar.

Interessanter ist jedoch die relative Bedeutung des Organschaftsumsatzes in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Schaubild 3 informiert über den Anteil der entsprechenden Organschaftsumsätze am Gesamtumsatz eines Wirtschaftsabschnitts. Dabei fällt insbesondere der Abschnitt C „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ ins Auge, in dem der überwiegende Teil des Gesamtumsatzes als Organschaftsumsatz ausgewiesen wird.

Schaubild 2

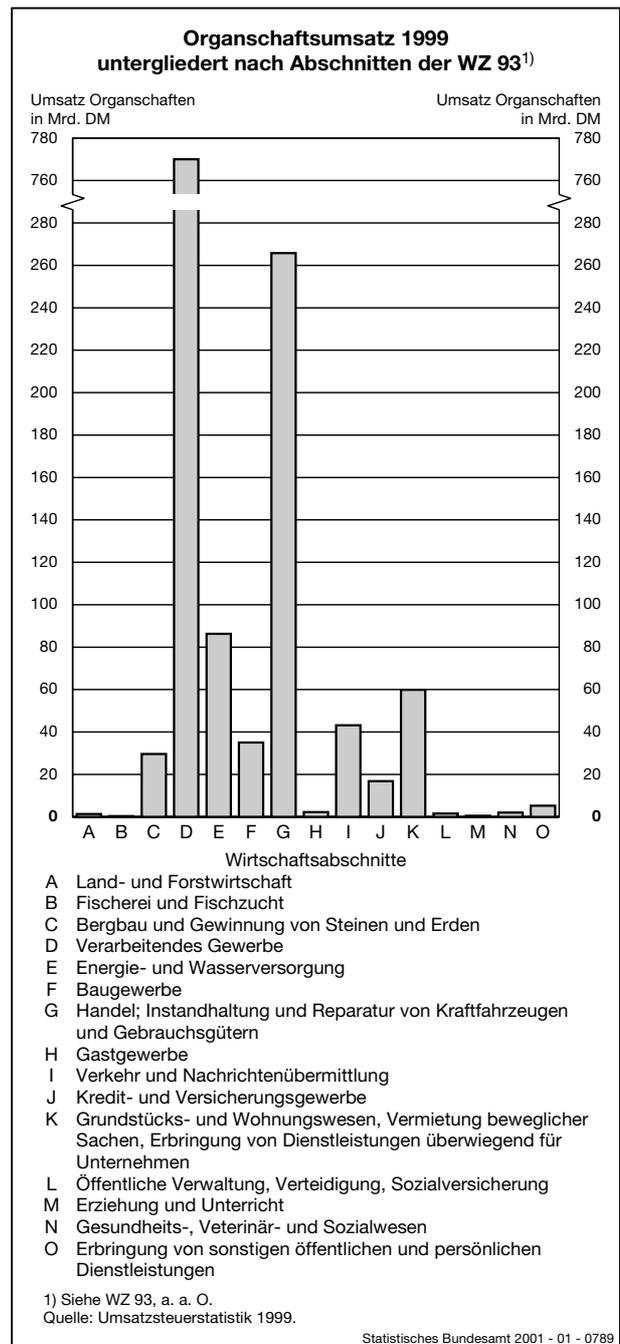


Schaubild 4 zeigt die Entwicklung der Anzahl von Organschaften im Zeitablauf. Es wird deutlich, dass das Rechtsinstitut „Organschaft“ rein mengenmäßig an Bedeutung gewinnt. Von 1997 auf 1998 wurde eine Zuwachsrate der Organschaften von rund 10% – bei einer Zuwachsrate der Steuerpflichtigen insgesamt von 2,2% – in der Umsatzsteuerstatistik festgestellt. Von 1998 auf 1999 belief sich die Zuwachsrate auf immerhin noch 5%, bei einer Zuwachsrate der Steuerpflichtigen insgesamt von 1%. Darüber hinaus haben erste Ergebnisse einer im Jahr 2000 begonnenen Befragung von Einheiten des Unternehmensregisters zu der Erkenntnis geführt, dass in

6) Nach Möglichkeit schlüsseln die Steuerstatistiker den von den Finanzbehörden übermittelten Wirtschaftszweig in denjenigen um, der für die Tätigkeit der Organschaft insgesamt steht.

7) Siehe hierzu auch Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen – Ausgabe 1993“ (WZ 93).

Schaubild 3

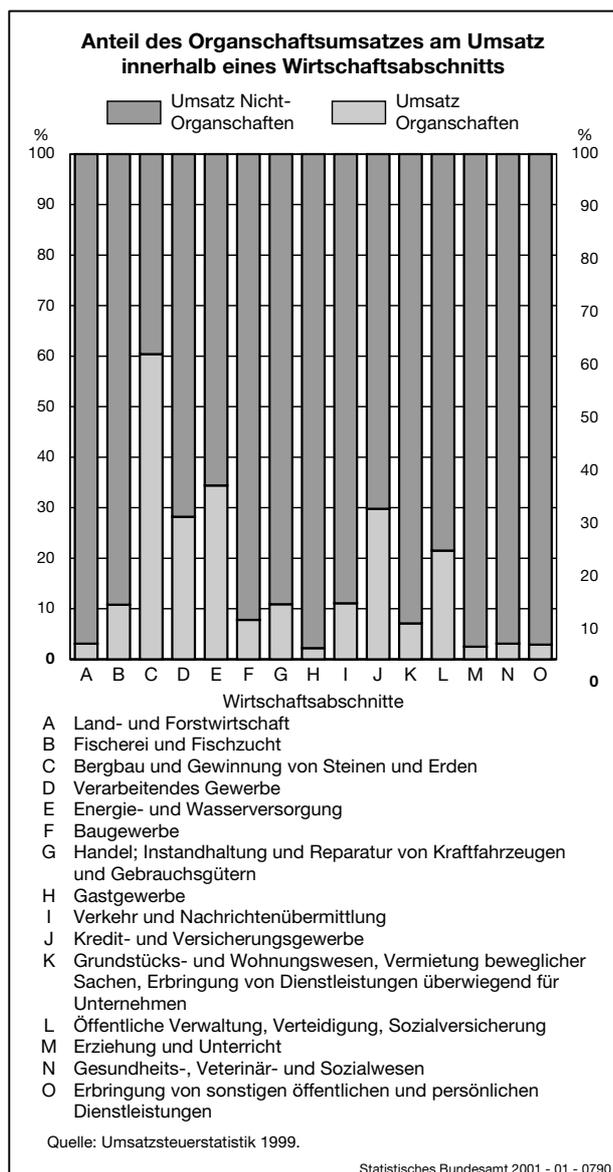
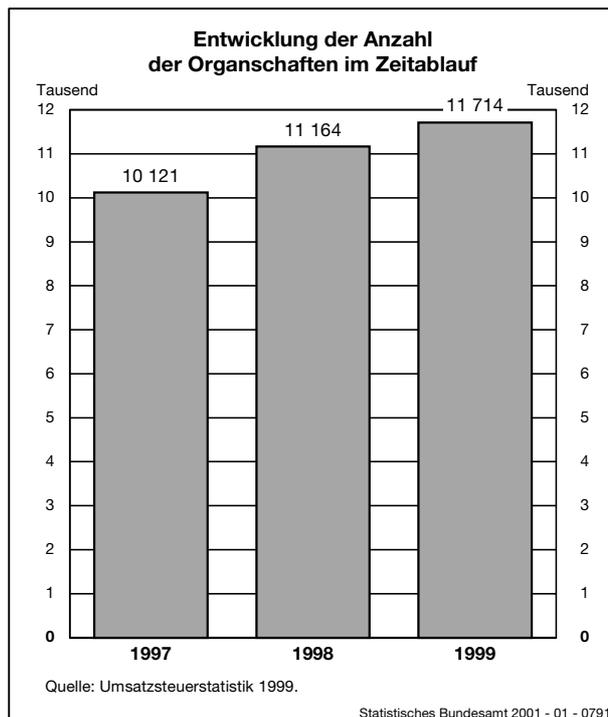


Schaubild 4



gesellschaften werden nicht übermittelt. Der steuerbare Umsatz der Organgesellschaften wird beim zugehörigen Organträger mit ausgewiesen. Steuerbar sind auch nur die Außenumsätze einer Organschaft und nicht die zwischen Organgesellschaften bzw. mit dem Organträger getätigten Innenumsätze.

Im Hinblick auf die Verarbeitung der Umsatzsteuerdateien im Unternehmensregister führt dies zu folgenden Schwierigkeiten:

- Angaben zu registerrelevanten Unternehmen (rechtlich selbstständige Einheiten) fehlen völlig, sofern es sich um umsatzsteuerliche Organgesellschaften handelt, die in keiner der anderen Informationsquellen für das Register enthalten sind.
- Organgesellschaften, die aus anderen Quellen als den Umsatzsteuerdateien in das Register aufgenommen wurden, werden ohne steuerbaren Umsatz ausgewiesen.
- Organträger werden mit dem steuerbaren Umsatz der gesamten Organschaft und nicht mit ihrem eigenen Umsatz im Register geführt, was aus Sicht der amtlichen Statistik umso bedenklicher ist, wenn Organträger in den Umsatzsteuerdateien nicht als solche gekennzeichnet werden.
- Der Umsatz der Organschaft wird in der überwiegenden Anzahl der Fälle pauschal im Wirtschaftszweig des Organträgers nachgewiesen, was statistisch umso folgenschwerer ist, je heterogener die Tätigkeiten der Organschaftsmitglieder (Organträger und Organgesellschaften) ausfallen.
- Der gesamte Organschaftsumsatz wird regional dem Sitz des Organträgers zugeordnet, obwohl dies nicht der Ort der wirtschaftlichen Haupttätigkeit und dar-

den von den Finanzbehörden übermittelten Materialien Organschaften nicht stets als solche gekennzeichnet zu sein scheinen und demnach die Bedeutung der umsatzsteuerlichen Organschaften noch größer sein dürfte, als hier dargestellt.

3 Schwierigkeiten der Verwendung administrativer Daten im Falle steuerlicher Organschaften

Die Umsatzsteuerdateien der Finanzbehörden werden jährlich an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt. Dies geschieht derzeit sowohl für Zwecke der Umsatzsteuerstatistik als auch für Zwecke des statistischen Unternehmensregisters.

Im Falle von umsatzsteuerlichen Organschaften liefern die Finanzbehörden einen Datensatz, der den Umsatz der Organschaft sowie den Namen, die Anschrift des Organträgers und den Wirtschaftszweig enthält. Angaben über die zu einer Organschaft gehörenden Organ-

über hinaus auch nicht der einzige Ort sein muss, an dem die in der Organschaft zusammengefassten wirtschaftlichen Tätigkeiten ausgeübt werden.

Insgesamt führt die Verwendung der Umsatzsteuerdateien im Falle umsatzsteuerlicher Organschaften also zu einer Einbuße an sachlicher und regionaler Tiefe der Registerinhalte. Dies wirkt sich auch auf die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten des Registers aus. So sind Registerauswertungen nur bedingt aussagefähig, wenn beispielsweise in der Anzahl der Unternehmen die Organgesellschaften fehlen oder Umsätze möglicherweise in einem Wirtschaftszweig bzw. einer Region nachgewiesen werden, in dem bzw. in der sie nicht hauptsächlich erzielt wurden.

Auch in registergestützten Erhebungen müssen die durch das Vorhandensein von umsatzsteuerlichen Organschaften hervorgerufenen Registerungenauigkeiten so weit wie möglich bedacht werden. So dient das Unternehmensregister beispielsweise als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für eine im Jahr 2001 erstmals durchgeführte statistische Erhebung im Dienstleistungsbereich für das Berichtsjahr 2000. Insbesondere wurde dabei auf die Einheiten und die Angaben zum Wirtschaftszweig und zum Umsatz zurückgegriffen, die aus den im Register verarbeiteten Umsatzsteuerdateien stammen. Wegen des Umstandes fehlender Organgesellschaften ergab sich die Schwierigkeit, dass sowohl in der Grundgesamtheit als auch in der Stichprobe möglicherweise Dienstleistungsunternehmen fehlen und daher Totalwerte gegebenenfalls unterschätzt werden. Umgekehrt besteht die Gefahr, dass durch die Zuordnung von Organschaftsumsätzen zum Dienstleistungsbereich anhand der Wirtschaftszweigkennung des Organträgers die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges beim Erstellen des Auswahlplans überschätzt wird. Um Verzerrungen zu minimieren, mussten im Rahmen der Stichprobenziehung ferner für als Organträger gekennzeichnete Einheiten Sonderschichten gebildet werden, soweit als Merkmal für eine Schichtung der Organträger nach Größenklassen nur der Umsatz herangezogen werden konnte. Bei all diesen Voraussetzungen ist nur mit zusätzlichen Anstrengungen und einem hohen Aufwand eine qualitativ hochwertige Dienstleistungsstatistik zu erreichen.

4 Ein Fallbeispiel

Die Thematik umsatzsteuerlicher Organschaften in der Statistik soll im Folgenden anhand des Fallbeispiels DaimlerChrysler verdeutlicht werden. Die Angaben hierzu stammen zum Teil aus öffentlich zugänglichen Quellen, zum Teil von der DaimlerChrysler AG selbst, wofür sich die Autoren an dieser Stelle nochmals herzlich bedanken.

DaimlerChrysler als Unternehmen (rechtliche Einheit) ist im November 1998 durch den Zusammenschluss der deutschen Daimler-Benz AG und der amerikanischen Chrysler Corporation entstanden. Die DaimlerChrysler AG stellt zusammen mit ihren vielen Tochterunternehmen in verschiedenen Staaten einen weltweit agierenden Konzern dar.

Der Konzern

Im Geschäftsbericht des Jahres 2000 gibt DaimlerChrysler an, dass zu dem Konzern insgesamt über 700 Tochterunternehmen im In- und Ausland gehören. Hinzu gesellen sich noch ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) und Beteiligungen an assoziierten Unternehmen. Der Konsolidierungskreis der Konzernbilanz umfasst nicht alle Tochterunternehmen und Beteiligungen, sondern etwa 500 Tochterunternehmen sowie in Teilen ein Gemeinschaftsunternehmen und etwa 100 assoziierte Unternehmen.

Geschäftsfelder

Die wirtschaftlichen Aktivitäten des DaimlerChrysler Konzerns sind keineswegs auf die Automobilherstellung beschränkt, obschon als strategische Ausrichtung für die Zukunft die Fokussierung auf das Automobilgeschäft genannt wird. Zur Strategie vergangener Jahre (zumindest der deutschen Daimler-Benz AG) zählte jedoch die Errichtung eines breit gefächerten Technologiekonzerns, was sich noch heute in verschiedenen Geschäftsfeldern abzeichnet. Der Konzern selbst nennt die folgenden Geschäftsfelder:

- Mercedes-Benz Personenwagen & Smart
- Chrysler Group
- Nutzfahrzeuge
- Dienstleistungen
- Luft- und Raumfahrt
- Übrige: Hierzu zählen Aktivitäten in den Bereichen Bahnsysteme, Automobil-Elektronik, Antriebe für Schiffe, Schienenfahrzeuge und dezentrale Energiesysteme.

Hauptgeschäftsfelder sind in erster Linie die beiden erstgenannten und – mit einigem Abstand dazu – die Sparte Nutzfahrzeuge.

Nationale Betrachtung

Für das Unternehmensregister und die Unternehmensstatistik in Deutschland sind jedoch nur die Konzernteile mit Sitz in Deutschland von vornehmlichem Interesse. Ausgeklammert werden können somit Tochterunternehmen und Beteiligungen des Konzerns im Ausland. Die öffentlich zugängliche Hoppenstedt Konzernstrukturdatenbank gibt für das Jahr 1999 an, dass zum DaimlerChrysler Konzern 436 deutsche Unternehmen (rechtlich selbstständige Einheiten) gehören, wovon bei 178 eine Mehrheitsbeteiligung und bei 258 eine Minderheitsbeteiligung besteht.

Organschaft

Den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder ist die Zusammensetzung der umsatzsteuerlichen Organschaft der DaimlerChrysler AG nicht genau bekannt. Bekannt ist lediglich, dass eine Organschaft vorliegt (Kennzeichnung in den Dateien der Finanzbehörden), in

der die DaimlerChrysler AG als Organträger agiert. Die einzelnen Organgesellschaften sind, da sie selbst nicht als Steuerpflichtige im Rahmen der Umsatzsteuer behandelt werden, nicht den Umsatzsteuerdaten der Finanzbehörden zu entnehmen.

Das Unternehmen hat dem Statistischen Bundesamt jedoch freundlicherweise die Zusammensetzung der Umsatzsteuer-Organschaft mitgeteilt (Stand: 1. Mai 2000) und der Verwendung für die nachfolgende Berichterstattung zugestimmt. Die Organschaft bestand zu diesem Zeitpunkt insgesamt aus 168 rechtlich selbstständigen Einheiten: 1 Organträger und 167 Organgesellschaften. Organträger und -gesellschaften lassen sich allen zuvor genannten Geschäftsbereichen des Konzerns zuordnen. Die Bekanntesten darunter sind:

Geschäftsfeld:	Unternehmen (rechtlich selbstständige Einheiten):
Personenwagen	DaimlerChrysler AG, Micro Compact Car smart GmbH
Nutzfahrzeuge	Evo Bus GmbH, Mercedes-Benz Lenkungen GmbH
Dienstleistungen	DaimlerChrysler Services (debis) AG, debis Systemhaus GmbH
Luft- und Raumfahrt	DaimlerChrysler Aerospace AG (DASA), Dornier GmbH
Übrige	MTU Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH, TEMIC Telefunken microelectronik GmbH, DaimlerChrysler Rail Systems GmbH

Die überwiegende Mehrzahl der Organgesellschaften sind GmbHs (163), vier Gesellschaften sind AGs, ebenso der Organträger selbst. Die Gesellschaften sind regional in Deutschland weit gestreut. Gemessen am Sitz der Gesellschaften sind sie in 14 von 16 Bundesländern vertreten, mit Schwerpunkten in Baden-Württemberg (67) und Bayern (32). Würde man die Betriebe⁸⁾ als Maßstab nehmen, so ist die Organschaft höchstwahrscheinlich in allen Bundesländern vertreten.

DaimlerChrysler ist sicher ein extremes Beispiel für die Größe und Vielfalt einer Organschaft und die damit verbundenen Schwierigkeiten der Statistik. Es ist aber gleichzeitig auch ein Paradebeispiel für die Instabilität bzw. Volatilität einer Organschaft. Die bereits angeführte Strategie der Fokussierung auf das Kerngeschäft bildet sich in der Zusammensetzung der Organschaft insofern ab, dass im Jahr 2000 und im Jahr 2001 wichtige große Unternehmen aus der Organschaft ausgeschieden sind, da der Konzern die Mehrheitsbeteiligungen an diesen Unternehmen abgegeben hat. So ist eines der größten Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnik in Deutschland, die debis Systemhaus GmbH, im Jahr 2000 (kurz nach dem hier beschriebenen Stand) aus der Organschaft ausgeschieden und in ein Joint Venture mit der Deutschen Telekom übergegangen. Auch die Airbus Produktion (früher DASA) ist nicht mehr Bestandteil der Organschaft, seitdem DaimlerChrysler an der neu gegründeten EADS⁹⁾ nur noch eine Minderheitsbeteiligung hält. Weiteres bekanntes Beispiel ist der Verkauf des Bahnerstellers Adtranz, der ebenfalls früher zur Organschaft zählte.

Welche Auswirkungen sich daraus auf die Verwertbarkeit der jährlichen Umsatzübermittlung des Steuerpflichtigen DaimlerChrysler ergeben, ist offensichtlich. Es sei nochmals am Beispiel der bereits erwähnten, im Jahr 2001 erstmals durchgeführten Dienstleistungsstatistik verdeutlicht:

Für die Stichprobenauswahl und die spätere Hochrechnung der Dienstleistungsstatistik wird das Unternehmensregister verwendet. Insbesondere wird dabei auf die Einheiten und die Angaben der Finanzbehörden zum Wirtschaftszweig und zum Umsatz zurückgegriffen. Ohne manuelle Eingriffe würde dies bedeuten, dass die im Dienstleistungsbereich tätigen Organgesellschaften der DaimlerChrysler Organschaft sowohl in der Grundgesamtheit als auch in der Stichprobe fehlen. Umgekehrt sind in der Stichprobe Organträger als Stellvertreter der Organschaften enthalten, deren Umsätze mit Sicherheit größtenteils nicht dem Dienstleistungsbereich zugeordnet werden können.

5 Überlegungen zu Lösungsmöglichkeiten

Die Schwierigkeiten der Verwendung administrativer Angaben im Falle umsatzsteuerlicher Organschaften wurden im dritten Kapitel dargestellt und auch im Fallbeispiel deutlich. Ziel der statistischen Ämter ist es, alle Bestandteile der Organschaft, das heißt den Organträger und die Organgesellschaften, im Unternehmensregister als eigene Unternehmen (rechtlich selbstständige Einheiten) zu führen, und zwar mit den entsprechenden Merkmalen, die für Erhebungen bzw. Auswertungen erforderlich sind.

Die Ausgangslage ist hierbei die folgende: Die beiden administrativen Hauptquellen des Unternehmensregisters in Deutschland sind die Dateien der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen und die Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit mit allen Betrieben, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben. Zu einer bestimmten Organschaft erhält das zuständige statistische Landesamt seitens der Finanzbehörde somit einen Datensatz, der den Umsatz der Organschaft sowie den Namen, die Anschrift des Organträgers und den Wirtschaftszweig enthält. Darüber hinaus erhalten die jeweiligen statistischen Ämter Daten zu den einzelnen Betrieben (Name, Anschrift, Wirtschaftszweig, Beschäftigtenzahl) von Unternehmen der Organschaft, soweit diese Betriebe sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen. Angaben darüber, zu welchem Unternehmen (rechtliche Einheit) die Betriebe jeweils gehören bzw. ob es sich bei den betroffenen Betrieben um das Unternehmen selbst handelt, werden jedoch nicht übermittelt.

Somit müssten die Betriebe aller Organgesellschaften einer Organschaft, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben, im Unternehmensregister enthalten sein.¹⁰⁾ Die Kennzeichnung der zugehörigen Unterneh-

8) Während das Unternehmen in der Bundesstatistik juristisch definiert wird, bestimmt sich der Betrieb (z. B. Werk, Werkstätte, Verkaufsladen, Büro, Lagerhaus) nach dem Kriterium der räumlichen Abgrenzung.
9) European Aeronautic Defence and Space Company.
10) Hierzu gehören insbesondere auch die Betriebe, die als Hauptverwaltung das Unternehmen repräsentieren.

men als Organgesellschaften und der Bezug zum Organträger fehlen allerdings. In der Beschaffung dieser zusätzlichen Angaben liegt die Hauptschwierigkeit (Identifikation). Ein weiteres Problem besteht darin, anschließend die fehlenden Merkmale der Organgesellschaften und des Organträgers zu erhalten, insbesondere den Umsatz (Merkmale).

Identifikation

Registerumfrage

Zur Lösung des Problems der Identifikation als Organgesellschaft greift die deutsche Statistik derzeit auf die so genannte Registerumfrage¹¹⁾ zurück. Einbezogen in die Umfrage werden insbesondere alle Einheiten, die im Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit enthalten sind, aber weder einer Einheit aus den Umsatzsteuerdateien noch einer im Register als Betrieb gekennzeichneten Einheit zugeordnet werden konnten. Dem liegt die Erwartung zugrunde, dass es sich bei diesen Einheiten entweder

- um Betriebe von Unternehmen, die bisher nicht diesem Unternehmen zugeordnet waren,
- um Dubletten in Form von Einheiten, bei denen der Adressabgleich zwischen der Datei der Bundesanstalt für Arbeit und dem Register nicht zum Erfolg geführt hat, oder
- um Organgesellschaften

handelt.

Im Erhebungsbogen der Registerumfrage ist explizit die Frage enthalten, ob das Unternehmen eine Organgesellschaft ist und wenn ja, wer der zugehörige Organträger ist. Mittlerweile (Stand: Mitte Juli 2001) konnten auf diesem Wege bereits über 20 000 Organgesellschaften identifiziert und einem bestimmten Organträger zugeordnet werden. Genaue Angaben über die Gesamtzahl der Organgesellschaften sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch nicht möglich.

Administrative Zusatzinformationen

Ein weiterer Lösungsansatz basiert darauf, administrative Zusatzinformationen zur Vervollständigung und Aktualisierung der Identifikation von Organgesellschaften zu nutzen. In Frage kommen hierbei einerseits Daten der Länderfinanzbehörden über die Zusammensetzung der Organgesellschaften und andererseits Daten des Bundesamts für Finanzen über Organträger und Organgesellschaften. Letztere enthalten allerdings nur Informationen zu Organgesellschaften, die eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer für den innergemeinschaftlichen Handel beantragt haben. Bislang gibt es noch keine gesetzlichen Grundlagen zur Nutzung dieser Informationen durch die amtliche Statistik. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist jedoch in Vorbereitung.

Einheitliche Nummer für Wirtschaftseinheiten in den Verwaltungen

Die Bundesregierung ist derzeit bestrebt, ein einheitliches und eindeutiges Kennzeichen für Wirtschaftseinheiten in Form einer Identifikationsnummer einzuführen. Ein umfassendes Konzept hierzu existiert noch nicht. In einer zweijährigen Erprobungsphase sollen Vergabe- und Kontinuitätsregeln für eine solche Nummer entwickelt und erprobt werden. Seitens der Statistik wurde vorgeschlagen, das Kennzeichen auf rechtliche Einheiten und zusätzlich auf Betriebe zu beziehen und den Zusammenhang zu dokumentieren.

Sollte dies gelingen, so würden alle Organgesellschaften und der Organträger einer Organgesellschaft ein eigenes Kennzeichen erhalten. Bei den Einheiten, die die Bundesstatistik von der Bundesanstalt für Arbeit erhält, wäre vermerkt, ob diese selbst Unternehmen darstellen oder Betriebe von Unternehmen sind, deren Kennzeichen dann auch angegeben wäre. Mit diesem Verfahren wäre also das Identifikationsproblem, das heißt die Identifizierung einer Einheit als rechtliche Einheit, bereits gelöst. Nicht gelöst werden kann damit das Problem der Kennzeichnung einer rechtlichen Einheit als Organgesellschaft und ihres Bezugs zum Organträger.

Merkmale

Die bislang beschriebenen Ansätze tragen in erster Linie zur Identifizierung der Organgesellschaften als rechtliche Einheiten bzw. Unternehmen bei. Zur Durchführung von Erhebungen mit Hilfe des Unternehmensregisters werden jedoch speziell die Merkmale benötigt, auf die sich die Berichtspflichten stützen: der Wirtschaftszweig, der Jahresumsatz und die Beschäftigtenzahl.

Die Ermittlung der Beschäftigtenzahl und des Wirtschaftszweigs ist unproblematisch, wenn die Identifikation der Organgesellschaft über eine Registerumfrage bei Einheiten aus dem Material der Bundesanstalt für Arbeit gelungen ist, denn dieses Material enthält beide Merkmale.

Problematischer ist es, das Merkmal Umsatz für Organträger und Organgesellschaften zu erhalten. Die deutschen Finanzbehörden kennen nur den steuerbaren Umsatz der gesamten Organschaft, der zudem als Außenumsatz definiert ist, das heißt Umsätze innerhalb der Organschaft ausklammert. Um zumindest eine grobe Vorstellung über die Umsätze der Organträger und -gesellschaften zu erhalten, wird der Vorschlag diskutiert, diesen Umsatz zunächst mit Hilfe der Beschäftigtenzahl der einzelnen Mitglieder der Organschaft und des Umsatzes der Organschaft zu schätzen (Aufteilung). Auch differenziertere Modelle für eine entsprechende Umsatzaufteilung werden in Betracht gezogen. Mittel- bis langfristig wird zudem die Möglichkeit gesehen, Näherungswerte für den Umsatz der größten Organträger und -gesellschaften von den Finanzbehörden zu erhalten. Teilweise ermitteln die Länderfinanzbehörden in mehrjährigen Abständen solche Näherungswerte, um Unternehmen verschiedenen Größenklassen zuordnen zu können und daraus

11) Siehe Landsberg, H., Fußnote 1.

bestimmte steuerliche Konsequenzen (z. B. das Erfordernis einer steuerlichen Betriebsprüfung) abzuleiten.

Administrative Einheiten

Das derzeit in der deutschen Statistik eingesetzte Registersystem URS 95 unterscheidet verschiedene Arten von Einheiten (z. B. Unternehmen mit einem Betrieb, Unternehmen mit mehreren Betrieben, Betriebe von Unternehmen mit mehreren Betrieben usw.). Diese Einheiten werden alle aus einem rein statistischen Blickwinkel abgegrenzt und im Register gepflegt, um sie als Erhebungseinheiten und/oder Darstellungseinheiten zu verwenden. Organschaften sind ein Beispiel dafür, dass dies nicht immer gelingt.

Die administrativen Daten zu Organschaften sind jedoch gleichzeitig so wichtig, dass die Statistik hierauf nicht verzichten kann. Daraus ergibt sich die Forderung, diese Angaben künftig im Unternehmensregister zu speichern, allerdings nicht als statistische Einheiten, sondern als eigenen Einheitentyp: als administrative Einheit. Dies eröffnet die Möglichkeit, sämtliche Informationen der einzelnen Verwaltungen zu allen Einheiten im Register verfügbar zu haben, ohne automatisch aus allen Angaben statistische Einheiten bilden zu müssen. Wie und insbesondere mittels welcher Informationen statistische Einheiten künftig gebildet werden, kann somit als getrennte Aufgabe behandelt werden, die nachfolgend kurz angesprochen wird.

Unternehmensgruppen

Wie eingangs beschrieben, können Organschaften als Gruppen von miteinander verbundenen Unternehmen (rechtlichen Einheiten) beschrieben werden. Aufgrund dieser Kennzeichnung liegt es nahe, die Frage nach der Verwandtschaft von Organschaften und Unternehmensgruppen zu stellen¹²⁾. Die von der Finanzbehörde formulierten Kriterien für eine Organschaft (finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Eingliederung) finden sich in ähnlicher Weise auch bei der Definition und Erläuterung der Unternehmensgruppe.¹³⁾ Auch im Fallbeispiel DaimlerChrysler wurde die Verwandtschaft von Konzern (Unternehmensgruppe) und Organschaft aufgezeigt.

Das Statistische Bundesamt hat diese Frage noch nicht abschließend untersucht. Geplant ist jedoch ein Projekt, Organschaften als Ansatz zur Erfassung des Merkmals „Kontrolle“ im Unternehmensregister und somit als Ausgangspunkt für die Bildung von Unternehmensgruppen im Unternehmensregister zu verwenden. Möglicherweise ist das Steuerphänomen „Organschaft“ demnach nicht nur als „statistischer Unglücksfall“ zu betrachten.

Fazit

Nicht zuletzt infolge der zunehmenden Nutzung des Unternehmensregisters für Erhebungen und Auswertungen sowie damit verbundenen Überlegungen zur stärkeren Nutzung von Verwaltungsdaten für statistische

Zwecke muss sich die Statistik mit den besonderen Verwaltungsregularien befassen. Umsatzsteuerliche Organschaften stellen für die deutsche Statistik und insbesondere das Unternehmensregister eine spezifische Schwierigkeit dar, zu der verschiedene Lösungsansätze existieren und zum Teil bereits angewendet werden. Die derzeit durchgeführte umfassende Registerumfrage enthält beispielsweise eine Frage nach Organschaftszusammenhängen. Die deutsche amtliche Statistik bemüht sich darüber hinaus, weitere wichtige Angaben von Verwaltungsstellen zu erhalten, entweder speziell zu Organschaften oder in Form einer einheitlichen Wirtschaftsnummer für alle rechtlichen Einheiten.

Es muss allerdings auch dafür Sorge getragen werden, dass sämtliche wichtigen Zusatzinformationen effizient gespeichert und verarbeitet werden können, indem beispielsweise das Unternehmensregister deutlich zwischen administrativen, rechtlichen und statistischen Einheiten unterscheidet. Speziell für die Bildung spezifischer statistischer Einheiten, wie der Unternehmensgruppe, können Organschaften gegebenenfalls als Anhaltspunkt genutzt werden. ■

12) Unternehmensgruppen sind aus statistischer Sicht vor allem für die Konzentrationsbeobachtung bedeutsam. Siehe hierzu Stock, G./Opfermann, R.: „Neue Wege zur Verbesserung der Konzentrationsbeobachtung im Rahmen der amtlichen Wirtschaftsstatistik“ in WiSta 7/2000, S. 485 ff.

13) Siehe Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 76, S. 1).

Abgrenzung von Ländergruppen in den Außenhandelsstatistiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Da die Bildung von Ländergruppen, nach denen die Außenhandelsstatistiken veröffentlicht werden, innerhalb der Europäischen Union (EU) nicht harmonisiert ist, verwendet jedes statistische Amt der Mitgliedstaaten eigene Gruppen. Dies erschwert die schnelle Vergleichbarkeit von Außenhandelsergebnissen unterschiedlicher Quellen.

In diesem Zusammenhang berichtet der vorliegende Beitrag über eine von Destatis, dem Statistischen Bundesamt, im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) durchgeführte Studie, in der untersucht wurde, nach welchen Kriterien Ländergruppen in den Außenhandelsstatistiken der Mitgliedstaaten gebildet werden und wie die Abgrenzung der einzelnen Ländergruppen vorgenommen wird. Die Studie zeigt, dass trotz unterschiedlicher Traditionen und nationaler Besonderheiten relativ große Ähnlichkeiten bei der Bildung von Ländergruppen bestehen. Daher ist es möglich, ein nach geografischen Räumen abgegrenztes überschneidungsfreies System von Ländergruppen zu erstellen, in das die meisten auf nationaler Ebene existierenden Systeme integriert werden könnten. Allerdings ist es derzeit nicht gewährleistet, dass die Abgrenzungen einzelner Ländergruppen gleichen Namens in jedem Fall die gleichen Länder enthalten. Aus diesem Grund müssten für eine Harmonisierung der Abgrenzungssysteme zunächst die Abgrenzungen einzelner Ländergruppen vereinheitlicht werden.

Dipl.-Volkswirt Sebastian Koufen

Vorbemerkung

Angesichts der großen Zahl von Partnerländern im Außenhandel – das Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik unterscheidet mehr als 220 Länder – ist es notwendig, die hierdurch verfügbaren detaillierten Daten zu übersichtlichen, schnell überschaubaren Informationen zu verdichten, um den Nutzern die Arbeit zu erleichtern. Da die Vorgehensweise bei der Bildung von Ländergruppen im Gegensatz zu den Codierungen der einzelnen Länder innerhalb der EU nicht harmonisiert ist, verwendet derzeit jedes statistische Amt eigene Ländergruppen und ordnet diesen einzelne Länder zu. Vorteil solcher individueller Lösungen ist, dass nationale Belange und Besonderheiten berücksichtigt werden können. Ein Nachteil unterschiedlicher Ländergruppierungen besteht darin, dass die Ergebnisse unterschiedlicher Quellen auf aggregierter Ebene nicht miteinander verglichen werden können. Auch bei einheitlicher Abgrenzung der Ländergruppen ist bei einem solchen Vergleich jedoch darauf zu achten, dass die Außenhandelsergebnisse denselben Konzepten folgen, da den Veröffentlichungen auf nationaler Ebene teilweise unterschiedliche Außenhandelskonzepte zugrunde liegen.

Um einen Überblick über die auf nationaler Ebene gebräuchlichen Abgrenzungen von geografischen und wirtschaftlichen Räumen zu erlangen und die Vergleichbarkeit der Informationen verschiedener Quellen einschätzen zu können, hat Destatis für das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) eine Bestandsaufnahme der von den nationalen statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten der EU verwendeten Ländergruppen und deren Abgrenzungen erstellt. Zu diesem Zweck wurde ein Fragebogen an alle nationalen statistischen Ämter versandt, mit dessen Hilfe die wichtigsten

Abgrenzungskriterien, die verwendeten Ländergruppen und einige Zusatzinformationen ermittelt werden sollten. Zusätzlich wurden die Mitgliedstaaten gebeten, detaillierte Übersichten der von ihnen verwendeten Ländergruppen zur Verfügung zu stellen.¹⁾ Darüber hinaus wurden auch die von Eurostat verwendeten Ländergruppen in die Untersuchung eingebunden.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung vorgestellt. Hierbei werden zunächst verschiedene Abgrenzungskriterien und deren Vor- und Nachteile erläutert, bevor ein komprimierter Überblick über die in den Mitgliedstaaten verwendeten überschneidungsfreien Abgrenzungssysteme gegeben wird und unterschiedliche Abgrenzungen einzelner Gruppen herausgearbeitet werden. Anschließend werden die Auswirkungen unterschiedlicher Abgrenzungen auf die deutschen Außenhandelsergebnisse beispielhaft für die gängigsten Systeme dargestellt. Kapitel 3 enthält einen Überblick über häufig verwendete Politik- und Wirtschaftsräume, die zumeist nicht innerhalb der überschneidungsfreien Systeme veröffentlicht werden. Der Bericht schließt mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

1 Grundlagen von Abgrenzungskriterien und Abgrenzungssystemen

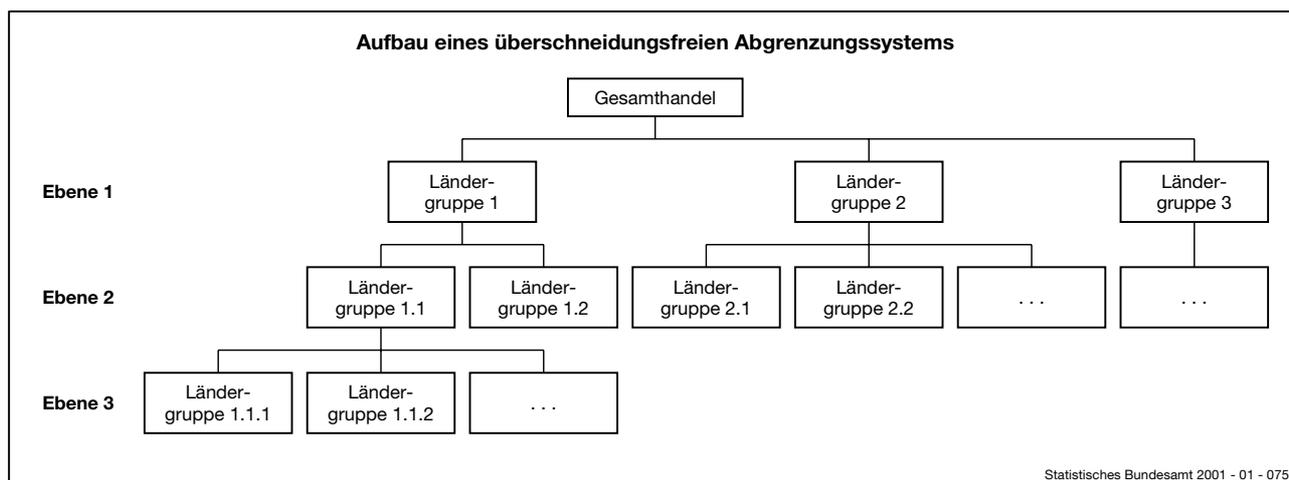
Die Bildung von Ländergruppen kann verschiedenen Kriterien folgen. Neben rein geografischen Zuordnungen (z. B. Europa, Asien ...) werden vor allem vertraglich eindeutig abgegrenzte Politik- und Wirtschaftsräume [z. B. NAFTA²⁾, EFTA³⁾ ...] dargestellt. Teilweise werden auch Ländergruppen anhand von Kriterien gebildet, die sich an der Wirtschaftskraft (z. B. Entwicklungsländer) oder einer Kombination aus Wirtschaftskraft und geografischer Lage der Länder (z. B. „Industrielle Schwellenländer Asiens“) orientieren.

1) Von 14 der 15 Mitgliedstaaten liegen Informationen aus den Fragebogen vor. Detaillierte Aufstellungen wurden nicht von allen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

2) North American Free Trade Agreement (nordamerikanisches Freihandelsabkommen); Mitgliedsländer: Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.

3) European Free Trade Association (europäische Freihandelsassoziation); Mitgliedsländer: Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz.

Schaubild 1



Sind die einzelnen Ländergruppen überschneidungsfrei, das heißt jedes Land ist genau einer Gruppe auf jeder Aggregationsstufe zugeordnet, so ergibt sich durch Addition aller Gruppen einer Stufe der Gesamthandel (siehe Schaubild 1). Ist dies nicht der Fall, dann können die Aggregate nur unabhängig voneinander betrachtet werden.

Bei rein geografischer Abgrenzung der Ländergruppen lässt sich ohne größere Probleme ein überschneidungsfreies System erstellen; die zusätzliche Verwendung anderer Kriterien erschwert dies jedoch, da einzelne Länder beispielsweise mehreren Wirtschaftsräumen angehören können. Bei der Bildung geografischer Räume kommt es auch nur relativ selten zu Veränderungen der Ländergruppen in Bezug auf das betroffene Territorium. Bei vertraglich festgelegten Politik- und Wirtschaftsräumen ist dies – zum Beispiel aufgrund der Aufnahme neuer Mitglieder – häufiger der Fall. Dies hat zur Folge, dass bei intertemporären Vergleichen stets auf solche Veränderungen zu achten ist.

Die meisten statistischen Ämter der EU-Mitgliedstaaten bieten ein oder mehrere überschneidungsfreie Abgrenzungssysteme an. Abgesehen von zwei Systemen orientiert sich deren Grundstruktur an geografischen Räumen. Politik- und Wirtschaftsräume werden teilweise – soweit möglich – in das geografische Grundsystem integriert, oftmals werden solche Ländergruppen aber außerhalb der überschneidungsfreien Systeme zusätzlich ausgewiesen. Daher ist es zweckmäßig, die Darstellung von überschneidungsfreien Systemen und von darüber hinausgehenden politisch oder wirtschaftlich abgegrenzten Ländergruppen getrennt vorzunehmen.

2 Überschneidungsfreie Abgrenzungssysteme

Darstellung der Systeme

14 der 15 statistischen Ämter, deren Vorgehensweise in die Studie mit eingeflossen ist, bieten überschneidungsfreie Abgrenzungssysteme an. Lediglich das Statistische

Amt Spaniens bietet nur Ländergruppen an, die kein überschneidungsfreies System ergeben. Die Abgrenzung der Ländergruppen erfolgt hierbei auf der ersten Ebene bis auf zwei Ausnahmen nach geografischen Kriterien. Vollständig überschneidungsfreie Systeme, deren Abgrenzung auf der ersten Ebene nicht geografischen Kriterien folgt, werden nur in der italienischen und irischen Außenhandelsstatistik verwendet. In Irland wird zusätzlich ein geografisch abgegrenztes System erstellt.

Bei der Differenzierung des Gesamthandels nach geografischen Gebieten orientiert sich die Mehrzahl der statistischen Ämter an Kontinenten. 10 statistische Ämter – unter anderem auch Destatis – weisen Europa, Afrika, Amerika, Asien sowie Australien und Ozeanien auf der ersten Aggregationsebene aus. Von den statistischen Ämtern der Niederlande, Irlands und des Vereinigten Königreichs wird auf die Veröffentlichung der Kontinentalebene verzichtet und bereits auf der ersten Ebene werden kleinere Ländergruppen (z.B. Nordafrika) gebildet, wobei die Ländergruppen im Fall von Irland und den Niederlanden eindeutig den fünf Kontinenten zugeordnet werden können. Nur im Vereinigten Königreich werden in den Gruppen „Middle East & North Africa“ sowie „Other Asia & Oceania“ Länder mehrerer Kontinente zusammengefasst.

Die Mehrzahl der Systeme liefert geografisch abgegrenzte Ländergruppen unterhalb der Kontinentalebene auf der zweiten Aggregationsebene. Zwei statistische Ämter – u.a. auch Destatis – bilden geografisch abgegrenzte Gruppen nur auf Kontinentalebene und weisen zusätzlich ausgewählte Politik- und Wirtschaftsräume als „darunter“-Positionen⁴⁾ aus (siehe Fachserie 7 „Außenhandel“, Reihe 1 „Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel“).

Insgesamt bilden 10 der befragten statistischen Ämter geografisch abgegrenzte Gruppen unterhalb der Kontinentalebene. Hierbei sind zahlreiche Gemeinsamkeiten festzustellen:

Innerhalb Europas wird abweichend von streng geografischen Kriterien in der Regel zwischen dem Handel mit

4) Im Gegensatz zu „davon“-Positionen können „darunter“-Positionen nicht zum nächsthöheren Aggregat addiert werden, da nicht alle Länder des Aggregats in den „darunter“-Positionen enthalten sind.

den EU-Mitgliedstaaten und dem übrigen Europa unterschieden. Einige statistische Ämter unterteilen den Handel mit der EU nochmals in Eurozone und „übrige EU“. Im Vereinigten Königreich wird der Handel mit den anderen europäischen Ländern nach west- und osteuropäischen Ländern unterteilt. Lediglich die niederländische Abgrenzung bleibt bei streng geografischen Kriterien und unterteilt Europa nach West- (einschl. EU) und Osteuropa.

Auch der Handel mit Afrika wird von den meisten statistischen Ämtern nach Regionen weiter unterteilt. Dabei werden entweder die Regionen „Nordafrika“, „Westafrika“ sowie „Zentral-, Ost- und Südafrika“ oder die Regionen „Nordafrika“ und „übriges Afrika“ unterschieden. Im Vereinigten Königreich ist, wie bereits erwähnt, Nordafrika mit dem Mittleren Osten zusammengefasst. Die hierin nicht enthaltenen Länder Afrikas werden unter der Position „Sub-Saharan Africa“, die der Position „übriges Afrika“ in Abgrenzungssystemen anderer Länder entspricht, ausgewiesen.

Amerika wird entweder in die zwei Regionen „Nordamerika“ sowie „Mittel- und Südamerika“ bzw. „Lateinamerika“ oder in die drei Regionen „Nordamerika“, „Mittelamerika und Antillen“ sowie „Südamerika“ unterteilt.

Asien wird zumeist in „Naher und Mittlerer Osten“ sowie „übriges Asien“ unterteilt. In der niederländischen Außenhandelsstatistik werden die drei Regionen „Arabische Golfstaaten“, „Naher und Mittlerer Osten“ (ohne Golfstaaten) und „Asien“ (ohne die in den beiden anderen Aggregaten enthaltenen Länder) unterschieden.

Der Kontinent „Australien und Ozeanien“ wird nicht weiter unterteilt.

Aufgrund der Ähnlichkeiten der Abgrenzungen können in das in Schaubild 2 dargestellte System die überschneidungsfreien geografischen Systeme der statistischen Ämter weitgehend integriert werden. Für Afrika

und Amerika wurde jeweils eine Unterteilung in zwei Untergruppen vorgenommen, obwohl zahlreiche Länder jeweils drei anbieten. Allerdings lassen sich jeweils zwei der drei Untergruppen zu einer der Zweierunterteilungen addieren, nämlich „Mittelamerika und Antillen“ sowie „Südamerika“ zu „Mittel- und Südamerika“ und „Westafrika“ sowie „Zentral-, Ost- und Südafrika“ zu „übriges Afrika“.

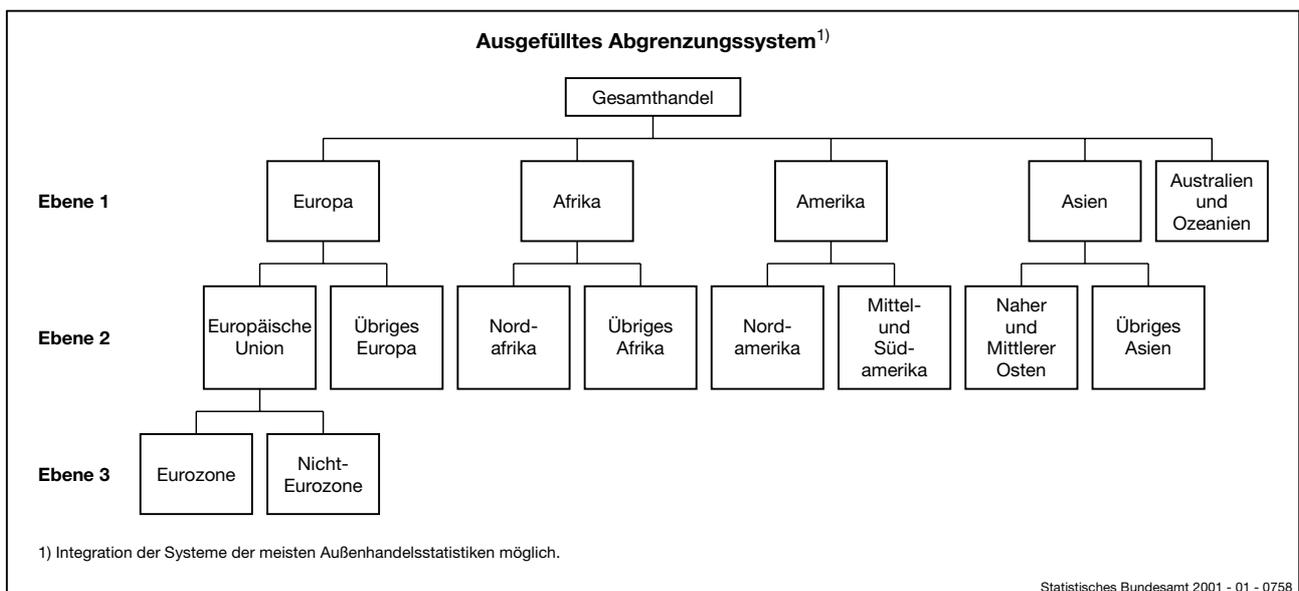
Bei den Abgrenzungssystemen ohne geografische Grundstruktur unterscheidet das italienische System auf der ersten Ebene Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländer und differenziert erst auf der zweiten Ebene nach geografischen Regionen. Die irische Außenhandelsstatistik unterscheidet abweichend von der Geonomenklatur zwischen dem Handel mit Großbritannien und Nordirland und weist beide Positionen aufgrund ihrer großen Bedeutung für den irischen Außenhandel gesondert aus. Hinzu kommen die Ländergruppen „Other EU“, „EFTA“, „NAFTA“, „Other APEC⁵⁾“ und „Rest of World“.

Unterschiedliche Abgrenzung einzelner Ländergruppen

Obwohl die geografischen Räume im Großen und Ganzen recht ähnlich abgegrenzt werden, gibt es bei der Zuordnung einzelner Länder zu den jeweiligen Ländergruppen teilweise Unterschiede. Folgende im Länderverzeichnis ausgewiesene Länder oder Gebiete wurden in den hier untersuchten Ländergruppen unterschiedlichen Kontinenten zugeordnet: Ceuta, Melilla, asiatische Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Zypern, Grönland, Polar-Regionen.

Afrika wird bis auf die nicht zum statistischen Erhebungsgebiet der EU gehörenden, auf dem afrikanischen Kontinent gelegenen spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in allen Systemen gleich abgegrenzt. Trotz ihrer geografischen Lage werden diese Enklaven von acht sta-

Schaubild 2



5) Asia-Pacific Economic Cooperation (asiatisch-pazifisches Forum für wirtschaftliche Zusammenarbeit).

tistischen Ämtern – u.a. auch von Destatis – Europa zugeordnet, vier Ämter zählen diese Gebiete hingegen zu Afrika. In der Außenhandelsstatistik des Vereinigten Königreichs sind Ceuta und Melilla im Aggregat „Middle East & North Africa“ enthalten.

Die Zuordnung der Länder zu Amerika ist nahezu einheitlich. Eine Ausnahme gibt es in der belgischen Außenhandelsstatistik: Hier wird Grönland unter Europa und nicht unter Amerika ausgewiesen.

Die Abgrenzung zwischen Europa und Asien ist weniger einheitlich. So wird Zypern mehrheitlich (u.a. auch von Destatis) unter Asien ausgewiesen; eine Zuordnung zu Europa, wie sie immerhin von sechs statistischen Ämtern vorgenommen wird, hat jedoch den Vorteil, dass alle aktuellen Beitrittskandidaten zur EU bzw. alle EU-Staaten auch nach einer eventuellen Aufnahme Zyperns in die EU Europa zugeordnet wären. Unterschiedlich zugeordnet werden auch die auf dem asiatischen Kontinent liegenden Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Destatis und fünf weitere statistische Ämter weisen diese Länder unter Europa aus. Obwohl dies aus rein geografischer Sicht falsch ist, hat es aus statistischer Sicht den Vorteil, dass die Zeitreihenkonsistenz insofern gewahrt bleibt, als die ehemalige Sowjetunion als Ganzes zu Europa gezählt wurde und sich hierdurch die Ländergruppen Europa und Asien auf die gleichen Territorien beziehen wie vor 1992. Die Türkei und die Russische Föderation werden hingegen durchgehend zu Europa gezählt, obwohl sie rein geografisch nicht eindeutig zuzuordnen sind.

Australien und Ozeanien werden nahezu einheitlich abgegrenzt. Überwiegend werden auch die Polarregionen unter dieser Ländergruppe ausgewiesen. Teilweise werden Warenverkehre mit diesen Regionen aber auch zu einer gesonderten Ländergruppe zusammengefasst.

Unterschiedliche Länderzuordnungen auf der zweiten Aggregationsebene sind relativ selten. Eine Ausnahme bildet die Zuordnung Mexikos zu Nordamerika, wie sie in der Außenhandelsstatistik des Vereinigten Königreichs vorgenommen wird. Eine weitere Ausnahme stellt die Zuordnung des Sudan innerhalb Afrikas dar. Lediglich Eurostat zählt den Sudan nicht zu Nordafrika. Die asiatischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion werden im Falle von Georgien, Armenien und Aserbaidschan überwiegend der Gruppe „Nahe und Mittlerer Osten“ zugeordnet, in Dänemark sind diese Länder unter der Gruppe „übriges Asien“ ausgewiesen. Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgisistan werden außer in Österreich („Nahe und Mittlerer Osten“) der Gruppe „übriges Asien“ zugeordnet.

Auswirkungen unterschiedlicher Abgrenzungen auf die deutsche Außenhandelsstatistik

Im Folgenden wird dargestellt, in welcher Größenordnung die oben dargestellten Unterschiede bei den Abgrenzun-

gen die deutschen Außenhandelsergebnisse beeinflussen würden. Hierzu wird das in Schaubild 2 dargestellte System verwendet. Da im Falle der Abgrenzungen Europas gegenüber Asien und Afrika Differenzen bestehen, bei denen es keine große Mehrheit für eine Alternative gibt, wurden zwei Alternativlösungen entwickelt. Alternative 1 enthält eine weite Abgrenzung Europas, also inklusive Ceuta, Melilla, Zypern und allen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Alternative 2 ein eng abgegrenztes Aggregat Europa ohne diese Länder. Darüber hinaus wurden auf der zweiten Aggregationsebene in Alternative 1 Mexiko zu „Nordamerika“ und der Sudan zu „übriges Afrika“ gezählt.

Die nachstehende Tabelle (auf S. 934) zeigt für beide Alternativen die auf die einzelnen Ländergruppen entfallenden Anteile deutscher Importe und Exporte für 1999 und 2000 und deren Veränderungsraten.

Wie man sieht, weichen die Anteile nur geringfügig voneinander ab. So fällt der Anteil Europas im Jahr 2000 in der engeren Abgrenzung einseitig nur um 0,3 Prozentpunkte niedriger aus als in der weiten Abgrenzung (Differenz ausfahrseitig 0,2 Prozentpunkte). Etwas stärkere Auswirkungen hat die unterschiedliche Zuordnung Mexikos (ausfahrseitig 0,8 Prozentpunkte). Dies bedeutet, dass nach „Mittel- und Südamerika“ ohne Mexiko 1,7% der deutschen Ausfuhren gehen, während es andernfalls 2,5% wären. Gerade bei Ländergruppen mit geringem Anteil am deutschen Außenhandel können sich jedoch größere Abweichungen dann ergeben, wenn man anstelle von Anteilen Vorjahresvergleiche in beiden Varianten betrachtet. So stiegen Deutschlands Exporte nach „Mittel- und Südamerika“ im Jahr 2000 gegenüber 1999 ohne Mexiko um 1,5%; mit Mexiko wären es hingegen 6,2%.

3 Häufig verwendete wirtschaftlich oder politisch abgegrenzte Ländergruppen

Alle an der Umfrage beteiligten statistischen Ämter verwenden für die Veröffentlichung der Außenhandelsergebnisse auch Politik- und Wirtschaftsräume. Die Bandbreite ist dabei sehr groß. Zwei statistische Ämter verwenden derartige Abgrenzungskriterien nur für die EU. Eurostat und die statistischen Ämter Italiens, Spaniens und Österreichs unterscheiden dagegen jeweils mehr als 15 Politik- bzw. Wirtschaftsräume.

Nach der EU ist die Europäische Freihandelszone (EFTA) der mit Abstand am häufigsten verwendete Wirtschaftsraum. Er wird von elf statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten dargestellt. Der Handel mit den ASEAN⁶⁾-, OECD⁷⁾- (teilweise inklusive, teilweise ohne EU) und OPEC⁸⁾-Ländern sowie den Ländern der NAFTA und der Eurozone (EWU) wird jeweils von sieben oder acht, mit den AKP⁹⁾-Ländern von sechs statistischen Ämtern veröffentlicht. Unter den Wirtschaftsräumen findet man mehrfach auch eine Zusammenstellung mittel- und ost-

6) Association of South East Asian Nations (Verband der Südostasiatischen Nationen).

7) Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

8) Organization of the Petroleum Exporting Countries (Organisation der Erdöl exportierenden Länder).

9) Staaten des Lomé-Abkommens (Vertragswerk über die Zusammenarbeit der EU mit zurzeit 77 Entwicklungsländern) im Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Raum.

Der deutsche Außenhandel nach Ländergruppen in unterschiedlichen Abgrenzungen
Prozent

Ländergruppe	Anteil am Gesamthandel				Veränderungsrate	
	2000		1999		2000 gegenüber 1999	
	Abgrenzung 1 ¹⁾	Abgrenzung 2 ²⁾	Abgrenzung 1 ¹⁾	Abgrenzung 2 ²⁾	Abgrenzung 1 ¹⁾	Abgrenzung 2 ²⁾
Einfuhr						
Europa	70,3	70,0	71,7	71,5	19,9	19,8
EU-Länder	51,8	51,8	53,9	53,9	17,6	17,6
Übriges Europa	18,5	18,2	17,8	17,6	26,9	26,5
Afrika	2,2	2,2	1,9	2,0	38,9	38,7
Nordafrika	1,2	1,2	0,9	1,0	53,8	53,5
Übriges Afrika	1,0	1,0	1,0	1,0	25,0	24,6
Amerika	11,0	11,0	10,8	10,8	24,8	24,8
Nordamerika	9,5	9,2	9,2	8,9	26,0	26,7
Mittel- und Südamerika	1,6	1,9	1,6	2,0	18,1	16,0
Asien	16,0	16,3	15,0	15,2	30,1	30,6
Naher und Mittlerer Osten	1,0	1,1	0,8	0,9	54,6	56,6
Übriges Asien	14,9	15,1	14,2	14,4	28,6	29,0
Australien und Ozeanien	0,3	0,3	0,4	0,4	10,7	10,7
Insgesamt ³⁾ ...	100	100	100	100	22,3	22,3
Ausfuhr						
Europa	73,4	73,2	73,9	73,7	16,2	16,2
EU-Länder	56,5	56,5	57,5	57,5	15,0	15,0
Übriges Europa	16,9	16,7	16,4	16,2	20,5	20,6
Afrika	1,7	1,8	2,0	2,0	4,5	4,2
Nordafrika	0,7	0,8	0,9	0,9	- 3,1	- 3,1
Übriges Afrika	1,0	1,0	1,1	1,1	10,7	10,6
Amerika	13,5	13,5	13,5	13,5	16,8	16,8
Nordamerika	11,8	11,0	11,6	10,7	19,4	19,6
Mittel- und Südamerika	1,7	2,5	2,0	2,8	1,5	6,2
Asien	10,4	10,6	9,6	9,8	26,2	26,0
Naher und Mittlerer Osten	2,0	2,1	2,0	2,1	19,2	18,8
Übriges Asien	8,4	8,5	7,7	7,8	28,1	27,9
Australien und Ozeanien	0,7	0,7	0,7	0,7	6,1	6,1
Insgesamt ³⁾ ...	100	100	100	100	17,0	17,0

1) Ceuta, Melilla, Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Turkmenistan sind in der Ländergruppe „übriges Europa“, Mexiko in der Ländergruppe „Nordamerika“, der Sudan in der Ländergruppe „übriges Afrika“ enthalten. – 2) Ceuta, Melilla und der Sudan sind in der Ländergruppe „Nordafrika“, Armenien, Georgien und Aserbaidschan in der Ländergruppe „Naher und Mittlerer Osten“, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Turkmenistan in der Ländergruppe „übriges Asien“, Mexiko in der Ländergruppe „Mittel- und Südamerika“ enthalten. – 3) Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

europäischer Länder (MOEL), wobei außer bei Destatis die GUS¹⁰⁾-Länder nicht in dieser Gruppe enthalten sind. Überwiegend mittel- und osteuropäische Länder fallen aber auch unter die ebenfalls mehrfach verwendeten Ländergruppen „Beitrittskandidaten“ und CEFTA¹¹⁾. Unter der häufig verwendeten Bezeichnung „Neue Industrieländer“ oder „Neue Industrieländer Asiens“ sind die Länder Singapur, Hongkong, Taiwan und die Republik Korea sowie zum Teil zusätzlich Malaysia und Thailand zu finden.

Von jeweils drei oder vier statistischen Ämtern werden auch die Ländergruppen EWR¹²⁾, GUS, MERCOSUR¹³⁾ und „Mittelmeerränder“ verwendet.

Überwiegend können die Abgrenzungen der oben genannten Ländergruppen aufgrund bestehender Verträge vorgenommen werden. Lediglich für die Ländergruppen MOEL und „Neue Industrieländer“ trifft dies nicht zu. Daher überrascht es auch nicht, dass diese Gruppen nicht einheitlich abgegrenzt werden. Aber auch bei vertraglich eindeutig festgelegten Wirtschaftsräumen sind die tatsächlichen Abgrenzungen nicht durchgehend identisch. So sind beispielsweise in der Statistik Spani-

ens unter den OPEC-Staaten noch Gabun, in der Belgiens Gabun und Ecuador enthalten, also Länder, die früher zur OPEC gehörten. In der Außenhandelsstatistik Italiens, Österreichs und von Eurostat werden dagegen nur die aktuell zur OPEC gehörenden Staaten nachgewiesen.

Die hier beschriebenen Wirtschaftsräume ließen sich teilweise als „darunter“-Positionen in das in Schaubild 2 dargestellte überschneidungsfreie Abgrenzungssystem integrieren. Die Ländergruppen OPEC, AKP und OECD sowie „Mittelmeerränder“ kommen in einem nach Kontinenten gegliederten System schon deshalb nicht in Betracht, weil sie kontinentübergreifend sind.

Zusammenfassung

Die Umfrage bei den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten der EU hat gezeigt, dass trotz unterschiedlicher Traditionen und nationaler Besonderheiten Ähnlichkeiten bei der Bildung von Ländergruppen für die Veröffentlichung der Außenhandlungsergebnisse insoweit bestehen, als ein mehrstufiges überschneidungsfreies

10) Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ohne die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen).

11) Central European Free Trade Association (mitteleuropäisches Freihandelsabkommen); Mitgliedsländer (1999): Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.

12) Europäischer Wirtschaftsraum.

13) Mercado Común del Sur, der von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gebildete Gemeinsame Markt des Südens.

Abgrenzungssystem erstellt werden kann, in das die meisten auf nationaler Ebene bestehenden Systeme integriert werden könnten. Dieses System basiert auf einer Untergliederung in geografische Zonen und weist die fünf Kontinente auf der ersten Aggregationsstufe und weitere geografisch untergliederte Gebiete auf der zweiten Stufe auf. Darauf aufbauend könnten dann weitere Untergliederungen nach Politik- bzw. Wirtschaftsräumen vorgenommen werden. Für eine Harmonisierung der Abgrenzungssysteme müssten jedoch zunächst die Abgrenzungen einzelner Ländergruppen, die heute zwar ähnlich sind, teilweise aber dennoch die Ergebnisse beeinflussen können, vollständig vereinheitlicht werden.

Inwieweit die Darstellung von Außenhandelsergebnissen nach geografischen Zonen von den Nutzern unmittelbar nachgefragt wird, sei dahingestellt. Die Erfahrungen in Deutschland haben gezeigt, dass die Unternehmen als Hauptnutzer der Statistik vorrangig Ergebnisse nach einzelnen Ländern benötigen oder sich auf Basis der Länder als kleinste geografische Bausteine individuelle Aggregate zusammenstellen. Ergebnisse nach standardisierten geografischen Zonen werden eher als ergänzende Informationen betrachtet. Unstrittig ist aber, dass die Verdichtung von Länderangaben zu international einheitlich abgegrenzten geografischen Zonen die Darstellung der Ergebnisse wesentlich übersichtlicher macht und damit dem Nutzer die Interpretation der Zahlen erleichtert. ■

Haushalte von Arbeitslosen – ihre wirtschaftliche Lage im Spiegel der Statistik

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit gab es im Jahresdurchschnitt 1998 in Deutschland rund 4,3 Mill. Arbeitslose, fast 1,5 Mill. von ihnen waren länger als ein Jahr erwerbslos. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen – betrug 1998 11,1%, wobei sich erhebliche regionale Unterschiede zeigten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Arbeitslosenquote mit 18,2% im Jahr 1998 bereits beinahe doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet (9,4%).¹⁾

Arbeitslose leben – wie die übrige Bevölkerung – in unterschiedlichen Haushaltsgemeinschaften. Zum einen wohnen und wirtschaften sie allein, leben also in Einpersonenhaushalten. Zum anderen sind sie in Mehrpersonenhaushalten zu Hause. Die Einkommenssituation der Haushalte verschlechtert sich immer dann, wenn ein Haushaltsmitglied arbeitslos wird. In diesem Aufsatz soll nun ausschließlich die Lage von Arbeitslosenhaushalten betrachtet werden. Dazu werden solche Haushalte gezählt, in denen Arbeitslose alleinige Einkommensbezieher/-innen bzw. in denen die aus anderen Quellen stammenden Einkommen weiterer im Haushalt lebender Personen (z. B. Lohn, Rente) geringer sind als das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe. Letztere Einkommensarten machen also den überwiegenden Anteil des Haushaltsnettoeinkommens aus. Aus diesem methodischen Konzept folgt, dass Haushalte, in denen neben Arbeitslosen weitere, zum Beispiel erwerbstätige Personen leben, deren Einkommen höher als das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe war, nicht als Arbeitslosenhaushalte definiert wurden, sondern anderen sozialen Stellungen wie Arbeitern, Angestellten oder Beamten zugeordnet wurden. Daher ist auch die Zahl der ausgewiesenen Arbeitslosenhaushalte mit 4, 5 und mehr Personen relativ klein. Mögliche Stichprobenfehler sind für diese Haushalte relativ groß, weshalb sie bei der Untersuchung nicht näher betrachtet werden. Datengrundlage für die folgenden Untersuchungen bilden die Aufzeichnungen der Haushalte, die an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 teilgenommen haben. Das waren nach der oben genannten Definition 2375 Arbeitslosenhaushalte, und damit 950 Haushalte mehr als im Erhebungsjahr 1993. Die so ermittelten Ergebnisse stehen – hochgerechnet am Mikrozensus – stellvertretend für rund 2 Mill. Arbeitslosenhaushalte, wovon 1,4 Mill. im früheren Bundesgebiet und 0,6 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost ihren Wohnsitz hatten.

Dr. Margot Münnich

Zur Einkommensposition von Arbeitslosenhaushalten

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe betrug 1998 das Haushaltsnettoeinkommen im Schnitt je Haushalt und Monat 5 115 DM²⁾ (West: 5 346 DM, Ost: 4 059 DM). Haushalte von Arbeitslosen erhielten lediglich 56,5% dieses Einkommens, das waren durchschnittlich 2 892 DM (West: 2 984 DM, Ost: 2 659 DM). Diese Haushalte lagen damit am unteren Ende der Einkommensskala. Das Armutspotenzial ist besonders für Arbeitslosenhaushalte sehr hoch. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mussten 12,7% aller privaten Haushalte in Deutschland – bezogen auf das Nettoäquivalenzeinkommen³⁾ – mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens auskommen. Bei den Arbeitslosenhaushalten lag die Rate bei 48,6%⁴⁾, das heißt fast jeder zweite Arbeitslosenhaushalt ist einkommensarm. Das Einkommensgefälle zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitslosenhaushalten zeigt Tabelle 1. Zu den Arbeitnehmerhaushalten zählen Haushalte von Arbeitern/Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten/Beamtinnen. Bei Vergleichen von Erwerbstätigenhaushalten (einschl. Selbstständigenhaushalten) mit

Arbeitslosenhaushalten schneiden diese noch schlechter ab.

Der Verlust des Arbeitsplatzes führte bei allein Lebenden 1998 zu Einbußen des durchschnittlichen Nettoeinkommens pro Haushalt und Monat von rund 1 690 DM, bei gemeinsam wirtschaftenden Personen (Paare ohne Kind) machten diese sogar gut 2 760 DM aus. Sicher infolge des generell niedrigeren Einkommensniveaus fielen die Unterschiede der Nettoeinkommen zwischen den Haushalten von Arbeitnehmern und Arbeitslosen in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht so hoch aus wie im früheren Bundesgebiet. So betrug das Haushaltsnettoeinkommen bei Haushalten von allein lebenden westdeutschen Arbeitnehmern 1998 im Schnitt monatlich 3 586 DM, Arbeitslose mussten mit 1 800 DM auskommen. Dagegen kamen Haushalte von allein lebenden ostdeutschen Arbeitnehmern auf 2 643 DM Haushaltsnettoeinkommen, Arbeitslosenhaushalte auf 1 671 DM.⁵⁾

Zur Einkommensstruktur ausgewählter Arbeitslosenhaushalte in Ost- und Westdeutschland

Arbeitslosenhaushalte bestritten 1998 ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Transferleistungen. Diese betrug mehr als 93% des Haushaltsbruttoeinkommens

1) Siehe Bundesanstalt für Arbeit: „Arbeitsmarkt 1998 – Arbeitsmarktanalyse für die alten und neuen Länder“, 48. Jahrgang, Nürnberg, Juni 1999, S. 13 ff.

2) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr.

3) Zur genauen Definition des Begriffes Nettoäquivalenzeinkommen siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Heft 6 „Einkommensverteilung in Deutschland“, S. 10 f.

4) Siehe Münnich, M.: „Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 1“ in WiSta 9/2000, S. 685 ff.

5) Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Heft 4, S. 80, 85, 172 und 177.

Tabelle 1: Eckzahlen der Budgets ausgewählter Arbeitnehmer- und Arbeitslosenhaushalte¹⁾ 1998
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
 Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt		Haushalte von							
			allein Lebenden		allein Erziehenden mit Kind ²⁾		Paaren ohne Kind		Paaren mit 1 Kind ²⁾	
	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Arbeitnehmer	Arbeitslose
Haushaltsbruttoeinkommen	8 047	2 973	5 122	1 778	4 460	2 290	9 165	3 869	8 056	3 492
dar.: aus unselbstständiger Arbeit ...	6 311	353	4 448	120	3 261	(116)	7 356	467	6 339	(456)
Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag	1 128	32	915	(7)	438	–	1 436	(52)	982	(38)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	1 048	48	760	(10)	610	–	1 213	63	1 074	(59)
Haushaltsnettoeinkommen	5 872	2 892	3 448	1 760	3 413	2 274	6 516	3 754	6 001	3 395
Private Konsumausgaben	4 507	2 736	2 685	1 823	2 979	2 188	4 970	3 521	4 711	3 114
darunter:										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	640	464	307	281	464	403	636	571	727	632
Bekleidung und Schuhe	274	133	153	72	205	142	296	176	292	149
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	1 333	1 015	852	768	951	802	1 383	1 225	1 367	1 099
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	320	166	152	100	180	95	393	230	352	190
Gesundheitspflege	134	47	79	27	82	29	160	86	131	44
Verkehr	698	300	399	157	297	193	851	426	721	377
Nachrichtenübermittlung	109	88	90	77	91	80	111	89	109	100
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ..	546	302	355	201	378	235	625	418	543	294
Bildungswesen	28	13	15	(6)	31	(16)	18	(8)	26	(13)
Beherbergung	233	105	168	68	126	75	292	170	221	88
Andere Waren und Dienstleistungen	194	103	117	66	175	117	205	122	221	128
Übrige Ausgaben ³⁾	703	255	424	161	291	131	850	404	675	250
dar.: Versicherungsbeiträge	257	115	159	65	123	78	293	155	263	136
Ersparnis	843	23	491	– 105	306	80	926	22	810	59

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr, und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 3) Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite.

bei den allein Erziehenden mit einem Kind in den neuen Ländern und Berlin-Ost und noch gut 65% bei den arbeitslosen Paarhaushalten im früheren Bundesgebiet.⁶⁾ Wie Tabelle 2 auf S. 938 zeigt, waren die laufenden Übertragungen der Arbeitsförderung (Arbeitslosengeld) der größte Einkommenposten innerhalb der Transferzahlungen. Ihre Höhe schwankte bei den betrachteten Haushaltstypen zwischen 634 DM für allein lebende Arbeitslose im früheren Bundesgebiet und 1 669 DM bei Paarhaushalten ohne Kind in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Zweitwichtigster Posten innerhalb der Transferleistungen war die Arbeitslosenhilfe. Diese lag – wie Tabelle 2 zeigt – zwischen 478 und 252 DM. Allein lebende Arbeitslose hatten im Schnitt die größeren Zahlbeiträge. Das folgt u. a. auch daraus, dass nach Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III), § 193 Arbeitslosenhilfe nur jenen Arbeitslosen gewährt wird, die ihren Lebensunterhalt nicht auf andere Weise bestreiten können und bei denen weitere Einkommensarten (z. B. aus Vermögen, aber auch Einkommen von Ehegatten/Lebenspartnern) eine bestimmte Höhe nicht überschreiten.

Die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit sind bei Arbeitslosenhaushalten mit mehreren Erwerbsfähigen im Zeitverlauf zurückgegangen. Erzielten arbeitslose Paare mit einem Kind 1993 im früheren Bundesgebiet im Schnitt noch über 1 100 DM

Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit, waren es 1998 nur noch 539 DM (neue Länder und Berlin-Ost 1993: 1 381 DM, 1998: 483 DM). Haushalte von arbeitslosen Paaren ohne Kind hatten 1998 im Schnitt ein monatliches Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit im früheren Bundesgebiet von 552 DM, 1993 waren es noch 747 DM gewesen (neue Länder und Berlin-Ost 1993: 1 079 DM, 1998: 337 DM).⁷⁾ Infolge der lang anhaltenden Arbeitslosigkeit blieb immer weniger Partnerinnen bzw. Partnern des arbeitslosen Haupteinkommensbeziehers die Chance, durch eigenes Erwerbseinkommen das Familienbudget aufzubessern. Aus den Einzeldaten der EVS ergibt sich, dass bei den arbeitslosen Paarhaushalten ohne Kind im früheren Bundesgebiet lediglich jede dritte Partnerin bzw. jeder dritte Partner Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit erarbeiten konnte, in den neuen Ländern und Berlin-Ost war es gar nur jede(r) Vierte.

Wie die Einzeldaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 zeigen, waren zum Befragungszeitpunkt für eine Vielzahl von Arbeitslosen aufgrund der Dauer der Arbeitslosigkeit die Ansprüche auf Transferzahlungen der Arbeitsförderung (Arbeitslosengeld) bereits erloschen. Von den befragten Einpersonenhaushalten von Arbeitslosen gaben 42,5% an, Arbeitslosenhilfe zu beziehen, bei den Paarhaushalten von Arbeitslosen mit einem Kind rund 29%. Zwischen dem Osten und dem Westen

6) Dieser Anteil ist deshalb relativ niedrig, weil in diesen Haushalten im Schnitt 853 DM Einnahmen aus Vermögen erzielt wurden, wovon 626 DM als unterstellte Mietzahlungen für Eigentümernwohnungen u.Ä. gemäß den methodischen Konventionen in die Haushaltsbudgets eingefügt wurden. Das heißt in dieser Haushaltsgruppe war Wohneigentum vorhanden, das früher – in besserer sozialer Lage – erworben bzw. geschaffen worden war.

7) Siehe Münnich, M.: „Zur wirtschaftlichen Lage von Arbeitslosenhaushalten“ in Caritas, Heft 3, 99. Jahrgang, März 1998, S. 112. Beim Vergleich im Zeitverlauf ist allerdings auf gewisse Unschärfen aufmerksam zu machen, die sich aus dem veränderten Erhebungsdesign der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 gegenüber 1993 ergeben. Dies betrifft insbesondere den verkürzten Zeitraum für die Haushaltsbuchführung (1993: 12 Monate, 1998: 3 Monate) sowie den Übergang von der Bezugsperson auf den Haupteinkommensbezieher.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Einkommen ausgewählter Arbeitslosenhaushalte¹⁾ 1998
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Allein Lebende		Allein Erziehende mit 1 Kind ²⁾		Paare ohne Kind		Paare mit 1 Kind ²⁾	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	501	314	(91)	104	336	235	109	(54)
Hochgerechnete Haushalte in 1 000	613	234	(69)	57	292	115	110	(40)
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM								
Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit ..	168	(104)	(224)	/	552	(337)	(539)	(483)
dar.: aus unselbstständiger Arbeit	135	(97)	(194)	/	520	(310)	(512)	/
und zwar Ehegatte(-gattin)/ Lebensgefährte(-gefährtin) der Haupteinkommensbezieher	-	-	-	-	259	(178)	(368)	/
Einnahmen aus Vermögen ³⁾	154	128	/	/	853	298	(286)	(272)
Einkommen aus Transferzahlungen ⁴⁾ ...	1 492	1 454	(2 077)	1 991	2 648	2 783	2 675	2 700
darunter:								
laufende Übertragungen der Arbeitsförderung	634	734	(714)	(735)	1 611	1 669	(1 205)	(1 358)
Arbeitslosenhilfe	478	337	(453)	(429)	(332)	(252)	(446)	/
Renten und Pensionen ⁵⁾	/	(78)	/	/	(245)	(384)	/	/
Kinder-, Mutterschafts- und Erziehungsgeld	/	/	(229)	243	/	/	447	(309)
Wohngeld	43	84	(53)	(147)	/	/	(100)	/
Sozialhilfe	(38)	/	/	/	/	/	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	1 817	1 686	(2 460)	2 134	4 054	3 418	3 501	(3 432)
Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag	/	/	/	/	(56)	(33)	/	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ...	(9)	(12)	/	/	60	69	(59)	(62)
Haushaltsnettoeinkommen	1 800	1 671	(2 440)	2 123	3 938	3 315	3 401	(3 343)
Sonstige Einnahmen einschließlich aus dem Verkauf von Waren	(42)	(27)	/	/	(62)	(74)	/	/
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 842	1 698	(2 486)	2 151	4 000	3 389	3 443	(3 356)

1) Ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 3) Einschl. unterstellten Mietzahlungen für selbstgenutztes Wohneigentum. – 4) Aus öffentlichen und nichtöffentlichen Transferzahlungen zusammen. – 5) Einschl. Werks- und Betriebsrenten.

Deutschlands gab es – ebenso wie bei den Arbeitsmarktdaten – bestimmte Unterschiede. Danach belief sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen im September 1998 – bezogen auf die Arbeitslosen insgesamt – im Westen auf 37,8%; im Osten betrug dieser 33%.⁸⁾ Demzufolge lag der Anteil der Haushalte, die Arbeitslosenhilfe bezogen, im früheren Bundesgebiet höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Das waren bei den allein lebenden Arbeitslosen 44,7%, bei den Paarhaushalten von Arbeitslosen mit einem Kind 29,4%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug diese Quoten 38 bzw. 27,8%. Es verwundert daher nicht, dass auch die Einkommen aus Arbeitslosenhilfe und deren Anteil am Bruttoeinkommen im früheren Bundesgebiet 1998 höher ausfielen als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Eine umgekehrte Sachlage zeigte sich bei den laufenden Übertragungen der Arbeitsförderung. Hier weisen arbeitslose Haushalte im Osten – wie Tabelle 2 zeigt – höhere durchschnittliche Einkommen aus, ebenso war der Anteil dieser Transferleistungen am Bruttoeinkommen größer als im früheren Bundesgebiet.

Zur Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen bei ausgewählten Haushaltgruppen von Arbeitslosen

Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommen lagen in ihrer Höhe bei den Arbeitslosenhaushalten sehr nahe beieinander, da von diesen Haushalten kaum oder relativ

niedrige Einkommensteuern und Sozialbeiträge entrichtet worden sind.

Einpersonenhaushalte von Arbeitslosen mussten 1998 im früheren Bundesgebiet im Schnitt mit monatlich 1 800 DM auskommen. Über 129 DM weniger, nämlich 1 671 DM, konnten diese Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost verfügen. Bei den allein lebenden arbeitslosen Männern waren diese Haushaltsnettoeinkommen in Ost und West nahezu gleich (1 757 bzw. 1 761 DM). Dagegen hatten arbeitslose Frauen im früheren Bundesgebiet ein höheres durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen (1 846 DM) als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (1 624 DM). Arbeitslose Frauen im Westen konnten damit im Schnitt auf mehr Nettoeinkommen zurückgreifen als arbeitslose Männer.⁹⁾

Arbeitslose allein Erziehende mit einem Kind hatten 1998 – verglichen mit den arbeitslosen allein Lebenden – ein um rund 36 bzw. 27% höheres Haushaltsnettoeinkommen. Diese Einkommen kamen vorwiegend durch Kindergeld- und teilweise Wohngeldzahlungen zustande. Die Haushaltsnettoeinkommen betragen durchschnittlich 2 440 DM im früheren Bundesgebiet und 2 123 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die Einkommensabstände zwischen West und Ost waren bei dieser Haushaltgruppe größer als bei den allein Lebenden. Sie wuchsen bei arbeitslosen Paaren ohne Kind noch weiter an. Ostdeutsche Haushalte diesen Typs erreichten mit 3 315 DM Haushaltsnettoeinkommen rund 84% der Einkommen, über die westdeutsche Haushalte (3 938 DM) verfügen konnten. In dieser Gruppe finden sich viele

8) Siehe Fußnote 7, S. 139 und 155.

9) Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Heft 4, S. 50 f. und 149 f.

Tabelle 3: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen ausgewählter Arbeitslosenhaushalte¹⁾ 1998
nach Dezilen bzw. Quintilen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Haushalte des ... Dezils (bzw. des ... Quintils)	Insgesamt		Allein Lebende		Paare ohne Kind		Allein Lebende im früheren Bundesgebiet		Allein Lebende in den neuen Ländern und Berlin-Ost		Allein Erziehende mit 1 Kind ²⁾	
	DM je Haushalt und Monat	%	DM je Haushalt und Monat	%	DM je Haushalt und Monat	%	DM je Haushalt und Monat	%	DM je Haushalt und Monat	%	DM je Haushalt und Monat	%
1. (1.)	1 022	3,5	(900)	5,2	(1 666)	4,5	(906)	5,3	(898) ⁴⁾	(5,4) ⁴⁾	(1 556)	14,7
2.	1 304	4,5	(1 107)	6,2	(2 112)	5,4	(1 094)	5,9	(1 138)	6,9		
3.	1 596	5,5	(1 206)	6,9	(2 446)	6,6	(1 191)	6,5	(1 247)	7,6	(1 879)	16,7
4. (2.)	1 920	6,7	(1 304)	7,4	(2 819)	7,6	(1 274)	7,2	(1 329)	7,8		
5.	2 223	7,6	(1 411)	8,0	(3 159)	8,5	(1 393)	7,7	(1 398)	8,1		
6. (3.)	2 606	9,0	(1 571)	8,8	(3 515)	9,2	(1 577)	8,8	(1 527)	9,3	(2 053)	16,6
7.	3 057	10,6	(1 780)	10,1	(3 919)	10,7	(1 808)	10,1	(1 702)	10,2	(2 357)	20,4
8.	3 628	12,5	(2 024)	11,7	(4 499)	11,8	(2 069)	11,7	(1 976)	12,0		
9.	4 477	15,5	(2 426)	13,7	(5 452)	14,6	(2 559)	14,0	(2 300)	13,6	(3 546)	31,6
10. (5.)	7 089	24,5	(3 878)	22,0	(7 977)	21,2	(4 162)	22,9	(3 220)	19,0		
Insgesamt	2 892	100	1 760	100	3 754	100	1 800	100	1 671	100	2 274	100
10./1. Dezil (5./1. Quintil)	6,9	X	4,3	X	4,8	X	4,6	X	3,6	X	2,3	X

1) Ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 3) Nachweis in Quintilgruppen. – 4) Zahlenwerte sollten mit Vorsicht interpretiert werden, da sie sich auf Angaben von weniger als 25 befragten Haushalten beziehen.

Lebensältere, die wegen fehlender Arbeitsmöglichkeiten vermehrt die Möglichkeit der Frühberentung in Anspruch nahmen. 34,5% der befragten arbeitslosen Paarhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost bezogen bereits Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, im früheren Bundesgebiet betraf dies 15,2% dieser Haushalte.

Der während der Zeit der Erwerbstätigkeit erreichte Status bestimmt bei Arbeitslosigkeit maßgeblich die Höhe der Transferzahlungen, gegebenenfalls auch von Abfindungen. Zwangsläufig verteilen sich deshalb die Haushaltsnettoeinkommen innerhalb eines homogenen Haushaltstyps bei Arbeitslosen ungleich. So standen rund

85 000 allein lebenden Arbeitslosen des ersten Dezils – wie Tabelle 3 zeigt – 1998 monatlich 900 DM Nettoeinkommen zur Verfügung. Haushalte der zehnten Dezilgruppe konnten dagegen mit dem 4,3fachen Betrag rechnen, das waren 3 878 DM. Arbeitslose allein Lebende der zehnten Dezilgruppe vereinten im früheren Bundesgebiet 22,9% der gesamten Haushaltsnettoeinkommen auf sich, die der ersten Dezilgruppe lediglich 5,3% (siehe Schaubild). In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die Ungleichheiten noch nicht so groß. Arbeitslose allein Lebende der ersten Dezilgruppe erreichten einen Anteil von 5,4% – bezogen auf die gesamten Haushaltsnettoeinkommen dieser Haushaltsgruppe –, die der zehnten Dezilgruppe 19%. Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass von den hochgerechnet 2 Mill. Haushalten mit arbeitslosem(r) Haupteinkommensbezieher(in) mehr als 400 000 Haushalte 1998 pro Monat weniger als 1 400 DM Nettoeinkommen hatten. Zu den Betroffenen zählten vorwiegend allein Lebende, aber auch etwa 10 000 allein Erziehende mit einem Kind, von denen der überwiegende Teil Frauen waren.

Ausgaben für den privaten Konsum

Für den privaten Konsum gaben Arbeitslosenhaushalte in Deutschland im Schnitt 2 736 DM monatlich aus. Das waren 61% der Aufwendungen, die Arbeitnehmerhaushalte dafür tätigten (siehe Tabelle 1). Die erheblichen Einschränkungen im Güterverbrauch und bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen konnten nicht abwenden, dass Haushalte von Arbeitslosen nahezu das gesamte Haushaltsnettoeinkommen für den privaten Konsum eingesetzt haben. Das waren gut 98% der Haushaltsnettoeinkommen bei den allein Erziehenden mit einem Kind und fast 94% bei den Paaren ohne Kind im früheren Bundesgebiet. Da außer den Ausgaben für den Konsum weitere Zahlungen anfielen, u.a. für Versicherungen, Steuern, mussten viele Haushalte von Arbeitslosen auf „Erspartes“ zurückgreifen bzw. sich verschulden, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das traf vor allem auf allein lebende Arbeitslose im früheren Bundesgebiet zu, die 1998 pro Monat im Schnitt mehr Geld für den privaten Konsum ausgaben, als ihnen an Einnahmen zugeflossen waren.

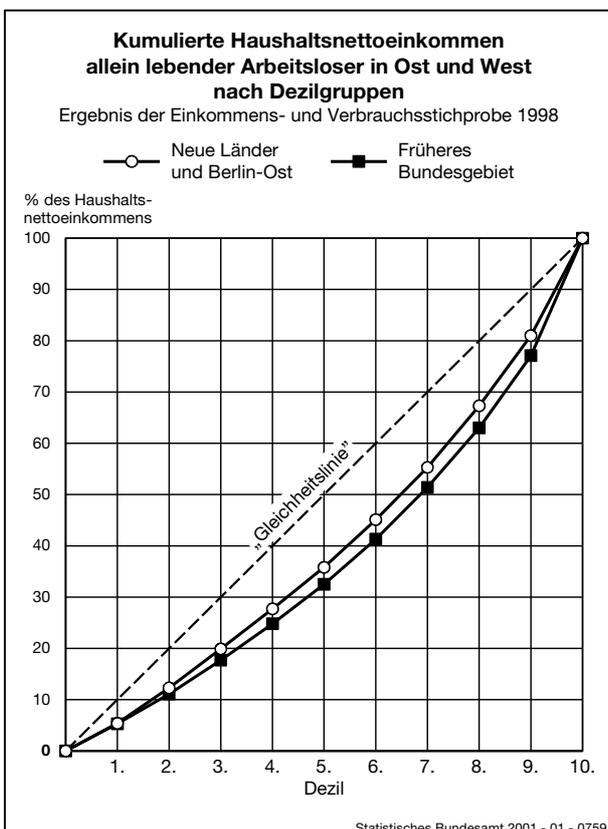


Tabelle 4: Ausgaben ausgewählter Arbeitslosenhaushalte¹⁾ 1998
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
 Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM

Gegenstand der Nachweisung	Allein Lebende		Allein Erziehende mit 1 Kind ²⁾		Paare ohne Kind		Paare mit 1 Kind ²⁾	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Private Konsumausgaben	1 889	1 636	(2 396)	1 990	3 704	3 121	3 013	(3 060)
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	283	274	(431)	386	570	560	632	(615)
Bekleidung und Schuhe	71	74	(148)	118	187	150	146	(144)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	798	644	(892)	713	1 343	943	1 077	(1 075)
darunter:								
Mieten u. Ä.	597	497	(727)	562	1 015	683	824	(777)
Energie (einschl. Heizung, Warmwasser)	112	128	(154)	136	207	167	184	(169)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände .	85	132	(90)	(110)	215	294	166	(224)
Gesundheitspflege	27	27	(29)	(27)	100	76	(42)	(36)
Verkehr	188	114	(231)	152	440	389	367	(286)
darunter:								
Kauf von Fahrzeugen ³⁾	66	(14)	(65)	(41)	234	(166)	(180)	/
Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	45	37	(51)	(35)	32	33	(61)	(35)
Nachrichtenübermittlung	82	63	(92)	67	92	81	103	(85)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	200	199	(242)	243	419	389	275	(341)
darunter:								
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	55	53	(59)	(62)	95	93	65	(73)
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	36	36	(34)	(32)	46	46	39	(40)
Pauschalreisen	(27)	(28)	/	/	(113)	(113)	/	/
Bildungswesen	(14)	/	(19)	/	(10)	(4)	/	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen .	76	45	(86)	(70)	200	121	(81)	(95)
dar: Verpflegungsdienstleistungen	71	42	(60)	(63)	157	97	(72)	(76)
Andere Waren und Dienstleistungen	72	63	(137)	(94)	129	113	108	(154)
dar.: Körperpflege	29	30	(55)	(48)	65	62	(50)	(45)
Übrige Ausgaben ⁴⁾	170	124	(115)	(139)	443	285	(229)	(312)
dar.: Versicherungen	57	84	(77)	(83)	157	139	(124)	(185)
Ersparnis	- 149	25	(83)	(99)	- 64	202	(109)	(113)

1) Ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 3) Kraftwagen, Kraft- und Fahrräder sowie Ersatzteile und Zubehör. – 4) Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite.

Für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Lebensführung [Ernährung (einschl. Verpflegungsdienstleistungen), Bekleidung, Wohnen sowie Gesundheits- und Körperpflege] gaben allein lebende Arbeitslose 1 279 DM im früheren Bundesgebiet und 1 091 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost aus. Arbeitslose allein Erziehende mit einem Kind verwendeten 1 615 bzw. 1 355 DM, und damit jeweils gut zwei Drittel ihrer gesamten privaten Konsumausgaben. Zum größten Ausgabeposten wurden 1998 die Aufwendungen für das Wohnen, die von den Mietzahlungen dominiert waren. Je nach Haushaltstyp setzten Arbeitslose dafür zwischen 44% (allein lebende Männer im früheren Bundesgebiet) bzw. 30,2% (Paare ohne Kind in den neuen Ländern und Berlin-Ost) ihrer Verbrauchsausgaben ein. Den zweitgrößten Posten bildeten die Käufe von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Die dafür getätigten Ausgaben machten 1998 zwischen 13,5% (arbeitslose allein lebende Frauen im früheren Bundesgebiet) und 19,4% des privaten Konsums aus (arbeitslose allein Erziehende mit einem Kind in den neuen Ländern und Berlin-Ost). Diese Anteile waren höher – absolut waren die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren jedoch geringer – als bei den Haushalten aller allein Lebenden im früheren Bundesgebiet (12%) bzw. von allein Erziehenden mit einem Kind insgesamt in den neuen Ländern und Berlin-Ost (17,4%). Wie die Arbeitslosenhaushalte versuchen, mit den geringen Einkommen auszukommen, ist speziell daran zu beobachten, dass die Ausgaben für Bekleidung, Gesundheitspflege, Bildung, Verkehr, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen bei ihnen weniger als 50% der Ausgaben betragen, die Arbeitnehmerhaushalte

tätigten. Nur unwesentlich über 50% der entsprechenden Ausgaben aller Arbeitnehmerhaushalte lagen die Beträge, die für die Innenausstattung, Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie andere Waren und Dienstleistungen verwendet worden sind (siehe Tabelle 1). „Extras“, wie beispielsweise Käufe langlebiger Gebrauchsgüter, leisteten sich Arbeitslosenhaushalte im Allgemeinen nicht. So finden sich in den Daten der EVS 1998 nur selten Haushalte dieses Typs, die Kühl-, Gefriermöbel oder andere elektrische Haushaltsgüter erworben hatten. Das betraf des Weiteren Käufe von Rundfunk-, Fernseh- und Datenverarbeitungsgeräten, Fahrrädern und anderen Verkehrsmitteln.

Der private Konsum ostdeutscher Arbeitslosenhaushalte war bei fast allen Gütergruppen niedriger als im Westen Deutschlands. Eine Ausnahme bilden die Aufwendungen für Innenausstattung. Das liegt möglicherweise daran, dass in Verbindung mit der breitflächigen Modernisierung und Rekonstruktion von Wohngebäuden Haushalte Ausstattungsergänzungen nicht umgehen konnten. Ansonsten sind wohl unterschiedliche Präferenzen und die im Schnitt niedrigeren Einkommen die hauptsächliche Ursache, dass auch Arbeitslosenhaushalte im Osten einen geringeren privaten Verbrauch hatten als im Westen. Außerdem lagen die Mieten – trotz des im Zeitverlauf wirksam gewordenen starken Preisanstiegs – im Schnitt noch unter dem Westniveau.

Allein lebende Arbeitslose wohnen in relativ kleinen Wohnungen. Die durchschnittliche Wohnfläche war zum 1. Januar 1998 von diesen Einpersonenhaushalten im Westen mit 55 m², im Osten mit 51 m² angegeben worden.¹⁰⁾

10) Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Sonderheft 1, S. 101 und 170.

Tabelle 5: Höhe und Struktur der Ausgaben für den privaten Konsum von allein lebenden Arbeitslosen¹⁾ 1998 nach dem Geschlecht
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM

Gegenstand der Nachweisung	Allein lebende Frauen				Allein lebende Männer			
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Private Konsumausgaben	1 980	100	1 607	100	1 811	100	1 690	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	267	13,5	267	16,6	297	16,4	287	17,0
Bekleidung und Schuhe	91	4,6	85	5,3	55	3,0	(54)	(3,2)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	799	40,4	640	39,8	796	44,0	651	38,5
darunter:								
Mieten u. Ä.	635	32,1	500	31,1	565	31,2	491	29,1
Energie (einschl. Heizung, Warmwasser)	120	6,1	131	8,2	106	5,9	122	7,2
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	99	5,0	147	9,1	72	4,0	(106)	(6,3)
Gesundheitspflege	39	2,0	32	2,0	17	0,9	(18)	(1,1)
Verkehr	237	12,0	91	5,7	146	8,1	155	9,2
darunter:								
Kauf von Fahrzeugen ²⁾	(109)	(5,5)	(8)	(0,5)	(28)	(1,5)	(24)	(1,7)
Personenbeförderung und Verkehrsdienstleistungen ...	46	2,3	36	2,2	44	2,4	(38)	(2,2)
Nachrichtenübermittlung	87	4,4	61	3,8	78	4,3	65	3,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	208	10,5	170	10,6	194	10,7	250	14,8
darunter:								
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	51	2,6	52	3,2	59	3,3	54	3,2
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	35	1,8	31	2,0	37	2,0	44	2,6
Pauschalreisen	(38)	(1,9)	(20)	(1,2)	(18)	(1,0)	/	/
Bildungswesen	(10)	(0,5)	/	/	/	/	/	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	65	3,3	40	2,5	86	4,7	(53)	(3,1)
dar.: Verpflegungsdienstleistungen	57	2,9	36	2,2	82	4,5	(52)	(3,1)
Andere Waren und Dienstleistungen	77	3,9	70	4,4	67	3,7	50	3,0
dar.: Körperpflege	40	2,0	37	2,3	19	1,0	(16)	(0,9)

1) Ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Kraftwagen, Kraft- und Fahrräder sowie Ersatzteile und Zubehör.

Die Ergebnisse der Unterstichprobe zu den Nahrungs- und Genussmittelkäufen, die demnächst als Heft 3 „Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie Mahlzeiten außer Haus“ der Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“ zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 veröffentlicht werden, zeigen, dass Arbeitslosenhaushalte sehr preisbewusst einkaufen. Frühere Untersuchungen hatten ergeben, dass die privaten Konsumausgaben bei allein lebenden Männern und Frauen deutlich anders strukturiert waren. Bei den arbeitslosen allein Lebenden dagegen fallen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht nur bei Nahrungsmitteln, sondern auch bei vielen anderen Gütergruppen (z. B. Wohnen, Nachrichtenübermittlung) kaum noch ins Gewicht (siehe Tabelle 5). Auf Grund der niedrigen Einkommen bleiben offensichtlich dem Großteil allein lebender Arbeitsloser kaum Spielräume für vom Durchschnitt stärker abweichende Verbrauchsgewohnheiten.

Übrige Ausgaben

Auch bei den übrigen Ausgaben rechneten Arbeitslosenhaushalte mit jeder Mark. Im Schnitt gaben sie – wie sich aus Tabelle 1 ermitteln lässt – lediglich 36% der Summe aus, die Arbeitnehmerhaushalte 1998 dafür einsetzten. Während beispielsweise allein lebende Arbeitnehmer pro Monat 159 DM Versicherungsbeiträge zahlten, setzten allein lebende Arbeitslose nur 65 DM dafür ein. In diesen Ausgaben sind Beiträge für Rechtsschutz-, Haftpflicht-, Unfallversicherung, zu Sterbe- und Alterskassen sowie für Kraftfahrzeugversicherung enthalten. Selbstverständlich zahlten Arbeitslosenhaushalte – im Gegensatz zu Arbeitnehmern – keine freiwilligen Beiträge zur gesetz-

lichen Renten- und Krankenversicherung. Für sonstige geleistete Übertragungen fielen monatlich im Schnitt 80 DM an, bei den Arbeitnehmerhaushalten in Deutschland waren es 128 DM. Darunter fasst die Statistik unter anderem Mitgliedsbeiträge zum Beispiel für Sportvereine, kulturelle Einrichtungen, aber auch Geldspenden, Verwaltungsgebühren, Lotto-, Toto- und sonstige Wett- und Spieleinsätze.

Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden

Rund 26% der befragten Arbeitslosenhaushalte in Deutschland gaben 1998 an, kein Geldvermögen zu besitzen. Je nach Haushaltsgruppe streute der Anteil der vermögenslosen Arbeitslosenhaushalte – wie Tabelle 6 auf der folgenden Seite zeigt – zwischen 11,7% (Paare ohne Kind) und 39,1% bei den allein Lebenden.

Die in Arbeitslosenhaushalten – ausgenommen die Paarhaushalte ohne Kind – vorhandenen finanziellen Rücklagen machten weniger als die Hälfte des Geldvermögens aus, das entsprechende Arbeitnehmerhaushalte ihr Eigen nannten. Nur auf 31% des Nettogeldvermögens, welches vergleichbare Arbeitnehmerhaushalte im Schnitt besaßen, kamen arbeitslose Paare mit einem Kind, das waren 15 985 DM. Von diesen Haushalten hatten sich – trotz erheblich eingeschränkter Konsums – immerhin 29% mit je 9 700 DM verschuldet. Auch unter den arbeitslosen allein Erziehenden mit einem Kind fanden sich 1998 rund 20% Haushalte mit Konsumentenkreditschulden. Für die betroffenen Haushalte verbarg sich dahinter eine durchschnittliche Restschuld von mehr als 5 500 DM.¹¹⁾

11) Diese Zahlen enthalten keine eventuellen Miet-, Energie- und Telefonschulden sowie keine Inanspruchnahme von Dispositionskrediten. Zur Verschuldungssituation privater Haushalte in Deutschland siehe insbesondere Korczak, D. u. a.: „Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999“ in „Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Kapitel I.3.2., S. 69.

Tabelle 6: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden ausgewählter Arbeitnehmer- und Arbeitslosenhaushalte¹⁾ 1998
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt		Haushalte von							
			allein Lebenden		allein Erziehenden mit 1 Kind ²⁾		Paaren ohne Kind		Paaren mit 1 Kind ²⁾	
	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Arbeitnehmer	Arbeitslose
Erfasste Haushalte (Anzahl) ...	39 423	2 375	6 360	815	1 078	195	8 456	571	5 287	163
Hochgerechnete Haushalte in 1 000	19 425	1 983	4 954	829	466	124	4 595	410	2 101	157
darunter:										
Haushalte mit Geldvermögen ³⁾	18 456	1 429	4 530	492	406	95	4 446	353	2 023	110
Haushalte ohne Geldvermögen ³⁾	836	518	385	324	56	(27)	122	(48)	(65)	(40)
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden ³⁾	4 780	372	1 135	136	131	(25)	1 075	(55)	570	(45)
Haushalte ohne Geldvermögen in % ³⁾	4,3	26,1	7,8	39,1	12,0	(21,8)	2,7	11,7	(3,1)	(25,5)
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden in % ³⁾	24,6	18,8	22,9	16,4	28,1	(20,2)	23,4	13,4	27,1	(28,7)
	Durchschnitt in DM errechnet an allen Haushalten ⁴⁾									
Bausparguthaben	6 542	1 893	3 601	869	2 114	(697)	7 049	2 602	7 692	(2 457)
Sparguthaben	13 190	6 562	8 345	3 533	5 004	3 068	15 935	13 326	12 830	4 798
Rentenwerte	2 360	1 971	1 492	(2 214)	(593)	/	3 324	(2 699)	1 752	/
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen	8 087	3 884	4 777	2 039	2 690	(860)	10 728	8 439	7 571	(1 524)
Aktien	4 366	2 703	3 508	(1 477)	939	/	5 577	5 470	3 128	/
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen ...	4 875	2 572	3 861	(1 503)	1 403	/	6 740	4 888	4 010	/
An Privatpersonen verliehenes Geld	661	670	629	(502)	(535)	/	967	(1 674)	404	/
Lebensversicherungen	20 944	10 588	10 184	5 445	7 262	(3 365)	26 537	21 008	17 852	(7 733)
Geldvermögen	61 026	30 844	36 398	17 582	20 541	8 966	76 857	60 107	55 340	18 776
Konsumentenkreditschulden ..	3 417	1 617	2 644	1 410	2 608	(1 119)	3 717	(1 533)	3 661	2 791
Nettogeldvermögen	57 610	29 227	33 754	16 172	17 933	7 847	73 139	58 575	51 679	15 985

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr, und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 3) Ohne Haushalte, die Angaben zum Geldvermögen bzw. Konsumentenkreditschulden verweigerten. – 4) Bestände zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 1998.

Auf den ersten Blick scheint sich das Anlageverhalten Arbeitsloser kaum von dem der Arbeitnehmer zu unterscheiden. Von der durchschnittlichen Vermögenshöhe her standen Versicherungsguthaben auch bei den Arbeitslosenhaushalten an erster Stelle. Allein lebende Arbeitslose in Deutschland konnten 1998 im Schnitt mit einem Rückkaufwert von rund 5500 DM rechnen, allein Erziehende mit einem Kind mit nicht ganz 3400 DM. Sparguthaben waren der zweitgrößte Vermögensposten. Durchschnittlich rund 3500 DM besaßen allein lebende Arbeitslose in Deutschland, das waren 42% der Summe, die Arbeitnehmer der gleichen Haushaltsgruppe ihr Eigen nannten. Es fällt auf, dass Arbeitslosenhaushalte anteilig mit fast 84% bei den Rentenwerten der durchschnittlichen Anlagehöhe der Arbeitnehmerhaushalte nahe kamen. Offensichtlich waren die Arbeitslosenhaushalte bestrebt,

die früher erworbenen staatlichen Schuldtitel wie Bundesanleihen, Bundesschatzbriefe oder Bundesobligationen bzw. Pfandbriefe, Kommunalobligationen und sonstige Bankschuldenverschreibungen nicht vor Fristablauf einzulösen. Auch Aktien hatten Arbeitslosenhaushalte in ihren Depots. Dieser Besitz war vorwiegend auf Paare ohne Kind, ferner bei allein Lebenden konzentriert.

Größere Vermögensunterschiede zeigen sich zwischen den Arbeitslosenhaushalten in Ost und West. Von den mehr als 500 000 vermögenslosen Haushalten von Arbeitslosen fanden sich gut 400 000 im früheren Bundesgebiet, das waren anteilig 30,5% aller dort lebenden Arbeitslosenhaushalte. In den neuen Bundesländern betrug dieser Anteil 17,8%. Besonders viele allein Lebende im früheren Bundesgebiet (44,5%) konnten – wie der Tabelle 7 zu entnehmen ist – auf keine finanziel-

Tabelle 7: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden ausgewählter Arbeitslosenhaushalte¹⁾ 1998
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Allein Lebende		Allein Erziehende mit 1 Kind ²⁾		Paare ohne Kind		Paare mit 1 Kind ²⁾	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Haushalte ohne Geldvermögen in % ³⁾	44,5	(26,5)	/	/	(13,7)	/	(25,5)	(27,5)
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden in % ³⁾	(17,8)	(13,7)	/	/	(10,6)	/	(27,3)	/
Durchschnittliches Geldvermögen in DM ⁴⁾	19 355	10 925	(10 996)	6 636	69 841	37 162	(20 374)	(12 849)
Durchschnittliche Konsumentenkreditschulden in DM ³⁾	(1 780)	(505)	/	(1 597)	(1 385)	1 088	(3 375)	/
Nettogeldvermögen in DM	17 575	10 420	(10 135)	5 039	68 456	36 074	(16 999)	(9 046)

1) Ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 3) Ohne Haushalte, die Angaben zum Geldvermögen bzw. zu den Konsumentenkreditschulden verweigerten. – 4) Bestände zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 1998.

len Rücklagen für die tägliche Lebensführung zurückgreifen. Aber auch bei den Paaren mit einem Kind sowie den allein Lebenden im Osten hatte etwa jeder vierte Haushalt keinen „Notgroschen“ mehr.

Unter Abzug der Konsumentenkreditschulden betrug das durchschnittliche Geldvermögen der Haushalte mit einem arbeitslosen Haupteinkommensbezieher im früheren Bundesgebiet 34 943 DM. Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost besaßen 1998 weniger als die Hälfte davon, nämlich 17 102 DM.¹²⁾ Der Ost-West-Vergleich zeigte für die einzelnen Haushaltsgruppen nur geringe Unterschiede. Die Anteile schwanken zwi-

Tabelle 8: Durchschnittliches Geldvermögen und monatliche Ersparnis ausgewählter Arbeitslosenhaushalte¹⁾ 1998 nach Dezilen bzw. Quintilen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe DM

Haushalte des ... Dezils	Grenzwert des Haushaltsnettoeinkommens	Ersparnis	Geldvermögen brutto	Geldvermögen netto
Insgesamt				
1.	1 190	- 111	6 501	5 048
2.	1 425	- 112	6 569	5 555
3.	1 773	- 119	7 967	6 955
4.	2 071	- 41	9 497	7 650
5.	2 407	3	11 630	10 392
6.	2 817	- 91	19 613	17 331
7.	3 305	124	26 530	24 837
8.	3 950	- 348	42 291	40 616
9.	5 134	13	52 201	50 604
10.	-	911	125 581	123 224
Insgesamt	-	23	30 844	29 227
10./1. Dezil	X	X	19,3	24,4
Allein Lebende				
1.	1 038	(- 126)	(12 961) ²⁾	(11 430) ²⁾
2.	1 166	(- 67)	(2 289)	(659)
3.	1 254	(- 115)	(3 690)	(2 740)
4.	1 354	(- 87)	(4 180)	(3 163)
5.	1 482	(- 61)	(9 638)	(8 796)
6.	1 668	(- 157)	(8 156)	(7 271)
7.	1 906	(20)	(12 267)	(9 747)
8.	2 149	(- 17)	(11 333)	(9 666)
9.	2 726	(- 3)	(28 493)	(26 323)
10.	-	- 441	82 736	81 857
Zusammen	-	- 105	17 582	16 172
10./1. Dezil	X	X	6,4	7,2
Paare ohne Kind				
1.	1 927	(- 196)	(7 486)	(5 521)
2.	2 284	(- 227)	(14 867)	(13 389)
3.	2 649	(- 94)	(17 046)	(16 210)
4.	2 984	(- 31)	(35 500)	(34 559)
5.	3 335	(31)	(47 272)	(45 255)
6.	3 714	(- 288)	(52 580)	(51 385)
7.	4 166	(85)	(53 802)	(51 774)
8.	4 858	(- 641)	(65 362)	(64 323)
9.	6 136	(299)	(113 236)	(112 451)
10.	-	(1 266)	(194 709)	(191 685)
Zusammen	-	22	60 107	58 575
10./1. Dezil	X	X	26,0	34,7
Allein Erziehende mit 1 Kind ³⁾				
Quintilgruppe				
1.	1 792	(45)	(2 106)	(373)
2.	1 951	(- 20)	(6 726)	(5 403)
3.	2 193	(63)	(8 058)	(7 419)
4.	2 623	(67)	(8 570)	(8 108)
5.	-	(244)	(19 685)	(18 343)
Zusammen	-	80	8 966	7 847
5./1. Quintil	X	X	9,3	49,2

1) Ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Untersuchungen bleibt vorbehalten, ob in dieser Einkommensgruppe anteilig besonders viele Haushalte vertreten sind, die in der Vergangenheit größere Geldvermögensbestände aufgebaut hatten. – 3) Ledige Kinder unter 18 Jahren.

schen 49,7 und 59,3%. Allein erziehende Arbeitslose mit einem Kind kamen 1998 auf ein Nettogeldvermögen von 10 135 DM im Westen (Ost: 5 039 DM), allein Lebende auf 17 575 bzw. 10 420 DM. Dabei war die unterschiedliche Höhe des Geldvermögens bei arbeitslosen Frauen und Männern im früheren Bundesgebiet bemerkenswert. Während Erstere im Schnitt rund 13 100 DM Geldvermögen (netto) ihr Eigen nannten, kamen arbeitslose Männer auf fast 21 400 DM. Solche geschlechtsspezifischen Unterschiede waren in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht zu konstatieren. Das durchschnittliche Geldvermögen arbeitsloser Frauen im Osten betrug 10 045 DM, das der arbeitslosen Männer 11 103 DM.

Tabelle 8 zeigt, dass Haushalte mit höherem Einkommen deutlich größere finanzielle Reserven besaßen, als solche mit niedrigen Einkommen. Arbeitslose Paare ohne Kind der ersten Dezilgruppe mit einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1 666 DM (Dezilgrenzwert: 1 927 DM) verfügten über ein Guthaben von rund 7 500 DM; 26-mal so viel Geldvermögen, nämlich fast 195 000 DM, besaßen die arbeitslosen Paarhaushalte ohne Kind der zehnten Dezilgruppe. Unter Abzug der Konsumentenkreditschulden nehmen die Disparitäten zu. Arbeitslose allein Lebende im früheren Bundesgebiet

Tabelle 9: Durchschnittliches Geldvermögen und monatliche Ersparnis von Haushalten allein lebender Arbeitsloser¹⁾ 1998 nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe DM

Haushalte des ... Dezils	Grenzwert des Haushaltsnettoeinkommens	Ersparnis	Geldvermögen brutto	Geldvermögen netto
Früheres Bundesgebiet				
1.	1 033	(- 94)	(14 242) ²⁾	(12 511) ²⁾
2.	1 152	(- 85)	(2 384)	(890)
3.	1 223	(- 121)	(3 424)	(2 567)
4.	1 314	(- 98)	(2 024)	(792)
5.	1 482	(- 28)	(11 020)	(9 596)
6.	1 689	(- 128)	(9 001)	(7 644)
7.	1 926	(- 96)	(12 250)	(9 185)
8.	2 238	(- 40)	(12 638)	(10 361)
9.	2 975	(97)	(36 228)	(32 930)
10.	-	(- 898)	(90 897)	(89 848)
Zusammen	-	- 149	(19 355)	(17 575)
10./1. Dezil	X	X	6,4	7,2
Neue Länder und Berlin-Ost				
1.	1 064	(- 178) ³⁾	(5 588) ³⁾	(4 591) ³⁾
2.	1 192	(- 55)	(3 181)	(2 267)
3.	1 304	(- 66)	(4 514)	(3 641)
4.	1 360	(- 25)	(4 522)	(4 522)
5.	1 463	(- 128)	(5 772)	(5 436)
6.	1 617	(- 106)	(7 924)	(7 847)
7.	1 846	(99)	(15 904)	(15 426)
8.	2 099	(64)	(12 026)	(11 524)
9.	2 528	(46)	(14 023)	(13 935)
10.	-	(607)	(36 130)	(35 368)
Zusammen	-	25	10 925	10 420
10./1. Dezil	X	X	6,5	7,7

1) Ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Untersuchungen bleibt vorbehalten, ob in dieser Einkommensgruppe anteilig besonders viele Haushalte vertreten sind, die in der Vergangenheit größere Geldvermögensbestände aufgebaut hatten. – 3) Zahlenwerte sollten mit Vorsicht interpretiert werden, da sie sich auf Angaben von weniger als 25 befragten Haushalten beziehen.

12) Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Heft 2, S. 92 und 276.

– ausgenommen die Haushalte der neunten Dezilgruppe – wirtschafteten defizitär. Die laufenden Einkünfte reichten auch bei den arbeitslosen allein Lebenden in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis zur sechsten Dezilgruppe nicht aus, um den privaten Konsum sowie die übrigen Ausgaben ohne Auflösung von Geldvermögen zu bestreiten. Gleiches gilt für Paare ohne Kind. Ohne weitere Einschränkung des Konsums werden beispielsweise die gut 60 000 allein lebenden Arbeitslosen im früheren Bundesgebiet (vierte Dezilgruppe) ihren „Notgroschen“ in acht Monaten aufgebraucht haben. ■

Bauinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Der Weg von der ersten Schätzung zum endgültigen Ergebnis

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden regelmäßig revidiert, da im Zeitablauf immer mehr verfügbare Ausgangsstatistiken eingearbeitet werden. Der vorliegende Beitrag zeichnet den Weg der Bauinvestitionen, die ein Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts darstellen, vom ersten bis zum endgültigen Ergebnis nach.

Dipl.-Volkswirt Rita Bolleyer

Vorbemerkung

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bieten eine Fülle von Zahlen zur Beurteilung der Wirtschaftstätigkeit in Deutschland. Erste Ergebnisse für ein abgelaufenes Vierteljahr werden bereits nach 55 Tagen veröffentlicht. Sie basieren auf einigen dann schon vorliegenden Ergebnissen kurzfristiger Wirtschaftsstatistiken, die um Schätzungen ergänzt werden. Im Zeitablauf liegen weitere Ausgangsstatistiken vor, deren Zahlen entweder die Schätzungen oder die Angaben der ersten Indikatoren ersetzen. Je weiter man sich vom Berichtszeitraum entfernt, umso breiter wird die Datengrundlage für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Das bedeutet aber auch, dass die Ergebnisse durch die Integration neuer Ausgangsstatistiken immer wieder überprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden müssen. Auf diese Weise hat sich für Jahre und Vierteljahre ein fester Überarbeitungsrhythmus für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergeben, der an folgende Veröffentlichungstermine anknüpft:

Jahr (t)	Veröffentlichungstermin im Jahr t				
	Januar	März	Mai	August	November
t - 4				(X)	
t - 3				(X)	
t - 2				X	
t - 1	X			X	
1. Vierteljahr t - 1		(X)		X	
2. Vierteljahr t - 1		(X)		X	
3. Vierteljahr t - 1		(X)		X	
4. Vierteljahr t - 1		X		X	
1. Vierteljahr t			X	X	(X)
2. Vierteljahr t				X	(X)
3. Vierteljahr t					X

(X) = Angaben können, müssen aber nicht geändert werden.

Dieser Rhythmus gilt ebenfalls für die Bauinvestitionen, die ein Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts darstellen. Die Ergebnisse der Bauinvestitionen für die Berichtsjahre 1998 und 1999 wurden jeweils 1½ Jahre später im Rahmen der Jahresrechnung im August stark revidiert. Verschiedene Jahresehebungen standen dann zur Verfügung und konnten eingearbeitet werden. Die Ergebnisse dieser Jahresehebungen wichen zum Teil erheblich von den kurzfristigen Statistiken und Schätzungen ab, sodass die Bauinvestitionen folgendermaßen revidiert wurden:

Bauinvestitionen in Preisen von 1995 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Veröffentlichungstermin im August	1998	1999
Deutschland		
1999	- 3,9	X
2000	- 1,0	+ 0,5
2001	- 1,0	+ 1,5
Früheres Bundesgebiet		
1999	- 2,3	X
2000	+ 1,8	+ 1,1
2001	+ 1,8	+ 4,1
Neue Länder und Berlin-Ost		
1999	- 7,7	X
2000	- 7,9	- 1,3
2001	- 7,9	- 5,7

Ursache für die Revision der Ergebnisse ist die Unvollständigkeit der für die ersten Schätzungen vorliegenden Informationen. In die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fließen alle amtlichen Wirtschaftsstatistiken ein; darüber hinaus werden Daten verschiedener Organisationen und Verbände einbezogen. Alle Unzulänglichkeiten, Unplausibilitäten und Datenlücken der Ausgangsstatistiken kommen in den VGR zusammen. Sie müssen erkannt, beurteilt und behoben werden. Das vollständige Bild aus allen verfügbaren Statistiken liegt jedoch erst nach einiger Zeit vor. Es kommt vor, dass zum gleichen Merkmal unterschiedliche Informationen vorliegen. Wiederholt sich der Revisionsbedarf, so sollte er bereits in den ersten Ergebnissen antizipiert werden. Im Folgenden wird der Weg der Bauinvestitionen vom ersten bis zum endgültigen Ergebnis nachgezeichnet.

Bauinvestitionen – die vorläufigen Schätzungen

Die Berechnung der Bauinvestitionen basiert auf den Angaben der Unternehmen und Betriebe, die Bauleistungen sowie sonstige, den Bauinvestitionen zuzurechnende Leistungen erbringen. Dabei lassen sich grob folgende Rechenbereiche unterscheiden: die Leistungen des Bauhauptgewerbes, des Ausbaugewerbes, des Verarbeitenden Gewerbes, Eigenleistungen sowie die Baunebenleistungen.

Die Leistungen des Bauhauptgewerbes werden am aktuellen Rand anhand der Zahl der monatlich geleisteten Arbeitsstunden aus der Bauberichterstattung ermittelt. Die Veränderung der Arbeitsstunden wird um einen geschätzten Produktivitätszuwachs sowie den so genannten Firmenkreisprung, der ebenfalls geschätzt wird, ergänzt.

Der Firmenkreissprung gibt an, wie sich das Verhältnis von kleinen Betrieben (weniger als 20 Beschäftigte) zu großen Betrieben (20 und mehr Beschäftigte) verändert hat, da nur die großen Betriebe nach ihren monatlich geleisteten Arbeitsstunden befragt werden.

Für die erste Schätzung eines gerade abgelaufenen Quartals ist die Zahl der im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden der einzige verfügbare Indikator. Alle anderen Bauleistungen orientieren sich in erster Linie am zeitlichen Verlauf der Arbeitsstunden. Die Leistungen des Ausbaugewerbes folgen im Zeitablauf denen des Bauhauptgewerbes. Das Verhältnis der Leistungen des Bauhaupt- zu denen des Ausbaugewerbes sowie die Veränderung der Anteile der einzelnen Vierteljahre am gesamten Jahr werden betrachtet, um so die Leistungen des Ausbaugewerbes zu schätzen. Auch die übrigen Bauleistungen werden vor allem unter Berücksichtigung der Entwicklung im Bauhauptgewerbe anhand von Plausibilitätsüberlegungen geschätzt.

Da die Leistungen des Bauhauptgewerbes rund 35% der Bauinvestitionen ausmachen, sie aber durch den Indikator der geleisteten Arbeitsstunden nur zum Teil abgedeckt sind, muss der weitaus größte Teil der Bauinvestitionen am aktuellen Rand geschätzt werden. Die erste Zahl, die hier veröffentlicht wird, hat somit den Charakter einer „Ex-post-Prognose“.

Erst bei der zweiten Schätzung eines Vierteljahres liegen Ergebnisse aus der Handwerksberichterstattung, die die Umsätze der Handwerksbetriebe erfragt, für das Ausbaugewerbe vor. In der Regel stimmen die ersten Schätzungen für das Ausbaugewerbe gut mit den Ergebnissen der Handwerksberichterstattung überein. Allerdings zeigte beispielsweise die zweite Schätzung für das erste Vierteljahr 2001, dass die nun vorliegende Handwerksberichterstattung deutlich bessere Ergebnisse für das Ausbaugewerbe (-3%) lieferte, als zunächst geschätzt worden war (-8%). Die erste Schätzung hatte sich offenbar zu stark am sehr niedrigen Ergebnis der im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden (-17%) orientiert. Anscheinend werden investive Ausbauleistungen derzeit verstärkt am Gebäudebestand durchgeführt.

Außerdem liegen bei der zweiten Schätzung erste Ergebnisse zu den Leistungen des Verarbeitenden Gewerbes aus Produktions- und Außenhandelsstatistik vor. Hier kann es gelegentlich zu größeren Abweichungen kommen, da diese Leistungen recht großen Schwankungen unterworfen sind, die nur schwer zu prognostizieren sind. Damit ist der Datenkranz, aus dem sich die vorläufigen Berechnungen der Bauinvestitionen zusammensetzen, beschrieben. Für die Baunebenleistungen und die Eigenleistungen – zusammen rund 25% der Bauinvestitionen – liegen auch bei der zweiten Schätzung keine Informationen vor. Die dafür angesetzten Werte orientieren sich nach wie vor an den Ergebnissen für das Bauhaupt- und Ausbaugewerbe.

Bauinvestitionen – die endgültigen Berechnungen

Endgültige Berechnungen für bestimmte Berichtsjahre werden jährlich zum Veröffentlichungstermin August

durchgeführt. In die Berechnung der Bauinvestitionen werden dann wichtige Erhebungen eingearbeitet, die jeweils etwa 1½ Jahre nach Ablauf des Berichtsjahres vorliegen. Dazu zählen insbesondere die Unternehmenserhebung im Bauhauptgewerbe, die Umsatzsteuerstatistik sowie die Kostenstrukturstatistik im Baugewerbe. Der große Änderungsbedarf für die Jahre 1998 und 1999 ergab sich durch die Integration der Ergebnisse dieser Statistiken.

Die Unternehmenserhebung im Bauhauptgewerbe liefert Informationen über die Jahresbauleistung der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Diese lag für das Jahr 1998 um 3 Mrd. DM und für das Jahr 1999 um 2 Mrd. DM über dem zunächst anhand der Arbeitsstunden berechneten Ansatz. Betrachtet man hier über die Jahre hinweg die Differenzen zwischen beiden Ansätzen, so zeigt sich, dass Abweichungen in beide Richtungen vorkommen können. Solange sich eine Abweichung nach oben nicht als dauerhaft herausstellt, wird an dem Schätzansatz am aktuellen Rand nichts verändert.

Anders sieht es dagegen bei der Integration der Umsatzsteuerstatistik aus. Seit der großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im April 1999 wird die Umsatzsteuerstatistik sowohl zur Berechnung der Leistungen des Ausbaugewerbes als auch der Baunebenleistungen herangezogen. Das hat verschiedene Gründe: Zum einen liegt die Umsatzsteuerstatistik seit dem Berichtsjahr 1996 nicht mehr nur alle zwei Jahre, sondern jährlich vor und kann so die wirtschaftliche Entwicklung besser nachzeichnen. Zweitens passte sie im Jahr 1994 vom Ergebnis für das Ausbaugewerbe sehr gut mit der damals durchgeführten Handwerkszählung – einer Totalerhebung im Handwerksbereich – zusammen. Drittens spielen steuerliche Organschaften, die in der Umsatzsteuerstatistik gemeinsam einem Wirtschaftszweig zugeordnet werden und so zu wirtschaftssystematischen Fehlzuordnungen führen, im handwerklich strukturierten Ausbaugewerbe sowie bei den Anbietern von Dienstleistungen rund um den Bau keine Rolle. Viertens deckt die Umsatzsteuerstatistik weitaus mehr Unternehmen ab als die Handwerksberichterstattung oder die vierteljährliche Betriebserhebung im Ausbaugewerbe. Vor der Revision waren die Daten der vierteljährlichen Betriebserhebung im Ausbaugewerbe für dessen Ergebnis maßgeblich; diese Berechnung wurde nicht anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik korrigiert. Darüber hinaus ist für den größten Teil der Baunebenleistungen, zu denen u. a. die Leistungen der Architekten, Ingenieure, Immobilienmakler, Notare, Landschaftsgärtner gehören, die Umsatzsteuerstatistik die einzige Datenquelle. Vor der Revision wurde die erste, am Bauhauptgewerbe orientierte Schätzung der Baunebenleistungen nur zum Teil mit den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik abgestimmt.

Die Einarbeitung der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik führte für das Berichtsjahr 1998 zu einer Erhöhung der Bauinvestitionen um über 6 Mrd. DM im Ausbaugewerbe und um 2,7 Mrd. DM bei den Baunebenleistungen. Für das Jahr 1999 betragen die Änderungen +3 Mrd. DM im Ausbaugewerbe und -0,3 Mrd. DM bei den Baunebenleistungen. Für die Entwicklung des Ausbaugewerbes am aktuellen Rand war deshalb zu prüfen, ob die Veränderungsraten, die sich aus der Handwerksberichterstat-

tung ergeben, um einen Zuschlag aufgrund zu erwartender höherer Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik ergänzt werden müssen. Zwar kann man noch keinen Vergleich über einen längeren Zeitraum anstellen, da die neue Stichprobe der Handwerksberichterstattung erst seit 1996 läuft, aber es scheint zurzeit, als könne man künftig ihre Ergebnisse nicht unverändert übernehmen. Deshalb wird nun ein Zuschlag von einem Prozentpunkt auf die Veränderungsrate laut Handwerksberichterstattung vorgenommen. Die nächste Überarbeitung des Jahres 2000 wird zeigen, ob und in welcher Höhe dieser Zuschlag beibehalten wird.

Die Kostenstrukturstatistik im Baugewerbe liefert mehrere für die Berechnung der Bauinvestitionen wichtige Daten. Als schwierig einzuschätzen erwiesen sich dabei die Bauleistungsströme, die von Ost- nach Westdeutschland und umgekehrt fließen. Diese Bauleistungsströme verändern nicht das Ergebnis der Bauinvestitionen für Deutschland, haben aber einen großen Einfluss auf die Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder.

Im Zuge der deutschen Vereinigung erbrachten viele westdeutsche Bauunternehmen umfangreiche Bauleistungen in den neuen Ländern. Diese Leistungen nahmen bis 1996 beträchtlich zu. Die starke Konsolidierung im Baugewerbe in den neuen Ländern führte in den Folgejahren nicht nur zu einer erheblichen Verminderung des Bauleistungsstroms von West- nach Ostdeutschland, sondern Baufirmen aus den neuen Ländern wurden sehr stark auch im früheren Bundesgebiet tätig.

Datenquellen für diese Bauleistungsströme sind die Betriebserhebung über den Auftragseingang im Bauhauptgewerbe nach Lage der Baustelle und zeitlich später die Kostenstrukturstatistik im Baugewerbe, die als Unternehmenserhebung auch das Ausbaugewerbe abdeckt. Als Betriebserhebung zeigt die Auftragseingangserhebung erheblich geringere Anteile der Bauleistungen der Betriebe im jeweils anderen Gebiet Deutschlands als die Kostenstrukturstatistik. Interessant ist der Vergleich des zeitlichen Verlaufs der Bauleistungsströme, die sich aus beiden Statistiken ergeben. Beide Statistiken weisen für 1998 und 1999 einen jeweils sehr starken Anstieg der Bauleistungsströme von Ost- nach Westdeutschland nach, der in dieser Höhe zunächst nicht geschätzt wurde. Daraus ergab sich ein veränderter Verlauf der Baukonjunktur in beiden Teilen Deutschlands. Gleichzeitig wird der nicht unerhebliche Spielraum deutlich, der sich bei der Schätzung der Bauinvestitionen nach Teilgebieten Deutschlands eröffnet.

Die Auftragseingänge nach Lage der Baustelle zeigen, dass sich die Zunahme der Bauleistungsströme von Ost- nach Westdeutschland sowie die Abnahme der umgekehrten Ströme auch in den Jahren 2000 und 2001 fortsetzen. Deshalb werden für diesen Zeitraum entsprechende Umsetzungen vorgenommen: Die Schätzungen für die neuen Länder bezüglich des Bauhauptgewerbes und des Ausbaugewerbes am aktuellen Rand werden um 2 Prozentpunkte vermindert, die Bauleistung in Westdeutschland um diesen Betrag erhöht.

Die Berechnungen zum August 2002 werden hauptsächlich das Berichtsjahr 2000 betreffen. Dann werden Angaben über die Jahresbauleistung 2000 aus der Unterneh-

menserhebung im Bauhauptgewerbe, die Ergebnisse der Kostenstrukturserhebung sowie der Umsatzsteuerstatistik 2000 vorliegen. Die Einarbeitung dieser Ergebnisse wird hoffentlich aufgrund unserer geänderten Annahmen bei den vorläufigen Schätzungen zu geringeren Änderungen als bei den vorangegangenen Jahresrechnungen führen. Generell ist jedoch mit mehr Änderungen als vor der großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 zu rechnen, da in früheren Jahren die nur zweijährlich vorliegende Umsatzsteuerstatistik nicht in dem Umfang zum Abgleich mit den vorläufigen Rechenständen verwendet wurde, wie das gegenwärtig geschieht. ■

Preise im Oktober 2001

Im Oktober 2001 konnte eine Entspannung des Preisklimas auf den hier beobachteten Wirtschaftsstufen verzeichnet werden. Im September 2001 hatten sich die Preise noch überwiegend erhöht. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ging im Oktober 2001 im Vergleich zum Vormonat um 0,3% zurück, der Index der Großhandelsverkaufspreise reduzierte sich um 0,8%, die Einzelhandelspreise ermäßigten sich um 0,1% und die Erzeugerpreise verbilligten sich um 0,9%. Im September 2001 hatten die Veränderungsrate +0,3% (Einzelhandelspreise) und +0,1% (Großhandelsverkaufspreise und Erzeugerpreise) betragen, der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte war gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben. Die Jahresteuersätze waren im Oktober 2001 für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit +2,0% (September 2001: +2,1%) und für den Erzeugerpreisindex mit +0,6% (+1,9%) niedriger als im Vormonat. Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich binnen Jahresfrist – wie bereits im September 2001 – um +1,4%; die Großhandelsverkaufspreise entwickelten sich mit –1,1% (September 2001: –0,2%) sogar beachtlich rückläufig.

Dipl.-Ingenieur Jens Dechent

Wie in den Monaten zuvor hatte die Entwicklung der Mineralölpreise auch im Oktober 2001 maßgeblichen Anteil an den Veränderungsrate aller hier betrachteten Wirtschaftsstufen. Die nachstehende Tabelle zeigt, dass sich Mineralölzeugnisse bzw. Heizöl und Kraftstoffe sowohl im Monats- als auch im Jahresvergleich durchweg erheblich verbilligt haben. Beispielsweise wäre der Index der Großhandelsverkaufspreise binnen Jahresfrist ohne Mineralölzeugnisse um 0,8% gestiegen, statt um 1,1% zu sinken.

	Veränderungen Oktober 2001 gegenüber	
	September 2001	Oktober 2000
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	- 0,9	+ 0,6
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,5	+ 1,5
Mineralölzeugnisse	- 6,3	- 13,6
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	- 0,8	- 1,1
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,4	+ 0,8
Mineralölzeugnisse	- 4,1	- 13,6
ohne Saisonwaren	- 0,7	- 1,6
Saisonwaren	- 3,6	+ 11,6
Index der Einzelhandelspreise	- 0,1	+ 1,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	- 0,3	+ 2,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-	+ 2,7
Heizöl und Kraftstoffe	- 5,8	- 9,8
ohne Saisonwaren	- 0,3	+ 1,9
Saisonwaren	+ 0,2	+ 8,4

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) lag im Oktober 2001 um 0,6% höher als im Oktober 2000. Dies ist die niedrigste jährliche Preissteigerungsrate seit Oktober 1999 (+0,2%). Im September 2001 hatte die Jahresveränderungsrate +1,9% und im August 2001 noch +2,7% betragen. Im Vergleich zum Vormonat ging der Index im Oktober 2001 um 0,9% zurück.

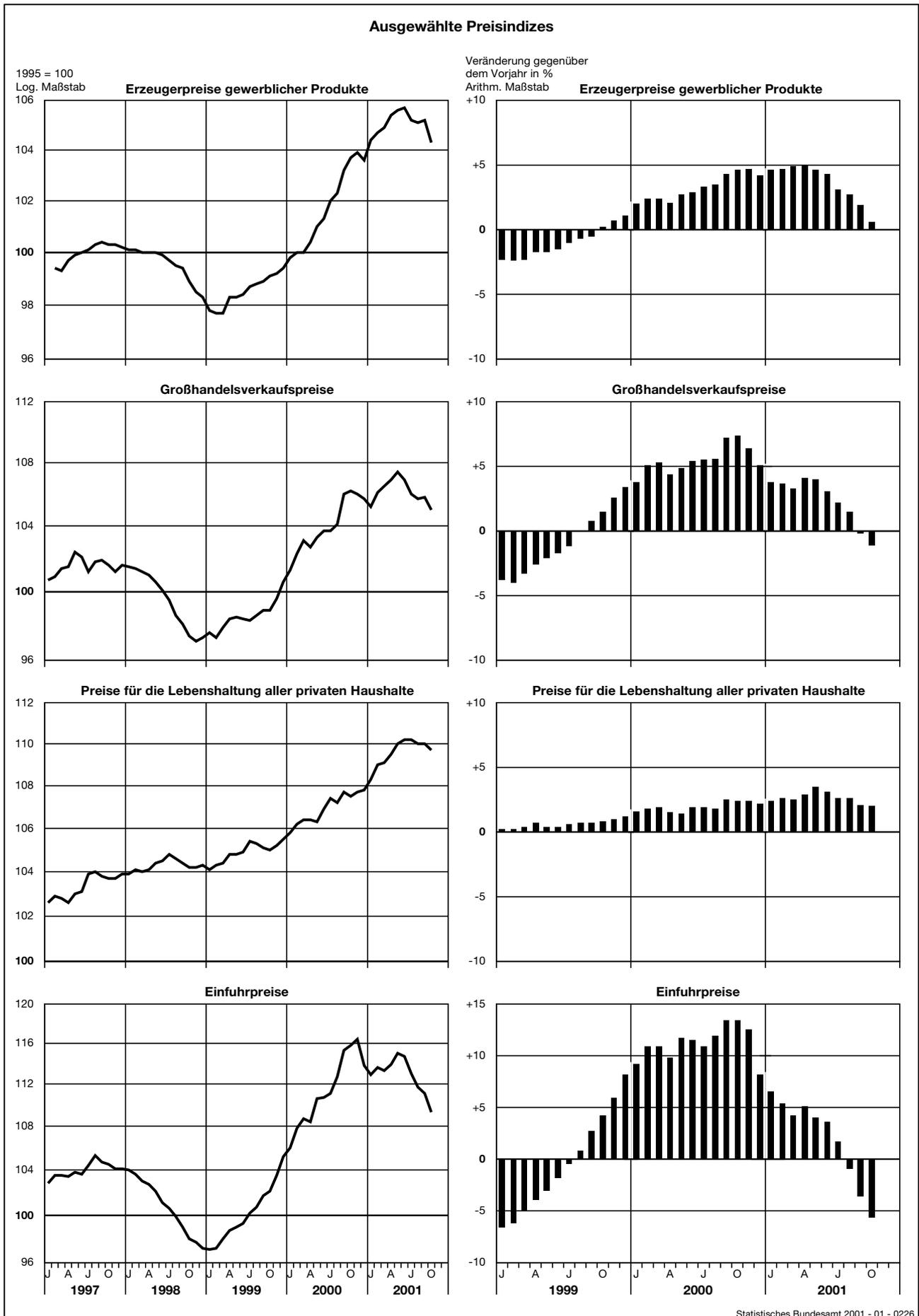
Eine wesentliche Ursache für die deutliche Abschwächung der Jahresteuersätze liegt in der Preisentwicklung der Mineralölzeugnisse, die im Oktober 2001 um durchschnittlich 13,6% billiger waren als im Oktober 2000 (darunter Superbenzin –6,1%, Diesel –8,2%, leichtes Heizöl –29,4%, schweres und mittelschweres Heizöl

Ausgewählte Preisindizes
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
1996 D	98,8	99,6	100,8	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	101,5	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	99,5	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D	98,5	98,6	101,9	104,9	104,8	105,7
2000 D	101,8	104,0	103,0	106,9	106,9	107,5
2000 Sept. ...	103,2	106,0	103,7	107,7	107,6	108,0
Okt. ...	103,7	106,2	103,5	107,5	107,4	107,8
Nov. ...	103,9	106,0	103,6	107,7	107,7	108,3
Dez. ...	103,6	105,7	103,5	107,8	107,7	108,3
2001 Jan. ...	104,4	105,2	103,4	108,3	108,2	109,1
Febr. ...	104,7	106,1	103,7	109,0	108,9	109,8
März ...	104,9	106,5	104,0	109,1	109,0	110,0
April ...	105,4	106,9	104,4	109,5	109,3	110,4
Mai ...	105,6	107,4	104,9	110,0	109,8	111,1
Juni ...	105,7	106,9	105,1	110,2	110,0	111,2
Juli ...	105,2	106,0	104,9	110,2	110,0	111,3
Aug. ...	105,1	105,7	104,8	110,0	109,8	111,0
Sept. ...	105,2	105,8	105,1	110,0	109,8	111,0
Okt. ...	104,3	105,0	105,0	109,7	109,5	110,7
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
2000 Sept. ...	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Okt. ...	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov. ...	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5
Dez. ...	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	-	-
2001 Jan. ...	+ 0,8	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Febr. ...	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
März ...	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
April ...	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Mai ...	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Juni ...	+ 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Juli ...	- 0,5	- 0,8	- 0,2	-	-	+ 0,1
Aug. ...	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Sept. ...	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	-	-
Okt. ...	- 0,9	- 0,8	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1996 D	- 1,2	- 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
2000 Sept. ...	+ 4,3	+ 7,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1
Okt. ...	+ 4,6	+ 7,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0
Nov. ...	+ 4,7	+ 6,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4
Dez. ...	+ 4,2	+ 5,1	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2
2001 Jan. ...	+ 4,6	+ 3,8	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5
Febr. ...	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
März ...	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8
April ...	+ 5,0	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2
Mai ...	+ 4,6	+ 4,0	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,8
Juni ...	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,4
Juli ...	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,2
Aug. ...	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0
Sept. ...	+ 1,9	- 0,2	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8
Okt. ...	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Schaubild 1



-33,4%, Flüssiggas -33,4%). Ohne Berücksichtigung der Mineralölherzeugnisse stieg der Erzeugerpreisindex binnen Jahresfrist um 1,5%.

Auch bei anderen Energieträgern zeichnet sich eine Entspannung der Preissituation ab. So war beispielsweise Erdgas im Oktober 2001 zwar um 7,3% teurer als im Oktober 2000, gegenüber dem Vormonat sanken die Preise jedoch um 6,6%. Im September hatte die Jahres-
teuerungsrate für Erdgas noch +22,3% betragen.

Starke Preiserhöhungen wurden im Oktober 2001 gegenüber dem Vorjahresmonat u.a. bei folgenden Gütern festgestellt: raffinierte Pflanzenöle (+19,1%), Stickstoff-, Phosphor- und Kalidüngemittel (+18,3%), Fischerzeugnisse (+16,3%), Zeitungsdruckpapier (+13,8%), Fleisch und Fleischerzeugnisse (+8,9%), Apparate zum Filtrieren und Reinigen von Gasen (+8,8%), Steinkohle und Steinkohlenbriketts (+8,6%), Drahtwaren (+8,6%), synthetischer Kautschuk (+8,1%), feuerfeste keramische Werkstoffe (+5,5%), Futtermittel für Nutztiere (+5,2%), fotochemische Erzeugnisse (+5,1%), Sanitärarmaturen (+5,0%), Reifen (+4,7%), Milch und Milcherzeugnisse (+4,5%) sowie pharmazeutische Erzeugnisse (+4,5%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im Oktober 2001 unter anderem: Kupfer und Halbzeug daraus (-18,7%), organische Grundstoffe und Chemikalien (-13,9%), monolithisch integrierte Schaltungen (-11,9%), Rohaluminium (-10,8%), PVC (-10,7%), Walzstahl (-9,3%), Edelmetalle (-8,6%), Universalwaschmittel (-6,4%), Gewürze (-4,7%) sowie Röstkaffee (-3,8%).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* für Deutschland verringerte sich gegenüber dem Vormonat im Oktober 2001 um 0,8%. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lagen die Großhandelsverkaufspreise im Oktober 2001 um 1,1% niedriger. Dies ist die niedrigste Jahresveränderungsrate seit Juli 1999 (-1,2%). Im September 2001 und im August 2001 hatte die Jahresveränderungsrate -0,2 bzw. +1,5% betragen. Der Gesamtindex ohne Mineralölherzeugnisse lag im Oktober 2001 um 0,8% über dem Vorjahresniveau und um 0,4% unter dem Stand vom September 2001.

Binnen Monatsfrist verbilligten sich vor allem Bananen (-12,4%), Zitrusfrüchte (-10,7%), Äpfel (-10,5%), Rohkaffee (-10,0%) und leichtes Heizöl (-7,4%). Dagegen wurden Tomaten (+44,7%) teurer.

Ausgeprägte Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr waren im Oktober 2001 u.a. bei folgenden Gütern zu beobachten: lebende Rinder (-29,3%), Rohkaffee (-24,1%), Rohkupfer und Kupferlegierungen (-23,2%), Rohaluminium und Aluminiumlegierungen (-16,7%), Mineralölherzeugnisse (-13,6%), darunter insbesondere leichtes Heizöl (-24,4%), Rindfleisch (-10,2%) und Getreide (-7,3%). Dagegen waren u.a. Kartoffeln (+45,5%), Geflügelfleisch (+31,0%), Zitrusfrüchte (+28,2%), Äpfel (+21,3%), lebende Schweine (+14,7%), verarbeitetes Fleisch (+12,5%), Schweinefleisch (+11,8%), Futtermittel (+10,8%), Bananen (+7,9%) sowie Steinkohle und Steinkohlenbriketts (+7,0%) teurer als vor einem Jahr.

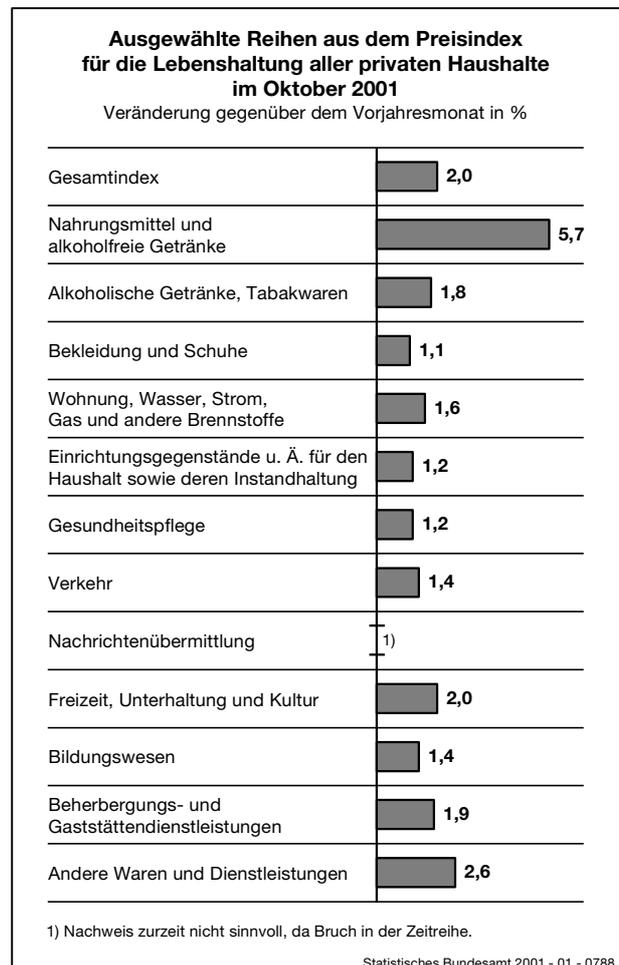
Die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels wiesen folgende Monats- bzw. Jahresveränderungen auf:

	Veränderungen Oktober 2001 gegenüber	
	September 2001	Oktober 2000
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	- 2,2	- 1,2
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	- 0,5	+ 3,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	- 0,1	+ 1,0
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	- 1,5	- 5,6
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-	- 0,6
Sonstiger Großhandel	- 0,6	+ 0,9

Der *Index der Einzelhandelspreise* ermäßigte sich von September 2001 auf Oktober 2001 geringfügig um 0,1%. Gegenüber dem Vorjahr lag der Index im Berichtsmonat um 1,4% höher. Die Jahresveränderungsraten hatten im September 2001 ebenfalls +1,4% und im August 2001 +1,9% betragen.

Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland* lag im Oktober 2001 um 0,3% niedriger als im September. Im September 2001 waren die Preise binnen Monatsfrist noch unverändert geblieben. Gegenüber Oktober 2000 lagen die Verbraucherpreise im Oktober 2001 um 2,0% höher. Die jährliche Teuerung hatte im September 2001 +2,1% betragen, im August noch +2,6%. Wie in den Vormonaten ist die rückläufige Jahresteuerrate im Oktober 2001 vor allem auf sinkende Preise für Heizöl und Kraftstoffe

Schaubild 2



(-9,8%) zurückzuführen. Der Preisrückgang für leichtes Heizöl betrug im Jahresvergleich 22,5%, binnen Monatsfrist sanken die Preise um 9,4%. Auch die Kraftstoffpreise fielen sowohl im Vergleich zum Vorjahr (-5,9%) als auch zum Vormonat (-4,9%). Ohne Heizöl und Kraftstoffe belief sich die Preissteigerungsrate gegenüber dem Vorjahreswert im Oktober 2001 auf 2,7%.

Weiter anhaltend sind die überdurchschnittlichen Preissteigerungen für Nahrungsmittel (+6,6% im Vergleich zum Oktober 2000). Hervorzuheben sind vor allem Molkereiprodukte und Eier (+8,1%), Obst und Gemüse (+11,7%) sowie Fleisch und Fleischwaren (+8,5%).

Die nachstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1995 = 100	Veränderungen Oktober 2001 gegenüber	
	September 2001	Oktober 2000
	%	
Gesamtindex	- 0,3	+ 2,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,1	+ 5,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+ 1,8
Bekleidung und Schuhe	+ 0,4	+ 1,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	- 0,3	+ 1,6
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+ 0,1	+ 1,2
Gesundheitspflege	-	+ 1,2
Verkehr	- 1,2	+ 1,4
Nachrichtenübermittlung	- 0,1	.1)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	- 1,0	+ 2,0
Bildungswesen	-	+ 1,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 0,3	+ 1,9
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,2	+ 2,6

1) Wegen der Erweiterung des Erfassungsbereichs um Internetdienstleistungen ab Januar 2001 ist ein Vorjahresvergleich nicht sinnvoll.

Im Oktober 2001 ergab sich für das *frühere Bundesgebiet* im Vergleich zum Oktober 2000 eine Preissteigerungsrate von 2,0%. Im Vergleich zum September 2001 ging der Index um 0,3% zurück. Für die *neuen Länder und Berlin-Ost* lag die Teuerungsrate gegenüber Oktober 2000 bei 2,7%. Auch für die neuen Länder und Berlin-Ost war im Vergleich zum Vormonat ein Rückgang um 0,3% zu verzeichnen.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland ist im Oktober

2001 gegenüber Oktober 2000 um 2,0% gestiegen. Gegenüber September 2001 verringerte sich der Index um 0,4%.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Oktober 2001 gegenüber	
	September 2001	Oktober 2000
%		
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Raffinierte Pflanzenöle	+ 1,7	+ 19,1
Stickstoff-, Phosphor- und Kalidüngemittel	+ 0,4	+ 18,3
Fischerzeugnisse	+ 0,8	+ 16,3
Zeitungsdruckpapier	- 0,3	+ 13,8
Fleisch und Fleischerzeugnisse	- 0,9	+ 8,9
Apparate zum Filtrieren oder Reinigen von Gasen	+ 0,3	+ 8,8
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	- 1,7	+ 8,6
Drahtwaren	+ 0,5	+ 8,6
Synthetischer Kautschuk	- 0,4	+ 8,1
Feuerfeste keramische Werkstoffe	- 0,2	+ 5,5
Futtermittel für Nutztiere	- 0,4	+ 5,2
Fotochemische Erzeugnisse	-	+ 5,1
Sanitärarmaturen	+ 1,1	+ 5,0
Reifen	- 0,2	+ 4,7
Milch und Milchzeugnisse	-	+ 4,5
Pharmazeutische Erzeugnisse	+ 0,4	+ 4,5
Röstkaffee	- 0,5	- 3,8
Gewürze	- 0,6	- 4,7
Universalwaschmittel	- 1,9	- 6,4
Edelmetalle	- 3,7	- 8,6
Walzstahl	- 0,3	- 9,3
PVC	+ 1,0	- 10,7
Rohaluminium	- 4,5	- 10,8
Monolithisch integrierte Schaltungen	- 1,2	- 11,9
Organische Grundstoffe und Chemikalien	- 2,2	- 13,9
Kupfer und Halbzeug daraus	- 1,5	- 18,7
Großhandelsverkaufspreise		
Lebende Rinder	+ 1,1	- 29,3
Leichtes Heizöl	- 7,4	- 24,4
Rohkaffee	- 10,0	- 24,1
Rohkupfer und Kupferlegierungen	- 3,0	- 23,2
Rohaluminium und Aluminiumlegierungen	- 2,8	- 16,7
Mineralölzeugnisse	- 4,1	- 13,6
Rindfleisch	- 1,5	- 10,2
Getreide	- 0,6	- 7,3
Tomaten	+ 44,7	- 6,0
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	+ 1,1	+ 7,0
Bananen	- 12,4	+ 7,9
Futtermittel	+ 0,6	+ 10,8
Schweinefleisch	+ 1,0	+ 11,8
Verarbeitetes Fleisch	-	+ 12,5
Lebende Schweine	- 1,1	+ 14,7
Äpfel	- 10,5	+ 21,3
Zitrusfrüchte	- 10,7	+ 28,2
Geflügelfleisch	- 1,0	+ 31,0
Kartoffeln	+ 1,7	+ 45,5

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

Heft Seite

Allgemeines, Methoden, Klassifikationen

Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Neue Ökonomie und amtliche Statistik	3	165
Qualität und Nutzer	10	799
Die Homogenität ausgewählter Wirtschaftszweige der NACE Rev. 1	8	615
Erhebungsdesign der Zeitbudgeterhebung 2001/2002	6	427
Neue Methode der Volkszählung	5	333
Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen	11	906
Ergebnisse einer Kundenzufriedenheitsuntersuchung im Eurostat Data Shop Berlin	4	245
Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland	7	507
Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten der Behandlung von steuerlichen Organschaften im statistischen Unternehmensregister	11	922
Praktische Umsetzung der Qualitätsoffensive in der Außenhandelsstatistik	6	457
Abgrenzung von Ländergruppen in den Außenhandelsstatistiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union	11	930
Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen	7	524
Unternehmen im Verkehrsbereich – Erhebungen und Strukturen der Transporttätigkeit	8	646
Transport lebender Tiere	3	187
Zur statistischen Erfassung des Lebenslangen Lernens	8	667
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik	7	513
Haushalte von Arbeitslosen – ihre wirtschaftliche Lage im Spiegel der Statistik	11	936
Die Neuberechnung von Verbrauchergeldparitäten im Rahmen des Internationalen Vergleichs der Preise für die Lebenshaltung	9	730
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung	3	176
Bauinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	11	945

Bevölkerung

Neue Methode der Volkszählung	5	333
Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen	11	906
Entwicklung der Bevölkerung bis 2050	1	22
Erhebungsdesign der Zeitbudgeterhebung 2001/2002	6	427
Ergebnisse des Mikrozensus 2000	6	437
Ehescheidungen 1999	4	253

Erwerbstätigkeit

Ergebnisse des Mikrozensus 2000	6	437
---------------------------------------	---	-----

Unternehmen und Arbeitsstätten

Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten der Behandlung von steuerlichen Organschaften im statistischen Unternehmensregister	11	922
Gewerbeanzeigen 2000	4	295
Insolvenzverluste 1996 bis 1998	9	748

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland	7	507
Weinbau in Deutschland 1999	1	30
Ökologischer Landbau 1999	3	357
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland	5	367

Produzierendes Gewerbe

Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	2	87
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland	5	367

Bautätigkeit und Wohnungen

Wohngeld in Deutschland 1999	2	109
------------------------------------	---	-----

Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Branchenentwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2000	8	633
Entwicklung im Großhandel im Jahr 2000	3	181
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2000	4	263
Inlandstourismus 2000: Neue Rekordergebnisse im Jahr der EXPO	4	268

Außenhandel

Praktische Umsetzung der Qualitätsoffensive in der Außenhandelsstatistik	6	457
Abgrenzung von Ländergruppen in den Außenhandelsstatistiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union	11	930
Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet	2	102
Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen	7	524
Spiegelvergleich der deutschen und spanischen Intrahandelsergebnisse	1	46
Der deutsche Außenhandel mit Amerika	9	756
Der deutsche Außenhandel mit Rindfleisch vor dem Hintergrund der BSE- und MKS-Krise	8	639
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000	2	97
Der deutsche Außenhandel 2000 nach Ländern	4	277
Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 2001	10	816

Verkehr

Unternehmen im Verkehrsbereich – Erhebungen und Strukturen der Transporttätigkeit	8	646
Transport lebender Tiere	3	187
Seeschifffahrt 2000	9	762
Eisenbahnverkehr 2000	6	465
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 1991 bis 2000	8	655
Kinderunfälle im Straßenverkehr 2000	10	823
Binnenschifffahrt im Jahr 2000 mit Rekordergebnis	7	533
Gewerblicher Luftverkehr 2000	4	289

Geld und Kredit

Bauspargeschäft 2000	10	830
----------------------------	----	-----

Bildung und Kultur

Zur statistischen Erfassung des Lebenslangen Lernens	8	667
Studierende im Wintersemester 2000/2001	6	470

Gesundheitswesen

Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Fragen zur Gesundheit	9	771
Schwerbehinderte 1999	8	678

Sozialleistungen

Schwerbehinderte 1999	8	678
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1999	5	372
Wohngeld in Deutschland 1999	2	109

Finanzen und Steuern

Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik	7	513
Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes	2	116
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 2000	10	808
Kommunalfinanzen 2001	5	386
Öffentliche Finanzen 2000	4	303
Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2001	10	839
Schulden der öffentlichen Haushalte 2000	7	543

Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2	2	121
Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten	7	546
Haushalte von Arbeitslosen – ihre wirtschaftliche Lage im Spiegel der Statistik	11	936

Löhne und Gehälter

Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Ergebnisse der Lohnstatistik für 2000	5	389

Preise

Die Neuberechnung von Verbrauchergeldparitäten im Rahmen des Internationalen Vergleichs der Preise für die Lebenshaltung	9	730
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung	3	176
Preisentwicklung im Jahr 2000	2	138
Preise im Februar 2001	3	221
März 2001	4	308
April 2001	5	402
Mai 2001	6	479
Juni 2001	7	572
Juli 2001	8	685
August 2001	9	781
September 2001	10	844
Oktober 2001	11	948

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bauinvestitionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	11	945
Revision der Anlagevermögensrechnung 1991 bis 2001	5	342
Bruttoinlandsprodukt 2000	1	11
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 2001	9	703

Umwelt

Statistik über bestimmte ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	3	217
Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2001	11	877

Gastbeiträge

Konsistente empirische Modelle der Geldnachfrage	3	225
Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung?	4	312
Lohndiskriminierung von Frauen	5	406
Äquivalenzskalen und haushaltsspezifisches Armutsrisiko	6	483
Außenhandel und Informationsbedarf der Bundesländer	7	576
Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich	7	588
Qualität und Nutzer	10	799
Zur Qualität des Europäischen Statistischen Systems	10	848

Historische Aufsätze

100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik	1	64
---	---	----

Veröffentlichungen¹⁾ vom 27. Oktober 2001 bis 23. November 2001

■ Zusammenfassende Veröffentlichungen		DM	EUR			DM	EUR
Wirtschaft und Statistik, Oktober 2001	21,70	11,10	Fachserie 11: Bildung und Kultur			
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Juni 2001	13,50	6,90	Reihe 1 Allgemein bildende Schulen, Schuljahr 2000/2001	31,50	16,11
	Juli 2001	13,50	6,90	Reihe 3 Berufliche Bildung 2000	31,50	16,11
Verkehr aktuell, Oktober 2001	15,40	7,87	Reihe 4.1 Studierende an Hochschulen, Wintersemester 2000/2001	36,30	18,56
Verkehr im Überblick 2000	24,30	12,42	Reihe 4.3.2 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1999	21,-	10,74
Band 38 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“:				Reihe 4.4 Personal an Hochschulen 2000	36,60	18,56
Familien und Haushalte in Deutschland	30,-	15,-	Fachserie 12: Gesundheitswesen			
				Reihe 1 Ausgewählte Zahlen für das Gesundheitswesen 1999	27,30	13,96
Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				Fachserie 14: Finanzen und Steuern			
Reihe 4.3 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, September 2001	5,20	2,66	Reihe 2 Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte, 2. Vierteljahr und 1. Halbjahr 2001	21,-	10,74
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten				Reihe 4 Steuerhaushalt, 2. Vierteljahr 2001	11,-	5,62
Reihe 4.2 Finanzielle Abwicklung der Insolvenzverfahren 1996 und 1998	13,50	6,90	Reihe 9.1.1 Absatz von Tabakwaren, 3. Vierteljahr 2001	11,-	5,62
Reihe 5 Gewerbeanzeigen, Juni 2001	5,20	2,66	Reihe 9.2.1 Absatz von Bier, September 2001	3,40	1,74
Reihe 5 Juli 2001	5,20	2,66	Fachserie 16: Löhne und Gehälter			
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				Reihe 2 Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe (Vorbericht), April 2001	4,30	2,20
Reihe 3.2.1 Wachstum und Ernte – Feldfrüchte, Obst –, Heft 8/2001	8,70	4,45	Reihe 2.1 Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe, April 2001	31,50	16,11
Reihe 3 Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung 2000	27,30	13,96	Reihe 2.2 Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, April 2001	31,50	16,11
Reihe 4.2.1 Schlachtungen und Fleischerzeugung, 1. Vierteljahr 2001	11,-	5,62	Reihe 2.3 Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, April 2001	11,-	5,62
Reihe 4.2.1 2. Vierteljahr 2001	11,-	5,62	Fachserie 17: Preise			
Heft 1 Landwirtschaftszählung 1999: Landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Berufsbildung 1999	15,40	7,87	Reihe 1 Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, September 2001	8,70	4,45
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe				Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), September 2001	11,-	5,62
Reihe 3.1 Produktion im Produzierenden Gewerbe, 2. Vierteljahr 2001	36,30	18,56	Reihe 6 Index der Großhandelsverkaufspreise, September 2001	8,70	4,45
Reihe 4.1.1 Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, August 2001	27,30	13,96	Reihe 7 Preisindizes für die Lebenshaltung, Oktober 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20
Reihe 8.1 Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), September 2001	11,-	5,62	Reihe 7 Oktober 2001	21,-	10,74
Reihe 8.1 Oktober 2001 (Vorbericht)	3,40	1,74	Reihe 8 Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, September 2001	18,20	9,31
Reihe 8.2 Düngemittelversorgung, Wirtschaftsjahr 2000/2001	8,70	4,45	Reihe 10 Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung 2000	24,30	12,42
Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus				Reihe 10 September 2001	8,70	4,45
Reihe 1.1 Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Messzahlen), August 2001	11,-	5,62	Reihe 11 Preise und Preisindizes im Ausland, September 2001	11,-	5,62
Reihe 3.1 Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Messzahlen), August 2001	8,70	4,45	■ Klassifikationen			
Reihe 7.1 Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, August 2001	13,50	6,90	Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2002	62,-	31,70
Fachserie 7: Außenhandel				■ Elektronische Veröffentlichungen			
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, August 2001	13,50	6,90	Außenhandel nach Waren und Ländern, August 2001 (CD-ROM)	49,-	25,05
Reihe 2 Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Juli 2001	49,-	25,05				
Fachserie 8: Verkehr							
Reihe 2 Eisenbahnverkehr, August 2001	8,70	4,45				
Reihe 4 Binnenschifffahrt, Juli 2001	11,-	5,62				
Reihe 6 Luftverkehr, August 2001	21,-	10,74				
Reihe 6 September 2001	21,-	10,74				
Reihe 7 Verkehrsunfälle, Juli 2001	11,-	5,62				

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon (070 71) 93 53 50, Telefax (070 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.